

**Studien des Aachener Kompetenzzentrums
für Wissenschaftsgeschichte**

Band 2

Herausgegeben von
Dominik Groß

Gertrude Cepl-Kaufmann, Dominik Groß
und Georg Mölich (Hrsg.)

Wissenschaftsgeschichte im Rheinland
unter besonderer Berücksichtigung
von Raumkonzepten

Schriftleitung: Gereon Schäfer

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

ISBN: 978-3-89958-407-3

URN: urn:nbn:0002-4073

© 2008, kassel university press GmbH, Kassel
www.upress.uni-kassel.de

Umschlaggestaltung: Jörg Batschi Grafik Design, Kassel
Druck und Verarbeitung: Unidruckerei der Universität Kassel
Printed in Germany

Wissenschaftsgeschichte im Rheinland

Ein Vorwort

„Aspekte der Wissenschaftsgeschichte im Rheinland“ – so lautete das übergreifende Thema zweier Kolloquien, die am 23. November 2007 und am 15. Februar 2008 im Vortragssaal der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf stattfanden. Als gemeinsame Veranstalter fungierten das „Institut ‚Moderne im Rheinland‘“ (Leiterin: Gertrude Cepl-Kaufmann, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) und das „Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte“ (Sprecher: Dominik Groß, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen).

Während sich ein Teil der präsentierten Fachvorträge dezidiert mit dem Rheinland als Forschungsgegenstand – und hier insbesondere mit dem Raumbegriff in seinen vielfältigen Bedeutungen und Ausprägungen – beschäftigte, war ein zweiter Teilbereich für freie Themen reserviert, die von Forschern und Kooperationspartnern der vorgenannten Forschungsstätten in Nordrhein-Westfalen bearbeitet werden und aus medizin-, literatur- und wissenschaftshistorischer Sicht besonderes Interesse verdienen.¹

Der vorliegende Themenband „Wissenschaftsgeschichte im Rheinland unter besonderer Berücksichtigung von Raumkonzepten“ fasst im Wesentlichen die Gruppe der erstgenannten Beiträge zusammen. Unser Dank gilt daher den Referentinnen und Referenten, die ihre Vorträge zu diesem Zweck bereitwillig zu wissenschaftlichen Aufsätzen umgearbeitet und für den Abdruck zur Verfügung gestellt haben. Besonders verbunden sind wir auch der Gesellschaft von Freunden und Förderern der Heinrich-Heine-Universität e. V., die beide Veranstaltungen großzügig unterstützt hat.

Den Fachbeiträgen dieses Bandes sind kurze Beschreibungen der veranstaltenden Einrichtungen – namentlich des „Instituts ‚Moderne im Rheinland‘“ und des „Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte“ (AKWG) – vorangestellt: Das von Gertrude Cepl-Kaufmann und Georg Mölich vorgestellte „Institut ‚Moderne im Rheinland‘“ widmet sich der interdisziplinären Erforschung der Kulturregion Rheinland. Zu den jüngeren Themenschwerpunkten des von Cepl-Kaufmann geleiteten Instituts gehört die Wissenschaftsgeschichte des Rheinlands, so z. B. auf der von der DFG geförderten Tagung zu „Konstruktionsprozessen der Region unter den Bedingungen der klassischen Moderne“ im Juni 2006. Das Institut und der mit diesem personell und strukturell eng verknüpfte, seit 1989 bestehende „Arbeitskreis zur Erforschung der Moderne im Rheinland e. V.“ führen Wissenschaftler aus dem Bereich der Universitäten, der Kulturinstitute, Nachwuchswissenschaftler und Kulturschaffende zusammen. Hinausgehend über das Interesse an der Kulturgeschichte des Rheinlands, vornehmlich im 20. Jahrhundert, gilt der Blick einem Vergleich mit anderen Regionen. Nicht zuletzt trägt

¹ Die betreffenden Beiträge sind in folgendem Themenband veröffentlicht: Dominik Groß, Gertrude Cepl-Kaufmann und Gereon Schäfer (Hrsg.), Die Konstruktion von Wissenschaft. Beiträge zur Medizin-, Literatur- und Wissenschaftsgeschichte, Kassel 2008 (= Studien des Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte, 3).

die öffentliche Präsentation der Forschungsergebnisse in Kolloquia, Ausstellungen und Projekten zur kulturwissenschaftlichen Fundierung der Erforschung von Regionen bei.

Das von Dominik Groß und Gereon Schäfer skizzierte „Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte“ versteht sich seinerseits als eine Fächer und Institutionen übergreifende Einrichtung zur Bündelung der an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule vorhandenen wissenschaftshistorischen Kompetenzen. Ausgangspunkt der erst 2006 gegründeten Einrichtung war die gemeinsame Überzeugung der Initiatoren, dass die professionelle Auseinandersetzung mit der historischen Dimension von Wissenschaft(en) gerade an einer Technischen Hochschule eine unverzichtbare Ergänzung des technisch bzw. naturwissenschaftlich geprägten Umgangs mit der Welt darstellt. Zu den erklärten Zielen gehört es, den interdisziplinären Austausch zu fördern und durch so gewonnene Synergieeffekte relevante Lehr- und Forschungsinitiativen auf den Weg zu bringen. Darüber hinaus soll die in den beteiligten Einrichtungen bestehende Veranstaltungs- und Lehrtätigkeit Impulse aus dem Zusammenwirken der einzelnen Subdisziplinen erhalten. Dabei versteht das AKWG Wissenschaftsgeschichte in einem weit gefassten Sinne „als die Geschichte der spezifischen Art und Weise der überprüfbareren Auseinandersetzung des Menschen mit der Welt. In dieser Konzeption ist auch der Mensch selbst Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion.“

An die Vorstellung der beiden im Rheinland lokalisierten Forschungsstätten schließen sich die Beiträge zum Themenschwerpunkt „Wissenschaftsgeschichte des Rheinlands“ an. Im Mittelpunkt der Aufsätze steht dabei die Frage, welche Konzeptionen und Ideen sich mit Blick auf die Wissenschaft(en) im Rheinland im universitären wie außeruniversitären Bereich herausarbeiten lassen. Mehrere Autoren kommen zu dem Ergebnis, dass Raumkonstruktionen hierbei eine besondere Bedeutung zukam. Die im frühen zwanzigsten Jahrhundert vertretenen raumkonzeptionellen Denkbilder und politischen Entwürfe reichten von den Abendland-Konstruktionen der Philosophen und Literaten über die geopolitische Ausrichtung der Wirtschaftswissenschaftler bis hin zur „Westforschung“ der Historiker. Der Einfluss dieser Forschungen bleibt dabei nicht auf die Wissenschaft beschränkt, sondern wird im politisch-gesellschaftlichen Umfeld wahrgenommen und dient der Unterfütterung strategischer Phantasien nicht zuletzt aufgrund der über die damals bestehenden Westgrenzen Deutschlands hinausragenden Perspektive dieser Ansätze. Hier sollte das Spektrum zwischen genuinen theoretischen und methodischen Ansätzen in den unterschiedlichen universitären Disziplinen und den zeittypischen Instrumentalisierungen ausgeleuchtet werden.

Marcel Lepper eröffnet das Buchkapitel mit einem übergreifenden Beitrag zum Raumdiskurs. Am Beispiel des Deutschen Literaturarchivs in Marbach zeigt er Möglichkeiten und Aufgaben einer Wissenschaftsgeschichte der Philologien auf. Lepper versteht unter Räumlichkeit „nicht bloß eine geographisch eingrenzbarere Situation“ und nicht allein die Imagination einer „politischen Handlungsfläche“, sondern den konkreten, gestalteten Raum mit seiner mentalen Repräsentation und trägt damit zur Ausdifferenzierung des Raumbegriffs bei.

Die Politisierung von Räumen in der Wirtschaftswissenschaft untersucht sodann Susanne Hilger in ihrem Beitrag „Soziales Kapital und regionale Wirtschaftsentwicklung“. Sie analysiert unter Zugrundelegung des Kapitalbegriffes von Pierre Bourdieu die

Zusammenhänge von sozialem Kapital und regionaler Wirtschaftsentwicklung am Beispiel der Stadt Düsseldorf im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Dabei widmet sie sich insbesondere der Frage, inwieweit Sozialkapital – nach Bourdieu die Generierung von „Beziehungsvermögen“ – bei der Ausbildung der spezifischen Wirtschaftsstruktur Düsseldorfs eine Rolle spielte, über welche Kanäle diese „Vermögensleistung“ generiert werden konnte und welche Auswirkungen dies für die Wirtschaftsstruktur der Stadt besaß.

Thomas Müller entfaltet anschließend am Beispiel von „Deutsch-völkischen Konzepten der Westgrenze zwischen 1870 und 1930“ die Entwicklung von ideologisch besetzten Raumkonstrukten. Besonders deutlich wird die Interdependenz zwischen ideologischer Ausrichtung und Raumkonstruktion anhand einer terminologischen Analyse der Raumbegriffe: So kursierte der Westen in völkisch-konservativen Strömungen als „Westland“, in militärischen Grenzvorstellungen als „Westmark“ und zu nationalsozialistischen Zwecken als „Westraum“. Insbesondere letzteres diente den Nationalsozialisten weniger der Be-„grenzung“ des Landes, sondern vielmehr der Ausweitung auf eine „Lebensraum“-Ideologie mit territorialen Ansprüchen. Der „Westraum“, so Müller, geriet zum Propagandabegriff, um deutschnationale Strömungen in den angrenzenden Staaten zu fördern. Unterstützt durch Inhalte des „Volkstums“ und der „Rasse“ sollte er auf die Ausweitung des Reiches und die Entvölkerung und Neubesiedlung ganzer Regionen vorbereiten.

Leo Haupts Beitrag zur 1936 gegründeten „Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ an der Universität zu Köln gewährt weitere Aufschlüsse bezüglich der Ideologisierung von Raumbegriffen und -konzeptionen. Haupts gelingt zudem eine deutliche Konturierung der Brüche und Diskontinuitäten in den Raumkonzeptionen am Übergang von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“. Er sieht in der „Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ den weitreichendsten Versuch, die Forschung an der Universität dem politischen System dienstbar zu machen – ohne dass merkliche Widerstände aktenkundig geworden wären.

Dass Überlegungen zu derartigen Raumkonzeptionen nicht nur von Wissenschaftlern sondern auch von Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern angestellt wurden, zeigt Cristina Parau am Beispiel des geschichtlichen Raumes bei Josef Ponten. Anhand von Pontens Schriften zum Rhein arbeitet sie die metaphysische, auf Metaphern beruhende Staatsidee des Schriftstellers heraus. Parau sieht in Pontens Werk „Volk auf dem Wege“ eine ästhetische Legitimation für die Ausdehnung des deutschen Lebensraums in den Osten bzw. zunächst für den kriegerischen Einmarsch der Truppen des „Dritten Reiches“ in Polen.

Stephanie Jordans verweist sodann auf die Raumreflexionen in Ernst Meisters Lyrik. Wie im Beitrag von Cristina Parau wird auch hier deutlich, dass Schriftsteller an der ästhetischen Dimensionierung des aktuellen Bewusstseins von Räumen Anteil nahmen. Meisters Interesse gilt räumlichen Ordnungsgefügen und der daraus resultierenden Frage nach der Stellung des Menschen im Kosmos. Charakteristisch ist das Aufgreifen von Raumkonzeptionen anderer Dichter und Denker, die er reflektiert und poetisch bearbeitet.

Norbert Jers erhärtet im Hinblick auf die Musikwissenschaft im Rheinland die These, dass sich vor allem nach dem Ersten Weltkrieg mit der Akzentuierung und Etablierung einer regional orientierten Wissenschaftspraxis ein gesellschaftlicher Vorteil erzielen

und die eigene Wissenschaft zu Bedeutung führen ließ. Musik stand Jers zufolge in zunehmendem Maße im Dienst der Ideologie. Die Musikpolitik der Nationalsozialisten sei rezeptions-, nicht produktionsorientiert gewesen. Das eigentliche Interesse, so die Schlussfolgerung des Autors, habe nicht etwa der Schaffung einer neuen Deutschen Musik, sondern der Klassifikation der vorhandenen Musik in *deutsche* oder *undeutsche* gegolten.

Stefan Krebs stellt sodann am Beispiel des Aufstiegs der Aachener Eisenhüttenkunde Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit an. Wie Hilger greift auch Krebs in seiner Analyse methodisch auf Pierre Bourdieu zurück. Bis ca. 1900, so Krebs, war das kognitive Ziel der Eisenhüttenkunde in der nachträglichen Systematisierung des betrieblichen Erfahrungswissens zu sehen, während in der Folgezeit experimentelle Laborstudien und die mathematisch-theoretische Interpretation der beobachteten Ergebnisse im Vordergrund standen. Dabei brach man zugleich mit der herkömmlichen Deutungsmacht der industriellen Praxis, dass nur das wissenschaftlich sei, was ökonomisch wünschenswert ist.

Gereon Schäfer und Dominik Groß machen anschließend in einem medizinhistorischen Beitrag auf die Verstrickung leitender Aachener Klinikärzte in die „Gesundheitspolitik“ des „Dritten Reichs“ aufmerksam. Sie arbeiten einerseits auf die vergleichsweise hohe Mitgliedsrate von RWTH-Hochschullehrern und von Aachener Ärzten in der NSDAP heraus und verweisen andererseits auf die Existenz konkreter Forschungslücken hinsichtlich der NS-Medizin im Raum Aachen.

Am Ende des Kapitels „Das Rheinland als Forschungsgegenstand von Wissenschaftsgeschichte“ steht eine von Dominik Groß, Armin Heinen, Walter Kaiser und Paul Thomes gemeinsam erstellte Forschungsskizze zur „Konstruktion von Nordrhein-Westfalen“, die sich mit der Frage nach der landesspezifischen Selbstfindung und ihren Bedingungsfaktoren beschäftigt. Dabei wird von der (die verschiedenen Untersuchungsebenen verbindenden) These ausgegangen, dass seit der Gründung von NRW der Technik bzw. der Spitzentechnologie und der Technologiepolitik eine wesentliche Rolle in dem Prozess der Identitätskonstruktion zukommt. Nicht zuletzt hierdurch wurde Nordrhein-Westfalen, so die Annahme, „von einem undefinierten zu einem definierten Raum.“

Die einzelnen Beiträge machen unseres Erachtens deutlich, dass der vielfach vorschnell mit dem Romantischen assoziierte bzw. romantisch verklärte Rheinlandbegriff in den Raumkonstruktionen und Wissenschaftsdiskursen der Moderne eine sehr vielfältige Aufladung erfahren hat, so dass die „Provinz“ Rheinland mit ihren räumlichen Konfigurationen gerade auch in wissenschaftshistorischer Sicht als ein lohnender Forschungsgegenstand erscheint.

Das vorliegende Buch kann als erstes schriftlich dokumentiertes Ergebnis einer längerfristig angelegten Zusammenarbeit des „Instituts „Moderne im Rheinland““ und des AKWG gelten. Ein zweiter gemeinsamer Band mit dem Titel „Die Konstruktion von Wissenschaft. Beiträge zur Medizin-, Literatur- und Wissenschaftsgeschichte“ befindet sich bereits im Druck, weitere interdisziplinäre Projekte sind in Planung.

Aachen, Düsseldorf und Köln, im Juni 2008

Gertrude Cepl-Kaufmann, Dominik Groß & Georg Mölich

Inhalt

<i>Wissenschaftsgeschichte im Rheinland. Ein Vorwort</i>	5
<u><i>Das Rheinland als Forschungsstandort für Wissenschaftsgeschichte</i></u>	
GERTRUDE CEPL-KAUFMANN UND GEORG MÖLICH	
Der „Arbeitskreis zur Erforschung der Moderne im Rheinland“ als An-Institut an der Heinrich-Heine-Universität	13
DOMINIK GROB UND GEREON SCHÄFER	
Das Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte an der RWTH Aachen. Personen – Projekte – Perspektiven	31
<u><i>Das Rheinland als Forschungsgegenstand von Wissenschaftsgeschichte</i></u>	
MARCEL LEPPER	
Wissenschaftsgeschichte der Philologien am Beispiel der Forschungen im Deutschen Literaturarchiv Marbach	43
SUSANNE HILGER	
Soziales Kapital und regionale Wirtschaftsentwicklung – Das Beispiel Düsseldorf im 19. und frühen 20. Jahrhundert	49
THOMAS MÜLLER	
Die transformierte Westgrenze. Der „deutsche Westraum“ als grenzland- politisches Konzept	65
LEO HAUPTS	
Lebensraum im Westen. Der Beitrag der Universität zu Köln speziell in der „Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung“	75
CRISTINA PARAU	
Die Konstruktion des geschichtlichen Raumes in Josef Pontens virtueller Geo-Grafie der Rheinlande	107

STEPHANIE JORDANS

Raumreflexionen im Werk des Hagener Lyrikers Ernst Meister am Beispiel
des Gedichts „Immer noch“ 127

NORBERT JERS

Musikwissenschaft im Rheinland und die nationalistische Idee einer
Deutschen Musik 145

STEFAN KREBS

Geburtswehen eines autonomen technikwissenschaftlichen Feldes:
Das Verhältnis von Eisenhüttenkunde und Stahlindustrie (1907–1909) 171

GEREON SCHÄFER UND DOMINIK GROß

Medizinische Wissenschaft im Dritten Reich: Das Beispiel Aachen.
Ein Forschungsaufriß 193

DOMINIK GROß, ARMIN HEINEN, WALTER KAISER UND PAUL THOMES

Die Konstruktion von Nordrhein-Westfalen. *Eine Projektskizze* 213

Kurzbiografien der Autoren 223

**Das Rheinland als Forschungsstandort
für Wissenschaftsgeschichte**

Der „Arbeitskreis zur Erforschung der Moderne im Rheinland“ als An-Institut an der Heinrich-Heine-Universität

Gertrude Cepl-Kaufmann und Georg Mölich

Stellt man die Frage nach der Wissenschaftsgeschichte des Rheinlandes, so bedarf es zunächst der Festlegung eines Feldes, das es zu untersuchen gilt. Zwei Aspekte kristallisieren sich heraus: *Was* macht das Besondere dieser Wissenschaftsgeschichte aus? *Wie* wird Wissenschaftsgeschichte heute geschrieben? Auf einen Nenner gebracht: Welche Besonderheiten lassen sich nennen, um die Aktivitäten von Institutionen, in denen Wissenschaft betrieben wurde und wird, im jeweiligen Kontext zu kennzeichnen, und welche Ergebnisse tragen dazu bei, hier von markanten Strukturen zu sprechen. Unser Thema hat also eine historische Dimension, die nach dem fragen lässt, was die Wissenschaftsgeschichte im Rheinland, pragmatisch auf das 20. Jahrhundert beschränkt, im interdisziplinären Diskurs ausgezeichnet hat, und nach dem, was sie heute strukturbildend betreibt. Die Herausgeber des Kolloquiumsberichtes suchen, diesen Fragestellungen in je eigenen Beiträgen nachzugehen. Zur aktuellen Wissenschaftsgeschichtsschreibung wird das „Aachener Kompetenzzentrum“ seinen Ansatz referieren, ausgehend von der Vorstellung der inzwischen in einer bemerkenswerten Komplexität institutionalisierten Forschungsstätte an der RWTH Aachen. Der vorliegende Beitrag stellt die Genese und Zielsetzung des „Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland“ dar als eines interdisziplinären Projektes mit fast zwanzigjähriger Praxis. Thematisiert wurden Teilaspekte auf dem Kolloquium „Aspekte der Wissenschaftsgeschichte im Rheinland“, das mit einem ersten Teil im November 2007 und dem nachfolgenden zweiten im Februar 2008 als Kooperationsprojekt des „Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte“ mit dem Düsseldorfer Institut „Moderne im Rheinland“ in den Vortragsräumen der Universitätsbibliothek der Heinrich-Heine-Universität veranstaltet wurde.

1. Genese und Zielsetzung

Als der Referent für Forschungsprojekte im Wissenschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Werner Joel, Ende der 1980er Jahre die Summe der in vielen Jahren der Genehmigungs- und Betreuungspraxis von Forschungsvorhaben gewonnenen Erfahrungen zog, war es ein Mangel an Interdisziplinarität, den die Forschungsvorhaben und die wissenschaftliche Praxis in den Universitäten landauf landab zu erkennen gaben. Tradierte Beschränkungen auf einen vermeintlich genuinen Fachbereich zeichnete ihr Interesse aus, doch blickt man auf offensichtliche, zumindest partielle Gemeinsamkeit, z. B. des Gegenstandsbereiches, wie er bei Theaterwissenschaftlern und Philologen oder Architektur- und Kunsthistorikern evident ist, stigmatisierte sie die mangelnde Kooperation als Bewohner des vielzitierten Elfenbeinturms. Der Tunnelblick erwies sich als herausragender Mangel, dem es abzuhelfen galt. Am damals durchaus dilemmatischen Zustand hat sich inzwischen einiges geändert, ohne dass die Desideratenliste, die schon Werner Joel aufgemacht hat, in der Praxis abgearbeitet wäre. Ein Stück er-

folgreicher Forschungsförderung hat sich aber aus der Initiative, die damals vom Wissenschaftsministerium ausging, in Form des „Arbeitskreises zur interdisziplinären Erforschung der Moderne im Rheinland“ etablieren können. Mit der Anbindung an die Universität Düsseldorf hat diese Initiative einen juristisch fundierten Status erreicht. Im Jahre 2000 hat der Rektor, mit dem positiven Votum des Fakultätsrates versehen, dem „Arbeitskreis“ den Status eines An-Institutes an der Heinrich-Heine-Universität verliehen. Juristisch musste der etwas umständliche Name erhalten bleiben, ebenso wie die Organisationsstruktur des Vereins als tragender Säule der in der Kurzfassung als Institut „Moderne im Rheinland“ bekannt gewordenen Forschungseinrichtung, die über die Vorsitzende des Vereins, die Erstautorin dieses Beitrags, in die Strukturen der Universität eingebunden ist. Nicht zuletzt die öffentliche Repräsentanz unter und mit dem Namen des großen Sohnes der Stadt, Heinrich Heine, der durchaus Thema regionaler kulturhistorischer Forschung ist, gibt den Arbeiten des An-Instituts einen besonderen Stellenwert. Im Folgenden geht es deshalb um die Geschichte, die Wissenschaftspraxis und den Beitrag zur Forschung, den das Pilotprojekt leistet.

Wie kamen die Mitglieder des „Arbeitskreises“ zusammen?

Als idealer Ansprechpartner für das Ministerium erwies sich 1989 der Germanist Dieter Breuer, Professor an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, dessen Förderprojekt, die Herausgabe der Schriften des zum dortigen Frühexpressionismus zählenden Walter Hasenclever, die Bedeutung, die das Rheinland an der Etablierung der klassischen Moderne in Deutschland hatte, wieder einmal bewusst machte, ohne dass von einer Akzeptanz der Forschungen zur Kulturgeschichte des Rheinlandes, soweit diese nicht für die politische Geschichte als Domäne der Landeshistoriker galt, gesprochen werden konnte. Interessenten wurden zunächst aus dem Aachener Kollegenkreis gewonnen, wobei die dortigen Kunsthistoriker und Architekturtheoretiker, deren enge Anbindung an die Architekturausbildung dank persönlichem Engagement zu einem gemeinsamen Interesse an der Geschichte ihrer Disziplinen in der Region geführt hatte, beim Bemühen um eine Vernetzung innerhalb der Philosophischen Fakultät die Vorhut bildeten. So entstand, angereichert durch Kollegen aus den benachbarten Universitäten und Wissenschaftler in außeruniversitären Einrichtungen, ein lockerer „Arbeitskreis“, der zunächst spontan und entsprechend unsystematisch die Einwerbung von Projektmitteln, die das Land als „Anschubfinanzierung“ für den Arbeitskreis bereithielt, betrieb. Dazu zählten z. B. die Herausgabe der Schriften und Werke des Expressionisten Paul Zech, die bibliografische Erfassung von Zeitschriften der Moderne in der Region sowie die Aufarbeitung des Werkes des Architekten Emil Fahrenkamp, der nicht nur im Rheinland tätig war, sondern auch für den Wuppertaler Baron, Kunstmäzen und Bankier von der Heydt das der europäischen Intellektuellen- und Kunstelite dienende Hotel im Aussteiger- und Bohème-treffpunkt auf dem Monte Verità bei Ascona erbaut hatte. Weitere Projekte waren die Aufarbeitung eines Teils der Geschichte der Krefelder „Hochschule für Flächenkunst“, die mit der Lehrtätigkeit des Bauhäuslers Johannes Itten europäischen Erfolg und Bedeutung erhielt, und die Finanzierung der Forschungen zum „Bund rheinischer Dichter“, der – bis dahin gänzlich unbekannt – in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg über hundert Autoren, darunter Walter Hasencle-

ver, Adolf von Hatzfeld, Alfons Paquet, René Schickele, Fritz von Unruh und Carl Zuckmayer an sich binden konnte, und der einen genuine Einfluss auf die Nachkriegsentwicklung des mental und politisch kriegsversehrten Rheinlandes suchte.

Diese Einzelförderungen zeigten aber sehr schnell, dass das brachliegende Feld einer effektiveren Durchdringung bedurfte. Im Kontext der regionenübergreifenden Diskurse galt es einerseits eine theoretische Fundierung zu suchen, die dem Erkenntnisziel, die „Moderne im Rheinland“ zu erforschen, die nötige Basis geben konnte. Zum anderen musste sich der Arbeitskreis gemeinsame und konsensfähige Zielsetzungen geben, von denen her er die Schwerpunkte der jeweiligen Diskursphasen legitimieren konnte. Letzteres sollte durch die jeweils für einen überschaubaren Zeitraum festgelegten Zeitabschnitte, die unter selbstgestellten, kulturhistorisch begründbaren Fragestellungen in je zwei großen Kolloquia problematisiert und in Publikationen resümiert wurden, gelingen. Einen Einblick in die Ergebnisse wird dieser Bericht weiter unten geben. Zunächst gilt es, die Positionierung des Arbeitskreises durch eine Zielsetzung, die den Begriffen „Moderne“ und „Region“ einen tragfähigen Sinn gibt, zu umreißen:

2. Zur Fundierung der „Moderne im Rheinland“ im Wissenschaftsdiskurs

Der Begriff „Region“ hat schon seit einiger Zeit den Rang eines Modewortes, mit dem politisch im Kontext der Globalisierung eifrig operiert wird, der aber ebenfalls in der derzeitigen Forschungslandschaft regen Zuspruch findet. Mit einem zunehmenden Interesse hat er in wissenschaftstheoretischen Ansätzen der Identitäts-/Alteritätsforschung und der Imagologie eine Heimat gefunden. Dabei sind die Philologien ebenso produktiv wie die Historiker in ihren wechselnden epochenspezifischen und jeweilig topografisch fokussierenden Bezugsrahmen. Der Arbeitskreis hat es aber darüber hinaus in besonderer Weise mit einer Wertungsfrage zu tun, denn wenn wir die *Moderne* unmittelbar an die *Region* binden, tun wir dies mit einem Hintergedanken: das es nämlich, trotzig verteidigt, eben diese Verknüpfung überhaupt gibt und dass sie sich des Provinziellen verdächtig, gegenüber jedem Metropolitendiskurs behaupten kann. Die Argumentation ist nicht ungefährlich, denn damit besteht die Gefahr, wieder in dasselbe Loch gefallen, aus dem man doch eigentlich heraus wollte, denn hier wurde, wieder einmal, der Herrschaftsanspruch und der Leitdiskurs des vor allem für die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts tonangebenden Berlin, an dem sich die Provinz zu bewähren habe, vorausgesetzt. Hier galt es zu differenzieren – eine Herausforderung, die Walter Schmitz in einem DFG-Kolloquium des Arbeitskreises im Sommer 2006 annahm und mit der These „Region ist regionaler als anderswo“¹ reflektierte. Durchaus sinnfällig, denn Schmitz registrierte die unterschiedlichen Wahrnehmungstendenzen, die sich an Regionen generell binden. Wichtige Kriterien für diese identitätsbildenden Sinn- und Lebensräume sind vor allem Austauschprozesse, sei es eine Stadt-Land-Dichotomie, die sich im „Eigenen“ einer jeweiligen Region niederschlägt, oder aber die Ausdifferenzierung der Region als Grenzraum, die das Spannungsfeld von Identität und Alterität im Blick auf die

¹ Schmitz (2008).

Geschichte der Konflikte mit den topografischen Nachbarn wie der des grenzüberschreitenden Kulturtransfers verstärkt in den Vordergrund rückt. Um darüber schlüssige Aussagen machen zu können, bedarf es einer Faktografie der Rahmenbedingungen und der Akteure regionaler Ordnungsmuster. Darüber hinaus müssen aber auch Fragen nach dem handlungsleitenden Interesse, das diese Strukturen bedingte, gestellt werden. Um praktisch zu werden: Vereine, Kunstgalerien, Theater können ihre Programme gezielt zur Etablierung einer zur Hermetik drängenden Struktur betreiben, sie können nicht minder nach einer Ausweitung des Blicks über den eigenen Tellerrand, die eigene Klientel und die sozialen, politischen und ideologischen Grenzen hinaus suchen. In jedem Fall wird zu fragen sein, wie sich eine Region überhaupt definiert und inwieweit sie selbstreferenzielle Aussagen macht, die auf den Grad ihrer Bewusstheit schließen lassen. Wer der Region einen Namen gibt, verleiht ihr über eine, oft nur erdachte topografische Begrenzung hinaus eine Bedeutungsebene, die vom Lebensgefühl bis zur politischen Programmatik hin gefüllt werden kann. Historische Bedeutungselemente, die etwa in einem Begriff wie dem vom „Wartburg-Weimarer-Lebensgefühl“,² der im Forschungsdiskurs Jenenser ‚Regionalisten‘ entwickelt wurde, verdichtet wurde, zeigen die übergreifenden Konstrukte, an die sich eine Region bindet. So haben die Jenenser ihre Trias bewusst nicht durch das unweit von Weimar gelegene Buchenwald zu einer, eine ganz andere Problematik signalisierenden Vierzahl erweitert, was nachdenklich macht.

Das Rheinland mit seiner hochkomplexen politischen Geschichte fordert nicht minder zu semantischen Belegungen heraus. Mythen wie Loreley und Vater Rhein, von der „Wacht am Rhein“ und dem Rhein-Wein etwa eröffnen ein breites Spektrum historisch anspielungsreicher Assoziationen. Hier setzt das Interesse an, die Erscheinungsweisen vom Empirischen anzugehen und einer Basisarbeit zuzutragen. Dabei gilt es, außer einem beschreibenden auch einen komparatistischen Ansatz, also den Vergleich von Regionen einzubeziehen, denn nur dies kann die theoretische Fundierung bringen, die aus dem Rechtfertigungsloch für Provinzen herausführt. Er lenkt den Blick vom Einmaligen auf das Allgemeine kultureller Präsenz und Genese. Methodisch geht es dabei um die Erarbeitung einer ‚Rhetorik der Region‘, die die Evidenz einmaliger ebenso wie die Langlebigkeit kultureller Muster rezeptionsästhetisch miteinander verknüpft. Im Fall der „Moderne“, so konnten die Ergebnisse der bisherigen Kolloquia zeigen, bindet sich darüber hinaus an die Region eine spezifische, durchaus eigene Ästhetik, die im Kontext der Geschichte der Avantgarde zu verorten ist.

Die „Moderne“ als Epoche begriffen hat sich im Rheinland vor allem im frühen 20. Jahrhundert in allen kulturellen Äußerungsformen Gehör verschafft und das „rheinische Element“ darin war Teil der Selbstpositionierung. Als Beispiel der betonten rheinisch-künstlerischen Identität ließe sich der Kölner Künstler Franz W. Seiwert aus dem Kreis der dortigen „Progressiven“ zitieren. Er hatte anlässlich der Eröffnung einer Ausstellung der „Rheingruppe“ 1930 in Düsseldorf betont:

„wir nennen uns die rheingruppe, damit kommt zum ausdruck, dass wir mit dem rhein als landschaft etwas zu tun haben, dass wir nicht aus zufall hier sitzen oder

² Ulbricht (2008).

sitzen geblieben sind, sondern dass wir glauben, hier eine kulturpolitische Arbeit zu leisten, die wir an keiner anderen Stelle der Erde besser leisten können, dass zum anderen wir glauben, dass der Geist dieser Landschaft sich in unserer Arbeit einen Ausdruck sucht, und dass unsere Arbeit für den Geist der Landschaft Zeugnis ablegt.“³

Junge Avantgarden im Umfeld urbaner Zentren wie Köln und Düsseldorf, aber auch in Bonn, Wuppertal oder Aachen hatten sich durchaus selbstbewusst im Rheinland verortet. Diese Geschichte galt und gilt es mit einzelnen Forschungsprojekten und in Kolloquia aufzuarbeiten und in einen komparatistischen Diskurs weiterzugeben. Dem pragmatischen Arbeitsfeld des Arbeitskreises entsprechend könnte man von der kulturellen Identität der Moderne im Rheinland, mit Schwerpunkt der Region zwischen Bonn und Duisburg sprechen.

Aspekte kultureller Identität müssen sich, so lässt sich aus der bisherigen Argumentation schließen, dabei aus der Originalität der zu beachtenden Region ergeben. Mit Justus Ulbricht lässt sie sich, durchaus provokativ, als „Provinz-Moderne“ bezeichnen. Bei ihr ist nicht der Grad der Erfüllung oder Abweichung zu erkunden, sondern schlicht das zu suchen, was an ihr benennbar ist. Die Effektivität dieser pragmatischen, gleichwohl ergiebigen Quellensuche und, im Hinblick auf die Ergebnisse, strukturierenden, die Selbstpositionierung von kulturell verorteten Gruppen beachtende Auswertung hatte schon Renate von Heydebrand mit ihren Untersuchungen zur Region Westfalen gezeigt.⁴ Diese Herangehensweise bedeutet keine regionalistische Beschränkung, nur heuristische oder pragmatische, möglicherweise auch ideologische Engführung, sondern sichert eine Mehrleistung. Über Renate von Heydebrand hinaus, die ihr Augenmerk auf literarische Strukturen beschränkt hatte, bedarf es allerdings eines interdisziplinären kulturwissenschaftlich umfassenden Blicks, der Fragen nach dem Symbolwert von Strukturen, nach Mythen, nach kultureller Praxis, nach ästhetischer Selbstinszenierung, kurz, nach allem, was die Region an Denkbildern und kultureller Praxis an sich bindet, in dieses Programm einbezieht. Der interdisziplinäre Aspekt ist deshalb eine selbstverständliche Perspektive, weil aus der Summe der Einzeluntersuchungen das Zusammenspiel der kulturellen Kräfte in soziologischer, disziplinärer und medialer Komplexität offenlegt werden kann.

Während das kulturhistorische und interdisziplinäre Herangehen primär im Hinblick auf ein methodisches Verfahren gemeint und als Absprache nötig ist, lässt die Vereinbarung über ein komparatistisches Vorgehen darüber hinaus ein originelles Erkenntnisziel erscheinen. Zwei Aspekte konkurrieren hier miteinander, schaut man auf die methodischen Ansätze: Einerseits haben wir es mit der Erarbeitung von latenten ‚Feindbildern‘ zu tun, also einer Erforschung unter den Aspekten von Identität und Alterität, von Grenzen, Grenzüberschreitungen, Kulturtransfer und Überschreibungen, von Imagologie und Fremdwahrnehmung, also einem von vorneherein auf einer Abweichungsästhetik aufbauenden und die Gegensätzlichkeit suchenden Betrachtungsweise. Andererseits haben wir aber eine weitaus länger anhaltende und weiterbringende

³ Seiwert (1934), S. 23.

⁴ Heydebrand (1983).

Perspektive, wenn wir darunter die vergleichende Feldforschung verstehen. Hier werden nicht der Gegensatz, sondern die Addition im Erscheinungsbild und die Variation im Begründungszusammenhang gesucht.

Ein Ergebnis eines solchen komparatistischen Ansatzes ließ sich eine Zeit lang in der Zusammenarbeit mit dem Eichendorff-Institut in Kolloquia in Düsseldorf und dem Geburtsort Eichendorffs im oberschlesischen Lubovics realisieren. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Eröffnung des Max-Hermann-Neiße An-Institutes an der Heinrich-Heine-Universität, bei dem die Anregung des Instituts „Moderne im Rheinland“ aufgegriffen wurde und ihren Niederschlag in einem gemeinsam veranstalteten Kolloquium fand. Dort wurden Oberschlesien, das Saarland und das Rheinland als drei durch Grenzproblematiken im frühen zwanzigsten Jahrhundert besonders belastete Regionen verglichen. Die Oberschlesienforschung schien hier im Vorteil, denn die Erschließung neuerer Quellen hatte nach der Wende eine gute Konjunktur. Aber auch für das Rheinland ist noch vieles zu entdecken.

Ein Forschungsüberblick für das Rheinland zum Thema Identität liegt bisher noch nicht vor, während das NRW-Pendant Westfalen hier mit dem Sammelband von Thomas Küster zu „Regionale[n] Identitäten in Westfalen“ einen Vorsprung gewonnen hat.⁵ Auch mit Karl Ditts und Klaus Tenfeldes großer Ruhrgebietstagung „Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung im Raumverbund“⁶ vom Oktober 2005 ist vieles geleistet, was im Rheinland noch weiterer Forschung bedarf. Die dort festgestellte Pluralität der Region, die definitorischen Probleme, die sich im Hinblick auf die Definitionskämpfe ergeben haben, sind spannend, die Forschungen zum Raum vielfältig durch Ditt weiterbewegt. Auch Walter Schmitz hat im Wintersemester 2004/05 auf einem Kolloquium zum Thema „Wendung zum Raum. Gestaltung und Erkenntnis des Räumlichen in interdisziplinärer Perspektive“ die Kollegen seiner Fakultät zur interdisziplinären Ausdifferenzierung von Raumidentität beitragen lassen. Wenn die Vorträge auch topografisch nicht auf eine Region fokussiert waren, ergaben sie doch durch einen fakultätsübergreifenden Blick auf die Parameter von Raum ein breites Spektrum, das für die zukünftige Erforschung von Regionen eine befruchtende Wirkung haben wird. Auf die zurzeit in Vorbereitung befindliche Publikation der Beiträge wird man gespannt sein dürfen. Doch kehren wir zu ‚unserer‘ Region zurück:

Wenn Karl Ditts Westfalen-Ruhrgebietsdilemma markante Identitätsprobleme zwischen der industriellen Ruhrgebietsregion und den agrarisch-kleinstädtischen Lebensmustern in Westfalen in seiner lang anhaltenden Konfliktgeschichte zeigte, wiederholen sich die Dualitäten zwischen den Bindestrich-Identitäten Rheinland und Westfalen.

Im Blick auf die heute auch politisch verzahnten zwangsvereinigten Länder und damit *expressis verbis* den eine eigene Region bildenden Länderkomplex Rheinland und Westfalen, winkt uns nämlich ein weiterer Forschungszweig zu, der wahrgenommen werden will: Das Rheinland als traditionell wichtiger Wirtschaftsträger war in besonderer Weise in die kriegerischen Auseinandersetzungen vor allem mit Frankreich einbezogen, ein Faktum, das für Westfalen lange nicht, noch weniger in diesem Umfang zutrif.

⁵ Küster (2002).

⁶ Ditt/Tenfelde (2007).

Somit gewinnen Probleme des Eigenen und Fremden für das Rheinland, auf die Jahrhunderte bezogen, im Vergleich zu Westfalen eine ungleich bedeutendere Funktion. Der Arbeitskreis hat, um der selbst gestellten Aufgabe, nach Aspekten der Moderne zu fragen, gerecht zu werden, bei der Recherche nach evidenten Mustern des Kulturtransfers den Horizont entsprechend entworfen. Das 2005 veranstaltete Kolloquium „Das Rheinland und die westeuropäische Moderne“ blickte nach Frankreich und fand dort die Kulturszene, von der das Rheinland des frühen zwanzigsten Jahrhunderts in besonderer Weise gezehrt hatte. Wenn schon Westfalen, dann ist es die Bindung an das Ruhrgebiet, mit dem das Rheinland in besonderer Weise vernetzt ist. Ditt und Tenfelde haben diesem Faktum Rechnung getragen, indem sie den Titel ihres Kolloquiumsberichtes entsprechend gegenüber der Tagung auf dieses Ergebnis hin umformuliert haben. Die Vernetzung war Teil des regionalen Diskurses des frühen zwanzigsten Jahrhunderts. Der oftmals in Diskussionen und Publikationen aus den Reihen des Arbeitskreises zitierte Alfons Paquet hat dem Rechnung getragen, als er die in den zwanziger Jahren entwickelte und 1930 bei einer Zusammenkunft des „Bundes rheinischer Dichter“ vorgetragene städtebauliche Zukunftsvision aus dieser Faktizität abgeleitet hat und die Idee einer „Rhein-Ruhr-Stadt“⁷ entwarf.

Dennoch sollte man nicht vorschnell auf ein Erklärungsmuster rekurrieren, das sich nur auf eine Diagnose durch den eigenen oder fremden Blick verlässt. Wer bestimmt, was westfälisch, was rheinisch ist? Der Suche nach einem Stereotyp und der Frage, was „westfälisch“ sei, geht Karl Ditt in seinem Beitrag in Küsters Westfalenbuch nach, eine Fragestellung, die immerhin in der Rheinlandforschung mit Gunther Grimms und Bernd Kortländers Kolloquium zu diesem Thema ansatzweise angegangen wurde.⁸ Wenn es auch keine substantiell festgelegte Definition „Rheinisch“ gibt, wie sich erwartungsgemäß zeigen ließ, sind es doch in erstaunlichem Maß die Semantik, die Formen der Selbstbeschreibung der Bewohner dieser Region und ein Wertesystem, das sie mit dieser Region und der darin gewonnenen Lebensqualität verbinden, die einen über das Interesse des Einzelnen hinausgehenden Zusammenhalt schaffen.

Ist aber mit den Begriffen Fremd- oder Selbstwahrnehmung wirklich zu arbeiten? Zu sehen sind die scharfzüngigen, imitierenden Diagnosen des Tirolers und Wahrheinländers Konrad Beikircher. Hier von Fremdwahrnehmung zu sprechen, die mehr zu sehen vermag als der kritische Blick der Rheinländer selbst, dürfte allerdings nur einen begrenzten Sinn machen, stehen ihm doch in dieser Hinsicht der authentische Rheinländer Jürgen Becker oder die Kölner Rockgruppen „Bläck Fööss“ oder „BAP“ in nichts nach. Es geht also nicht nur um eine Fremdwahrnehmung, mit der sich Identitäten monokausal bestimmen lassen, sondern insgesamt um den Grad der kritischen Distanz und intellektuellen Neugier, die sich auch auf das Eigene zu richten vermag. Angesichts der Mehrdimensionalität des theoretischen ‚Wackelpuddings‘ ‚Identität‘, der sich zusätzlich noch mit dem Regionalen verbindet, gebietet es, zum gediegenen, bereits genannten, auch nach zwanzig Jahren immer noch überzeugenden Ansatz Reate von Heydebrands zurückzukehren. Sie sieht in nach wie vor erfrischender Weise in

⁷ Paquet (1929/30), S. 385-396.

⁸ Grimm/Kortländer (2001).

einer Region erst einmal das, was ihr begegnet. Spurensuche, philologische Akribie und ein pragmatischer Sinn sind dabei gefragt. Zu den praxisrelevanten Konsequenzen zählte die Entdeckung der Archive und anderer wenig spektakulärer Sammelstellen für ein kollektives Gedächtnis. Sie sagen in durchaus differenzierter Weise etwas aus über die historische Identität von Regionen. Von Renate von Heydebrand kommt auch der Vorschlag, einen Konsens über das Interesse an einer Erforschung von Regionen und der Identität von Regionen herzustellen, und damit die Frage nach historischen Identitätskonstrukten untrennbar mit der Benennung des aktuellen Interesses an ihren Erkundungen zu verknüpfen. Mit dieser hermeneutisch lesbaren Selbstpositionierung lässt sich zugleich die Frage nach dem Grund für das Ende des Dornröschenschlafes und das plötzliche flächendeckende Interesse an der Erforschung der Regionen und der Bestimmung des Regionalen beantworten. Das Bewusstsein einer Region ist eine eigene Dimension, die letztlich erst mit der Fokussierung des Interesses auf die Kultur zu definieren ist, denn „Kulturräume bilden sich“, so Renate von Heydebrand, „auf anderen Grundlagen als Herrschaftsräume und stimmen mit ihnen nur selten überein.“⁹ Hier wird aber auch über die Absicherung eines legitimen kulturwissenschaftlichen Interesses hinaus der Konstruktcharakter des Regionalen festgeschrieben.

Im „Arbeitskreis“ wird von Heydebrands These als Voraussetzung übernommen und zugleich ausdifferenziert. So lassen sich die Forschungen von Wagner-Egelhaaf¹⁰ einbeziehen, mit einer kritischen Abgrenzung allerdings zu den an Luhmann,¹¹ Lohauß¹² und Spangenberg¹³ orientierten Arbeiten im Grenzbereich zu den Sozialwissenschaften und deren Theoremen, soweit sie Region erst gar nicht zulassen, sondern sie durch „territoriale Abgrenzungs- und Eingrenzungsprozesse“ ersetzen und so zu einer spezifischen, höchst fragilen Raumidentität führen.¹⁴ Unser Interesse richtet sich sozusagen handfest auf alles das, was regional verortet auftrat: Zeitschriften, Galeristentätigkeiten, Gruppenzusammenschlüsse, Theaterkonzepte oder unter dem Etikett der Region inszenierte kulturelle Ereignisse, von den Künstlerfesten der Kölner Werkschulen von gestern bis zu den Ruhrfestspielen in Recklinghausen und den Krefelder „Tunnellesungen“ von heute.

In diesem Sinne bleibt auch Thomas Kühne, der von der Region als „methodischem Artefakt“ spricht, außen vor. Für ihn ergibt sich „[d]ie Festlegung einer solchen Region [...] aus dem Interesse der Forschung an der erdräumlich lokalisier- und eingrenzbar Ausprägung eines bestimmten oder mehrerer ausgewählter Attribute.“¹⁵ Die Frage eines politischen Bewusstseins, das heißt, das „Gefüge von Machtinteressen und -konflikten, von Mobilisierungs- oder Demobilisierungsprozessen, von Partizipations- und Delegationskulturen“ als identitätsstiftende Merkmale sagen wenig aus über die real

⁹ Heydebrand (1983), S. 14.

¹⁰ Heydebrand (1983), S. 9.

¹¹ Luhmann (1990), S. 14-30.

¹² Lohauß (1995).

¹³ Spangenberg (1994).

¹⁴ Vgl. Heydebrand (1983), S. 22 f.

¹⁵ Kühne (2000), S. 255.

vorhandenen Positionierungen auf dem Feld der Kultur, die es erst einmal zu entdecken gilt. In diesem Sinne versteht sich der Arbeitskreis als pragmatisch arbeitender Verbund von kulturhistorisch arbeitenden Disziplinen, die zwar die Konstruktion von Region kritisch analysieren und zu hinterfragen begehren, die jedoch zunächst das sichtbare möchte, was Quellen wie Archive und Sammlungen über die zu untersuchenden Phasen der Geschichte preisgeben.

Es zeigt sich, dass sich von symbolischen Festlegungen von Räumen keine kongruenten und beständigen Ergebnisse erwarten lassen, sie vielmehr fortwährend überprüft und so verifiziert oder revidiert werden müssen. Ein Blick auf die Geschichte des Rheinlandes macht aber auch deutlich, dass über Jahrhunderte Identitätskonstruktionen von gleichen oder ähnlichen Bildern gespeist wurden. Dies beweist zur Genüge der Vergleich der 1840er Ereignisse mit den Jahrtausendfeiern von 1925 – einem der Arbeitsschwerpunkte des Arbeitskreises in den letzten Jahren. Angemerkt sei mit Nachdruck, dass diese Formen regionaler Identität sich nicht *a priori* gegenüber Nationalismen und nationalen Identitäten definieren, auch wenn sie sich gegenseitig bedienen. Dieses differenzierte Verhältnis auszuleuchten, ist schließlich die Aufgabe regionaler Literatur- und Kulturgeschichtsschreibung. Der jüngst erschienene, engagierte Sammelband von Andreas Kramer zum Thema „Regionalismus und Moderne“¹⁶ stellt nicht von ungefähr die Nähe der Forschungsansätze in Publikationen des Arbeitskreises heraus, womit sich sehen lässt, dass die Breitenwirkung der Düsseldorfer Initiativen als konsensfähiges Konzept einer regional orientierten kulturgeschichtlichen Forschung Kreise zieht. Weitergehend als Kramers Ansatz, der sich auf Fragen einer über Literatur vermittelten regionalen Identität richtet, wird im Arbeitskreis die Verortung der Gesamtheit der kulturellen Muster in ihrer Vernetzung untersucht, dies mit einer Fundierung des methodischen Ansatzes, der die Nähe zur Kulturosoziologie Pierre Bourdieus und Michel Foucaults sucht. Am Beispiel der Wirkung von Memorialarchitektur lässt sich dies ebenso zeigen wie an der Instrumentalisierung politischer Lyrik und deren Vertonungen. An Heinrich Heines „Loreley“ oder Max Schneckenburgers „Wacht am Rhein“ lässt sich erkennen, wie sich diese Muster ausprägen und politische Bedeutung gewinnen. Bourdieus Feldtheorie auf diesen Gegenstand anzuwenden¹⁷ hat den Reiz, dass hier die Kapitalien genannt werden, die im Ablauf einer genauen Analyse zu diagnostizieren wären. Mit der Kapitalientheorie ließe sich der jeweilige Habitus erschließen, Strukturhomologien könnten etwas darüber aussagen, wie Dominanzen und Herrschaftsstrukturen zustande gekommen sind.

Der Arbeitskreis geht aber über das Interesse an einer wissenschaftlich tradierten Arbeitsweise hinaus. Es werden nicht nur Bücher publiziert, sondern der Anwendungsbereich wird von vorneherein weiter gefasst. So ergibt sich ein im Sinne der neuern Forschungen zu definierender kulturpraktischer Dreischritt „Archiv – Museum – Ausstellung“, der sich von der aktuellen Forschung herleiten lässt und der in der kulturellen Praxis des An-Instituts seinen Niederschlag findet. Die Kategorie „Archiv“ bildet nach Aleida Assmann zunächst das Speichergedächtnis, also das, was, fremd oder eigen, zu-

¹⁶ Kramer (2006).

¹⁷ Bourdieu (1992); vgl. dazu Jurt (1995).

nächst einmal in einen Diskurs eingebracht werden muss. Das „Museum“ lässt sich als „Schausseite“, als das bewusst gezeigte, die Selbstpositionierung in einem spezifischen Kontext verstehen und dechiffrieren und schließlich kann man die „Ausstellung“ eine aktualisierte, intendierte Zuspitzung und offensive Selbstbehauptung nennen. Die Präsentation ist in diesem Kontext eine Zeichensetzung, eine Form des öffentlichen Diskurses, für den die vorgängigen Kategorien nutzbar gemacht werden. In diesem Sinne lässt sich der Prozess der Erforschung von Regionen als hierarchisiertes Ereignis der Wissenschaft beschreiben. Es besteht aus Entdeckung, Zuschreibung von spezifischen Sichtweisen, historischer und territorialisierter Diskursebene und der Vermittlung von wissenschaftlicher Erkenntnis im kolloquialen Diskurs, der Veröffentlichung in tradierter Publikation und der Ausstellungspraxis als Transformation von Erkenntnis in visualisierter und kommentierter Weise zwecks Sicherung, zumindest Optimierung der Wirkung. Hier soll der Kreis der Rezipienten erweitert, ja, ein neuer, nämlich der der Bewohner der Region schlechthin, gewonnen werden. Öffentlichkeit von Wissenschaft zu erreichen, zählt in diesem Sinne zur praktischen Zielsetzung des An-Institutes.

3. Zur Wissenschaftspraxis des An-Institutes

Zum Selbstverständnis des Arbeitskreises gehörte von Anbeginn die Zusammenarbeit mit den außeruniversitären kultursammelnden, -zeigenden und -forschenden Einrichtungen in der Region. Arbeitskreistreffen und kollegialer interdisziplinärer Diskurs sind die Formen, in denen er praktiziert wird. Diese Gemeinsamkeiten sind in allen Aktivitäten prägend.

Was sind diese gemeinsamen Aufgaben?

Zur Erschließung der Kulturgeschichte der Region bedarf es einer Desideratenliste, die seitens der Kulturinstitute ebenso wie seitens der Hochschulen erstellt werden kann und muss. Nur so werden die Defizite in der bisherigen Forschung mit der gezielten Entwicklung von Forschungsprojekten beantwortet. Da von einem Kulturbegriff ausgegangen wird, der die Gesamtheit kultureller Praxis im Blick hat, gibt es kaum eine Beschränkung der Arbeitsmöglichkeiten. Themen, die bisher ein vergleichsweise geringes Echo fanden, für die aber im Zuge einer kulturwissenschaftlichen Theoriebildung durchaus ein junges und fundamentales Interesse besteht, treten auf den Plan.

Ein Beispiel: Das Heine-Institut, in dem nicht nur die von Manfred Windfuhr über Jahrzehnte edierte Heinrich-Heine-Ausgabe eine Arbeitsstelle fand, sondern das sich auch als Sachwalter für den lange verkannten Autor versteht – ein Problem, das sich nicht zuletzt bei der Benennungsfrage der Universität wieder einmal deutlich zeigte und dem Karoline Riener auf dem Kolloquium nachging – und dem mit einer Fülle von Aktivitäten ein international renommiertes Institut erwuchs, das spätestens mit der von Joseph A. Kruse initiierten Zentenarausstellung zu Heines 200. Geburtstag weltweit beachtet wurde, ist mit der Pflege von Heines Nachlass sicher arbeitsmäßig ausgelastet. Dennoch hat es einen weiteren Auftrag zu erfüllen, denn in den Magazinen des Instituts fanden auch Autoren der Region mit ihren Nachlässen eine Heimat. Auch wenn sich dies in der kulturellen Praxis neben einem Autor wie Heine schwerlich zeigen, ge-

schweige denn damit eine gleich große Anerkennung und öffentliche Beachtung finden lässt, bedurfte es des „cultural turn“ in den Geisteswissenschaften, um die teils jahrzehntelang dort deponierten Schätze neu zu sehen. Das ist das Verdienst von Bernd Kortländer, der zunehmend die Nachlässe im Heine-Institut und die Aufarbeitung entsprechender Kontexte angegangen ist. Inzwischen ist eine viel beachtete Datenbank zur rheinischen Literatur entstanden, angebunden an die großen, von der Berliner Staatsbibliothek ausgehenden Literaturprogramme Malvine und Kalliope. Doch auch eigene Schwerpunkte, wie die Entwicklung einer Arbeitsstelle zur Erschließung neuer archivarischer Quellen und die damit differenzierte Erforschung des „Literarischen Lebens am Rhein 1850-1950“, die der bereits für die lexikalische Erfassung des literarischen Lebens in Köln ausgewiesene Enno Stahl vorantreibt, geben die Richtung an. Im Heine-Institut gab es das erwähnte, innovative und viel beachtete Kolloquium zur Frage „Was ist rheinisch?“. Hier wurde Basisarbeit geleistet, ist doch die Frage nach regionaler Identität nicht nur im historischen Wandel, etwa zwischen einer historisch relevanten politischen Struktur der „Preußischen Rheinprovinz“ oder den Abmessungen des Bindestrich-Landesteils von „Nordrhein-Westfalen“ einerseits und den zufälligen Grenzziehungen, etwa der in Kölner Amtsstuben üblichen Bezeichnung „südlicher Niederrhein“ bis hin zu mentalen Zuordnungen, die als Grenzen im Kopf vorhanden, doch des Nachdenkens darüber bedürfen, ebenso vielfältig wie die Begründungen für solche Grenzregulative. Zudem haben einzelne Disziplinen, so ließ sich in den Beiträgen des Kolloquiums zeigen, ein durchaus unterschiedliches Interesse für ihre Benennungen, seien sie nach den Raumordnungsplänen der Geografen oder der Institutionengeschichte von Kirche oder Wirtschaft angelegt. Vor allem aber haben sich Künstler und Schriftsteller immer wieder neu verortet. Als Beispiel sei der Kölner Nobelpreisträger Heinrich Böll genannt, der seine Preisverleihungsrede mit dem bemerkenswerten ‚nationalen‘ Bekenntnis schmückte, „Wenn dieses Land je so etwas wie ein Herz gehabt haben sollte, lags da, wo der Rhein fließt“¹⁸ und der dennoch zur Charakterisierung seiner Referenzregion alles das nannte, was gemeinhin nicht zur Selbstpositionierung im Chor regionaler Stereotype als Muster der rheinischen Mentalität festgelegt schien. Im Essay „Undines gewaltiger Vater“ hat er seinem Rhein ein Denkmal gesetzt und so etwas wie einen alternativen rheinischen Mikrokosmos entworfen. Sein Bild vom Rhein verleiht dem Strom und der gesamten Region einen melancholischen Zug, mit dem das vorschnelle Urteil über die rheinische Frohnatur zurückgewiesen und dem Strom alles abgesprochen wird, was ihn angeblich zum immerwährenden Spender von Lebenslust und Frohsinn macht. Dort erscheint der Strom, wie dies auch der bis zu seinem Tod in Köln lebende Niederrheiner Hanns Dieter Hüsch zu tun pflegte, aufgeteilt in Segmente, ab Köln als „Schnapstrinkerrhein“, der nichts mit der Weinseligkeit und Burgenverliebtheit vergangener Jahrhunderte zu tun hat, dem eher mit der Skepsis des erfahrenen Beschwägers zu begegnen ist:

„Ich bin bereit, dem Rhein alles zu glauben, nur seine sommerliche Heiterkeit habe ich ihm nie glauben können; ich habe diese Heiterkeit gesucht, aber nie gefun-

¹⁸ Böll (1973), S. 280.

den; vielleicht ist es ein Augenfehler oder ein Gemütsfehler, der mich hinderte, diese Heiterkeit zu entdecken. Mein Rhein ist dunkel und schwermütig.“¹⁹

Diesen Wandel der ideologischen und mentalen Belegungen galt es zu vermitteln. Eine Ausstellung zum Thema „Ganges Europas, heiliger Strom!“ Der literarische Rhein (1900-1933)“ im Jahre 2001 im Heine-Institut²⁰ zeigte, dass ein Blick auf die literarischen Rheineroberungen des 20. Jahrhunderts durchaus Erkenntnis versprechen, wenn man sie mit Pierre Noras Theorie des kulturellen Wandels und seiner Theorie der Überschreibung so liest, wie Autoren der Zeit den Rhein inszeniert haben: als ein weit weg vom historisch so wirkungsvollen romantischen Herzstück zwischen Bingen und Koblenz sich zu Wort meldendes „Rhein-Ruhrgebiet“, an das sich die Autoren der Region wie Wilhelm Schäfer, Detmar Heinrich Sarnetzki oder Karl Röttger – deren Nachlässe alle im Heine-Institut zu finden sind –, viel eher orientieren wollten als an der mit der Problemgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts behafteten Romantik.

Aus dieser Vielfalt des Wandels, die mit den dort vorhandenen Quellen belegt werden kann, ergaben sich einige Arbeitsschwerpunkte und eine spezifische Wissenschaftspraxis.

Das Heine-Institut war und ist aber nur eines der außeruniversitären Kulturträger, die mit dem An-Institut kooperieren, ja, gerade die Unterschiede im Interesse und in der Institutionengeschichte wurden gesucht. Das Ziel: der Arbeitskreis inszenierte ein umfangreiches Besuchsprogramm, um interessierten Wissenschaftlern eine professionelle und optimale Begegnung mit den Archiven, Museen und kulturtragenden Instituten der Region zu ermöglichen. Bisher gab es 39 Treffen, in denen jeweils im Sommer- und Wintersemester ein Archiv oder ein Museum besucht wurde, einschließlich eines jeweils im Vortragsform und Diskurs angegliederten wissenschaftlichen Themas, zu dem Referenten aus dem Arbeitskreis und darüber hinaus gewonnen wurden.

Die folgende exemplarische Liste der Besuchsziele offeriert ein breites Spektrum der Archiv-, Forschungs- und Museenlandschaft: WDR-Archiv, Uni-Archiv Bonn, Museum Schloss Moyland, Friedrich-Ebert-Stiftung, August-Macke-Haus Bonn, Otto Brües-Literatur-Haus der Stadt Krefeld, Rheinisches Landesmuseum, Rheinisches Archiv- und Museumsamt Brauweiler, EL-De Haus Köln und Mahn- und Gedenkstätten Düsseldorf, Historisches Archiv der Stadt Köln: Dies nur ein kleiner Katalog der Institutionen, mit denen nicht nur der Archivbestand und die Arbeitsweise eruiert wurden, sondern durch die sich auch oftmals eine Kooperation dauerhaft anlegen ließ, denn die überaus interessierte Antwort auf die Anfragen des Arbeitskreises hatten auch praktische Folgen. Man machte sich mit den Leitern der Einrichtungen bekannt und fand Interesse aneinander. Eine Zusammenarbeit nicht zuletzt mit einer Universität, wie sie mit der Etablierung des An-Instituts gelang, erwies sich für viele der besuchten Häuser als durchaus reizvolle Vernetzung. So rekrutiert sich die Zahl der annähernd hundert festen Mitglieder und einem gleich großen Interessentenkreis außer aus Forschern unter-

¹⁹ Böll (1967), S. 201.

²⁰ Brenner/Cepl-Kaufmann/Kortländer (2001).

schiedlicher universitärer Fächer und Hochschulen des Landes vor allem aus den Leitern von kulturhistorisch definierten Einrichtungen.

Dass Archive nicht nur die Welt von gestern bunkern, die Treffen also durchaus die aktuelle Entwicklung der Archiv- und Museumslandschaft wahrnehmen, zeigen die jüngsten Besuche im Max Ernst Museum in Brühl oder im „Archiv für den internationalen Kunsthandel“ in Köln. Dort ließen sich am Beispiel eines Briefwechsels zwischen Max Ernst und dem in der Kölner Nachkriegsszene führenden Galeristenehepaar Stünke die Probleme nachzeichnen, die der in Amerika lebende Künstler mit seiner rheinischen Vergangenheit hatte. Ein Treffen im Wintersemester 2006/07 fand in der Arp-Sammlung der Stiftung Bahnhof Rolandseck statt. Dort referierte, bevor den Teilnehmern des Treffens die Schätze des Hauses, die Schwerpunkte der Sammlungstätigkeit und die Bestände des Archivs vorgeführt wurden, der Kölner Dada-Forscher, ehemaliger Redakteur des WDR und Präsident des Internationalen Kunstkritiker-Verbandes, Walter Vitt. Ausgehend von bisher unbekanntem Gedichten aus dem Nachlass von Tristan Tzara widmete er sich dem Thema „Johannes Theodor Baargeld verdexelt Hans Arp und auch die Dadaisten Max Ernst und Louise Straus-Ernst“. Der Tag endete mit einer durch Tunnel und Leitern zum Abenteuerausflug werdenden Besichtigung des architektonisch reizvollen Neubaus, der mit der Eröffnung dem Arp-Museum weltweiten Glanz sichern wird. Fazit: Langeweile kommt bei den Arbeitskreistreffen nicht auf!

Der Arbeitskreis expandiert nicht nur quantitativ, sondern auch topografisch und in seiner Zielsetzung. Seit einigen Jahren besteht ein überaus reger Austausch mit dem „Centre national de littérature“ im luxemburgischen Mersch. Eine Zusammenarbeit mit dem an der Universität Duisburg etablierten Lehrstuhl zur Erforschung der Rhein-Maas-Region und die Vernetzung mit der Arbeit der „Niederrhein-Akademie“ zeigen die mögliche Potenzierung der eigenen Tätigkeit. Durch das Kolloquium „Kulturtheorie und Region“ ergab sich, wie angedeutet, ein Regionenvergleich, bei dem sowohl die historische Szene als auch die Forschungen, einschließlich der theoretischen und praktischen Prämissen einbezogen waren, so etwa bei einer Einladung ins französische Forbach zum Kolloquium „Grenzverschiebungen“, veranstaltet von der Universität Saarbrücken und dem dortigen An-Institut „Literaturarchiv Saar-Lor-Lux“, das seinerseits eine vergleichende Erforschung der Literaturgeschichte des Saarlandes, von Lothringen und Luxemburg betreibt. Die Zusammenarbeit mit einem an der Universität Konstanz angesiedelten Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Literatur am Oberrhein, großzügig von der oberschwäbischen Energiewirtschaft finanziert, erbrachte einen produktiven Diskurs, der in einer DFG-finanzierten Tagung in Metz im Sommersemester 2007 fortgesetzt wurde. Dort ging es um einen internationalen Vergleich der Regionenforschung, an der auch nordamerikanische Universitäten beteiligt waren. Im Auftaktvortrag wurde das Düsseldorfer Modell einer komparatistischen, interdisziplinären regionalen Forschung vorgestellt.

In seine bisher erkennbare zeitliche Festlegung der Forschungen des An-Institutes auf das 20. Jahrhundert kommt Bewegung: das 2006 von der DFG finanzierte Kolloquium über „Konstruktionsprozesse der Region“ hat auch die Voraussetzungen der Moderne mit einem Blick auf die Entwicklung regionaler Identität und ihrer Bedingungen im 19. Jahrhundert einbezogen.

Wissenschaft und Öffentlichkeit miteinander zu vernetzen, gelingt in besonderer Weise bei Kolloquia. Seit Anbeginn zählt es deshalb zur Praxis des Instituts, diese Form wissenschaftlicher Öffentlichkeit zu praktizieren. Kolloquia fanden an der RWTH Aachen, in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Aachen, beim Landschaftsverband Rheinland und in der „Brücke“ in Köln, die meisten an der Heinrich-Heine-Universität statt. Themenschwerpunkte der Tagungen und der jeweiligen Kolloquiumsberichte²¹ der vergangenen Jahre waren:

- Kulturförderer und Mäzenaten der rheinischen Moderne
- Moderne und Nationalsozialismus
- Öffentlichkeit und Moderne in der Nachkriegszeit
- Das Rheinland und die europäische Moderne. Kulturtransfer im westlichen Europa
- Das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg
- Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland
- Konstruktionsprozesse der Region. Ein internationaler Vergleich der Forschungen zur regionalen Kulturgeschichte
- Aspekte der Wissenschaftsgeschichte im Rheinland

In den letzten Jahren hat sich die Ausstellungstätigkeit vermehrt und zu einer wesentlichen Form der Vermittlung der Arbeiten zur Kulturgeschichte des Rheinlandes und besondere Praxis des An-Instituts entwickelt. Im Jahre 2000 zeigte die Kunsthalle in Köln die Ausstellung „Zeitgenossen. August Sander und die Kunstszene der 20er Jahre im Rheinland“.²² Im Kontext dieser Ausstellung veranstaltete der Arbeitskreis ein Kolloquium zum Thema in den Räumen der „Brücke“. Am üppigen Katalog der international beachteten Ausstellung über August Sander, den die Amerikaner immerhin der Auszeichnung als bester Fotograf des 20. Jahrhunderts für würdig hielten, stammte ein Großteil der Beiträge aus der Feder von Mitgliedern des Arbeitskreises „Moderne im Rheinland“. Anne Ganteführer-Trier, Vorstandsmitglied des Vereins, Kunsthistorikerin und Fotoexpertin, hat die Ausstellung kuratiert und ihr ein methodisches Konzept unterlegt, das im Arbeitskreis als konsensfähig gilt. Sie zeigte nicht nur die Fotoobjekte, die Sander mit seinem „Mappenwerk“ als systematische fotografische Erfassung des „Menschen des 20. Jahrhunderts“ geschaffen hat, sondern stellte die vielfältigen Aktivitäten des Künstlers in den Kontext der kulturellen und politischen Szene, die das Rheinland dieser Zeit zu einer viel beachteten Kulturlandschaften in Deutschland, aber auch in Europa machte. Selbst die heute fleißig gepflegten rhetorischen Geplänkel der Städte-„Feindschaft“ Köln-Düsseldorf erwiesen sich damals als brüchig, denn tatsächlich hat die Galerieszene zwischen Karl Nierendorf in Köln und Alfred Flechtheim und Mutter Ey in Düsseldorf geboomt. Der seinerzeit in Düsseldorf lebende Otto Dix wurde in Köln ebenso vermarktet wie der in Kölner Dadakreisen lebende Max Ernst in Düsseldorf.

²¹ Breuer (1994), Breuer/Cepl-Kaufmann (1997), Breuer/Cepl-Kaufmann (2000), Arbeitskreis (1999), Breuer/Cepl-Kaufmann (2005), Breuer/Cepl-Kaufmann (2008), Cepl-Kaufmann (2008), Cepl-Kaufmann/Mölich (2008).

²² Vgl. dazu den umfangreichen Begleitband und Katalog: SK Stiftung Kultur Köln (2000).

Der Festakt zur Eröffnung des An-Instituts in den Vortragräumen der Universitätsbibliothek im Jahr 2000 war begleitet von einer ersten Ausstellung im Foyer der Bibliothek. Dort wurde, analog zum Schwerpunktthema des Arbeitskreises, eine weitgehend aus Beständen des Universitätsmagazins und -archivs zusammengestellte Schau gezeigt, die, oft als rhetorische ideologische Schlacht nach dem Krieg inszeniert, die aufgeheizte Atmosphäre im besetzten Rheinland spiegelte. Dieses Feindbild vermittelte der provokative Titel, bzw. das Titelzitat: „Deutscher Rhein – Fremder Rosse Tränke?‘ Das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg“.

Die bereits erwähnte Ausstellung „Ganges Europas“ wurde unter dem Titel „Der eiserne Rhein“ nach der Ausstellungsphase am Originalschauplatz im Heinrich-Heine-Institut zu einer Wanderausstellung weiterentwickelt, zunächst im Foyer des Landtages NRW und danach noch in mehreren Städten präsentiert, in Frankfurt 2002 übrigens begleitet von einem Kolloquium, bei dem das Institut als Kooperationspartner des „Instituts für Stadtgeschichte“ firmierte.²³ Nicht zuletzt wurde sie im Jahre 2003 am „Tag der Forschung“ in der Heinrich-Heine-Universität gezeigt, begleitet von einem kleinen Vortragsprogramm und einer studentischen Initiative, bei der eine szenisch-akustische Inszenierung das Werk einer der zentralen Persönlichkeiten der damaligen kulturellen Szene im Rheinland würdigte: den bereits genannten Schriftsteller und Redakteur der renommierten Frankfurter Zeitung, Reisereporter und Präsident der europäischen Quäker-Bewegung, Spezialist für die volkswirtschaftliche und kulturelle Leitung von Ausstellungen, der mit Düsseldorf wie Köln vielfach verbundene Alfons Paquet.

Jüngstes Produkt im Ausstellungsprogramm des An-Instituts: Die Schau: „Krieg und Utopie. Kunst, Literatur und Politik im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg“. Vermittelt wurden der Kulturschock, den der Erste Weltkrieg bedeutete, aber auch die spirituellen Tendenzen der Zeit, die Gemeinschaftsutopien, die unmittelbar nach dem Krieg gerade in dieser Region blühten: z. B. die Siedlung „Freie Erde“ in Düsseldorf-Eller, die sich in ihrem Leitsatz, den sie bekennerisch auf einem überdimensionalen Findling am Eingang ihrer Wohngemeinschaft angebracht hatte, auf den Anarchisten Gustav Landauer bezog, der von seiner Tätigkeit als Dramaturg am Düsseldorfer Schauspielhaus und Redakteur der Theaterzeitschrift „Die Masken“ aus als Protagonist in die Münchner Räterepublik ging und der dort nach seiner Festnahme auf dem Gefängnishof in Stadelheim von Weißgardisten erschlagen wurde. Mit seiner messianischen Gemeinschaftsidee und seiner am Kropotkin'schen Anarchismus der „Gegenseitigen Hilfe im Tier- und Menschenreich“ geschulten politischen Idee wirkte er in der nach Heilslehren schwangeren Luft besonders im Rheinland weiter. Zu sehen war der Holzschnitt „Rosa Luxemburg“, ein Madonnenantlitz, wie es der Kölner Künstler Franz W. Seiwert malte, und als Pendant dazu ein Gedicht des Düsseldorfer Künstlers Otto Pankok „An Rosa Luxemburg“. Die Apokalypse des Krieges wurde u. a. mit Schützengrabenbildern von Otto Dix und mit Totentanzadaptionen aus der Sammlung der Heinrich-Heine-Universität angereichert. Gedichte aus dem Schützengraben von rheinischen Autoren, eindrucksvoll auf Pergamenttransparente gedruckt, vermittelten

²³ Vgl. Piecha/Brenner (2003).

den Krieg als die Menschheitsverletzung schlechthin und als Urkatastrophe der Neuzeit. Die Ausstellung ist eine Gemeinschaftsproduktion des An-Instituts „Moderne im Rheinland“ mit dem Historischen Seminar der Heinrich-Heine-Universität. Die Beiträge des Begleitbandes zur Ausstellung stammen auch bei diesem Projekt weitgehend aus der Feder von Mitgliedern des Arbeitskreises²⁴. Der ersten Station in der Bunkerkirche in Düsseldorf-Heerdt folgte eine weitere Ausstellungsphase im kleinen, aber renommierten Siebengebirgsmuseum der Stadt Königswinter, mit dem An-Institut und Arbeitskreis schon lange kooperieren. Im Jahre 2008 wird die Ausstellung in das gemeinsam mit französischen Kollegen von Gerd Krumeich für eine unmittelbar am Kriegsschauplatz an der Somme gelegene Kleinstadt angeregte und unter modernsten museumsdidaktischen Kriterien etablierte „Historial de la Grande Guerre“ nach Peronne gehen.

Zur Nachwuchsförderung veranstaltet werden archivpraktische Seminare, aus denen heraus Ausstellungen und Studierendenkolloquia erwachsen. Das Wissenschaftsministerium, das die Vorbereitung der Anerkennung als An-Institut seinerzeit in die Wege leitete, hat von Anbeginn die Interessen des Arbeitskreises, gezielte Nachwuchsförderung zu betreiben, unterstützt und in seinen Vereinssatzungsentwurf, der ganz wesentlich vom damaligen *spiritus rector* Werner Joel entworfen und in der Umsetzung begleitet wurde, aufgenommen. In Laufe der Zeit haben sich verschiedene, sich ergänzende und aufeinander aufbauende Förderkonzepte entwickeln lassen. Sie werden als besondere Veranstaltungen angeboten. Die Seminare mit integrierter Ausstellung nutzen die durch die Aktivitäten des An-Institutes geschaffene Infrastruktur, um Studierende an Archive herauszuführen und die Häuser als Forum für Studierendenausstellungen zu nutzen. Nicht zuletzt erhalten interessierte Studierende dort ohne Probleme die Möglichkeit, ein Praktikum zu absolvieren. Studierendenkolloquia und Archivseminare mit integrierten Ausstellungen fanden in Zusammenarbeit mit dem Heinrich-Heine-Institut, dem Theatermuseum der Stadt Düsseldorf, dem Universitätsarchiv, dem Fritz-Hüser-Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur in Dortmund, dem Otto Brües-Literaturhaus der Stadt Krefeld, dem Museum Villa Erckens in Grevenbroich und dem Haus des Karnevals in Düsseldorf statt.

Gerne kooperiert der „Arbeitskreis zur interdisziplinären Erforschung der Moderne im Rheinland“ mit dem „Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte“, nicht zuletzt um die Ansätze zur Erforschung von Wissenschaft miteinander zu vernetzen.

Literatur

1. Arbeitskreis (1999): Arbeitskreis Moderne im Rheinland (Hrsg.), Juni. Magazin für Literatur und Politik, Sonderheft 29 (1999).
2. Böll (1967): Heinrich Böll, Heimat und keine, in: Heinrich Böll, Aufsätze – Kritiken – Reden, Köln 1967.

²⁴ Cepl-Kaufmann/Krumeich/Sommers (2006). Jasmin Grande war Mitkuratorin an den Ausstellungs-orten Königswinter und Peronne.

3. Böll (1973): Heinrich Böll, Rede zur Verleihung des Nobelpreises am 10.12.1972 in Stockholm, in: Heinrich Böll, Neue politische und literarische Schriften, Köln 1973, S. 280-282.
4. Bourdieu (1992): Pierre Bourdieu, Les règles de l'art. Genèse et structure du champ littéraire, Paris 1992 .
5. Brenner/Cepl-Kaufmann/Kortländer (2001): Sabine Brenner, Gertrude Cepl-Kaufmann, Bernd Kortländer, „Ganges Europas, heiliger Strom!“ Der literarische Rhein (1900-1933). Begleitband zur Ausstellung im Heinrich-Heine-Institut 2001, Düsseldorf 2001.
6. Breuer (1994): Dieter Breuer (Hrsg.), Die Moderne im Rheinland. Ihre Förderung und Durchsetzung in Literatur, Theater, Musik, Architektur, angewandter und bildender Kunst 1900-1933. Vorträge des Interdisziplinären Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland, Köln 1994.
7. Breuer/Cepl-Kaufmann (1997): Dieter Breuer, Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Moderne und Nationalsozialismus. Vorträge des interdisziplinären Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland, Paderborn 1997.
8. Breuer/Cepl-Kaufmann (2000): Dieter Breuer, Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Öffentlichkeit der Moderne. Die Moderne in der Öffentlichkeit. Das Rheinland 1945-1955. Vorträge des Interdisziplinären Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland, Essen 2000.
9. Breuer/Cepl-Kaufmann (2005): Dieter Breuer, Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), „Deutscher Rhein fremder Rosse Tränke?“ Symbolische Kämpfe um das Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, Essen 2005.
10. Breuer/Cepl-Kaufmann (2008): Dieter Breuer, Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Das Rheinland und die Europäische Moderne, Essen 2008 (im Druck).
11. Cepl-Kaufmann (2008): Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Jahrtausendfeiern und Befreiungsfeiern im Rheinland, Essen 2008 (im Druck).
12. Cepl-Kaufmann/Krumeich/Sommers (2006): Gertrude Cepl-Kaufmann, Gerd Krumeich, Ulla Sommers (Hrsg.), Krieg und Utopie. Kunst, Literatur und Politik im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg, hrsg. in Zusammenarbeit mit Jasmin Grande, Essen 2006.
13. Cepl-Kaufmann/Mölich (2008): Gertrude Cepl-Kaufmann, Georg Mölich (Hrsg.), Konstruktionsprozesse der Region in europäischer Perspektive – kulturelle Raumprägung im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 2008 (im Druck).
14. Ditt/Tenfelde (2007): Karl Ditt, Klaus Tenfelde (Hrsg.), Das Ruhrgebiet in Rheinland und Westfalen. Koexistenz und Konkurrenz des Raumbewusstseins im 19. und 20. Jahrhundert, Paderborn 2007.
15. Grimm/Kortländer (2001): Gunther Grimm, Bernd Kortländer, „Rheinisch“. Zum Selbstverständnis einer Region, Stuttgart 2001.
16. Heydebrand (1983): Renate von Heydebrand, Literatur in der Provinz Westfalen 1815-1945. Ein literar-historischer Modellentwurf, Münster 1983.
17. Jurt (1995): Joseph Jurt, Pierre Bourdieu: Das literarische Feld. Das Konzept Pierre Bourdieus in Theorie und Praxis, Darmstadt 1995.

18. Kramer (2006): Andreas Kramer, Regionalismus und Moderne. Studien zur deutschen Literatur 1900-1933, Berlin 2006.
19. Kühne (2000): Thomas Kühne, Die Region als Konstrukt. Regionalgeschichte als Kulturgeschichte, in: James Retallack (Hrsg.), Sachsen in Deutschland. Politik, Kultur und Gesellschaft 1830-1918, Bielefeld 2000 (= Studien zur Regionalgeschichte, 14), S. 253-263.
20. Küster (2002): Thomas Küster (Hrsg.), Themenschwerpunkt „Regionale Identitäten in Westfalen seit dem 18. Jahrhundert“, Münster 2002 (= Westfälische Forschungen 52).
21. Lohauß (1995): Peter Lohauß, Moderne Identität. Gesellschaftliche Theorien und Konzepte, Opladen 1995.
22. Luhmann (1990): Niklas Luhmann, Identität – was oder wie?, in: Niklas Luhmann, Soziologische Aufklärung. Bd. 5, Konstruktivistische Perspektiven, Opladen 1990.
23. Paquet (1929/30): Alfons Paquet, Die Rhein-Ruhr-Stadt, Hochland. Monatsschrift für alle Gebiete des Wissens, der Literatur und Kunst 29 (1929/30), S. 385-396.
24. Piecha/Brenner (2003): Oliver M. Piecha, Sabine Brenner (Hrsg.), „In der ganzen Welt zu Hause“. Tagungsband Alfons Paquet, Düsseldorf 2003.
25. Schmitz (2008): Walter Schmitz, ‚Gedachte Ordnung‘ – ‚erlebte Ordnung‘: Region als Sinnraum. Thesen und mitteleuropäische Beispiele, in: Cepl-Kaufmann/Mölich (2008) (im Druck).
26. Seiwert (1934): Franz Wilhelm Seiwert, Rede zur Eröffnung der Ausstellung der „Rheingruppe“ in Düsseldorf am 30. August 1930, in: Gerd Arntz, August Schinkel (Hrsg.), f. w. seiwert. gemälde, grafik, schriften, Prag 1934.
27. SK Stiftung Kultur Köln (2000): Photographische Sammlung, SK Stiftung Kultur Köln (Hrsg.), Zeitgenossen. August Sander und die Kunstszene der 20er Jahre im Rheinland, Göttingen 2000.
28. Spangenberg (1994): Peter Michael Spangenberg, Einheiten in der Differenz? in: Waldemar Bossong et al. (Hrsg.): Westeuropäische Regionen und ihre Identität, Mannheim 1994, S. 134-151.
29. Ulbricht (2008): Justus Ulbricht, „Wartburg-Weimar-Lebensgefühl“ oder: In „deutscher Mitte“. Zur Konstruktion einer imaginären Region in wirklicher Landschaft, in: Cepl-Kaufmann/Mölich (2008) (im Druck).

Das Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte an der RWTH Aachen. Personen – Projekte – Perspektiven

Dominik Groß und Gereon Schäfer

1. Einleitung: Vorgeschichte und Gründungsphase

Die Gründung des „Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte“ (AKWG) erfolgte am 6. September 2006. Ausgangspunkt war die gemeinsame Überzeugung der Initiatoren, dass die professionelle Auseinandersetzung mit der historischen Dimension von Wissenschaft(en) gerade an einer Technischen Hochschule eine unverzichtbare Ergänzung des technisch bzw. naturwissenschaftlich geprägten Umgangs mit der Welt darstellt. Intendiert war hierbei der Aufbau einer Fächer und Institutionen übergreifenden Einrichtung zur Bündelung der an der RWTH vorhandenen wissenschaftshistorischen Kompetenzen.



Die von Dominik Groß angestoßene und mit einer großzügigen Anschubfinanzierung durch das Rektorat der RWTH Aachen versehene Initiative verfolgt das erklärte Ziel, den interdisziplinären Austausch zu fördern und durch so gewonnene Synergieeffekte innovative, ertragreiche und gesellschaftlich relevante Forschungsvorhaben auf den Weg zu bringen (vgl. nebenstehende Abbildung 1: Logo des AKWG).

Darüber hinaus soll die in den beteiligten Einrichtungen bestehende Veranstaltungs- und Lehrtätigkeit Impulse aus dem Zusammenwirken der einzelnen Subdisziplinen erhalten, damit das Fach Wissenschaftsgeschichte in der universitären Landschaft künftig, seiner potentiellen Bedeutung entsprechend, stärker repräsentiert ist. Die Aktivitäten in Forschung und Lehre sollten sich auf allgemeine wissenschaftshistorische Fragestellungen sowie im Speziellen auf medizin-, technik- und naturwissenschaftsgeschichtliche Untersuchungsgegenstände richten.

Zu diesem Zweck wurden im Herbst 2006 zwei fachlich und in interdisziplinärer sowie internationaler Kooperation und Koordination erfahrene Wissenschaftshistoriker eingestellt, die als verantwortliche Geschäftsführer den Aufbauprozess leiten und sich um eine weitgehende Vernetzung bemühen sollten. Zu ihren Aufgaben gehört(e) es außerdem, mittels organisatorischer, koordinierender und kreativer Unterstützung gemeinsame Aktivitäten in Lehre und Forschung in der Wissenschaftsgeschichte anzustoßen. Zudem kam gerade in der Anfangsphase einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit besondere Bedeutung zu (u. a. Konzeption sowie Gestaltung des Corporate Designs und eines Internetauftritts, Bereitstellung und Verbreitung von Informationsmaterial, Bekanntgabe der Gründung innerhalb der Scientific Community mit Kooperationsangeboten).

Zugleich wurde im September 2006 ein Direktorium bestellt, welchem die zwölf Gründungsmitglieder des AKWG angehören.

2. Personelle Zusammensetzung des AKWG: Direktorium und Fachkoordinatoren

Dem Direktorium des AKWG gehören zwölf Professoren aus sechs unterschiedlichen Fakultäten der RWTH Aachen an. Als *Sprecher* fungiert Univ.-Prof. Dr. med., med. dent. et phil. Dominik Groß (Institut und Lehrstuhl für Geschichte, Theorie & Ethik der Medizin, Fakultät 9). Zu *Stellvertretern des Sprechers* wurden Univ.-Prof. Dr. phil. Walter Kaiser (Lehrstuhl für Geschichte der Technik, Fakultät 6) und Frau Univ.-Prof. Dr. phil. Christine Roll (Lehr- und Forschungsgebiet Geschichte der Frühen Neuzeit, Fakultät 7) bestimmt. Weitere *Mitglieder* des Direktoriums sind Univ.-Prof. Dr. phil. Raban Haehling von Lanzenauer (Lehrstuhl für Alte Geschichte, Fakultät 7), Univ.-Prof. Dr. phil. Armin Heinen (Lehrstuhl für Neuere Geschichte, Fakultät 7), Univ.-Prof. Dr. phil. habil. Geert Keil (Lehrstuhl für Theoretische Philosophie, Wissenschaftstheorie, Fakultät 7), Univ.-Prof. Dr. phil. Max Kerner (Lehrstuhl für Mittlere Geschichte, Fakultät 7), Univ.-Prof. em. Dr. phil. Dietrich Lohrmann (Lehrstuhl für Mittlere Geschichte, Fakultät 7), Univ.-Prof. Dr. phil. Michael A. Marksches (Lehrstuhl für Kunstgeschichte, Fakultät 2), Univ.-Prof. em. Dr. rer. nat. Walter Oberschelp (Lehrstuhl für Informatik 7, Ideengeschichte der Informatik, Fakultät 1), Univ.-Prof. Dr. rer. nat. Dr. h. c. Wolfgang Thomas (Lehrstuhl für Informatik 7, Ideengeschichte der Informatik, Fakultät 1) sowie Univ.-Prof. Dr. phil. Paul Thomes (Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Fakultät 2).

Darüber hinaus wurden für sieben Bereiche Fachkoordinatoren bestimmt. Derzeit sind dies Dr. phil. David Engels, M.A. (Alte Geschichte), Dr. phil. Andreas Gormans (Kunstgeschichte), Dr. med. dent. Gereon Schäfer (Medizingeschichte), Monika Gussone, M.A. (Mittlere Geschichte), Monika Röther, M.A. (Neuere Geschichte), Catarina Caetano da Rosa, M.A. (Technikgeschichte) und Dr. rer. pol. Christoph A. Rass (Wirtschafts- und Sozialgeschichte).

3. Das Selbstverständnis des AKWG

Das Direktorium des AKWG verständigte sich im Rahmen der ersten Sitzungen seines Bestehens auf folgendes Selbstverständnis:

*Wissenschaftsgeschichte – Zur Beschreibung des Selbstverständnisses
des Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte*

Grundsätzlich gibt es zwei Definitionen von Wissenschaftsgeschichte: In einem engeren Verständnis als Science wird darunter die Geschichte der Naturwissenschaft, der Technik und der Medizin begriffen, von Disziplinen, die sich mit der nicht-geistigen „Objektwelt“ auseinandersetzen.

In einem weiteren Sinne wird Wissenschaftsgeschichte verstanden als die Geschichte der spezifischen Art und Weise der überprüfbaren Auseinandersetzung mit der Welt, unter Einschluss des Menschen als geistiges Wesen. In dieser Konzeption ist der Mensch selbst Gegenstand wissenschaftlicher Reflexion. Das Besondere an den Geistes- und Sozialwissenschaften ist die Selbstreflexivität von Wissen, denn die Ergebnisse der Wissenschaft verändern die Welt des Menschen. Diese zweite Definition favorisieren wir – als spezifischen Beitrag Aachens zur aktuellen wissenschaftsgeschichtlichen Diskussion.

Die Geschichte der Wissenschaft beginnt als Geschichte der Geisteswissenschaft (Philosophie, Mathematik, Geografie). Moderne Naturwissenschaften dagegen, mit Ausnahme der Astronomie, bilden sich erst mit der Renaissance und der wissenschaftlichen Revolution des 17. Jahrhunderts heraus. Eine breitere Definition der Wissenschaftsgeschichte, wie oben befürwortet, kann daher als Legitimation auf den Ursprung verweisen. Der Anspruch auf die Einheit der Wissenschaften soll demnach das Kennzeichen des Aachener Kompetenzzentrums Wissenschaftsgeschichte sein.

Moderne Gesellschaften begreifen sich selbst als Wissensgesellschaften, und zwar nicht nur im Sinne einer bloßen Vermehrung des Wissens, sondern im Sinne eines wissenschaftlich fundierten Zugangs zu Wissen. Wissenschaft sichert die Verlässlichkeit von Wissen und ist die nicht hintergebbare Basis für gesellschaftliche Innovation.

Wissenschaftsgeschichte thematisiert die Herausbildung spezifischer Wissenskulturen, die a) die Moderne in besonderer Weise prägen und b) nach gesellschaftlichen und institutionellen Kontexten variieren. Was wir deshalb bewusst nicht anstreben, ist eine Wissenschaftsgeschichte als isolierte Geschichte wissenschaftlicher Erfindungen oder eine Disziplinengeschichte im engeren Sinne. Uns geht es um die Wechselwirkungen von Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft und Politik, konkret:

- *um die Klärung sozialer und kultureller Bedingungen für die Entstehung von Wissenschaft,*
- *um Wissenschaft als soziale Organisation,*
- *um gesellschaftliche Zuschreibungen der Leistungen von Wissenschaft für die Gesellschaft (Erwartungen an Wissenschaft und Vertrauen auf Wissenschaft),*
- *um die Aneignungen der von den Wissenschaften bereitgestellten Denkfiguren und Artefakte in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik.*

Im Sinne einer notwendigen Beschränkung des Erklärungsanspruchs und zugleich einer schärferen Konturierung der Leistungsfähigkeit von Wissenschaft bedarf es einer Selbstreflexion auf Genese und Reichweite wissenschaftlicher Aussagen. Dieses leistet das AKWG, indem es kulturelle, soziale, wirtschaftliche und politische Kontexte von Wissenschaft in die Diskussion einbringt, den Ort der Wissenschaft in der jeweiligen Gesellschaft beschreibt und Wissenschaft als produktive Auseinandersetzung mit der Umwelt erfahrbar macht.

Zur Bedeutung interdisziplinärer Zusammenarbeit:

In den letzten Jahren sind die Fächergrenzen, die sich über einen langen Zeitraum herausgebildet haben, weggefallen; fruchtbare Fragestellungen werden interdisziplinär angegangen. Das AKWG mit seinem ganzheitlichen Anspruch reagiert darauf: Die Überschreitung der Fächergrenzen erfordert neue Formen der Zusammenarbeit. In diesem Sinne führt das AKWG Forschungskompetenzen zur Etablierung von Forschergruppen und Graduiertenkollegs zusammen – organisatorisch und in Drittmittelanträgen, es berät bei der Entwicklung von Einzelanträgen (Stipendien, Graduiertenförderung) und es versteht sich als Vermittler von Forschungskompetenz an die Öffentlichkeit.

4. Wissenschaftliche Veranstaltungen

4.1 Sitzungen

Seit Gründung des AKWG finden regelmäßig im Abstand von etwa sechs bis acht Wochen Sitzungen in der Bibliothek des Instituts für Geschichte, Theorie & Ethik der Medizin statt. In den bisher 14 Meetings wurden Fachkoordinatoren für die einzelnen Bereiche bestimmt (vgl. hierzu Kapitel 2), verschiedene Fördermöglichkeiten vorgestellt,

Fragen der Öffentlichkeitsarbeit (Pressemitteilungen, Berichte an Fachgesellschaften, Erstellung großformatiger Poster und Flyer) und des Aufbaus bzw. der Weiterentwicklung des Internet-Auftritts besprochen sowie konkrete Aktivitäten des AKWG diskutiert, so etwa die Durchführung von Kick-off-Workshops, die Einrichtung eines „Tags der Wissenschaftsgeschichte“, die Ausrichtung von Tagungen in Kooperation mit anderen Institutionen oder die Veröffentlichung von Buchprojekten. Daneben wurden neue Forschungsideen diskutiert, Projektgruppen initiiert und Berichte dieser Gruppierungen besprochen, neue Publikationen bzw. unveröffentlichte Forschungsergebnisse diskutiert und erste Erfolge bei der Drittmittelbeantragung vermeldet. Weitere Themen der vergangenen Monate waren die Evaluation des AKWG durch das Rektorat, dem sich alle Kompetenzzentren der RWTH regelmäßig unterziehen müssen. Hierfür wurde in der Sitzung vom 13. Juni 2007 ein 72-seitiger gebundener Rechenschaftsbericht mit einem umfangreichen Anhang vorgestellt. Zudem nehmen regelmäßig Gäste an den Sitzungen teil, so z. B. Gertrude Cegl-Kaufmann, die dem Arbeitskreis zur Erforschung der Moderne im Rheinland e. V. sowie dem An-Institut „Moderne im Rheinland – Institut zur interdisziplinären Erforschung der Kulturgeschichte der Region“ an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vorsteht¹ und zwei gemeinsame öffentliche Kolloquien anregte (vgl. hierzu Kapitel 4.4).

4.2 Workshops

Zu den frühen Maßnahmen des AKWG gehörte die Organisation von drei Kick-Off-Workshops; zur Teilnahme waren neben den Direktoriumsmitgliedern und Fachkoordinatoren des AKWG alle an wissenschaftshistorischen Fragestellungen interessierten Aachener Hochschullehrer und Nachwuchswissenschaftler aufgerufen. Die drei Auftaktveranstaltungen, die in kurzer zeitlicher Abfolge am 12. und 26. Oktober sowie am 20. November 2006 im „Institut für Geschichte, Theorie & Ethik der Medizin“ stattfanden, verfolgten mehrere Ziele: Sie sollten zunächst dem Kennenlernen der Teilnehmer und der Herausbildung eines gemeinsamen Verständnisses für die Disziplin Wissenschaftsgeschichte dienen. Darüber hinaus ging es darum, den Blick auf verschiedene Zugriffsweisen und Methoden zu schärfen und so mögliche neue wissenschaftliche Perspektiven und Handlungskompetenzen auszuloten. Die einzelnen, im Rahmen der Workshops vorgetragenen Projektideen sollten schließlich einen konkreten und zuverlässigen Überblick über die in Aachen vorhandenen Forschungs- und Interessenschwerpunkte geben. Auf der Grundlage der so bestimmten inhaltlichen und methodischen Schwerpunkte galt es, mögliche Synergien und Anschlussfähigkeiten für benachbarte Disziplinen ausfindig zu machen, um die nachfolgende thematische Festlegung auf erste gemeinsame Forschungsprojekte zu erleichtern (vgl. auch: www.akwg.rwth-aachen.de).

¹ Vgl. hierzu den Beitrag von Gertrude Cegl-Kaufmann und Georg Mölich in diesem Band.



Abbildung 2: Logo der AKWG-Homepage (www.akwg.rwth-aachen.de)

Im Rahmen der drei Kick-Off-Workshops präsentierten 27 Wissenschaftler insgesamt 45 Projektideen – Zahlen, welche die ursprünglichen Erwartungen der AKWG-Gründer bei weitem übertrafen und das Potential wissenschaftshistorischer Fragestellungen und Initiativen an der RWTH Aachen offen legten. Die Themenstellung war weitestgehend frei; lediglich ein inhaltlicher Bezug zur Wissenschaftsgeschichte war vorgegeben, wobei wir in Aachen von einer eher weit gefassten Definition von Wissenschaftsgeschichte ausgehen (zum Selbstverständnis des AKWG vgl. Kapitel 3). Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass sich die Projektideen durch eine erhebliche thematische und methodische Vielfalt auszeichneten. Diese „Heterogenität“ erschwerte prima vista die Festlegung auf gemeinsame Projektinitiativen; andererseits bedeutete sie ein erhebliches kreatives Potential, das es am Beginn der gemeinsamen Tätigkeit als AKWG gezielt auszuschöpfen galt. Von den besagten 45 Projektideen wurden 32 Kurzdarstellungen in einem Proceedingsband veröffentlicht (vgl. Kapitel 6). Ferner erfolgte auf der Basis der Projektideen die Einrichtung von sieben Projektgruppen und zwei weiterer Projektinitiativen (vgl. Kapitel 5).

4.3 Symposium Tod und toter Körper

Im März 2007 beteiligte sich das AKWG an der Ausrichtung des interdisziplinären Symposions „Tod und toter Körper. Kulturelle, normative und pragmatische Aspekte im Umgang mit dem Tod und der menschlichen Leiche am Beispiel der klinischen Obduktion“. Das Symposium fand am 1. und 2. März im Gebäude MTI I der Medizinischen Fakultät der RWTH Aachen statt und wurde finanziell gefördert von der Volkswagen-Stiftung.

4.4 Kolloquien

Am 23. November 2007 und am 15. Februar 2008 richtete das AKWG gemeinsam mit dem „Arbeitskreis zur Erforschung der Moderne im Rheinland“ (Vorstand: Gertrude Cepl-Kaufmann) und dem Landschaftsverband Rheinland/Kulturabteilung (Fachstellenleiter: Georg Mölich) zwei Kolloquien aus. Dabei stand dem AKWG jeweils ein ganzer Nachmittag zur Präsentation seiner Forschungsideen zur Verfügung. Insgesamt wurden neben einem einführenden Vortrag über das Aachener Kompetenzzentrum zehn weitere Referate von AKWG-Mitgliedern zu unterschiedlichen wissenschaftshistorischen Themen gehalten.² Die Mehrzahl der Beiträge beider Tagungen sind im vorliegenden Buchband veröffentlicht.

² Vgl. hierzu auch das Vorwort dieses Bandes.

4.5 Tag der Wissenschaftsgeschichte

Auf Beschluss des Direktoriums findet jährlich ein „Tag der Wissenschaftsgeschichte der RWTH Aachen“ statt, der vom AKWG ausgerichtet wird und dessen Beiträge anschließend in Form eines Tagungsbandes publiziert werden. Der erste „Tag der Wissenschaftsgeschichte“ wurde am 14. Juni 2007 im Sammelbau für Maschinenwesen veranstaltet. Er widmete sich dem Thema „Visualisierungskonzepte in den Wissenschaften in Geschichte und Gegenwart“. Den insgesamt acht Referaten folgten jeweils anregende Diskussionen mit einem interdisziplinären Publikum, die der Geschäftsführer des AKWG Gerhard Müller-Strahl moderierte (vgl. hierzu auch Kapitel 6).

Der zweite Thementag zur Wissenschaftsgeschichte fand am 24. Juni 2008 statt und beschäftigte sich mit dem Rahmenthema „Gender schafft Wissen – Wissenschaft Gender“.

5. Etablierung von Arbeitsgruppen und Projektinitiativen

Im Dezember 2006 bzw. Januar 2007 konstituierten sich auf der Grundlage der in den Kick-off-Workshops vorgestellten Projektideen folgende sieben interdisziplinäre Arbeitsgruppen:

Gruppe 1 bildete sich um die Projektidee „Entwicklung der Robotik in der Medizin“. Beteiligte Wissenschaftler: Prof. Dr. Dr. Wolfgang Thomas (Informatik), Prof. Dr. Paul Thomes (Wirtschafts- und Sozialgeschichte), Catarina Caetano da Rosa, M.A. (Technikgeschichte).

Gruppe 2 formierte sich um die Projektidee „Sinnesphysiologie des Raumes – Wahrnehmungswandel in der Literatur am Beispiel von Raumdarstellung“. Beteiligte Wissenschaftler: Prof.’in Dr. Monika Fick (Literaturgeschichte) und Gerhard Müller-Strahl.

Gruppe 3 bildete sich um die Projektinitiative „Farbstrategien und Farbsemantiken in der Wissenskommunikation“. Beteiligte Wissenschaftler: Prof.’in Dr. Martina Heßler (Kultur- und Technikgeschichte) und Dominik Groß.

Gruppe 4 beschäftigt sich mit dem Thema „Die ‚Aneignungen‘ des Leichnams. Eine Dekonstruktion der Umgangsformen mit dem toten Körper in Rumänien und Deutschland im Übergang zur Postmoderne“. Beteiligte Wissenschaftler: Dominik Groß und Prof. Dr. Armin Heinen (Neuere Geschichte).

Gruppe 5 befasst sich mit der Projektidee „Die Konstruktion von NRW“. Beteiligte Wissenschaftler: Prof. Dr. Walter Kaiser (Technikgeschichte), Dominik Groß, Prof. Dr. Armin Heinen (Neuere Geschichte), Prof. Dr. Paul Thomes (Wirtschafts- und Sozialgeschichte).

Gruppe 6 beschäftigt sich mit der Idee „Frauen in den Wissenschaften und Künsten. Biographien, Selbstverständnis, Forschungen“. Beteiligte Wissenschaftler: Prof.’in Dr. Christine Roll (Geschichte der Frühen Neuzeit) und Prof. Dr. Michael A. Markschies (Kunstgeschichte).

Gruppe 7 setzt sich auseinander mit der Projektidee „Kartographie und Weltbild“. Beteiligte Wissenschaftler: Prof.’in Dr. Christine Roll (Geschichte der Frühen Neuzeit), Prof. Dr. Walter Oberschelp (Informatik) und Dr. David Engels (Alte Geschichte).

Zudem bildeten sich auf Initiative des AKWG unter der Federführung/Mitwirkung von AKWG-Mitgliedern drei weitere Projektinitiativen heraus, die bereits zu einer Drittmittelförderung führten:

Projektinitiative 1: „Leonardo da Vincis Hauptwerk zur Mechanik: Der Codex Madrid I“ (Prof. Dr. Dietrich Lohrmann [Mediävistik, AKWG] und Prof. Dr.-Ing. Dieter Weichert [Institut für Allgemeine Mechanik, RWTH Aachen]; Förderung: Stifter-Verband).

Projektinitiative 2: „Medizinhistorische Studien zu Weißdorn und Herzgespannkraut als Heilpflanzen“ (Domink Groß und Apotheker Peter Schantz [Bad Heilbrunn]; Förderung: Bad Heilbrunner Naturheilmittel).

Projektinitiative 3: „Tod und toter Körper“ (Domink Groß, Prof. Dr. Andrea Esser [Universität Marburg], Hubert Knoblauch [TU Berlin] und Brigitte Tag [Universität Zürich]; Förderung: Volkswagen-Stiftung).

6. Publikationen des AKWG

6.1 Proceedingsband

Der Anfang 2007 erschienene Proceedingsband gewährt in Form erweiterter, d. h. zwei- oder mehrseitiger Abstracts, Einblick in 32 von 45 Projektideen, die in den drei Kick-off-Workshops des Jahres 2006 vorgestellt wurden (vgl. Kapitel 4.2). Wenngleich es sich hierbei zunächst jeweils um eigenständige, in sich abgeschlossene Projektskizzen handelt, konnten sie folgenden zehn Bereichen zugeordnet werden. Betroffen sind die Themenfelder *Biographie*, *Der Mensch in seiner Bestimmtheit*, *Lebensende und Wissenschaft*, *Fassbarkeit der Wirklichkeit*, *Literatur und Künste als Quelle der Wissenschaftsgeschichte*, *Orte der Erinnerung*, *Hirngeschichten – Geschichten vom Gehirn*, *TechnikWissen*, *Wie funktioniert Wissenschaft?* und *Wissenschaftstheorie*.

Zitation:

Dominik Groß und Florian Steger (Hrsg.), Das Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte. Proceedings-Band zu den Kick-off-Workshops am 12.10., 26.10. und 20.11.2006, Aachen: Shaker 2007, 148 Seiten

Mit Beiträgen von Brunner, Jürgen / Caetano da Rosa, Catarina / Długajczyk, Martina / Eisermann, Benedict / Engels, David / Geis, Lioba / Groß, Dominik / Heinen, Armin / Heßler, Martina / Kaiser, Walter / Klein, Christian / Lohrmann, Dietrich / Marksches, Alexander / Müller, Sabine / Müller-Strahl, Gerhard / Nagel, Thomas T. / Oberschelp, Walter / Rötter, Monika / Roll, Christine / Schleinzler, Anika / Schüller, Marco / Steger, Florian / Steinmetzer, Jan / Stork, Sebastian W.

6.2 Buchband „Vom Bild zur Erkenntnis? Visualisierungskonzepte in den Wissenschaften“

Der vorliegende Buchband basiert auf dem ersten interdisziplinären „Thementag Wissenschaftsgeschichte“, den das Kompetenzzentrum am 14. Juni 2007 an der RWTH Aachen ausrichtete. Im Mittelpunkt der Analyse stehen Visualisierungskonzepte in den Wissenschaften. Besonderes Augenmerk wird hierbei der Ontologie des Bildes, dem Verhältnis von Bild und Wirklichkeit und dem Erkenntnis stiftenden Potential von Bildern in den Wissenschaften geschenkt. Darüber hinaus werden vor allem die Visualisierungsstrategien in den technischen Disziplinen und in der Medizin näher beleuchtet.

Neben den acht Referenten des Thementages konnten hierfür weitere Wissenschaftler des AKWG als Autoren gewonnen werden. In vier Kapiteln bzw. auf 285 Seiten beschäftigen sich insgesamt 15 Beiträge unter anderem mit verschiedenen Bildtheorien, analysieren Visualisierungsstrategien in Naturwissenschaften, Medizin und Technik und gehen Fragen nach dem Bild als Abbild von Wirklichkeit und dem Zusammenhang von Bild und Erkenntnis nach. Die vorgestellten Beiträge belegen die Vielschichtigkeit des Phänomens „Visualisierung“, aber auch die Bedeutung des interdisziplinären Austausches bei der Bearbeitung wissenschaftshistorischer und -theoretischer Fragestellungen. Es handelt sich um den ersten Band der neuen Buchreihe „Studien des Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte“. Der Band erschien zugleich als Online-Publikation.

Zitation:

Dominik Groß und Stefanie Westermann (Hrsg.), Vom Bild zur Erkenntnis? Visualisierung in den Wissenschaften (= Studien des AKWG, 1), Kassel: kassel university press, 2007, 285 Seiten

Mit Beiträgen von Dlugaczky, Martina / Engels, David / Geis, Lioba / Groß, Dominik / Kaiser, Walter / Marksches, Alexander / Müller, Sabine / Müller-Strahl, Gerhard / Oberschelp, Walter / Roll, Christine / Schäfer, Gereon / Westermann, Stefanie

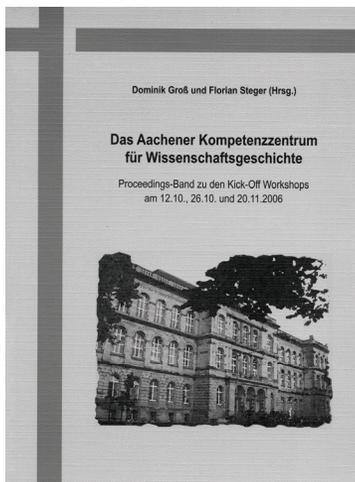


Abbildung 3: Proceedingsband



Abbildung 4: Vom Bild zur Erkenntnis?

Band 3 der Buchreihe mit dem Titel „Die Konstruktion von Wissenschaft“ ist bereits im Druck.

6.3 Evaluationsbericht (unveröffentlicht)

Der Bericht umfasst das erste Jahr nach der Gründung des AKWG und gibt Rechenschaft für die Ziele, Aktivitäten und bisherigen Ergebnisse des Kompetenzzentrums.

Zitation:

Dominik Groß, Bericht des Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte (AKWG) – Report of the Centre for the History of Science (Aachen

2007, 72 S., unveröffentlicht, unter der Signatur 707:EG-GROS2 im Präsenzbestand der Bibliothek des Instituts für Geschichte, Theorie & Ethik der Medizin der RWTH Aachen geführt)

7. Ausblick: Weitere Vorhaben des AKWG

Wie dargestellt, konnten in den vergangenen Monaten mehrere interdisziplinäre Projektgruppen gebildet und Kooperationen eingegangen werden. Im Sinne einer nachhaltigen Förderung der interdisziplinären Zusammenarbeit an der RWTH Aachen soll der begonnene Prozess fortgesetzt und intensiviert werden. Das AKWG mit seiner interfakultären Ausrichtung kann unseres Erachtens einen merklichen Beitrag leisten zur Zielvorgabe der RWTH, im Rahmen der Exzellenzinitiative „die Rolle der Naturwissenschaften, der Geistes- und Sozialwissenschaften, der Wirtschaftswissenschaften und der Medizin im Verhältnis zu den Ingenieurwissenschaften so zu definieren und zu entwickeln, dass eine wissenschaftlich und technologisch innovative interdisziplinäre Zusammenarbeit möglich wird“.

Die mittelfristige Planung des AKWG sieht dementsprechend vor, die verschiedenen Arbeitsgruppen auf der Grundlage der derzeit geleisteten Vorarbeiten zu einer übergreifenden Forschungsinitiative zusammenzuführen und unter anderem Forschungsvorhaben unter dem Dach des Project Houses HumTech der RWTH zu entwickeln.

Initiiert ist zudem eine enge Kooperation mit den wissenschaftshistorischen Zentren der übrigen vier universitären Mitgliedern der IDEA-League, insbesondere mit dem Imperial College in London und der ETH Zürich. Weitere aktuelle Aktivitäten gelten dem systematischen Ausbau der Internet-Plattform, mittels derer das Aachener Kompetenzzentrum zeitnah über neue Ideen, Konzepte, Projekte oder sonstige Initiativen berichtet. Derzeit wird die Drucklegung des Tagungsbandes „Gender schafft Wissen – Wissen schafft Gender“ vorbereitet.

Literatur zum AKWG

1. Ankündigungen (2006): Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte (AKWG) gegründet, Nachrichtenblatt der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik, 56 (2006), 3, S. 237 f.
2. Anonymus (2006): Anonymus, Fächerübergreifender Fokus auf Wissenschaftsgeschichte. Neues Kompetenzzentrum der RWTH Aachen gegründet“, Mens sana 4 (2006), 12, S. 8.
3. Groß (2007a): Dominik Groß, Das Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der RWTH Aachen. Personen – Projekte – Perspektiven, Jahresbericht 2006, Aachen 2007, S. 87-90.
4. Groß (2007b): Dominik Groß, Bericht des Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte (AKWG) – Report of the Centre for the History of Science, Aachen 2007 (unveröffentlicht).

5. Groß/Steger (2007): Dominik Groß und Florian Steger (Hrsg.), Das Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte. Proceedings-Band zu den Kick-off-Workshops am 12.10., 26.10. und 20.11.2006, Aachen 2007, S. 5 f.
6. Groß/Westermann (2007): Dominik Groß und Stefanie Westermann (Hrsg.), Vom Bild zur Erkenntnis? Visualisierung in den Wissenschaften. (= Studien des AKWG, 1), Kassel 2007, S. 5 f.
7. Kurze Mitteilungen (2006): Kurze Mitteilungen, Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte (AKWG) gegründet, Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 29 (2006), 4, S. 356.

Internet

1. Eigene Homepage: www.akwg.rwth-aachen.de
2. „Mehr Fokus auf die Wissenschaftsgeschichte“: www.asta.rwth-aachen.de/article/1559/de/
3. Pressemeldung der RWTH (Nr. 228/2006 vom 26.10.2006) „Fächerübergreifender Fokus auf die Wissenschaftsgeschichte“: www.rwth-aachen.de/aw/zentral/deutsch/Themen/Einrichtungen/Verwaltung/dezernat/Pressemeldungen_der_RWTH/_/~jou/Faecheruebergreifender_Fokus_auf_die_Wisse/, als PDF: www.ukaachen.de/go/show?ID=5034557&DV=0&COMP=download&NAVID=4986248&NAVDV=0

**Das Rheinland als Forschungsgegenstand
von Wissenschaftsgeschichte**

Wissenschaftsgeschichte der Philologien am Beispiel der Forschungen im Deutschen Literaturarchiv Marbach

Marcel Lepper

Wenn Ortsnamen und Regionen in wissenschaftsgeschichtlichen Kontexten erscheinen, kann man auf den Kontext von Jubiläen und Festschriften, auf die Erfindung oder Demontage lokaler Gründungsmythen, allenfalls auf die pragmatische Erwägung eines Historikers wetten, der bescheiden genug ist, seine Quellenbestände auf der Landkarte einzugrenzen. Es gibt sie, die Arbeiten zur „Germanistik in Zürich“ oder zur „Philosophie in Münster“, und sie leisten den Beitrag, den man von Fallstudien erwartet. Die Erwerbungs-, Erschließungs- und Forschungspolitik in einem nationalen Archiv und einer internationalen Forschungsbibliothek wird den Anfragenden enttäuschen: Aus guten Gründen werden Bestände zu Autoren und Körperschaften gesammelt, nicht zu Orten oder Regionen. Vordergründig.

Der Raumbegriff, der in Deutschland eine Missbrauchs-, Tabuisierungs- und Rehabilitierungsgeschichte hinter sich hat, fand über die Frage nach Topografien und Infrastrukturen zurück in die Wissenschaftsgeschichte. Räumlichkeit meint hier nicht bloß eine Grundbedingung der Anschauung, nicht bloß eine geografisch eingrenzbar Situation, nicht bloß die Vorstellung einer politischen Handlungsfläche, sondern den konkreten, den gestalteten Raum mit seinen Parametern, seiner mentalen Repräsentation. Eine solche Problematisierung muss an dieser Stelle genügen – der Hinweis, dass höchst unterschiedliche Begriffe im Spiel sind, wenn von Raum, Ort und Stelle die Rede ist.

Putting Science in Its Place – so titelt der Wissenschaftshistoriker David N. Livingstone in seiner Monografie zu den „geographies of scientific knowledge“ (2003). Eine wissenschaftsgeschichtliche Betrachtung von Raumordnungen, die sich gegen politische Vereinnahmung immunisiert, ist zunächst auf Institutionen, ihre infrastrukturelle Verankerung und ihre komplexe Binnenarchitektur gerichtet. Die Vorstellung räumlich eingrenzbarer Wissenschaften ist, so scheint es, nur über den Preis der Vernachlässigung von Rationalitätsstandards zu haben. Zugleich bestreiten auch Nichtrelativisten längst nicht mehr die Relevanz von Sprache und Habitus, von alltäglichen Ansichten und konkreter Materialgegebenheit für den Erkenntnisprozess. In einem Beitrag zur Theorie der Institutionengeschichte verhandelt Rüdiger vom Bruch (2000) in diesem Sinne die Metapher der „Wissenschaft im Gehäuse“.¹ Institutionen ermöglichen einen kontextualisierenden Ausweg, der nicht gegen Rationalitätsstandards zu verstoßen scheint: Sie lassen sich lokalspezifisch rückbinden, ermöglichen die Beobachtung des Forschungsprozesses in seiner konkreten örtlichen Einbettung. Anregungen aus den *environmental* und *urban studies* spielen dabei eine wesentliche Rolle.²

¹ Vgl. Bruch (2000), S. 38.

² Vgl. den Einführungsvortrag von Helmuth Trischler auf dem Historikertag 2004 in Kiel in der Sektion „Orte der Verknüpfung von Wissenschaft und Technik im 20. Jahrhundert“. Vgl. auch Livingstone (2003).

Damit ist freilich die Frage nach der Bedeutung von Räumlichkeit für den Erkenntnisprozess nur verschoben. Die Frage nach Räumen der Wissenschaft öffnet sich wissenschaftstheoretisch auf die grundsätzlichere Frage nach dem Verhältnis von Erkenntnisbedingungen und Erkenntnisprozessen hin.³ Eine positivistisch orientierte Institutionengeschichte, die, häufig von institutioneninternen Archivbeständen ausgehend, sich organisatorischen Entwicklungen zuwendet, d. h. dem Aufbau, den Strukturen und Hierarchien von Forschungsinstituten, der Einrichtung und der Funktion von Abteilungen, der Personal- und Publikationspolitik, dem Selbstverständnis und der Interessenvertretung, ist in ihrer Reichweite begrenzt.⁴ Überdeutlich schreiben hier die Institutionen in ihrer gezielten oder akzidentiellen Selbstarchivierung ihre eigene Geschichte – und bleiben kurzsichtig, wenn es darum geht, Horizonte, Tendenzen, Korrespondenzen zu erkennen. Als Beispiel für einen solchen institutionenorientierten Beitrag zur Wissenschaftsgeschichte der Bundesrepublik wäre etwa Hans Stallmanns Studie zu Gründung und Aufbau der Ruhr-Universität Bochum (2004) anzuführen. Untersucht und beschrieben wird dort der Gründungsprozess von der Standortplanung bis zur Eröffnung 1965 – in seinen kommunal- und landespolitischen, bildungs- und schulpolitischen, sozial-, struktur- und wirtschaftspolitischen sowie seinen baugeschichtlichen Dimensionen. Angebunden wird diese Geschichte der Großinstitution an eine Skizze der Diskussionen um die Reform der bundesdeutschen Hochschulen. Die Frage, in welcher Weise die institutionengeschichtlichen Dimension und die diskursgeschichtliche Dimension für einander auskunftsfähig sind, kann in politikgeschichtlichem Kontext nicht geklärt werden.

Dass sich integrative Arbeitshypothesen formulieren lassen, zeigt die Untersuchung *Clinical Psychiatry in Imperial Germany* (2003) von Eric J. Engstrom. In seiner Fallstudie zu Emil Kraepelins Aufbau einer diagnostischen Kartei in der Heidelberger Klinik und der darauf beruhenden Entwicklung eines langfristig wirksamen psychiatrischen Klassifikationssystems kann Engstrom die verdichteten Zusammenhänge zwischen Hypothesenbildung und institutioneller Strukturierung aufzeigen: Wie die Einrichtung einer Aufnahmestation eine zügige Erhebung großer Patientendatenmengen erlaubte; und wie umgekehrt die Trennung von diagnostischem und stationärem Bereich, von Patientenverwaltung und Langzeitbeobachtung die Entwicklung klassifikatorischer Konzepte förderte.

Die Raumordnungen nicht nur der Forschung in Feld, Klinik und Labor, sondern auch der historischen und kritischen Disziplinen sind in den vergangenen Jahren in den Blick geraten. William Clark hat in *Academic Charisma* (2006) die Faszination des deutschen historischen und philologischen Seminars, der räumlichen Verdichtung kritischer Forschungsarbeit am Quellenmaterial, aus der US-amerikanischen Perspektive des 19. Jahrhunderts beschrieben; in *Being Academic* widmet sich Clark gegenwärtig der Untersuchung universitärer Raummodelle seit der Frühen Neuzeit: College, Quartier Latin,

³ Die folgenden Ausführungen greifen zurück auf Lepper (2006).

⁴ Vgl. die Studien von Whitley (1984); Pickering (1992); Lenoir (1997).

Campus. Bonnie G. Smith (1998) hat Handlungen in der Mikrotopografie des Seminars aus geschlechterspezifischer Sicht thematisiert.⁵

Raumordnungen werden wissenschaftsgeschichtlich und wissenschaftshistorisch dort interessant, wo nicht allein die Gegenständlichkeit der Wissenskstitution im Vordergrund steht, sondern die Verschränkung von räumlicher Konstellation und heuristischen Vorgehensweisen. Anführbar wäre etwa Tilmann von Stockhausens (1992) Untersuchung zum bibliothekarischen Aufstellungssystem in der Forschungsbibliothek Warburg, zu dessen erkenntnisleitendem Wert und dessen Grenzen. Ulrich Raulff (1997) entfaltet die Zusammenhänge, die sich zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen, d. h. dem Ausbau der privaten Gelehrtenbibliothek zum Forschungsinstitut, und der programmatischen Entwicklung ergeben. Eindringlich dargelegt wird auch hier, wie Forschungsprogramme gezielt in institutionelle Rahmenbedingungen umgesetzt werden und wie umgekehrt die so entstandenen institutionellen Faktoren rückwirken auf die Durchführung der Forschungsprogramme.

Eine nicht binär, sondern triadisch argumentierende Wissenschaftsgeschichte findet den entscheidenden vermittelnden Faktor zwischen räumlichem Gehäuse und intelligiblem Prozess in unterschiedlich gefassten Begriffen des Wissens und Handelns: „Denkstile“ und „Denkkollektive“ bei Ludwik Fleck (1935), „explicit knowledge“ und „tacit knowledge“ bei Michael Polanyi (1958), „Habitus“ bei Pierre Bourdieu.⁶

Mit Nadlers Projekt einer räumlich koordinierten Literaturgeschichte hat die Wissenschaftsgeschichte der Philologien einen ebenso prominenten wie problematischen Beispielfall. Es hat, unabhängig von Nadler, mit den dezentralen Strukturen im deutschsprachigen Bereich zu tun, dass sich nicht nur Literatur-, sondern auch Wissenschaftsgeschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in kulturpolitischen und ökonomischen Wechselwirkungen tatsächlich regionalisiert erzählen lässt. In der Wissenschaftsgeschichte der Philologien ist die Marbacher Konstellation aus Archiv, Bibliothek und Museum hier ein ausgezeichnetes Beispiel. Im Deutschen Literaturarchiv gehört die Philologiegeschichte seit den Anfängen zum Kernbereich – dies aus der Sammlungspolitik des Schiller-Nationalmuseums her, die ihrerseits aus regionalen Interessen des 19. Jahrhunderts motiviert war.

Ihren regionalen Schwerpunkt haben die Marbacher Sammlungen nach 1945 freilich hinter sich gelassen; mit der Erwerbung des Cotta-Archivs und zentraler Emigranten-nachlässe profilierte sich das Archiv in der frühen Bundesrepublik als zentrale Sammelstätte für die deutschsprachige Literatur des 20. Jahrhunderts. Eine Literatur- und Wissenschaftsgeschichte, die sich auf Vorgänge in einer Region konzentriert, findet hier in gleicher Weise ihr Material wie jede andere auch – für die Geschichte der Philologien im Rheinland etwa in Nachlässen von Ernst Bertram bis Hans Schneider/Hans Schwerte.

Orte, Regionen sind, wiederum vordergründig, keine Kriterien in der Erschließungspolitik des Archivs. Von „A“ bis „Z“ werden die handschriftlichen Bestände magaziniert. Datenbanken helfen dabei, möglichst flexible Formen des Zugriffs zu realisieren. Auch hier haben Gattungsklassifikationen, Korrespondenzordnungen, Alphabete,

⁵ Vgl. Smith (1998), Kap. 4.

⁶ Vgl. Mendelsohn/Weingart/Whitley. (1977); Knorr-Cetina (1995); Kraus/Gebauer (2002); Werle (2005).

Chronologien den Vortritt vor einer räumlich orientierten Heuristik. Das Provenienzprinzip freilich bindet das Archiv nicht nur an Personen, sondern auch an Orte zurück.

Regionale Erwägungen spielen sammlungsgeschichtlich eine Rolle; der südwestdeutsche Raum mit der Struktur seiner Bildungs- und Forschungseinrichtungen, mit seinen Verlagen und seinen Autorentraditionen hat sich in Marbach erwerbungs- und ausstellungsgeschichtlich manifestiert. Orte und räumliche Zusammenhänge haben als „lieux de mémoire“ semantische Qualität, politisches Potential. Von Marbach aus betreut werden die zahlreichen literarischen Museen und Gedenkstätten im Land – eine literarische Gedächtnislandschaft im deutschen Südwesten, die selbst ein lohnender Gegenstand eingehender wissenschaftsgeschichtlicher Untersuchungen ist. Philologiegeschichte, als Konstituierungsgeschichte begriffen, fragt nach dem Zustandekommen des Gegenstands, zeigt die Macht von Vorspurungen und die Labilität des scheinbar gesicherten Objekts.

Das Archiv selbst versammelt auf dicht organisierter Magazinfläche das Alphabet für eine künftige Editionsphilologie, Literaturgeschichtsschreibung, Mediengeschichte, Diskursgeschichte, Ideengeschichte. Hier setzt die Frage nach dem Raum noch einmal, und diesmal nicht geografisch, sondern infrastrukturell ein: Das Archiv in seiner Anordnung von Bibliotheks- und Handschriftenlesesaal, Magazin- und Erschließungsräumlichkeiten, drei Auditorien und zwei Literaturmuseen für das 19. und 20. Jahrhundert, ist heuristisch strukturiert und generiert auf diese Weise seine eigenen Such- und Findprozesse, seine Lese- und Schreibordnung. Es setzt keine Automatismen in Gang, aber es liefert auch nicht bloß die Parameter für die philologische Arbeit. Wie die Problembibliothek Warburg lässt es sich zu allen erdenklichen Zwecken verwenden, die in der Aufstellung nicht angelegt sein müssen; aber es entwickelt in seiner räumlichen Konstellation, seiner ästhetischen Gestaltung doch einen beschreibbaren Sog, eine nachvollziehbare Suggestionskraft.

Dies wird am deutlichsten dort, wo sich die Suche auf Abwege locken, entschleunigen lässt. Konkrete räumliche Zusammenhänge stören, sie bremsen, sie lenken auf semantisch nicht erschöpfend beschreibbare Weise, wenn sie den heuristischen Prozessen ihren spezifischen Materialwiderstand entgegensetzen. Phantasien von der Eigendynamik ortloser Netzwerke, der Reibungslosigkeit von Benutzeroberflächen und der ubiquitären Verfügbarkeit von Daten geraten hier an ihre Grenzen. Der stetige Mobilitätswachstum, die Beschleunigung und Verdichtung des Informationsaustauschs, die Virtualisierung von Kommunikation und Datenzugriff lässt Rückbindungen an konkrete, individuelle Umwelten umso deutlicher hervortreten. Die Hardware und ihre räumliche Anordnung bleiben vorerst unhintergebar, und entsprechend wendet sich auch die Philologie nach einer Phase texttheoretischer Virtualisierung zunächst den kulturellen Kontexten, dann dem konkreten Umgang mit dem Material zu.

Es gilt nicht so sehr, eine Metaphysik des *spiritus loci* zu reaktivieren, sondern vielmehr, eine wissenschaftsgeschichtlich reflektierte Betrachtungsweise der Verschränkung von Erkenntnisbedingungen und Erkenntnisprozessen in Gang zu setzen. Die Denkmalschutzorganisation „English Heritage“ gab im Jahr 2000 eine Dokumentation unter dem Titel *Power of place* heraus. Historische Standortfaktoren in Gestalt von baulicher Struktur, unikatler Bestände sowie einer je eigenen, komplexen Personal- und Programmgeschichte weisen nicht nur in einer einzigartigen Forschungsbibliothek, sondern

auch an den vielen Hochschulen und Forschungsinstitutionen, die sich auf den ersten Blick so ähnlich sehen, darauf hin, dass Wissenschaft immer latent als ortsspezifische Wissenschaftsgeschichte, nämlich auf den und gegen die konkreten, infrastrukturell gelegten Spuren, mit den und wider die lokalen Semantiken betrieben wird. Eine Frage der Perspektivität: „a view from somewhere“, wie es bei David N. Livingstone heißt.⁷

Literatur

1. Bourdieu (1998): Pierre Bourdieu, Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes, Konstanz 1998.
2. Bruch (2000): Rüdiger vom Bruch, Wissenschaft im Gehäuse: Vom Nutzen und Nachteil institutionengeschichtlicher Perspektiven, Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 23 (2000), S. 37-49.
3. Clark (2006): William Clark, Academic Charisma and the Origins of the Research University, Chicago 2006.
4. Cowell (2004): Ben Cowell, Why Heritage Counts: Researching the Historic Environment, Cultural Trends 13 (2004), S. 23-39.
5. English Heritage (2000): English Heritage (Hrsg.), Power of Place. The Future of the Historic Environment, London 2000.
6. Engstrom (2003): Eric J. Engstrom, Clinical Psychiatry in Imperial Germany. A History of Psychiatric Practice, Ithaca 2003.
7. Fleck (1935): Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre von Denkstil und Denkkollektiv [1935], hrsg. v. Lothar Schäfer, Thomas Schnelle, Frankfurt am Main 1980.
8. Giddens (1979): Anthony Giddens, Central Problems in Social Theory, London 1979.
9. Giddens (1984): Anthony Giddens, The Constitution of Society, Cambridge 1984.
10. Knorr-Cetina (1995): Karin Knorr-Cetina, Laboratory Studies. The Cultural Approach to the Study of Science, in: Sheila Jasanoff et al. (Hrsg.), Handbook of Science, London, S. 140-166.
11. Kraus/Gebauer (2002): Beate Kraus, Gunter Gebauer, Habitus, Bielefeld 2002.
12. Lenoir (1997): Timothy Lenoir, Instituting Science: The Cultural Production of Scientific Disciplines, Stanford 1997.
13. Lepper (2006): Marcel Lepper, Gehäuse und Füllung. Zum Verhältnis von Institutionen und Erkenntnisprozessen, in: Hansgünter Meyer (Hrsg.), Der Dezzennien-Dissens, Berlin 2006, S. 379-388.
14. Livingstone (2003): David N. Livingstone, Putting Science in its Place: Geographies of Scientific Knowledge, Chicago 2003.
15. Mendelsohn/Weingart/Whitley (1977): Everett Mendelsohn, Peter Weingart, Richard Whitley (Hrsg.), The Social Production of Scientific Knowledge, Dordrecht 1977.
16. Merton (1969): Robert K. Merton, Behavior Patterns of Scientists, American Scholar 38 (1969), S. 197-225.

⁷ Livingstone (2003), S. 184.

17. Pickering (1992): Andrew Pickering (Hrsg.), *Science as Practice and Culture*, Chicago 1992.
18. Polanyi (1958): Michael Polanyi, *Personal Knowledge. Towards a Post-Critical Philosophy*, Chicago 1958.
19. Raulff (1997): Ulrich Raulff, *Von der Privatbibliothek des Gelehrten zum Forschungsinstitut. Aby Warburg, Ernst Cassirer und die neue Kulturwissenschaft, Geschichte und Gesellschaft 23 (1997)*, S. 28-43.
20. Smith (1998): Bonnie G. Smith, *The Gender of History. Men, Women, and Historical Practice*, Cambridge 1998.
21. Stallmann (2004): Hans Stallmann, *Euphorische Jahre. Gründung und Aufbau der Ruhr-Universität Bochum, Essen 2004*.
22. Stockhausen (1992): Tilmann von Stockhausen, *Die kulturwissenschaftliche Bibliothek Warburg. Architektur, Einrichtung und Organisation*, Hamburg 1992.
23. Werle (2005): Dirk Werle, *Stil, Denkstil, Wissenschaftsstil. Vorschläge zur Bestimmung und Verwendung eines Begriffs in der Wissenschaftsgeschichte der Geistes- und Kulturwissenschaften*, in: Lutz Danneberg, Wolfgang Höppner, Ralf Klausnitzer (Hrsg.), *Stil, Schule, Disziplin. Analyse und Erprobung von Konzepten wissenschaftsgeschichtlicher Rekonstruktion*, Frankfurt am Main 2005, S. 3-30.
24. Whitley (1984): Richard Whitley, *The Intellectual and Social Organization of Science*, Oxford 1984.

Soziales Kapital und regionale Wirtschaftsentwicklung – Das Beispiel Düsseldorfs im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Susanne Hilger

Befragt man die Wirtschaftsgeschichtsforschung nach Raumkonstruktionen, so lässt sich feststellen, dass ein „Konsens über eine allgemein akzeptierte Verwendung der Begriffe Raum und Region“ in dieser Disziplin nicht besteht.¹ Vielmehr werden Räume erst durch die gewählte wissenschaftliche Fragestellung definiert. So spricht man bereits in der mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte von Berg- oder Tuchrevieren als von Räumen, die zwar durch eine außerordentliche Branchendichte bestachen, doch keineswegs durch territoriale Grenzen definiert waren. Wirtschaftsräume lassen sich daher auch durch Entwicklungsdisparitäten im Vergleich begründen.²

Um regionale Abweichungen und Entwicklungsdifferenzen zu erklären, verfügt die Ökonomie über einen Pool an Standorttheorien, dessen Anfänge sich bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen. Lange standen dabei ausschließlich ‚harte‘, also an den Auswirkungen auf das Wirtschaftsergebnis messbare Faktoren wie etwa Verkehrsanbindung oder Infrastruktur im Vordergrund. „Soft factors“ hingegen, wie etwa die Kultur und „Atmosphäre“ bzw. sozio- oder verhaltenspsychologische Momente blieben außen vor, wenn es darum ging, die Dynamik von Wirtschaftsräumen zu betrachten.³

Der Beitrag geht davon aus, dass unternehmerischen Netzwerken, neben harten Einflussfaktoren, eine erhebliche Bedeutung bei der Ausbildung von Standorten zukommt. Daher soll im Folgenden am Beispiel Düsseldorfs im 19. Jahrhundert der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Entwicklungspotenzial eines Standorts und der Existenz und Formierung von Netzwerken in den Blick genommen werden. Als Industrie-, Kunst- und Messestadt bildete die einstige Residenz und preußische Bezirksverwaltungsstadt bereits im späten 19. Jahrhundert einen eigentümlichen multifunktionalen Branchenmix aus Gewerbebezügen des sekundären und tertiären Sektors aus, der bis heute für den Standort charakteristisch ist.⁴ Es stellt sich die Frage, ob und wie Sozialkapital, nach Bourdieu die Generierung von „Beziehungsvermögen“,⁵ bei der Ausbildung der spezifischen Wirtschaftsstruktur Düsseldorfs eine Rolle spielte, über welche

Bei dem Beitrag handelt es sich um den geringfügig erweiterten und mit Fußnoten versehenen Vortrag auf dem 2. Teil des Colloquiums „Aspekte der Wissenschaftsgeschichte im Rheinland“ am 15.2.2008.

¹ Kiesewetter (2006), S. 117.

² Vgl. dazu auch Pierenkemper (1992), S. 38. Siehe auch Fremdling/Pierenkemper/Tilly (1979), S. 9-26.

³ Grabow/Henckel/Hollbach-Grömig (1995).

⁴ Im Prognos-Zukunftsatlas 2007 rangiert Düsseldorf zum dritten Mal unter den „Zukunftsstädten“. Diese verfügen im Gegensatz zu anderen, auch benachbarten Regionen, über besondere Erfolgsfaktoren wie einen hohen Anteil an Hochqualifizierten, Hauptsitze von internationalen Spitzenunternehmen sowie eine hohe technologische Leistungsfähigkeit und üben eine „positive Anziehungskraft“ auch auf das Umland aus; vgl. Prognos (2007).

⁵ Bourdieu (1983), S. 183-195. Vgl. auch Gilcher-Holtey (1996).

Kanäle diese „Vermögensleistung“ generiert werden konnte und welche Auswirkungen dies langfristig für die Wirtschaftsstruktur der Stadt hatte.

Das Verhältnis von regionaler Wirtschaftsentwicklung und sozialem Kapital ist in der Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte bislang kaum thematisiert worden. Dies nicht ohne Grund, denn die Schwierigkeit liegt nicht nur in der Nachweisbarkeit von informellen Netzwerken, sondern mehr noch in der Quantifizierbarkeit ihres Mehrwerts. Dessen ungeachtet haben Netzwerke in der Wirtschaft eine lange Tradition. Dies dokumentiert die mittlerweile eindrucksvoll angewachsene historische Forschung, die Netzwerke z. B. am Modell des frühneuzeitlichen Handelskapitalismus untersucht.⁶ Dabei steht die Organisation des grenzüberschreitenden Handels ebenso im Fokus wie die Mechanismen des Vertrauens, die z. B. von Craig Muldrew als grundlegende Operationsbasis wirtschaftlicher Transaktionen identifiziert wurden.⁷

Von der Bedeutung solcher Vertrauen stiftender und Privilegien bildender Infrastrukturen wissen wir z. B. auch aus den Studien von Robin Pearson und David Richardson über Investorennetzwerke in der englischen Frühindustrialisierung.⁸ Arrangements wie diese fußten auf verwandtschaftlichen Verbindungen oder freundschaftlichen Geschäftsbeziehungen. In Zeiten, in denen andere Formen der Rückversicherung unbekannt waren, konnte die persönliche Bekanntschaft oder Fürsprache, etwa durch Empfehlungsschreiben („Letter of Introduction“), vor Betrügern schützen und somit für eine erhebliche Reduzierung des Geschäftsrisikos sorgen.⁹ Für das 19. und frühe 20. Jahrhundert hat Pamela Walker Laird als eine der ersten 2006 den Zusammenhang zwischen „Networking“ und wirtschaftlichem Erfolg in der amerikanischen Unternehmensgeschichte untersucht. Sie bezeichnet Netzwerke als „an umbrella term for the sharing of information, tools, skills, funds, and opportunities“, ohne die Wirtschaft nicht funktionieren könne.¹⁰ Indem sie effektive Wissensflüsse und den Transfer von Informationen generieren, begleiten und fördern sie die Entwicklung von Wirtschaftsstandorten. Dabei kann insbesondere die Integration von Beziehungen zwischen den bereits ansässigen und zugewanderten Akteuren sowie lokalen Institutionen positive Wirkungen auf die Standortqualität haben. Die mittlerweile eindrucksvoll angewachsene Anzahl von Arbeiten zum regionalen Wirtschaftsbürgertum, wie sie z. B. zu Köln,

⁶ Siehe etwa als ein Beispiel Weber (2004). Siehe auch übergreifend: Schulte Beerbühl/Vögele (2004) und Berghoff/Sydow (2007).

⁷ Muldrew (1998). Siehe z. B. Gorißen (2003), S. 90-118, hier vor allem auch S. 104 f.

⁸ Pearson/Richardson (2001). Vgl. auch Wilson/Popp (2003) und Pearson/Richardson (2003).

⁹ Laird (2006), S. 23; vgl. auch Kaelble (1973), S. 28. Dazu auch Liedtke (2006).

¹⁰ Laird (2006), S. 7. Die Autorin untersucht individuelle Werdegänge und Karrieren amerikanischer Unternehmer wie Rockefeller oder Carnegie. Persönliche Netzwerke waren notwendig, etwa, um eine Beschäftigung zu finden, eine Allianz zu formen oder Kredit zu erhalten; zum Beispiel Andrew Carnegies vgl. z. B. S. 25 ff. Gegenwärtig ist unter dem Titel „Putting social capital to work“ eine von John Wilson, Charles Harvey and Pamela Walker Laird herausgegebene Spezialedition der Business history geplant, die sich mit der Umsetzung des Sozialkapitals im wirtschaftlichen Prozess befasst und im Herbst 2008 vorliegen wird (<http://eh.net/pipermail/eh.news/2007-January/001071.html> [03.03.2008]).

München oder Berlin oder auch zu einzelnen Akteuren vorliegen,¹¹ unterstreichen, über welche Lebensbereiche Netzwerke begründet wurden und wie sie funktionierten. Dabei lassen sich unter anderem Bereiche wie Familie und Verwandtschaft,¹² kirchliches Umfeld, Berufsausbildung und Studium (mit studentischem Corpswesen), Militär sowie auch Honoratiorenvereine und Verbände zur Professionalisierung und Interessenbildung anführen.¹³

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden versucht werden, das Netzwerk-Paradigma im empirischen Umfeld der regionalen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte anzuwenden. Dazu soll nach einem kurzen Blick auf den theoretischen Hintergrund zunächst die Wirtschaftsstruktur Düsseldorf am „Vorabend der Industrialisierung“ vorgestellt werden. Anschließend wird sich sodann ein weiterer Punkt zur Entstehung von unternehmerischen Netzwerken in der Düsseldorfer Wirtschaft, wobei ich mich auf den Bereich der Metallproduktion und -verarbeitung konzentrieren werde, die den industriellen Leitsektor Düsseldorf im 19. Jahrhundert darstellt.

1. Soziales Kapital und unternehmerische Standortwahl – eine theoretische Annäherung

Die Wahl des Betriebsstandortes ist für ein Unternehmen von zentraler Bedeutung. Als Standortfaktoren bezeichnet darum Alfred Weber in seiner „klassischen“ Standort-Theorie diejenigen örtlichen Gegebenheiten, die von unmittelbarem Einfluss auf die unternehmerischen Aktivitäten sind (also etwa auf Beschaffung, Produktion und Absatz), und die durch Kostenvorteile das Unternehmensergebnis langfristig optimieren können. In seiner grundlegenden Arbeit „Über den Standort der Industrien“ aus dem Jahr 1909 weist der ‚Doyen‘ der Standorttheorie bereits auf die Agglomerationswirkung, also auf die Tendenz zur Zusammenballung von Betrieben, auch vor- und nachgelagerter Industriezweige, hin.¹⁴

Allerdings geriet das Weber'sche Modell aufgrund der „typisch neoklassischen“ isolierten und ausschließlich kostenorientierten Betrachtungsweise frühzeitig in die Kritik. Der zentrale Vorwurf ist topaktuell, bezieht er sich doch auf die einseitige Fokussierung des ‚Homo oeconomicus‘. Die ökonomische ‚Rational choice‘-Theorie lasse sich nicht mit der Realität vereinbaren, da sie von isolierten Marktteilnehmern ausgehe und individuelle Verhaltensweisen unterschätze. So können etwa der Informationsstand oder persönliche Präferenzen (beispielsweise die Entscheidung zur Nachahmung) die Standortentscheidung einzelner Unternehmungen ebenso grundlegend beeinflussen wie

¹¹ Siehe z. B. bereits die prosopografische Studie von Kaelble (1973), S. 28; weiterhin Soénus (2000); Schumann (1992) und zuletzt Biggeleben (2006).

¹² Für das Kölner Wirtschaftsbürgertum konstatiert Gabriele Oepen-Domschky eine „Konsistenz der Heiratskreise“: „Die familialen Netzwerke stützten und erweiterten unternehmerische Strukturen“ Oepen-Domschky (2003), S. 96 f.

¹³ Hinweise liefern dabei auch die einem prosopografischen Ansatz folgenden Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsbiographien (ab Bd. 1, 1932) sowie die Nekrologen aus dem rheinisch-westfälischen Industrieviertel, die von 1937/38 bis 1939/51 erschienen. Sie wurden ab 1952 unter dem Titel ‚Lebensbilder aus dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet‘ fortgesetzt.

¹⁴ Weber (1909).

‚harte‘ neoliberale Standort-Faktoren. Ökonomische Transaktionen scheinen nach dieser Auffassung eingebettet in soziale Kontakte („Embeddedness“).¹⁵

Der britische Ökonom Alfred Marshall entwickelte schon in den frühen 1890er Jahren seine Überlegungen zu so genannten „industrial districts“. So bezeichnete er die Standorte, die durch eine besonders vernetzte Struktur räumlich konzentrierter Unternehmen, durch Kooperation („Kollektives Unternehmertum“), Interdependenz und Reziprozität gekennzeichnet seien, und die auf persönlichen ‚Face-to-face‘-Kontakten basierten.¹⁶ Michael Porter, Wirtschaftswissenschaftler an der Harvard Business School, hat in seinem Modell der regionalen Branchencluster Ende der 1980er Jahre die Frage nach der Mobilisierung von Netzwerkressourcen wieder aufgegriffen. Er hält Netzwerke verantwortlich für die Entstehung räumlich konzentrierter Verbände von produzierenden und zuliefernden Unternehmen, von Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie verbundenen Institutionen (wie Vereinen und Interessengruppen). Als historisch gewachsener Cluster können im Porter’schen Sinne z. B. die Konzentration der amerikanischen Automobilindustrie in und um Detroit oder das Silicon Valley in Kalifornien angeführt werden. Die amerikanischen Industriesoziologen Michael Piore und Charles Sabel haben für die norditalienische Provinz Emilia Romagna mit den Städten Prato, Modena, Sassuolo, Manzano, Bologna und Parma („das dritte Italien“) eng verflochtene, kooperativ zusammenarbeitende Produktionssysteme nachgewiesen, die nicht nur durch ökonomische, sondern auch durch verwandtschaftliche oder gesellschaftliche Beziehungen begünstigt werden und die auf historischen Strukturen gründen.¹⁷

Der französische Kulturosoziologe Pierre Bourdieu bezeichnet derartige Beziehungen in seiner Kapitalismustheorie als soziales Kapital, das neben anderen als eine Vermögensleistung fungiere. Hinter diesem Terminus verbirgt sich die Gesamtheit der aktuellen und potenziellen Ressourcen, die mit der Teilhabe an dem Netz gegenseitigen Kennens und Anerkennens verbunden sind, wie Unterstützung und Hilfeleistung, Anerkennung sowie Teilhabe an Informationsflüssen und Wissen. Entsprechend seines kapitalismuskritischen Ansatzes betont Bourdieu vor allem die negativen Aspekte derartiger Verflechtungen, die er etwa in der Permanenz von sozialer Ungleichheit sieht.¹⁸ Im Gegensatz dazu findet sich bei anderen Vertretern der Soziologie eine optimistischere Lesart. Bereits Niklas Luhmann sieht die wesentliche Funktion von Netzwerken vor allem darin, „soziale Komplexität“ zu reduzieren und das Entscheidungsszenario zu vereinfachen.¹⁹ Die „Stärke der schwachen Bindungen“, wie der amerikanische Wirtschaftssoziologe Mark Granovetter 1973 formulierte, bestehe darin, gegenseitige Begünstigung zu schaffen.²⁰ Auch sein Kollege Nan Lin bezeichnet soziales Kapital als „investment in social relations with expected returns“. Akteure engagieren sich demnach in Interaktionen und Netzwerken, um Transaktionskosten zu senken. Aufgrund der gemeinhin

¹⁵ Granovetter (1985).

¹⁶ Marshall (1890); Scheuplein (2006).

¹⁷ Piore/Sabel (1989).

¹⁸ Bourdieu (1983).

¹⁹ Luhmann (1968), S. 1.

²⁰ Granovetter (1973).

üblichen Unvollkommenheit von Marktsituationen, die für ökonomische Akteure Unsicherheit und erhebliche Risiken darstellen, schaffen „social ties: [...] useful information about opportunities and choices otherwise not available.“²¹ Sozialkapital kann somit koordiniertes Verhalten der Marktteilnehmer ermöglichen und wird daher auch als Verlässlichkeitsindikator bezeichnet, anhand dessen sich Marktunsicherheiten überwinden lassen.

Nach dieser Lesart lässt sich Sozialkapital, das als freiwillig geschaffene innere Bindungskraft jenseits formaler und juristischer Regeln für einen Zusammenhalt sorgt, als Standort bildender Faktor ansehen. Denn wie etwa der Zugang zu materiellen Ressourcen oder infrastrukturellen Einrichtungen die Prosperität wirtschaftlicher Transaktionen beeinflussen können, so kann auch die Verfügbarkeit oder Nichtverfügbarkeit von Sozialkapital mit erheblichen wirtschaftlichen Disparitäten verbunden sein. Dies soll im Folgenden anhand von Beispielen aus der Düsseldorfer Industriegeschichte untersucht werden.

2. Düsseldorf am Vorabend der Industrialisierung

In der älteren und neueren geschichtswissenschaftlichen Literatur herrscht Konsens: Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war die Industrialisierung in Düsseldorf, der kleinen, in landwirtschaftlichem Umland gelegenen preußischen Bezirksverwaltungsstadt am oberen Niederrhein, außen vor geblieben. Weder von den hinreichend vorhandenen Textil verarbeitenden Betrieben, noch vom Wagenbau, von der Tabak-, Bier- und Likörherstellung oder der Senf- und Seifenmacherei gingen nachhaltige Impulse für den Industrialisierungsprozess aus.²² Dabei hätte sich die Lage am Rhein eigentlich frühzeitig günstig auf die Entwicklung des Standortes auswirken können. Doch die Jahrhunderte lange Dominanz des „großen Nachbarn“ im Süden, Köln, trug dazu bei, dass Düsseldorf bis in das 19. Jahrhundert hinein in der Rheinschifffahrt keine bestimmende Rolle spielte. Ebenso verliefen die überregionalen Landverbindungen weit außerhalb der Düsseldorfer Stadtgrenzen.

Nicht als dynamisch aufstrebender protoindustrieller Gewerbestandort wie das Wuppertal und das Bergische und Märkische Land, sondern als Sitz zentraler Behördeneinrichtungen führte Düsseldorf daher auch in der preußischen Zeit seit 1814 vor allem zentrale Verwaltungstraditionen fort und gerierte sich als bürgerlich-schöngeistiges Zentrum. Seit der Niederlegung der Festungsanlagen waren Alleen, Parkanlagen und Grüngürtel entstanden, ein Stadtbild also, das den repräsentativen Anspruch der Stadt auch optisch zu unterstreichen schien.²³ Dieses ‚Image‘ ließ Düsseldorf zu einem politischen Zentrum der nördlichen Rheinprovinz werden, wo seit 1826 die preußischen Provinziallandstände zusammentraten.²⁴

²¹ Lin (2001), S. 6.

²² Siehe die Aufstellung bei Weidenhaupt (1988), S. 322.

²³ Weyer-von Schoultz (1998), S. 180 ff.; Weidenhaupt (1988), S. 316, 325 f. und 330; Henning (1981a), S. 205-214.

²⁴ Henning (1981a), S. 194.

3. Soziales Kapital und regionale Wirtschaftsentwicklung

Erst mit der in den 1830er Jahren einsetzenden Industrialisierung wurde die günstige geografische Lage zwischen Rhein und Ruhr zum herausragenden standortbildenden Merkmal für die wirtschaftliche Entwicklung Düsseldorfs. Die Anbindung an regionale Verkehrsachsen bildete ebenso wie das verfügbare Bodenpotenzial die „Initiatorfunktion für das industrielle Wachstum“. Dabei scheinen die Interessen des wirtschaftlich starken bergisch-märkischen Hinterlandes, mit seinem Jahrhunderte alten Exportgewerbe für ein erhebliches Entwicklungspotenzial gesorgt zu haben. Denn, dass Düsseldorf nach den Jahrhunderten der wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit zu einer prosperierenden Metropole heranwuchs, ist zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Initiative unternehmerischer Netzwerke zurückzuführen. Ansiedlungswillige Unternehmer sahen zunehmend in ihren Heimatgemeinden, die fernab der „Rheinschiene“ lagen, keine Möglichkeit zur weiteren Expansion ihrer Betriebe und zur Partizipation an den neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich z. B. aus dem grenzüberschreitenden Handel oder aus der Industrialisierung des Ruhrgebiets ergaben. Aus diesem Grund profitierten die Eisen schaffenden und Metall verarbeitenden Gewerbe Düsseldorfs schon früh von zuziehenden Unternehmern aus dem Bergischen und aus der Eifel.²⁵ So gehörte der Solinger Kaufmann Franz Schimmelbusch, der 1831 eine Eisengießerei in Düsseldorf gründete, zu den Düsseldorfer Industriepionieren. Die Vernetzung erfolgte insbesondere über Gewerbevereine und Handelsvorstände, wie die Vorläufervereinigungen der Handelskammern genannt wurden.²⁶ So gründete Schimmelbusch unter der Ägide des Düsseldorfer Handelskammervorstandes zusammen mit den Unternehmern und Kaufleuten Friedrich August Deus und Gerhard Baum im Oktober 1835, nur wenige Monate nach Eröffnung der ersten Strecke Nürnberg-Fürth, die „Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahn Gesellschaft“.

In den folgenden Dezennien entwickelte sich Düsseldorf zu einem der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte im Westen Deutschlands. Die hier entstehenden Trassenverläufe hatten einen für die Stadt kaum zu überschätzenden Wert. Sie empfahlen Düsseldorf als Standort für ansiedlungswillige Investoren aus ganz Deutschland und Teilen Europas. Wie Hans Seeling aufgezeigt hat, bildeten wallonische Unternehmer aus dem Lütticher Raum ein erstes Netzwerk von Düsseldorfer Zuwanderern, dessen Bildung auf diese Nachfragestruktur zurückgeführt werden kann. Dazu gehörten in den 1850er Jahren die Gebrüder Richard (1852), Gobiet & Renson (1854) sowie Detillieux & Bourouhe (1863). Sie machten Oberbilk, das bedeutendste Gleisdreieck der Stadt, seit 1850 zu einem Ausgangspunkt der Industrieerschließung Düsseldorfs, indem sie hier Puddelstahlwerke, Walzwerke und Maschinenbaufabriken errichteten. Es ist davon auszugehen, dass diese Zuwanderung die Agglomeration der Metall verarbeitenden Betriebe in Düsseldorf gefördert hat, zumal diese neben dem technischen Knowhow auch

²⁵ Henning (1992), S. 89-105.

²⁶ Soénus (2006).

das erforderliche Fachpersonal mit in die Stadt brachten und damit weitere Standortvorteile für nachrückende Firmen implementierten.²⁷

Andere Zuwanderer verließen ihre Heimatregionen, weil diese wie die Eifel, der Aachener Raum oder auch Thüringen, abseits der verkehrstechnischen Erschließung durch die Eisenbahn lagen. Dies galt für den aus Aachen zuwandernden Unternehmer Jean Piedboeuf²⁸ ebenso wie für die Eifeler Unternehmerdynastien Poensgen und Inden oder für den aus Thüringen stammenden Heinrich Ehrhardt.²⁹ Albert Poensgen verlegte 1860 sein Röhrenwerk mit vor- und nachgelagerten Betrieben aus verkehrstechnischen Gründen nach Düsseldorf, wo er 1872 die Düsseldorfer Röhren- und Eisenwalzwerke begründete.³⁰ Doch nicht nur die Verkehrslage, sondern auch die sich abzeichnende Branchenkonzentration stellte einen wichtigen Auslöser für die Standortwahl dar: Die an der östlichen Peripherie der Stadt zwischen den verschiedenen Eisenbahntrassen angesiedelten Walzwerke und Dampfkesselfabriken bildeten den industriellen Nukleus der Stadt. Sie lieferten einem Röhrenwerk Vormaterial oder standen als Abnehmer der gefertigten Rohre bereit. Damit waren die Konstellationen für eine „industrielle Arbeitsteilung“ bereits vor Ort vorgezeichnet.³¹

Das Sozialkapital, das mit dem Zuzug der Poensgens nach Düsseldorf aktiviert wurde, zeigt sich etwa darin, dass die wachsende Röhrenindustrie nicht nur einheimische Facharbeiter, sondern auch nachgelagerte Gewerbe wie die Fittingsherstellung und den Maschinenbau anzog und so die Agglomeration von Industriebetrieben in Düsseldorf vorantrieb. Die Poensgens standen in engem Kontakt mit dem wallonischen Maschinenbauer Piedboeuf, mit dem sie einerseits Geschäftsbeziehungen verbanden. Andererseits war die Tatsache, dass, wie Seeling vermerkt, die Söhne ihre Ingenieursausbildung an der *École des Mines* der Universität Lüttich absolviert hatten, ein verbindendes Element.³² Enge Kundenbeziehungen prägten die Beziehungen Albert Poensgens zu Paul Inden, dem Fittingshersteller aus der Eifel, der Poensgen als Zulieferbetrieb aus der Eifel nach Düsseldorf folgte.³³

Albert Poensgen war es auch, der die Informationen über die „Goldgräberstimmung“ in Düsseldorf an den mittellosen jungen Ingenieur Ernst Schiess aus Magdeburg weitergab. Conrad Matschoss zufolge hatte Poensgen, der Schiess, „schon mehrmals mit Rat zur Seite gestanden hatte“, zur Niederlassung in Düsseldorf geraten.³⁴ 1866 folgte Schiess dieser Empfehlung und ließ sich, versehen mit einer „Kapitalspritze“ seines Mentors, in Oberbilk nieder, wo er u. a. als Abnehmer der Poensgen'schen Röh-

²⁷ Seeling (1978), S. 106 und 109 f.; Seeling (1975), hier S. 55; Seeling (1959); Seeling (1966).

²⁸ Siehe zu den Piedboeuf'schen Unternehmungen etwa Bruckner/Kellenbenz (1967), S. 172.

²⁹ Die Ansiedlung Ehrhardts 1878, dem Gründer der Rheinischen Metallwaren und Maschinenfabrik AG („Rheinmetall“), kam auf Vermittlung von Josef Massenez, dem Verwaltungsdirektor der Dortmund-Hörder Hüttenunion zustande: Wilden (1941); vgl. auch Leitzbach (2004).

³⁰ Hatzfeld (1964), S. 74 f.; siehe im Einzelnen auch Wessel (2003).

³¹ Wessel (2003), S. 81.

³² Seeling (1972), S. 37.

³³ Wessel (2003), S. 84.

³⁴ Matschoss (1985), S. 239.

ren zu einem der wichtigsten Großwerkzeugmaschinenhersteller der Welt aufstieg.³⁵ Matschoss betont die Bedeutung des „sozialen Kapitals“, wenn er darauf hinweist, dass Schiess zunächst „jede Beziehung zur rheinisch-westfälischen Industrie fehlte“ und er aus diesem Grund „mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen“ gehabt habe.³⁶ Über eine fehlende Vernetzung konnte sich der Unternehmer wenige Jahrzehnte später nicht mehr beklagen. 1898 engagierte sich der Fabrikant als Mitbegründer des „Vereins deutscher Werkzeugmaschinenfabriken“, dessen Vorsitz er lange Jahre innehatte. Ebenso war er langjähriger stellvertretender Vorsitzender der IHK Düsseldorf. Zudem bekleidete er seit 1891 als Vorsitzender der liberalen Stadtratsfraktion ein Mandat der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung.³⁷

Derartige Netzwerke, die auf dem gegenseitigen Nutzen der Akteure gründeten, und von denen hier nur wenige ausgewählte Beispiele angeführt werden können, führten zu erheblichen Agglomerationseffekten, die in letzter Konsequenz neben Produktions- und weiterverarbeitenden Betrieben auch zentrale Absatzorganisationen wie das Gasröhren-Syndikat oder das Siederöhrensyndikat umfassten.³⁸ Soziales Kapital spielte somit bei der Ansiedlung eine herausragendere Rolle als lange angenommen wurde. Im Falle Düsseldorfs bot es Unternehmern insbesondere Möglichkeiten des Austauschs von Informationen und der Aufnahme von Geschäftsverbindungen. Die Partizipation an Erfahrungswerten und Knowhow trug gerade in jenen Zeiten des „industriellen Aufbruchs“ dazu bei, Unsicherheiten und Risiken zu mindern und unternehmerische Existenzen abzusichern. Der Aufstieg Düsseldorfs zur Industrie- und Wirtschaftsmetropole profitierte vom ‚Informationsfluss‘ zwischen zugewanderten und nachziehenden Industriepionieren, Kaufleuten und Technikern.

Anders als in der Theorie lässt sich dabei zwischen informellen und formellen Netzwerken unterscheiden, die sowohl die zivilgesellschaftliche wie auch die Sphäre der öffentlichen Verwaltung, oder der berufsspezifischen Sphäre, etwa durch das Engagement der Industrie- und Handelskammer, der Berufsverbände oder der Übernahme kommunaler Ämter und Mandate berührten. Sozialkapital ließ sich in Düsseldorf insbesondere über die Vereins- und Verbandsmitgliedschaft generieren. Interpretiert man die Standortwahl aus dem Blickwinkel der historischen Netzwerkforschung, so muss auch die Tatsache, dass Düsseldorf insbesondere für die Kohlewirtschaft bereits seit Jahrzehnten Funktionen der Zentralität, etwa als Tagungsort, wahrnahm, berücksichtigt werden. Streng definiert gelten Verbände zwar nicht als Netzwerke, weil sie formalen Regeln gehorchen. Doch wenn man sich die hohe Anzahl an Vereinen und Verbänden in Düsseldorf anschaut, scheinen aus informellen Strukturen sehr differenzierte formalisierte Plattformen zum Austausch von Informationen und zur Formulierung von Interessen entstanden zu sein. Es scheint fast, als vertrauten die Akteure den formalen Strukturen auf Dauer mehr als den informellen.

³⁵ Wessel (2005); Matschoss/Bihl (1942); Wilden (1951), S. 134.

³⁶ Matschoss (1985), S. 239.

³⁷ Wessel (2005).

³⁸ Beckers (1958), S. 141; Henning (1981b), S. 493.

Zur Ausbildung derartiger Informations- und Kommunikationsplattformen trugen offenbar die bestehende Infrastruktur, die verkehrsgünstige Lage und die repräsentative Atmosphäre der einstigen Residenzstadt, also auch weiche Faktoren, bei. Sie führten dazu, dass sich Düsseldorf in Distanz zum „Schwarzen Revier“ schon früh zu einem Zentrum für berufliche Zusammenkünfte, Tagungen und Handelsmessen, entwickeln konnte, wo neben Gütern und Waren auch Informationen gehandelt wurden. Verbände und Vereine boten den Unternehmen Möglichkeiten zum Austausch von Informationen und zur Anbahnung von Geschäften und sie halfen „unsichere Erwartungen“ zu stabilisieren. Dies gilt etwa für den „Zollvereinsländischen Eisenhütten-Verein“, der als Unterorganisation des Deutschen Zollvereins seit 1833 in Düsseldorf tagte. Auch die beiden so genannten Kohlentage der frühen 1870er Jahre dienten der politischen Willensbildung. Der 1856 gegründete Verein Deutscher Ingenieure bzw. der Verein Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) von 1860, die hier seit 1861 gemeinsam firmierten, widmeten sich der Professionalisierung und der Verwissenschaftlichung des Berufsstandes. Als politische Interessengruppen fungierten dagegen u. a. der 1871 gegründete Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen („Langnamverein“) und die 1874 gegründete Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (VDESI), der Verband der Deutschen Maschinenfabriken oder der Verein Deutscher Eisengießereien, die in Düsseldorf die „Wiege des modernen industriellen Verbandswesens“³⁹ implementierten. Zahlreiche Verbände wie z. B. der Verein Deutscher Stahlformgießereien, die Vereinigung Deutscher Edelstahlwerke, der Verein Deutscher Nietenfabrikanten, der Verein der Deutschen Dampfkessel- und Apparateindustrie, die z. T. bis heute ihren Sitz in der Stadt haben, folgten.

Der Vermessungs- und Wasserbauingenieur Thomas Mulvany gehörte zu den herausragenden „Netzwerkern“ in Düsseldorf. Als Investor im Ruhrbergbau hatte der Ire Konzessionen von Gelsenkirchener Gewerkschaften (u. a. Hibernia und Shamrock) erworben. 1855 nahm er in Düsseldorf zunächst seinen Privatwohnsitz, ehe er in den 1870er Jahren auch den Geschäftssitz seiner Unternehmen hierher verlagerte.⁴⁰ Als Motive Mulvanys führt sein Biograf den Umstand an, dass Düsseldorf zu dieser Zeit im Vergleich zum Ruhrgebiet „bessere Lebensbedingungen, mehr Urbanität im Sinne vor allem auch einer besseren Lebensqualität für die gehobenen Bevölkerungsschichten geboten habe.“⁴¹ Vorrangig aber waren es wohl die hier verfügbaren Netzwerke, die der Unternehmer nutzen konnte, um seine Zielsetzungen der regionalen Infrastrukturpolitik verfolgen zu können.⁴²

Soziales Kapital mobilisierte auch Heinrich Lueg, ein weiterer zugewanderter Unternehmer der „zweiten Gründergeneration“. Er begründete 1874 zusammen mit Franz und Louis Haniel die Maschinenfabrik Haniel & Lueg in Düsseldorf-Grafenberg, die sich auf die Herstellung von Eisenbahn- und Schiffsgeräten sowie auf die Fertigung

³⁹ Uebbing (1999), S. 5. Zur Gründung und Geschichte des Langnamvereins siehe auch Winschuh (1932).

⁴⁰ Seeling (1994).

⁴¹ Schmidt-Rutsch (2003); Bloemers (1922); Matschoss (1937); Henderson (1970).

⁴² Vgl. Mulvany (1880).

von Zubehör für Bergwerksbetriebe (sogen. Tubblings) konzentrierte.⁴³ Heinrich Lueg setzte sich weit über seine beruflichen Aktivitäten für den Düsseldorfer Wirtschaftsstandort ein. Der Gründer des Industrieclubs von 1912 engagierte sich gleichfalls schon früh für die verkehrstechnische Vernetzung der Stadt, indem er etwa den Ausbau von Hafen und Eisenbahn vorantrieb. Die 1896 gegründete Rheinische Bahngesellschaft, der neben Lueg weitere Honoratioren wie Franz Haniel, August Bagel und Wilhelm Marx, der spätere Düsseldorfer Oberbürgermeister, angehörten, projektierte den Bau einer Bahnverbindung nach Krefeld und den Bau einer festen Rheinbrücke.⁴⁴

Als „Motor“ der Düsseldorfer Messeaktivitäten engagierte sich Lueg für die Düsseldorfer Industrie- und Gewerbeausstellungen der Jahre 1880 und 1902, wohl wissend, dass die Stadt auf diese Weise als Wirtschafts- und Handelsstandort, aber auch als Standort von Kunst, Kultur und auch Freizeitvergnügungen vermarktet werden konnte.⁴⁵ Die Düsseldorf bis heute prägende Symbiose von Kunst und Wirtschaft dokumentierte sich z. B. in der Errichtung eines Kunst-Gewerbe-Museums und des Kunstvereins für Rheinland und Westfalen, im dem sich Lueg als Vorsitzender engagierte.⁴⁶ Ebenso war mit dem 1848 gegründeten „Künstlerverein Malkasten“ ein aktives Netzwerk zwischen Künstlern, potentiellen Käufern und „Sponsoren“ implementiert worden, das die Verbindung von Kunst und Gewerbe zu einem konstituierenden Merkmal des Wirtschaftsstandorts Düsseldorf machen sollte.⁴⁷ So gehörten gleich fünf Mitglieder der Familie Poensgen dem Malkasten-Verein an.⁴⁸

4. Fazit

Bei der wissenschaftlichen Untersuchung von Standortfaktoren hat die neoliberale Theorie Aspekte der Wirtschaftssoziologie wie auch der Verhaltenspsychologie lange vernachlässigt. Diesem Desiderat widmet sich nun auch verstärkt die wirtschaftshistorische Netzwerkforschung, wobei der Bourdieusche Begriff des Sozialkapitals im vorliegenden Fall als wirtschaftssoziologische Erklärungskategorie verwendet wurde. Düsseldorf vollzog ab den 1850er Jahren den ‚take off‘ zu einer prosperierenden Industrie- und Verwaltungsmetropole. Seit 1875 wurde die Wirtschaftsstruktur der Stadt eindeutig durch Montanindustrie und Maschinenbau geprägt. Fast die Hälfte aller Beschäftigten, so Henning, arbeitete nach der Jahrhundertwende im Hüttenwesen, der Metallverarbeitung und im Maschinenbau.⁴⁹ Diese spezifische Standortentwicklung war zu einem nicht unerheblichen Teil auf unternehmerische Netzwerke zurückzuführen, die Infor-

⁴³ Schniewind (1998); Wiesenberger/Büchel (1965/66); Hüttenberger (1988), S. 556-559; Herzog (1987), S. 463.

⁴⁴ Herzog (1987), S. 463; Kleine Chronik (1956). Siehe auch Rademacher (1994), S. 135.

⁴⁵ Heppel (1981); Weidenhaupt (1980); Schmal (1880); Stoffen (1903).

⁴⁶ Schniewind (1998), S. 75.

⁴⁷ Weidenhaupt (1988), S. 399 f. und 445 f.; Henning (1981a), S. 293-295; Hüttenberger (1988). Vergleichbar ist diese Standortqualität wohl entfernt mit Städten wie München oder Darmstadt, die ebenfalls wirtschaftliche Funktionen mit einer künstlerischen Vorreiter-Position verbanden.

⁴⁸ Wessel (2003), S. 72.

⁴⁹ Henning (1981b), S. 404.

mationen über die harten und weichen Standortqualitäten weitertransportierten, und die eine anhaltende industrielle Agglomeration nach sich zogen.

Literatur

1. Beckers (1958): Hubertus Beckers, Entwicklungsgeschichte der Industrieunternehmen in Düsseldorf (1815-1914), Diss. Köln 1958.
2. Berghoff/Sydow (2007): Hartmut Berghoff, Jörg Sydow (Hrsg.), Unternehmerische Netzwerke. Eine historische Organisationsform mit Zukunft?, Stuttgart 2007.
3. Biggeleben (2006): Christof Biggeleben, Das „Bollwerk des Bürgertums“. Die Berliner Kaufmannschaft 1870-1920, München 2006.
4. Bloemers (1922): Kurt Bloemers, William Thomas Mulvany (1806-1885). Ein Beitrag zur Geschichte der rheinisch-westfälischen Großindustrie und der deutsch-englischen Wirtschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert, Essen 1922 (= Veröffentlichungen des Archivs für Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsgeschichte, 8).
5. Bourdieu (1983): Pierre Bourdieu, Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel, Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 183-195 (= Sonderband Soziale Welt, 2).
6. Bruckner/Kellenbenz (1967): Clemens Bruckner, Hermann Kellenbenz, Zur Wirtschaftsgeschichte des Regierungsbezirks Aachen, Köln 1967.
7. Fremdling/Pierenkemper/Tilly (1979): Rainer Fremdling, Toni Pierenkemper, Richard Tilly, Regionale Differenzierung in Deutschland als Schwerpunkt historischer Forschung, in: Rainer Fremdling, Richard Tilly (Hrsg.), Industrialisierung und Raum. Studien zur regionalen Differenzierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1979, S. 9-26.
8. Gilcher-Holtey (1996): Ingrid Gilcher-Holtey, Kulturelle und symbolische Praktiken im Unternehmen Pierre Bourdieu, in: Wolfgang Hardtwig (Hrsg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, S. 111-130 (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 16).
9. Gorißen (2003): Stefan Gorißen, Der Preis des Vertrauens. Unsicherheit, Institutionen und Rationalität im vorindustriellen Fernhandel, in: Ute Frevert (Hrsg.), Vertrauen. Historische Annäherung, Göttingen 2003, S. 90-118.
10. Grabow/Henckel/Hollbach-Grömig (1995): Busso Grabow, Dietrich Henckel, Beate Hollbach-Grömig, Weiche Standortfaktoren, Stuttgart et al. 1995 (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, 89).
11. Granovetter (1973): Mark Granovetter, The Strength of Weak Ties, The American Journal of Sociology 78 (1973), S. 1360-1381.
12. Granovetter (1985): Mark Granovetter, Economic and social structure. The Problem of embeddedness, The American Journal of Sociology 91 (1985), S. 481-510.
13. Hatzfeld (1964): Lutz Hatzfeld, Die Handelsgesellschaft Albert Poensgen Mauer-Düsseldorf. Studien zum Aufstieg der deutschen Stahlrohrindustrie 1850-1872, Köln 1964.

14. Henderson (1970): William Otto Henderson, William Thomas Mulvany – ein irischer Unternehmer im Ruhrgebiet 1806 bis 1885, Köln 1970 (= Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 12).
15. Henning (1981a): Friedrich-Wilhelm Henning, Düsseldorf und seine Wirtschaft. Zur Geschichte einer Region, Bd. 1: Von den Anfängen bis 1860, Düsseldorf 1981.
16. Henning (1981b): Friedrich-Wilhelm Henning, Düsseldorf und seine Wirtschaft. Zur Geschichte einer Region Bd. 2: Von 1860 bis zur Gegenwart, Düsseldorf 1981.
17. Henning (1992): Hans-Joachim Henning, Soziale Vernetzung an Rhein und Ruhr. Anmerkungen zur regionalen Mobilität unternehmerisch Tätiger, in: Hein Hoebink (Hrsg.), Staat und Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1816-1991. 175 Jahre Regierungsbezirk Düsseldorf, Essen 1992, S. 89-105.
18. Heppe (1981): Karl Bernd Heppe, Die Industrie- und Gewerbe-Ausstellung von Rheinland, Westfalen und benachbarten Bezirken, verbunden mit einer deutsch-nationalen Kunstausstellung in Düsseldorf, in: Andreas Kuntz (Hrsg.), Aspekte der Düsseldorfer Industrie 1831-1981, Textband, Düsseldorf 1981, S. 98-113.
19. Herzog (1987): Bodo Herzog, Heinrich Lueg, in: Neue Deutsche Biographie, Band 15, Berlin 1987, S. 463.
20. Hüttenberger (1988): Peter Hüttenberger, Die Entwicklung zur Großstadt bis zur Jahrhundertwende (1856-1900), in: Hugo Weidenhaupt (Hrsg.), Düsseldorf. Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 2: Von der Residenzstadt zur Beamtenstadt (1614-1900), Düsseldorf 1988, S. 483-662.
21. Kaelble (1973): Hartmut Kaelble, Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung, Herkunft, sozialer Status und politischer Einfluss, Berlin 1973.
22. Kiesewetter (2006): Hubert Kiesewetter, Raum und Region, in: Gerold Ambrosius, Dietmar Petzina, Werner Plumpe (Hrsg.), Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 2006, S. 117-134.
23. Kleine Chronik (1956): Kleine Chronik des Düsseldorfer Nahverkehrs. Rheinische Bahngesellschaft Düsseldorf 1876-1896-1956, Düsseldorf 1956.
24. Laird (2006): Pamela Walker Laird, Pull. Networking and Success since Benjamin Franklin, Cambridge u. a. 2006.
25. Leitzbach (2004): Christian Leitzbach, Düsseldorf als Standort der deutschen wehrtechnischen Industrie, in: Clemens von Looz-Corswarem, Jörg Engelbrecht (Hrsg.), Krieg und Frieden in Düsseldorf. Sichtbare Zeichen der Vergangenheit Düsseldorf 2004, S. 95-120 (= Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Düsseldorf, 10).
26. Liedtke (2006): Rainer Liedtke, NM Rothschildt & Sons. Kommunikationswege im deutschen Bankwesen, Köln 2006.
27. Lin (2001): Nan Lin, Building a network theory of Social capital, in: Nan Lin, Karen Cook, Ronald S. Burt (Hrsg.), Social Capital. Theory and Research, New York 2001, S. 3-30.
28. Luhmann (1968): Niklas Luhmann, Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1968.
29. Marshall (1890): Alfred Marshall, Principles of Economics, London 1890.
30. Matschoss (1937): Conrad Matschoss, Große Ingenieure. Lebensbeschreibungen aus der Geschichte der Technik, München et al. 1937.

31. Matschoss (1985): Conrad Matschoss, Männer der Technik. Ein biographisches Handbuch, Berlin 1925 (Reprint Düsseldorf 1985).
32. Matschoss/Bihl (1942): Conrad Matschoss, Adolf Bihl, Schiess. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Werkzeugmaschinenbaues, Düsseldorf 1942.
33. Muldrew (1998): Craig Muldrew, The Economy of Obligation. The Culture of Credit and Social Relations in Early Modern England, New York 1998.
34. Mulvany (1880): William Thomas Mulvany, Die Anlage eines Central-Bahnhofes und die Gestaltung des Eisenbahnnetzes in und um Düsseldorf nach Verstaatlichung der Eisenbahnen, mit Rücksicht auf den internationalen Verkehr und die Verbindung mit dem Rhein, Düsseldorf 1880.
35. Oepen-Domschky (2003): Gabriele Oepen-Domschky, Kölner Wirtschaftsbürger im Deutschen Kaiserreich. Eugen Langen, Ludwig Stollwerck, Arnold von Guilleaume und Simon Alfred von Oppenheim, Köln 2003 (= Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 43).
36. Pearson/Richardson (2001): Robin Pearson, David Richardson, Business Networking in the Industrial Revolution, *English Historical Review* 54 (2001), S. 657-679.
37. Pearson/Richardson (2003): Robin Pearson, David Richardson, Business Networking in the Industrial Revolution: Riposte to some comments, *English Historical Review* 56 (2003), S. 362-368.
38. Pierenkemper (1992): Toni Pierenkemper, Die schwerindustriellen Regionen Deutschlands in der Expansion: Oberschlesien, die Saar und das Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1992), 1, S. 37-56.
39. Piore/Sabel (1989): Michael J. Piore, Charles F. Sabel, Das Ende der Massenproduktion. Von der Requalifizierung der Handarbeit, Berlin 1989.
40. Prognos (2007): Prognos AG (Hrsg.), Prognos-Zukunftsatlas 2007, Düsseldorf 2007.
41. Rademacher (1994): Horst Rademacher, Die Beeinflussung einer Stadtplanung durch die industrielle und gewerbliche Entwicklung. Eine historisch-geographische Untersuchung der Planungen der Stadt Düsseldorf in den Jahren 1854-1914, Diss. Bonn 1994.
42. Scheuplein (2006): Christoph Scheuplein, Der Raum der Produktion: wirtschaftliche Cluster in der Volkswirtschaftslehre des 19. Jahrhunderts, Berlin 2006 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 81).
43. Schmal (1880): Adolf Schmal, Die Gewerbe-Ausstellung zu Düsseldorf im Jahre 1880. Eine volkswirtschaftliche Skizze, Düsseldorf 1880.
44. Schmidt-Rutsch (2003): Olaf Schmidt-Rutsch, William Thomas Mulvany. Ein irischer Pragmatiker und Visionär im Ruhrgebiet 1806-1885, Köln 2003 (= Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte, 42).
45. Schniewind (1998): Gisela Schniewind, Heinrich Lueg 1840-1917, in: Peter Conze (Hrsg.), Wilhelm Lueg 1792-1864 und die Familien seiner Söhne Carl und Heinrich, Neustadt an der Aisch 1998, S. 73-76 (= Deutsches Familienarchiv, 120).
46. Schulte Beerbühl/Vögele (2004): Margrit Schulte Beerbühl/Jörg Vögele (Hrsg.), Spinning the Commercial Web. International Trade, Merchants, and Commercial Cities, 1640-1939, Frankfurt am Main 2004.

47. Schumann (1992): Dirk Schumann, Bayerns Unternehmen in Gesellschaft und Staat 1834-1914. Fallstudien zu Herkunft und Familie, politischer Partizipation und staatlicher Auszeichnung, Göttingen 1992.
48. Seeling (1959): Hans Seeling, Die belgischen Anfänge der Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf zwischen 1850 und 1860, Düsseldorf Jahrbuch 49 (1959), S. 210-240.
49. Seeling (1966): Hans Seeling, Belgisches Hochofen-Projekt in Düsseldorf-Oberbilk (1858). Eisenhüttenindustrie im Düsseldorfer Raum, Düsseldorf Jahrbuch 52 (1966), S. 105-119.
50. Seeling (1972): Hans Seeling, Die Eisenhütten in Heerdt und Mülheim am Rhein, Köln 1972.
51. Seeling (1975): Hans Seeling, Die Lütticher Dampfkesselbauer Gobiet in Düsseldorf. Eine industrie- und familiengeschichtliche Studie, Düsseldorf Jahrbuch 55 (1975), S. 50-74.
52. Seeling (1978): Hans Seeling, Stahlwerk Richard (1852-1872) und das Puddelverfahren in Düsseldorf, Düsseldorf Jahrbuch 56 (1978), S. 98-121.
53. Seeling (1983): Hans Seeling, Wallonische Industrie-Pioniere in Deutschland, Lüttich 1983.
54. Seeling (1994): Hans Seeling, William Thomas Mulvany und die Hibernia in Düsseldorf (1855). Anmerkungen zum Wirken der Familie Mulvany, Düsseldorf Jahrbuch 65 (1994), S. 87-98.
55. Soénus (2000): Ulrich S. Soénus, Wirtschaftsbürgertum im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Die Familie Scheidt in Kettwig 1848-1925, Köln 2000.
56. Soénus (2006): Ulrich Soénus, 175 Jahre IHK Düsseldorf – Handeln für Unternehmen, Düsseldorf 2006.
57. Stoffen (1903): G. Stoffen (Hrsg.), Die Industrie- und Gewerbeausstellung für Rheinland, Westfalen und benachbarte Bezirke 1902, Düsseldorf 1903.
58. Uebbing (1999): Helmut Uebbing, Stahl schreibt Geschichte. 125 Jahre Wirtschaftsvereinigung Stahl, Düsseldorf 1999.
59. Weber (1909): Alfred Weber, Über den Standort der Industrien. 1. Teil: Reine Theorie des Standorts, Tübingen 1909.
60. Weber (2004): Klaus Weber, Deutsche Kaufleute im Atlantikhandel 1680-1830, München 2004.
61. Weidenhaupt (1980): Hugo Weidenhaupt, Die Gewerbe- und Kunstausstellung zu Düsseldorf 1880, Düsseldorf Jahrbuch 57/58 (1980), S. 412-430.
62. Weidenhaupt (1988): Hugo Weidenhaupt, Von der französischen zur preußischen Zeit (1806-1856), in: Hugo Weidenhaupt (Hrsg.), Düsseldorf. Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 2: Von der Residenzstadt zur Beamtenstadt (1614-1900), Düsseldorf 1988, S. 313-479.
63. Wessel (2003): Horst A. Wessel, Die Unternehmer der Familie Poensgen in der Eifel und in Düsseldorf, in: Ulrich S. Soénus (Hrsg.), Bewegen – Verbinden – Gestalten. Unternehmer vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. Festschrift für Klara van Eyll, Köln 2003, S. 71-86 (= Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte, 44).

64. Wessel (2005): Horst A. Wessel, Ernst David Schiess, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 22, Berlin 2005, S. 747.
65. Weyer-von Schoultz (1998): Martin Weyer-von Schoultz, Düsseldorf – eine Industriestadt? Gedanken zur Verwendung des Terminus „Industriestadt“ in der neuesten Stadtgeschichtsforschung, *Düsseldorfer Jahrbuch* 69 (1998), S. 159-191.
66. Wiesenberger/Büchel (1965/66): Fritz Wiesenberger, Friedrich-Wilhelm Büchel, Düsseldorf. Stadt und Wirtschaftschronik, München 1965/66.
67. Wilden (1941): Josef Wilden, Heinrich Ehrhardt (1840-1928), in: *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*, Bd. IV, 1941, S. 172-186.
68. Wilden (1951): Josef Wilden, Gründer und Gestalten der Rhein-Ruhr-Industrie, Düsseldorf ²1951.
69. Wilson/Popp (2003): John F. Wilson, Andrew Popp, Business Networking in the Industrial Revolution: some comments, *English Historical Review* 56 (2003), S. 355-361.
70. Wünsch (1932): Josef Wünsch, Der Verein mit dem langen Namen. Geschichte eines Wirtschaftsverbandes, Berlin 1932.

Die transformierte Westgrenze. Der „deutsche Westraum“ als grenzlandpolitisches Konzept

Thomas Müller

In den vergangenen anderthalb Jahrzehnten wurden Forschungen und Debatten über die Involvierung der deutschen akademischen Eliten, insbesondere von Historikern und Geografen, in die nationalsozialistische „Neuordnungspolitik“ während des Zweiten Weltkrieges ein zentrales wissenschaftshistorisches Thema. Nachdem zunächst die Bedeutung akademischer Expertise für die nationalsozialistische Ostpolitik bis hin zu den inhumanen Planungen des Generalplanes Ost und des Generalsiedlungsplanes erkannt wurde,¹ stellte sich die analoge Frage nach der Bedeutung der Westforschung, den Planungen für eine „Neuordnung“ der besetzten Länder im Westen sowie den konzeptionellen, strukturellen, ideologischen und inhaltlichen Verknüpfungen und Divergenzen von West- und Ostforschung. Dabei zeigen neue Arbeiten von Michael Fahlbusch, Peter Schöttler, Michael Mai und Wolfgang Freund² sowie das jüngst erschienene *Handbuch der völkischen Wissenschaften*,³ dass die politisch motivierte und involvierte Westforschung nicht allein auf eine allgemeine Legitimation der Expansion und der Besatzungspolitik beschränkt war und gleichsam so etwas wie eine harmlose Variante der Ostforschung darstellte. Vielmehr lassen sich auch für die besetzten Gebiete im Westen übergreifende Planungen und regionale Praxen einer Bevölkerungspolitik nachweisen, die auf eine Germanisierung frankophoner Gebiete im Osten Frankreichs und möglicherweise auch im wallonischen Teil Belgiens zielte. Besonders deutlich wird dies in der von Schöttler wiederveröffentlichten Denkschrift Wilhelm Stuckarts⁴ über eine künftige neue Westgrenze, die einen zusammenhängenden frankophonen Streifen im Osten Frankreichs umfasste und eine Germanisierung dieser Zone implizierte. Eine Vorwegnahme dieser völkerrechtlich nie realisierten Grenze bestand mit der so genannten „Führerlinie“ in provisorischer Form, und die geplante Germanisierung wurde in der so von Frankreich abgetrennten Zone bis zur Kriegswende durchaus in Angriff genommen. Schöttler spricht treffend von einer Praxis, die zwar nicht die verbrecherische Dimension der Ostpolitik annahm, sehr wohl jedoch das Potenzial einer weiteren Radikalisierung und Brutalisierung in sich barg.

Mit diesem Entwurf und dieser Vorform einer künftigen, von vorausgegangenen Grenzverläufen der Moderne völlig entkoppelten Westgrenze eines vergrößerten Deutschland stellt sich die Frage nach den zu Grunde liegenden Raumvorstellungen und Raumkonzepten⁵ – oder genauer: nach den *abstrakten* Raumkonzepten in Bezug auf die Peripherie und unmittelbare Umgebung des Reiches sowie ihre *konkrete* Anwendung auf die

¹ Burleigh (1989); Haar/Fahlbusch (2005).

² Schöttler (1997); Fahlbusch (1999); Mai (2002); Freund (2006).

³ Haar/Fahlbusch (2008), hier insbesondere Freund/Müller (2008a) und Freund/Müller (2008b).

⁴ Schöttler (2003).

⁵ Köster (2002).

deutsche Westgrenze. Für diese *abstrakten* Raumkonzepte setzten sich im Diskurs des ausgehenden 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Begriffe *Grenzmark*, *Grenzraum*, *Grenzsaum*, *Grenzraum* und *Grenzland* durch, deren gemeinsamer Kern die Vorstellung einer nicht linearen, sondern räumlichen Struktur der Grenze war. Sie standen also für eine Grenze, die sich der völkerrechtlichen Fixierung als Linie grundsätzlich entzog und den Innenraum des Staates bzw. der Nation in die Nachbarstaaten hinein ausweitete; oder anders gesagt: die einen Raum des gleichzeitigen Außen und Innen zwischen das eigene Staatsgebiet und die Nachbarstaaten legte. Dieser Raum war notwendigerweise ein Raum suspendierter zwischenstaatlicher Normalität, und mitunter erschien er als ein Raum des fortwährenden Kampfes. In seiner *konkreten* Anwendung auf die Westgrenze wurde aus der Grenzmark die *Westmark*, aus dem Grenzraum der *Westraum* und aus dem Grenzland das *Westland*. Zwar verbanden sich mit den drei Begriffen unterschiedliche Varianten einer räumlich vorgestellten Grenze, doch konvergierten sie in der Vorstellung eines deutschen Territoriums jenseits der deutschen Staats- und – dies ist das Eigenartige – auch der deutschen Sprachgrenze.

Meine zentralen Thesen lauten daher, dass die im nationalistischen Diskurs seit den 1890er Jahren kontinuierlich anzutreffenden Vorstellungen über das Vorhandensein, das Ausmaß und die Binnenstruktur eines solchen „deutschen Westens“ konstitutiv für Stuckarts Vorschlag einer völlig neuen Westgrenze waren. Gleichzeitig bildete das Konzept eines deutschen *Westlandes* oder *Westraumes* die gemeinsame, zuweilen unausgesprochene Grundannahme der politisch motivierten Westforschung der Zwischenkriegszeit. Im Gegensatz zu den bislang auf den Zeitraum von 1918 bis 1945 fokussierten Studien erfordert die Analyse des zu Grunde liegenden Raumkonzepts eine erhebliche Ausweitung des Untersuchungszeitraums und -materials, die insbesondere die Publizistik zur „westliche Grenzfrage“ im 19. Jahrhundert, ihre Radikalisierung durch die entstehenden völkisch-nationalistischen Organisationen seit den 1880er Jahren, die politisch-geografischen Theorien der Jahrhundertwende, die Kriegszieldebatte des Ersten Weltkrieges, die völkischen und jungkonservativen Diskursgemeinschaften der Nachkriegszeit und nicht zuletzt die grenzlandpolitischen Ideologien und Praxen der Jugend- und Studentenbünde jener „Generation des Unbedingten“⁶ einbezieht, aus der sich das Personal der nationalsozialistischen Neuordnungspolitik maßgeblich rekrutieren sollte.

Das Raumkonzept eines deutschen Westens jenseits der staatlichen und sprachlichen Westgrenze begegnet uns, sieht man von Vorläufern im Gefolge der Politischen Romantik und im Kontext der Rheinkrise ab, seit den 1890er Jahren zunächst unter dem Namen *Westmark*, der nach dem Ersten Weltkrieg sukzessive von den Termini *Westland* und *Westraum* überlagert wurde. Dieser Raum umfasste für die Mehrzahl der Akteure das unmittelbare deutsche Grenzgebiet, die deutschsprachigen Gebiete jenseits der Westgrenze, das niederländisch-flämische Sprachgebiet sowie einen frankophonen Streifen, der die nordostfranzösische Kanalküste, die belgische Wallonie, das luxemburgisch-lothringische Erzgebiet, die französische Maas und auch Burgund umfasste und

⁶ Wildt (2003); vgl. auch Herbert (2004).

somit bis zur Rhone vorgeschoben war. Zum „deutschen Westraum“ gehörten damit die Niederlande, Belgien und Luxemburg, Teile der Schweiz und Teile Frankreichs. Er beschränkte sich also weder auf die nach dem Ersten Weltkrieg abgetretenen bzw. internationalisierten Gebiete, noch war er durch die Sprachgrenze definiert oder stellte einen früheren Grenzverlauf wieder her, wenngleich Verweise auf mittelalterliche Grenzziehungen im historiografischen Strang des Diskurses zuweilen eine Rolle spielten. Stattdessen überlagerte er sowohl die Staats- als auch die Sprachgrenze vollständig und widersprach damit den aus völkisch-nationalistischer Sicht eigentlich relevanten Kriterien einer idealen, am Sprachgebrauch orientierten Staatsgrenze. Dabei hätten aus völkischer Sicht starke Argumente für die Gleichung „Westgrenze = deutsch-französische Sprachgrenze“ gesprochen. Denn bereits Arndt hatte auf das annähernde Zusammentreffen der Sprachgrenze mit den trennenden Gebirgskämmen der Mittelgebirge hingewiesen,⁷ und der Begründer der deutschen Nationalitätenstatistik, Richard Boeckh, hatte diese Konvergenz von natürlichen und sprachlichen Indikatoren in seiner wirkungsmächtigen Lokalisierung der Sprachgrenze 1869 wissenschaftlich fundiert⁸ – umso bemerkenswerter also die vollständige räumliche Überlagerung, die die Sprachgrenze von der eigentlichen Grenze der Nation zu einer Art Binnengrenze inmitten des ‚deutschen Westens‘ herabstufte.

Aus dem völkisch-nationalistischen Diskurs allein kann dies kaum erklärt werden. Vielmehr bedurfte es einer grundlegend neuen Vorstellung der Grenzen als dynamische und räumliche Gebilde. Diese Transformation der Grenzlinien in Grenzräume basierte im wesentlichen auf der Politischen Geographie Friedrich Ratzels (mit ihrer späteren Fortschreibung durch die Geopolitik Karl Haushofers): Aus Ratzels Sicht waren lineare Grenzen weder in der belebten, noch in der unbelebten Natur tatsächlich vorhanden, und erst Recht konnten sie in der kulturellen und politischen Welt keine objektive Geltung beanspruchen. Wo zwei Räume aufeinander trafen, gleich ob es sich um zwei geologische Formationen, geografische Räume, die Verbreitungsgebiete von Lebewesen, menschliche Siedlungsräume oder politische Territorien handelte, war ihre Grenze für Ratzel von Durchdringungen und Mischungen, von Bewegungen und Kräften gekennzeichnet. Diese Räumlichkeit und Dynamik waren die Realität der Grenzen, die insofern stets ‚Grenzsäume‘ darstellten und erst im menschlichen Erkenntnisprozess zu Linien abstrahiert würden. Ratzel begriff die politischen Grenzen zudem als ‚peripherische Organe‘ eines organisch vorgestellten Staates, der danach strebte, einen ihm geografisch angemessenen ‚Lebensraum‘ auszufüllen. In den ‚Grenzsäumen‘ bereitete sich also stets eine ‚Wachstumsbewegung‘ vor: sie waren gleichsam Vorbereitungsräume künftiger Expansion oder Abwehrräume des entgegen gerichteten ‚Wachstums‘ eines anderen Staatsorganismus. Dabei, so argumentierte Ratzel weiter, bargen die Staatsgrenzen der Moderne jene grundsätzliche Räumlichkeit in sich, die den Grenzwildnissen der vormodernen Staaten zu eigen gewesen sei und die Ratzel bei indigenen Völkern noch zu erkennen glaubte. Die Urformen der Grenze bezeichnete er als ‚Grenzmarken‘.⁹

⁷ Arndt (o. J.), hier S. 43.

⁸ Boeckh (1869).

⁹ Ratzel (1892); Ratzel (1897); Ratzel (1901/02); Ratzel (1904); Ratzel (1906); Ratzel (1925).

Dieses Raumkonzept galt aus Ratzels Sicht universell, es war nicht auf Deutschland beschränkt, ließ sich gleichwohl aber auf jeden Abschnitt der deutschen Grenzen anwenden. Verkürzt gesagt, war die deutsche Westgrenze auf dieser Grundlage also von vornherein ein zur Linie abstrahierter Raum und eine in der Linie repräsentierte Grenzmark, die auf einen dynamischen Kampfraum der Deutschen und Franzosen um einen beiderseits beanspruchten ‚Lebensraum‘ verwies. Die Westgrenze konnte mithin also auch als ein Raum begriffen werden, dessen Dynamik sowohl die Staats- als auch die Sprachgrenze in einem ‚Zwischenland‘ aufgehen ließ. Die historischen und modernen Staatswesens dieses ‚Zwischenlandes‘, nämlich die lotharingischen und burgundischen Staaten, die Schweiz, die Niederlande, Belgien und Luxemburg, bildeten aus dieser Perspektive gleichsam Nebenprodukte dieser räumlichen Dynamik, sie waren Bestandteile des deutschen ‚Grenzaumes‘ im Westen.

Die Verbindung des antifranzösischen Diskurses mit dem politisch-geografischen Grenzraummodell begegnet uns erstmals um 1900, wobei sie ihre stärkste Wirkung im Milieu der nach der Gründerkrise entstandenen nationalistischen Verbände entfaltet. Insbesondere im Alldeutschen Verband beobachten wir die Verdichtung des antiwestlichen Diskurses auf ein konkretes Gebiet, das zugleich als eine räumliche Grenze im politisch-geografischen Sinne aufgefasst wurde und für das u. a. die Verbandsvorsitzenden Ernst Hasse und Heinrich Claß den Begriff *Westmark* prägten. Anders als die Annexion Elsass-Lothringens sollte die Westmark die Grenzsituation nicht kleinräumig verbessern, sondern die imperiale Macht eines künftigen Deutschlands herstellen und sichern. Hierbei spielte der Gedanke eine tragende Rolle, die ‚Westmark‘ nach dem Vorbild der habsburgischen Militärgrenze als eine staatliche Sonderzone zu organisieren und mit deutschen Wehrbauern zu bevölkern. Hierzu sollten die frankophone und wallonische Bevölkerung in ein verkleinertes Frankreich umgesiedelt und aus dem Staatsschatz des unterlegenen Kriegsgegners entschädigt werden. Claß legitimierte diese Forderung nach einer „Annexion frei von Menschen“ mit dem Verweis auf die demografische Entwicklung Frankreichs, das aufgrund seiner im Gegensatz zu Deutschland schwächeren Geburtenentwicklung nach den Kriegsverlusten nicht mehr in der Lage sein werde, sein Staatsgebiet zu bewirtschaften und dadurch sozusagen im eigenen Interesse verkleinert werden dürfe.¹⁰ Im alldeutschen Kriegszieldiskurs begegnet uns eine von Ratzel inspirierte Logik der dynamisch wachsenden ‚Lebensräume‘ in Verbindung mit Ideen eines großflächigen und planmäßigen ‚Bevölkerungsaustauschs‘, die bereits auf die nationalsozialistischen Neuordnungspläne verweisen.

Der Erste Weltkrieg bedeutet also einen Bruch, der den Diskurs sowohl verstärkte, radikalisierte und polarisierte, jedoch zugleich auch diskreditierte. Denn nach der Niederlage und angesichts der Kriegsfolgen konnte die in der Kriegszieldebatte aufgegangene Westpolitik der Alldeutschen unmöglich eins zu eins fortgeschrieben werden; ja man gewinnt den Eindruck, dass die in diesem Zusammenhang entstandene Literatur aus dem Diskurs sehr bewusst ausgeschlossen wurde. Eine Neujustierung des Diskurses stand auf der Tagesordnung, und es waren die Vordenker und Aktivisten der Jungkon-

¹⁰ Claß (1977).

servativen, die diese Neujustierung gemeinsam mit der nach 1918 entstehenden so genannten *Grenzlandbewegung* leisteten. Innerhalb dieses neuen Gefüges spielten die all-deutschen Anschlüsse an die politische Geografie keine wesentliche Rolle mehr, doch wiederholte sich die Verschränkung von Wissenschaft und Politik als zielgerichtetes Zusammenwirken von Geopolitik und Grenzlandaktivismus.

Wesentliche theoretische Fundamente lieferte eine in den 1920er Jahren entstehende Volkstums- und Grenzlandforschung, die raum-, geschichts-, gesellschafts- und bevölkerungswissenschaftliche Disziplinen verband, sowie jene schillernde Disziplin namens Geopolitik, deren Protagonist Karl Haushofer ostentativ als Erbe der Politischen Geographie Ratzels auftrat. Der geopolitische Diskurs radikalisierte das Konzept der Grenze als einen Raum des ständigen Wechselspiels bio- und geopolitischer Kräfte, die zur Expansion drängten und in denen nun mehr denn je das Rassistische waltete. Die Räumlichkeit und Beweglichkeit der Grenze wurde zu einer dreidimensionalen Körperlichkeit, ja mehr noch zu einer biologischen Leibhaftigkeit der Grenze, und wie kein anderes Konzept gelang es der Geopolitik, den Grenzraum mit der massenhaften und traumatischen, für die jungkonservative Bewegung prägende Fronterfahrung des Ersten Weltkrieges zu einem mit biografischen, emotionalen, suggestiven und mythischen Elementen angereicherten Komplex zusammenzufügen. An der Westfront mit ihrer räumlichen Staffelung, der Tiefenwirkung der Minen und der Höhenwirkung der Flammenwände und Fesselballone, in jenen in eine tabula rasa verwandelten Zonen neuartiger Gewalterfahrung also, offenbarte sich für Haushofer erstmals der Prototyp der modernen Grenze des 20. Jahrhunderts. Hier war die ihr von Ratzel eingeschriebene Grenz- wüstung der Urzeit gleichsam mit der eruptiven Kraft der industriellen Moderne wieder aus der Linie heraus gebrochen, und hier repräsentierte sich gleichsam in einer einzigen historischen Situation die Gesamtheit der Kämpfe zwischen Deutschland und Frankreich. Diese Vorstellung einer geradezu unvorstellbaren Gewaltsamkeit der verräumlichten Grenze resultierte für Haushofer zudem nicht aus einer politischen Divergenz der räumlichen Interessen von Deutschen und Franzosen, sondern aus einer Unvereinbarkeit ihrer grundsätzlichen Grenzkonzepte, die wiederum rassistisch bedingt sei: Während die Deutschen als nordische Germanen das gesamte Stromgebiet des Rheines einschließlich Maas und Schelde als zusammengehörigen ‚Grenzkörper‘ begriffen, strebten die Franzosen als mittelmeerische Romanen nach einer Begrenzung ihres Territoriums durch den Strom selbst.¹¹ Der Kampf an der ‚Westfront‘ war daher weder beendet, noch war er auf dem Weg eines Kompromisses lösbar. Westfront, Westraum und Westgrenze waren vielmehr zu einem einzigen Raum perpetuierter Gewalt und suspendierter Normalität verschmolzen. In jungkonservativen Termini gesprochen: einem Raum des ‚Unbedingten‘, einen Raum der ‚Tat‘.

Wenngleich das Verhältnis Haushofers zur entstehenden Volks- und Kulturbodenforschung¹² sowie zu den grenzlandpolitischen Verbänden keineswegs frei von Friktionen war, so verschränkte sich die allgemeinen *Grenzland-* und die spezifischen *Westland-* Paradigmen hier in einem bis dahin nicht gekannten Maße mit Ideologien. Wir beob-

¹¹ Haushofer (1927); Haushofer (1928-31).

¹² Fahlbusch (1994).

achten ein Einschreiben des gesamten jungkonservativen Ideenhimmels in die zum Raum transformierte Grenze, die innerhalb jungkonservativer Ideologien ihrerseits eine symbolische, identitätsstiftende und mobilisierende Qualität annahm. Die im Krieg und in den Nachkriegskämpfen erlebte Transformation von Grenzen in Fronten mündete in eine Wahrnehmung jeglichen Grenzraumes als räumlich gestaffelte Front, während sich das *Westland* nicht mehr nur als ein Ensemble von Orten, Strömen, Wegen, Märkten, Kunstwerken und Landschaften darbot, sondern von den ausgelassenen Schlachtfeldern an Somme, Yser, Marne und Maas, von entwaldeten und entvölkerten Gebieten, von sichtbar gebliebenen Gräben und Verhauen und nicht zuletzt von den individuellen wie kollektiven Traumata und Rationalisierungen der *Stahlgewitter* durchzogen war. Das physische wie auch das mentale Bild des *Westlandes* erfuhren eine fundamentale Umprägung. Als verbindendes und vermittelndes Raumkonstrukt der Mesoebene bot es zugleich aber die Möglichkeit, die Situation in den rheinischen Besatzungszonen mit ihren ins Reichsinnere vorgeschobenen Brückenköpfen, in den Gebieten der Separatistenbewegung und des Ruhrkampfes, in Elsass-Lothringen, Eupen-Malmédy und im Saargebiet, aber auch die komplexen Folgewirkungen der deutschen Flandernpolitik, in ein übergeordnetes geopolitisches und ideologisches Deutungsmuster einzufügen. Dieses diskursive Formation war es, in der nicht wenige der politischen, militärischen, administrativen, wissenschaftlichen und publizistischen Akteure des Zweiten Weltkriegs ihre politische Sozialisation erfuhren, oder anders gesagt: in der sie lernten, die Räume und ihre Grenzen in einer bestimmten Weise wahrzunehmen und zu konzeptualisieren. Wir können diese diskursive Formation auch als ein Raumbild begreifen, das die Grenzziehung des Wiener Kongresses radikal ablehnte und den Rekurs auf die germanisch-romanische Sprachgrenze als unzureichend verwarf und das zugleich durchsetzt war von Vorstellungen suspendierter Normen, perpetuierter Gewalt und prekärer Dynamik.

Die Entwicklungslinien führen aus diesem Sozialisationskonzept der Funktionsgeneration der Besatzungs- und Bevölkerungspolitik zunächst in die militanten „Grenzlandkämpfe“ – hier vor allem den „Ruhrkrieg“ und die „Separatistenabwehr“ des Jahres 1923 – sowie in die so genannte „aktive Grenzlandarbeit“ der zahlreichen völkischen Verbände und rechtsradikalen Bünde der Weimarer Republik – hier vor allem zu nennen der Deutsche Schutzbund (1919-1930) mit seinen jungkonservativen Vordenkern Max Hildebert Boehm, Karl Christian von Loesch, Martin Spahn und Hermann Ullmann als Dachverband völkisch-grenzlandpolitischer Organisationen und die Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit (1925-1933, anschließend integriert in die Reichsjugendführung) unter der Leitung von Friedrich Heiß als grenzlandpolitische Plattform und Koordinationsgremium der „jungen Generation“ unter dem Dach des Schutzbundes.¹³ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Behandlung der „Westfragen“ auf den öffentlichkeitswirksamen Bundestagungen des Schutzbundes und in der Zeitschrift *Volk und Reich* der Mittelstelle für Jugendgrenzlandarbeit, dem Nukleus des gleichnamigen Verlages, dessen publizistischer Schwerpunkt während des Zweiten Weltkrieges auf Populär- und Fachliteratur zur bevölkerungs-, wirtschafts- und ver-

¹³ Petzinna (2000).

kehrspolitischen „Neuordnung Europas“ liegen sollte. In der zweiten Hälfte der 1920er Jahre publizierte *Volk und Reich* – seit 1928 massiv von der Ruhrindustrie unterstützt – eine Serie von Artikeln und Suggestivkarten über das „Westland“.¹⁴ An die grenzlandpolitischen Jugend- und Studentenbünde adressiert, zugleich aber regionale kulturelle, politische, administrative und ökonomische Akteure integrierend, zeigen sie das Bild eines epocheübergreifenden „Kampfes ums Westland“, in welchem die einzelnen Regionen spezifische strategische Funktionen wahrnahmen. Das Westland erfuhr damit eine Binnenhierarchisierung, die auf dem bereits im 19. Jahrhundert nachweisbaren Motiv einer dreigeteilten Grenzfestung mit der Schweiz bzw. den Alpen als „Südwestbastion“, Flandern bzw. den Niederlanden als „Nordwestbastion“ und den dazwischen liegenden Regionen als weicher Westflanke des Reiches basierte. Die Festungsmetapher wies der neutralen Schweiz eine mittelbare und dem flämischen Nationalismus eine unmittelbar kampfscheidende Bedeutung zu. Der nach Kriegsende ungemein radikalisierte flämische Aktivismus, der für die westdeutschen Grenzlandaktivisten der „jungen Generation“ den wohl wichtigste politische Partner jenseits der Westgrenze darstellte, kämpfte aus dieser Sicht nicht nur um eine Autonomie oder eine Eigenstaatlichkeit, sondern stellvertretend für eine deutsche Wiederaneignung des „Nordwestraumes“ und mithin um die Hegemonie über das gesamte „Westland“. Doch beschränkte sich das Raumbild der Grenzlandaktivisten nicht auf das Festungs- und Kampfmotiv. Vielmehr erschien der „Kampf ums Westland“ im Lichte eines Energiefeldes, das von der Ruhr aus das gesamte „Westland“ überstrahlte und ihm die Kraft für eine Revision der neuzeitlichen Grenzen verlieh. Ökonomie und Technologie erschienen als Aktivposten des Grenzlandkampfes; Wirtschaftsräume und wirtschaftsräumliche Interaktionen, Absatzmärkte und Verkehrsnetze, Siedlungsballungen und Arbeitsmigration konstituierten Einheit und Binnenstruktur des „Westraumes“ nun ebenso wie die im eigentlichen Sinne völkisch-nationalistischen Raumkonstituenten oder die geografischen Konzepte der natürlichen Grenzen. Innerhalb dieses zugleich retrospektiven (Festungsmetapher) und prospektiven (Energimetapher) Arrangements erschienen etwa Elsass-Lothringen und das Saargebiet als politische Brennpunkte infolge der Versailler Grenzziehung, die Pfalz als strategischer Schwerpunkt eines künftigen militärischen Kampfes an der Westgrenze, das Aachener Grenzgebiet als Schnittpunkt zahlreicher politischer, völkischer, sprachlich-kultureller und ökonomischer Konfliktlinien und das Eifel-Hundrück-Massiv als strategische Sperrlandschaft.

Aus dieser Diskursgemeinschaft wiederum lassen sich konzeptionelle, aber auch institutionelle und biografische Linien zur aufstrebenden Westforschung unter der Ägide der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft und ihrer drei tragenden Forschungsinstitute in Bonn, Frankfurt und Freiburg, aber auch zur semistaatlichen Grenzlandpolitik etwa der Rheinprovinz oder der westdeutschen Gauleitungen der NSDAP ziehen. Die Relevanz des Westraum-Konzepts zeigt sich hierbei zum einen in der Struktur der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft selbst, die den Westraum nicht nur als übergreifendes Forschungsparadigma behandelte und regionale Forschungen in diesen Deu-

¹⁴ Anonymus (1929).

tungsrahmen einordnete, sondern in ihren regionalen Arbeitsteilungen eine Art organisatorisches Abbild dieses Raumparadigmas darstellte. Auch außerhalb der eigentlichen Westdeutschen Forschungsgemeinschaft lassen sich dezidierte Westraum-Forschungsprogramme nachweisen, darunter am Vorabend des Zweiten Weltkrieges das Projekt eines Westraum-Atlas des Aachener Geografen Walter Geisler als Planungsgrundlage für eine künftige Westgrenze, das ausgesprochen nationalsozialistisch ausgerichtete Westraum-Forschungsprogramm der Arbeitsstelle für auslandsdeutsche Volksforschung (eine gemeinsame Plattform des Stuttgarter Deutschen Ausland-Instituts und der Münchener Deutschen Akademie) unter der Leitung von Hans-Joachim Beyer und der Wissenschaftliche Weststab des späteren Gründers der Reichsuniversität Straßburg, Ernst Anrich, eine aus geraubten französischen Beständen bestehende Westraum-Bibliothek sollte während des Krieges in Metz entstehen und ein Zentrum deutscher Westforschung bilden. Der *Volk und Reich*-Verlag schließlich gründete noch 1943 ein ambitioniertes Medium zur Inszenierung des Raumes: *Westland*, herausgegeben von Reichskommissar Arthur Seyß-Inquart.

Literatur

1. Anonymus (1929): Anonymus, Der Kampf ums Westland. Eine Rückschau und Zusammenfassung aus drei Jahren Westarbeit von „Volk und Reich“, *Volk und Reich* 5 (1929), S. 608-776.
2. Arndt (o. J.): Ernst Moritz Arndt, Der Rhein, Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Grenze, in: Arndts Werke. Auswahl in 12 Teilen, hrsg. v. Wilhelm Steffens, Berlin u. a. o. J., 11. Teil, S. 37-83.
3. Boeckh (1869): Richard Boeckh, Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten. Eine statistische Untersuchung, Berlin 1869.
4. Burleigh (1989): Michael Burleigh, Germany turns eastwards. A study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge u. a. 1989.
5. Claß (1977): Hermann Claß, Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege, Sept. 1914, in: Reinhard Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945, Köln 1977, S. 226-266.
6. Dietz/Gabel/Tiedau (2003): Burkhard Dietz, Helmut Gabel, Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum, Münster 2003.
7. Fahlbusch (1994): Michael Fahlbusch, „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!“. Die Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920-1933, Bochum 1994.
8. Fahlbusch (1999): Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931-1945, Baden-Baden 1999.
9. Freund (2006): Wolfgang Freund, Volk, Reich und Westgrenze. Deutschtumswissenschaften und Politik in der Pfalz, im Saarland und im annektierten Lothringen

- 1925-1945, Saarbrücken 2006 (= Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte und Volksforschung, 39).
10. Freund/Müller (2008a): Wolfgang Freund, Thomas Müller, Westdeutsche Forschungsgemeinschaft, in: Haar/Fahlbusch (2008), S. 743-751.
 11. Freund/Müller (2008b): Wolfgang Freund, Thomas Müller, Westforschung, in: Haar/Fahlbusch (2008), S. 751-760.
 12. Haar/Fahlbusch (2005): Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hrsg.), German Scholars and Ethnic Cleansing, 1919-1945, New York, Oxford 2005.
 13. Haar/Fahlbusch (2008): Ingo Haar, Michael Fahlbusch (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften, unter Mitarbeit von Matthias Berg, Stuttgart 2008.
 14. Haushofer (1927): Karl Haushofer, Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung, Berlin 1927.
 15. Haushofer (1928-31): Karl Haushofer, Rheinische Geopolitik (Vorwort zum Gesamtwerk), in: Ders. (Hrsg.), Der Rhein. Sein Lebensraum, sein Schicksal, 2 Bde., Berlin 1928-31, Bd. 1, Buch 1/I, S. 1-18.
 16. Herbert (2004): Ulrich Herbert, Wer waren die Nationalsozialisten? Typologien des politischen Verhaltens im NS-Staat, in: Gerhard Hirschfeld, Tobias Jersak (Hrsg.), Karrieren im Nationalsozialismus. Funktionseliten zwischen Mittelweg und Distanz, Frankfurt am Main u. a. 2004, S. 17-42.
 17. Köster (2002): Werner Köster, Die Rede über den „Raum“. Zur semantischen Karriere eines deutschen Konzepts, Heidelberg 2002.
 18. Mai (2002): Uwe Mai, „Rasse und Raum“. Agrarpolitik, Sozial- und Raumplanung im NS-Staat, Paderborn 2002.
 19. Oberkrome (1993): Willi Oberkrome, Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918-1945, Göttingen 1993.
 20. Petzinna (2000): Berthold Petzinna, Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring“-Kreises 1918-1933, Berlin 2000.
 21. Ratzel (1892): Friedrich Ratzel, Ueber allgemeine Eigenschaften der geographischen Grenzen und über ihre politische Bedeutung, Berichte über die Verhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Philologisch-Historische Classe (1892), S. 53-105.
 22. Ratzel (1897): Friedrich Ratzel, Der Staat und sein Boden, Leipzig 1897 (= Abhandlungen der philologisch-historischen Classe der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Bd. 17), (= Abhandlungen der Königlich Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften, Bd. 39).
 23. Ratzel (1901/02): Friedrich Ratzel, Die Erde und das Leben. Eine vergleichende Erdkunde, Leipzig 1901-02.
 24. Ratzel (1904): Friedrich Ratzel, Geschichte, Völkerkunde und historische Perspektiven, Historische Zeitschrift 93 (1904).
 25. Ratzel (1906): Friedrich Ratzel, Die deutsche Landschaft, in: Kleine Schriften von Friedrich Ratzel, hrsg. v. Hans Helmolt, Bd. 1, München u. a. 1906, S. 126-150.
 26. Ratzel (1925): Friedrich Ratzel, Politische Geographie, München u. a. ³1925.

27. Schöttler (1997): Peter Schöttler (Hrsg.), *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945*, Frankfurt am Main 1997.
28. Schöttler (2003): Peter Schöttler, Eine Art ‚Generalplan West‘. Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die Planungen für eine neue deutsch-französische Grenze im Zweiten Weltkrieg, *Sozial.Geschichte* 18 (2003), S. 83-130.
29. Wildt (2003): Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führerkorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2003.

Lebensraum im Westen. Der Beitrag der Universität zu Köln speziell in der „Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung“

Leo Haupts

Die Aktivierung von Universitäten und einzelnen Hochschuleinrichtungen für die Organisation und die Gewinnung von Lebensraum gehört in die Welle der Mobilisierung, die das nationalsozialistische System nach dem Abschluss einer Phase der Konsolidierung in vielfältiger Weise ins Werk setzte. Es geht um Aktivierung und Ausrichtung von Kräften, die als Bewegung den politischen und staatlichen Organen zuarbeiten sollten und konnten und zugleich die auf diese Weise Erfassten binden sollten. Raumforschung wurde zur politischen Volkserfassung, die im Sinne von Lebensraum alle Lebensäußerungen einbezog, das Wirken von Volk und Rasse zeigte sowie als grenzübergreifende Forschung die nationalsozialistische Expansionspolitik vorbereiten und im Kriege mögliche konkrete Annexionen unterbauen konnte. Es geht um Forschungen mit dem Ansatz „innerhalb eines geschlossenen geschichtlichen Raumes die lebendigen geschichtlichen Kräfte unseres Volkstums in ihrer gegenseitigen Bedingtheit blutsmäßiger Gegebenheiten und politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung am leichtesten fassen lassen“, so formulierte der SD-Historiker Hermann Löffler in einem Gutachten für den Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS in der Beschreibung der „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ für die Geschichtswissenschaft, die sich den gleichen, allerdings von vorneherein auf grenzüberschreitende Aufgaben gerichteten Zielen verschrieben.¹

An der Universität zu Köln gab es einige Institutionen, die sich der Westforschung widmeten. Daneben bemühten sich, z. T. auch mit Beteiligung Kölner Professoren, andere Institutionen, die entsprechend dem inneren chaotischen Konstruktionsprinzip des NS-Staates unkoordiniert nebeneinander arbeiteten, sich aber in bemerkenswerter Zielstrebigkeit der gleichen Aufgabe zuwandten.² Keine erreichte eine Alleinverantwortung, so sehr das auch in der „Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ angestrebt war.

An der Kölner Universität gab es seit 1934 ein „Institut für Raumpolitik“, das der seit 1920 in Köln lehrende, politisch engagierte Professor für mittlere und neuere Geschichte Martin Spahn leitete,³ der u. a. seit 1933 Reichstagsabgeordneter der NSDAP

¹ Lerchenmüller (2001), S. 215. Otto Brunner formulierte u. a. 1943, das Ziel einer angemessenen Geschichtswissenschaft sei die „politische Volksgeschichte.“ Schulze (1993), S. 291.

² „Dem Führer entgegen arbeiten“, in: Kershaw (1998), S. 663 f.; z. B. Westdeutsche Forschungsgemeinschaft, Institut für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande usw.

³ Martin Spahn (1875-1945), Zentrumspolitiker, u. a. 1909 Vorsitz der elsässischen Zentrumsfraktion, 1921 Übertritt in die DNVP, Reichstagsabgeordneter für die Deutschnationale Volkspartei 1924-1935, seit 1933 für die NSDAP, 1920-1940 war er Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte an der Universität zu Köln. Spahns politische und menschliche Haltung war durchaus schillernd. Sein Ziel war es u. a., Katholiken in den von Bismarck gegründeten Nationalstaat zu integrieren. Heiber (1994), S. 616, S. 622; Golczewski (1988), S.338 ff.

war. Das Institut sollte sich dem „Nordwestraum“ zuwenden.⁴ Spahn formulierte am 5. Mai 1940 gegenüber dem Landeshauptmann der Rheinprovinz Haake, als er nach seiner Emeritierung das Institut weiter benutzen wollte:

„Ich habe das Institut für Raumpolitik 1934 ins Leben gerufen, gerade weil ich schon von der Überzeugung beherrscht war, der Führer werde seine Außenpolitik auf Mitteleuropa als deutschen Lebensraum abstellen.“⁵

Der politisch schillernde, mit der Fakultät im Streit liegende Historiker Spahn hatte die Einrichtung im Sinne revisionistischer Politik (Geopolitik) gegründet und schaltete sich mit seinem Institut in die Westpropaganda ein. In der Westdeutschen Forschungsgemeinschaft spielte das Kölner Institut Spahns eine wichtige Rolle.⁶ 1933 gab es eine Kampagne gegen Luxemburg unter dem Titel „Bedrohte Westmark“;⁷ 1936 eine Tagung in Bad Freyersbach mit einem Vortrag von Spahn zum Elsass: „Bewahrung des völkischen Standpunktes“;⁸ 1937 eine Tagung in Aachen mit einem Vortrag Spahns über den Niederrhein als zentrale Landschaft des Ottonischen Reiches, dessen germanische Art seit 1648 durch Frankreich bedroht sei.⁹ Die in Zusammenarbeit mit der flämischen Organisation De Vlag vom 12.-22. April 1939 in Köln veranstaltete Deutsch-flämische Woche führt zu einer Beschwerde des belgischen Konsuls beim Rektor wegen der Ermütigung des flämischen Separatismus.¹⁰

1942 entstand der Lehrstuhl für mittlere und neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Niederlande. Er wurde geschaffen für Franz Petri,¹¹ der sich 1936 mit einem voluminösen Werk über das „Germanische Volkserbe

⁴ Universitätsarchiv Köln (=UAK) Zug. 9/617- 1934-1942. Spahn nutzte das Institut in ganz persönlichem Sinne. Er führte nicht genehmigte Auslandsexkursionen mit Studenten durch, stellte einen unbezahlten Assistenten ein, deponierte eigene Bücher im Institut. Nach dem Übergang des Instituts an seinen Nachfolger Professor Rassow meinte der Historikerkollege Kallen, es solle auf keinen Fall der Zusammenarbeit der drei Fachordinarien im Wege stehen, „die Spahn 13 Jahre lang sabotiert hat“. UAK Zug. 137/39. Rassow setzte die Tätigkeit Spahns nicht fort. Das Institut taucht noch im Vorlesungsverzeichnis SS 1949, S. 26, und im WS 1950/51 S. 34 auf. Der Althistoriker Lothar Wickert wird als Leiter angegeben.

⁵ Brief an Landeshauptmann Haake, 5. Mai 1940, UAK Zug. 228/33. Haake antwortete erst am 25. Juni 1940, er wolle die Regelung der Universität überlassen, da es sich bei der Weiterbenutzung von Instituten um eine universitätsinterne Angelegenheit handle.

⁶ Fahlbusch (1999), S. 375.

⁷ Fahlbusch (1999), S. 422.

⁸ Fahlbusch (1999), S. 395.

⁹ Fahlbusch (1999), S. 415.

¹⁰ Klefisch (1988), S. 218.

¹¹ Franz Petri (1903-1993), 1925 promoviert, gehört in den Kreis des von Hermann Aubin gegründeten Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande (Franz Steinbach), 1935 Habilitation in Köln. Zusammenfassung in: Um die Volksgrundlagen des Frankenreiches, in: Steinbach/Petri (1939). (Es wird nachzuweisen versucht, dass die fränkische Siedlung nicht von vorneherein an der Sprachgrenze zum Stillstand gekommen sei, gegen Pirenne-Schule in Belgien). 1937 Dozentur für mittlere und neuere Geschichte Köln, 1938-1945 geschäftsführender Direktor des Deutsch-Niederländischen Instituts an der Universität zu Köln, 1939 Berufung in das Beamtenverhältnis, (Ober)Kriegsverwaltungsrat beim Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich in Brüssel, zuletzt im Bereich Universitäten, Wissenschaft, Forschung. UAK Zug. 197/816; 4. Juni 1941 Antrag der Fakultät auf ein 4. Ordinariat, Genehmigung

...

in Wallonien und Nordfrankreich“ habilitiert hatte und wie Franz Steinbach vom Institut für geschichtliche Landeskunde (Bonn) wissenschaftliche Grundlagen für eine Re germanisierung im Westen legte. „Völkischen Imperialismus“ nannte dies 1945 die Senatskommission.¹² Hatte er noch im Oktober 1939 in einem offenen Brief an den belgischen Wissenschaftler Willmotte dessen Behauptung (in „Le Soir“, 19. Oktober 1939), er wolle mit seinen „Untersuchungen über die germanisch-romanischen Grenzprobleme den Boden bereiten für eine künftige militärische und politische Eroberung weiter wallonischer und französischer Gebiete“ auf das heftigste bestritten und die Dauerhaftigkeit der Grenzen beschworen,¹³ so formulierte der inzwischen als Kriegsverwaltungsrat in Brüssel Tätige 1942 im Vorwort zur Neuauflage seines Buches ganz anders:

„Ist der Nachweis gelungen, daß die fränkische Siedlung nicht von vorneherein an der Sprachgrenze zum Stillstand gekommen ist, sondern daß diese eine kulturelle Gleichgewichtslinie aus fränkischer Zeit darstellt, so werden wir unsere Vorstellung von den Daseinsgrundlagen unseres Volksganzen im Westen von Grund auf ändern müssen: Wir dürfen dann nicht mehr etwas Statisches, einmal Gewordenes und nun für alle Zukunft Unveränderliches und Gesichertes erblicken, sondern etwas Dynamisches, auch bei tausendjähriger relativer Festigkeit ewig Veränderliches und Wandelbares, dessen Besitz es folglich auch jederzeit wieder zu erringen gilt, wenn nicht eines Tages der Schritt des Weltgeschehens darüber hinweggehen soll. Die Gegenwartsbezogenheit, die diese Untersuchung damit gewinnt, liegt auf der Hand.“¹⁴

Petri war in Köln schon bei der Nachfolge Spahns vom NS-Dozentenführer ins Gespräch gebracht worden.¹⁵ Er konnte 1942 nach seiner Berufung seine neue Aufgabe in Köln nicht wahrnehmen, da er als Kriegsverwaltungsrat in der Gruppe Kultur beim Militärbefehlshaber Belgien und Nordfrankreich in Brüssel tätig und unabkömmlich war und mit einer Vielzahl von Veröffentlichungen und Tagungsbeiträgen einen wesentlichen Anteil an der Westforschung hatte.

Petri war 1938-1945 geschäftsführender Direktor des Deutsch-Niederländischen Instituts an der Universität zu Köln. Dieses städtische Institut wurde durch ihn immer stärker in die Volkstumspolitik hineingezogen.¹⁶ Seine Mitarbeiterin Frau Dr. Hechtle

„mittlere und neuere Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Niederlande“, 1942 Ernennung Petris, keine Vorlesungen. Nach 1945 in Köln nicht wieder eingestellt; sein Lehrstuhl besteht nicht mehr (UAK Zug. 285/1) 1951 Direktor des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde, Münster. Vgl. Wolf (1996), v. a. S. 305 ff.; Ditt (1996); Schöttler (1997); Ditt (2003).

¹² Fahlbusch (1999), S. 355 ff.. Übersicht über Petris Schriften: Wolf (1996), S. 308 f. Hermann Löffler, Die Lage der deutschen Geschichtswissenschaft, (Vortrag 17. März 1941 vor den Kulturreferenten des Amtes III c des Reichssicherheitshauptamtes), in: Lerchenmueller (2001), S. 257.

¹³ Anonymus (1939).

¹⁴ Petri (1937), S.VI.

¹⁵ UAK Zug 44/83. 1941 war er als einer der sieben Ordinarien der „Reichsuniversität Straßburg“ vorgesehen (Aufgabe: „Germanisches Volkserbe in Südost-Frankreich und der Schweiz“).

¹⁶ Das Deutsch-Niederländische Institut war 1931 als ein Institut an der Universität gegründet worden; die Leitung sollte dem Ordinarius anvertraut sein, dem die Pflege der niederländischen Sprache und Literatur oblag. Am 17. April 1940 stellte Dekan Hans Kauffmann, zugleich als Spezialist für niederländi-

(Baerlecken) veröffentlichte u. a. in der Reihe „Flämische Schriften“ eine Darstellung „Die flämische Literatur in den letzten hundert Jahren“ (eine gekürzte Fassung ihrer Habilitationsschrift). Diese Reihe sollte u. a. Flamen – als „Zeugnis von dem germanischen Charakter flämischer Kultur, die heute mehr denn je der großen Schicksalsgemeinschaft aller germanischen Völker zugehört“ – eine Publikationsmöglichkeit geben. Schon im Juli 1942 hatte Bruno Kuske als Leiter der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung an das Deutsch-Niederländische Institut, das im Zuge der Entwicklung annexionistischer Absichten der deutschen Besatzungsmacht immer stärkere Bedeutung erlangte, vertraulich eine Anweisung des Reichsforschungsrates weiter gegeben.¹⁷ Es sollten untersucht werden „a. Die rassische Zusammensetzung und die seelisch-geistigen Eigenschaften des flämischen und wallonischen Volkstums. b. Die volkspolitische und kulturelle Zugehörigkeit des holländischen Volkstums unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung“.¹⁸ Petri berichtet am 17. Mai 1944 an die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung nach Wittenberg, wohin diese inzwischen von Berlin ausgewichen war, drei seiner Aufsätze über Holland, Flandern und Wallonien unter dem Titel „Vorlande des Reiches im Nordwesten“ stünden kurz vor der Veröffentlichung; eine im Auftrage des Chefs der Militärverwaltung angefertigte Denkschrift: „Die Flamenpolitik im ersten Weltkrieg“ sei abgeschlossen. Er empfahl als weitere Arbeiten eine Darstellung über das „Werden und Wesen der flämischen Bewegung“, über „Ursprünge und die Wandlungen des deutschen Gedankens in Flandern und Holland.“ Bedauerlicher Weise könne die von Studienrat Walther Söchting begonnene Untersuchung „Stellung des niederländischen Volkes zum deutschen“ nicht weitergeführt werden, da Söchting eingezogen worden sei.¹⁹

Das seit 1938 bestehende Institut für „Volkskörperforschung“ wurde seit 1940 durch die Provinz mitfinanziert und 1941 im Rahmen der „Lebensraumforschung“ durch die Provinzialverwaltung übernommen.²⁰ Die Aufgaben des Instituts, die zunächst durch die Familien- und Sippenforschung bestimmt waren, wurden erweitert. Der Druck „aus dem Reich“, sich der Sippenforschung und den damit verknüpften Aufgaben anzunehmen,²¹

sche Malerei Direktor des Instituts, den Antrag an den Reichsminister, das Institut, das in eine Arbeitsstätte, „in der Westfragen erforscht und erörtert werden können“, umzuwandeln und in die Philosophische Fakultät als selbstständiges Institut einzuordnen. Er zieht den am 10. Oktober 1940 förmlich gestellten Antrag zurück, nachdem der Oberbürgermeister (als Kuratoriumsvorsitzender) die Lösung bis nach dem Kriege ruhen lassen will. (UAK Zug. 28/408). Baerlecken/Tiedau (2003) teilt nur ziemlich belanglose Erinnerungen mit, die für das Institut und den Zusammenhang der Westforschung wenig erbringen. Informativer stellt Franz Petri in Petri (1979) die Zusammenhänge dar.

¹⁷ Die an ihn über die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung gelangt war. UAK Zug. 96/5.

¹⁸ Die Arbeit wird „wegen eines besonderen Zweckes“ als „sehr aktuell und dringend“ beschrieben. Übernehmen sollte sie Frau Dr. Hechtle, 16. Juli 1942, UAK Zug. 96/5.

¹⁹ Petri an die Reichsarbeitsgemeinschaft 17. Mai 1944, UAK Zug. 96/5. Söchting (Leiter der deutschen Oberschule in Den Haag) berichtet, dass er Unterlagen für den Fall eines deutschen Sieges gegenüber Holland erarbeiten sollte. Söchting (1987); zu Söchting siehe Marc Engels (2007), S. 321.

²⁰ Haupt (2007a); Klein (2003).

²¹ Wülfrath an den Kurator, 14. Dezember 1940, W. an den Landesverwaltungsrat Kornfeld 13. Dezember 1940, Finanzierung der Bauerntumforschung UAK Zug. 9/38. Am 12. November 1940 war

...

wuchs und die Provinz nahm sich der Angelegenheit an. Nach dem Überfall auf Polen sollte das Institut für Volkskörperforschung, geeignete Bauern in Westdeutschland ausfindig machen, die für die Besiedlung des „Warthegaues“ in Frage kamen.²² Der Leiter Wülfrath konnte dem Universitätskurator Dr. Faßl schon am 29. Juni 1940 mitteilen, dass die Gesamterfassung der Auswanderer (umsiedlungsfähige Bauern) für das gesamte Gagebiet für die Universität Köln reserviert worden sei.²³ Auch in der Westforschung wurde die Provinz über das Provinzialinstitut tätig. Der Oberpräsident schickte z. B. Dr. Kämmerer vom Stadtarchiv Aachen nach Köln, um sich bei seiner im Auftrage der Provinzialverwaltung durchzuführenden Untersuchung der Bevölkerungsbewegung im Rhein-Maas Raum im Kölner Institut Anregungen zu holen.²⁴

Daneben gab es rassekundliche Forschungen. Im Auftrag des Chefs der Militärverwaltung für die besetzten niederländischen Gebiete führte der Kölner Ordinarius für Erbbiologie und Rassenhygiene Claussen im Sommer 1942 eine rassekundliche Untersuchung an 15.000 niederländischen Arbeitsdienstverpflichteten durch, „die als Grundlage für die Schaffung einer niederländischen Rassenkunde dienen“ sollten.²⁵ „Dieses scheint mir für die dorthin gerichteten kulturpolitischen Interessen der Universität zu Köln von besonderem Interesse“, meinte sein Vertreter Baumeister.²⁶

Die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ erhob im Unterschied zu dem bisher Genannten den Anspruch, die Universitäten insgesamt in das Projekt des nationalsozialistischen Raumforschungsprogramms einzubeziehen.²⁷

„Es ist der kühne Versuch, den nationalsozialistischen Gedanken der Gemeinschaft und Zusammengehörigkeit sowie die in dieser Idee verwurzelten Grundsätze der Ordnung, Führung und Gefolgschaft auch in der Wissenschaft wirksam werden zu lassen.“

formulierte der erste Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft Professor Meyer 1936.²⁸ Die Arbeitsgemeinschaften waren besondere Bereiche, die wie hier die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung mit zeitbezogenen Neuerungen aufwarteten konnten. Sie knüpften damit an spezifische Interessen der Universitätsforschung an und waren zugleich dem

die „Reichsstelle für Sippenforschung“ in das „Reichssippenamt“ umgebildet worden. Diana Schulle, Das Reichssippenamt. Eine Institution nationalsozialistischer Rassenpolitik, Berlin 2001. Bericht über die Lage der Sippenforschung im Reich und die Arbeitsstätte für geschichtliche Volkskörperforschung an der Universität zu Köln, 1941, (Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (=HStAD) Akz. Oberpräsident der Rheinprovinz /A Landessippenamt, NW 4, Sig 201.

²² Der Oberpräsident wies dem Institut für Volkskörperforschung u. a. am 25. Mai 1940 2.000 RM an. UAK Zug 9/38.

²³ Wülfrath an Dr. Faßl, 20. Juni 1940, UAK Zug.9/38. Wülfrath an die Forschungsstelle „Rheinländer“.

²⁴ Haake an Gauinspektor Merzenich, 18. August 1941, ALR NL Haake, Korrespondenz.

²⁵ Für den eingezogenen Claussen antwortete Baumeister an Kuske 1. Dezember 1943, UAK Zug. 96/5.

²⁶ UAK 29. Juni 1943, UAK Zug. 96/5.

²⁷ Ich greife auf meine Untersuchung „Die ‚Universitätsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung‘ und die politische Indiennahme der Forschung durch den NS-Staat. Das Beispiel der Universität zu Köln“ in: Rheinische Vierteljahrsblätter 68 (2004), S.172-200 zurück.

²⁸ Fahlbusch (1999), S. 23.

NS-Staat nützlich.²⁹ In unserem Fall standen eine bisher noch nicht durchgesetzte raumbezogene Wirtschaftsforschung und eine gerade aus den USA übernommene empirische Soziologie³⁰ an der Universität zu Köln bereit, Aufgaben praktischer Politikberatung zu übernehmen und damit zwangsläufig die von den nationalsozialistischen Machthabern vorgegebenen Ziele zu unterstützen. Als modern geltende Methoden,³¹ wie fächerübergreifende, interdisziplinäre Forschungsansätze unter den von den Nationalsozialisten akzentuierten Begriffen Volk und Rasse oder der Einsatz von Untersuchungsteams unter Einbeziehung der Studenten, übten dabei einen besonderen Reiz aus, vor allem auf die universitären Kräfte, deren Fächer entweder nicht voll anerkannt – wie die Wirtschaftsgeschichte und die Soziologie innerhalb der renommierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der noch jungen Universität zu Köln – oder als Privatdozenten und Nichtordinarien am Beginn einer erhofften wissenschaftlichen Laufbahn standen.³²

Dass sich diese Zuarbeit in den Entscheidungen und Maßnahmen des Staates und der Partei nicht erkennbar auswirken konnte, hing mit der Unsicherheit, Wechselhaftigkeit und Konzeptionslosigkeit der jeweiligen Auftraggeber zusammen, die in Staat und Partei im chaotischen Kompetenzgerangel um die politische Macht standen, und z. T. wohl auch mit der parteiinternen Missachtung von Wissenschaft überhaupt. Andererseits darf man nicht verkennen, dass für viele der angekündigten Aktivitäten und betroffenen Personen lediglich die erfolgreiche Mobilisierung für Ziele des Nationalsozialismus signalisiert werden sollte. Die mit der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung intendierte Indienstnahme der Forschung fand in dem Kölner Wirtschaftshistoriker Kuske intensive Unterstützung, stieß besonders in den pragmatisch orientierten Wirtschafts- und Sozialwissenschaften kaum auf Widerstand; sie zielte aber von ihrer Anlage her auf die ganze Universität mit ihrer Vielzahl unterschiedlicher Fächer ab.³³

Die Raumforschung in der NS-Zeit hatte verschiedene Wurzeln bzw. wurde aus verschiedenen Interessenzusammenhängen gespeist. Für die administrativen Arbeiten entscheidend waren das „Gesetz über die Regelung des Landbedarfs der öffentlichen Hand“ vom 29. März 1935 und der „Erlass über die Reichsstelle für Raumordnung“ vom 26. Juni 1935.³⁴ Mit dem vordringlichen Zweck, die Landbeschaffung für die

²⁹ Fahlbusch (1999); für den speziellen Fall der Westforschung: Dietz/Gabel/Tiedau (2003); Derks (2001); (kritische Würdigung der problematischen Darstellung bei Rusinek (2003), S. 1159-1165). Neuerdings: Engels (2007); Müller (2007); Krebs/Tschacher (2007).

³⁰ Im Folgenden zu den Arbeiten von Schmölders, Gierlich und Hilberath: Gutberger (1996); Klingemann (2002); Müller (2003).

³¹ U. a. Frei (1993), S. 367 ff.

³² Auf der Ebene des akademischen Nachwuchses – bei Doktoranden, Assistenten, Habilitanden, Dozenten und nicht beamteten Professoren – waren der nazistische Einfluss und das Engagement dominierend. Die älteren Professoren versteckten sich in ihrer Haltung gegenüber dem Regime eher hinter dem parteipolitischen Engagement ihrer Assistenten.

³³ Zur Kulturraumforschung als Forschungsintention: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), besonders die Beiträge von Haas, Kleinknecht, Fahlbusch, Mertens, Nikolay-Panter, Werner, Müller, Ditt, Rusinek.

³⁴ Sartorius (1941), 90 c und 90 d; Zweiter Erlass über die Reichsstelle für Raumordnung 18. Dezember 1935, Sartorius (1941), 90 e.

Wehrmacht³⁵ in Einklang zu bringen mit anderen Zwecken der öffentlichen Hand und „eine zweckvolle Gestaltung des deutschen Raums“ zu gewährleisten, war die Raumplanung zu einer staatlichen Hoheitsaufgabe geworden und einer dem „Führer“ direkt unterstellten Behörde übertragen worden.³⁶ Damit hatte Raumplanung – unabhängig von der administrativen Bewältigung der Planungsprobleme – einen hohen Rang erhalten, der mehr oder minder einflussreiche Parteigrößen zu Bemühungen bewegen konnte, an der „Neuordnung des deutschen Lebensraumes für die Weiterentwicklung unseres Volkes und Staates“ Anteil zu nehmen. Reichsminister Rust, verantwortlich für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und Reichsminister Kerrl, zunächst im Kabinett Hitler ohne Geschäftsbereich,³⁷ gründeten im Dezember 1935 die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“, die eine „einheitliche Ausrichtung und einen planvollen Einsatz der gesamten wissenschaftlichen Forschungsarbeit an deutschen Hochschulen“ bewirken sollte.³⁸ Dabei gab es aus der Sicht der Partei eine doppelte Zielsetzung. Rust formulierte im Vorwort zum 1. Heft der Monatszeitschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung „Raumforschung und Raumordnung“ Oktober 1937 die ideologische Perspektive: „Der Ansatz der Wissenschaft für die Raumforschung und Raumordnung wird sie zwangsläufig hinführen in die Kernfragen des Nationalsozialismus: Blut und Boden, Volk und Raum. Die deutsche Wissenschaft wird aus dieser Aufgabe Kräfte nehmen und geben“. Diese „für die Erhaltung und Sicherung der völkischen Existenz“ gestellten Raumaufgaben könnten – so meinte im gleichen Heft Reichsminister Kerrl, mehr auf die praktische Arbeit zielend – „nur in nationalsozialistischer Gemeinschaftsarbeit gefunden werden“. Das bedeutete aus nationalsozialistischer Sicht eine geradezu ideale Kombination: Für die Wissenschaft hieß das Interdisziplinarität bei Beteiligung möglichst vieler Wissenschaftler an den einzelnen Hochschulen und Einbeziehung der Studenten mit der Möglichkeit eines Maximums an Indoktrination und praktizierter Gemeinschaftsgesinnung. An jeder Universität und Hochschule wurden Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung gegründet, die dem Rektor unterstanden und von einem Professor verantwortlich geleitet wurden. An der Raumforschung war neben dem Dozenten- und dem Studentenführer auch die Studentenschaft beteiligt.³⁹ Dabei war das Verständnis von der Aufgabe z. T. unterschiedlich. Die in

³⁵ Ebenda, Gesetz 27. März 1935, 90 – Ergänzung: Zweiter Erlass, 23. Februar 1937 90 a.

³⁶ Unter der Reichsstelle agierten die Provinz- und Landesplanungsstellen. Für das Rheinland war Oberbaurat Dr. Gobbin in Düsseldorf zuständig; darunter gab es Bezirksplaner.

³⁷ Seit dem 16. Juli 1935 dann für kirchliche Angelegenheiten zuständig.

³⁸ Die „nationalsozialistischen Gedanken der Gemeinschaft und der Zusammengehörigkeit sowie die in dieser Idee verwurzelten Grundsätzen von Ordnung, Führung und Gefolgschaft (sollten) auch in der Wissenschaft wirksam werden“, Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft war der Berliner Agrarwissenschaftler Professor Dr. Konrad Meyer, später SS-Oberführer und Leiter der Hauptabteilung Planung beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (Heinrich Himmler) und Verfasser des Generalplans Ost – dazu: Heil (2003). Bei der in Konkurrenz entstehenden „Akademie für Landesforschung und Reichsplanung“ gab es einen Arbeitskreis in Aachen. UAK 28/758 Erlass vom 12. Juni 1935 für die gesamte planwissenschaftliche Forschungsarbeit an den deutschen Hochschulen.

³⁹ Dr. (habil) Heinrich von Stackelberg, Gebietsbeauftragter West für planwissenschaftliche Arbeit 1934-1937. Amtssitz an der Universität zu Köln. Cand. jur. Alo Mosloh wird als Verantwortlicher für

...

Marburg am 9. Juli 1936 gegründete Ortsgruppe nahm z. B. den Arbeitsring hessischer Heimatforscher (Historiker, Archivare, Mundartforscher) auf.⁴⁰ Nach dem Willen von Rust sollte die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ die alleinige organisierte Stelle für Raumforschung sein; Mitarbeit an anderen Zusammenschlüssen ähnlicher Art wie etwa der „Akademie für Landesforschung und Reichsplanung“, die angesichts des hohen Stellenwerts der Raumforschung jetzt und später entstanden, wurde den Hochschulen (vergeblich) verboten.

Etwas abweichend hielt die vorläufige Satzung der Arbeitsgemeinschaft an der Universität Köln jedoch am Gesichtspunkt der Politikberatung entschiedener fest:

„Die Aufgabe der Gemeinschaft besteht in der Erforschung des Rheinischen Raumes, insbesondere soweit das für dessen politische Behandlung durch den Staat nötig ist [...].“⁴¹

Damit wurde deutlich, was die Wissenschaftler an der geforderten Analyse der konkreten Räume favorisierten – es war einerseits die von dem Kölner Wirtschaftshistoriker Kuske schon länger analysierte Beziehung von Wirtschaft und Raum,⁴² eine völkisch und rassistisch unterlegte wirtschaftliche Raumvorstellung, deren Genesis bei Kuske sich anhand der Untersuchungen von Marc Engels weit in die 1920er Jahre zurückverfolgen lässt; es war andererseits die geo-soziale Perspektive der empirischen Soziologie, die nun nach amerikanischem Vorbild praktiziert werden sollte und auf Anerkennung rechnen konnte.⁴³

die studentische Raumforschung bestellt. UAK Zug. 70/600. Die Beteiligung der Studenten beschränkte sich auf die Vorkriegszeit. Akte Kuske 69/4. Briefwechsel mit der Studentenschaft 1935-1937.

⁴⁰ Rektor Zimmer an REM, Marburg 31. August 1937, Stadtarchiv Marburg 305a, 1978/nr.15.4109 B.I.

⁴¹ 28. April 1936, UAK Zug. 28/758.

⁴² Bruno Kuske (1876-1964) begründete die Wirtschaftsgeschichte als selbständige Disziplin. Kuske studierte in Leipzig, wird 1903 promoviert, wird als Mevissenstipendiat am Stadtarchiv und am Historischen Museum in Köln tätig, 1908 habilitiert, 1917 Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Handelshochschule, Übergang an die Universität zu Köln, 1923 auch Professor für Wirtschaftsgeografie, 1920-1933 Leiter des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Köln, 1931-1932 Rektor, Mitglied der SPD, 1933 vorübergehend suspendiert, im Sommer 1938 Rektorkandidat des Dozentenbundes, 1940 Streit mit Rektor Kuhn über die Auslegung des „Führerprinzips“, Rücktritt als Dekan, 1944 nach dem 20. Juli bis 6. September im Zusammenhang der „Aktion Gewitter“ in Haft. Nach dem Kriege erneut SPD-Mitglied, Leiter des Generalreferates für Wirtschaft bei der Provinzialregierung in Düsseldorf (Stellvertreter Dr. V. Agartz), dazu: Nordrhein-Westfalen (1988), S. 19 f., u. ö. Kuske war 1947-1950 Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung – UAK Zug. 44/191, Zug. 91/2; Meuthen (1994), S. 426; Heiber (1991), S. 363 ff.; Heiber (1994), S. 624; Golczewski (1988), S. 353; Herrmann (1964); Schuchardt (1986); Henning (1988).

⁴³ Schmölders (1937); Schmölders (1938); Schmölders (1940). (Nach Schmölders stellt u. a. die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung einen brain trust nach dem Vorbild amerikanischer Planforschung dar). Leo Hilberath, (bis 1933 in Köln Assistent von Professor Lindemann), Hilberath (1940); Hilberath (1937b); Hilberath (1937a); auch der Kölner Soziologe Willy Gierlich (Mitarbeiter Professor von Wiese) war im WS 1932/33 und SS 1933 an der Yale University, USA, und wurde 1933 Mitglied der „American Academy of political and social sciences“. Gutberger (1996); Klingemann (1998); Klingemann (1987); Klingemann (2003).

Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät an der Universität zu Köln hatte bereits vor der Bildung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung einen Fakultätsausschuss für raumwissenschaftliche Forschung gebildet.⁴⁴ Kuske konnte schon am 28. Januar 1935 den Mitgliedern berichten, die Partei, namentlich der Reichskommissar für das Siedlungswesen und Siedlungsbeauftragte Dr. Ludovici, begrüße die Bildung des Ausschusses, bitte um Arbeitsberichte und Listen über an die Studenten ausgegebene Themen und solche der Professoren und wolle, dass die Angelegenheit vertraulich behandelt werde.⁴⁵ Für Kuske war die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung geradezu eine Einlösung eigener Vorschläge, hatte er doch 1934 angeregt, „an jeder Hochschule aus dem Lehrkörper einen besonderen „Deutschen Ausschuss“ zu bilden, „der der besonderen planwirtschaftlichen Arbeit einen allgemeinen Hintergrund gibt“. Dieser Ausschuss hätte den Aufbau des gesamten Vorlesungs- und Übungssystems anzuregen, „dass überall die deutschen Stoffe ständig berücksichtigt bleiben.“ Geschichte, Volks- und Betriebswirtschaftlehre, Wirtschaftsgeschichte, Statistik, Soziologie, praktische Sozialpolitik und Wirtschaftswissenschaft hätten ihren „Stoff in ausdrücklicher Zuspitzung auf die modernen deutschen Probleme (zu) betreiben und nicht als lebensabgekehrte Wissenschaft an sich“.⁴⁶ Der Soziologe⁴⁷ Leopold von Wiese begründete 1938 seinen Vorschlag, Willy Gierlich, seinen Schüler und u. a. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, zum apl. Professor zu ernennen: Gierlich suche

„als Forscher die Verfahren der Kölner Schule der Gesellschaftslehre für die Ideenwelt und Praxis des Nationalsozialismus nutzbar zu machen. Zentralproblem einer deutschen Soziologie ist ihm das Volk. Leitbegriffe unserer Weltanschauung: Rasse, Volk und Volksgemeinschaft werden von ihm aus dem rein Biologischen ins Soziale übertragen [...]. Wie sich die genannten Idealtypen im sozialen Raum vergleichen lassen, wie durch Volks- und Raumforschung realistische Erkenntnisse gewonnen werden, wie Ent- und Umvolkung wirken [...] stehen im Mittelpunkt seiner Studien.“⁴⁸

⁴⁴ Dekan Geldmacher teilte dem Kuratorium am 17. Dezember 1934 mit, dass die Wiso-Fakultät einen „Ausschuss für raumwirtschaftliche Forschung“ eingerichtet habe, der „die wissenschaftliche Arbeit zu den siedlungs- und sonstigen raumwirtschaftlichen und sozialen Problemen Westdeutschlands fördern und zu ihrer Organisation beitragen“ solle. Den Vorsitz habe der Dekan, Kuske sei der Sekretär. UAK Zug 9/362. Professor Kroll kennzeichnet 1936 die Aufgabe der „Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ mit „deutsche Aufartung“ UAK Zug.191/12. Am 1. Juli 1937 wird Kuske der Obmann an der Uni Köln. UAK Zug. 191/12. Dietz (1999); nunmehr Engels (2007), passim.

⁴⁵ UAK 70/600.

⁴⁶ Niederschrift vom 11. Dezember 1934, UAK Zug.70/600. Solche Art Darlegungen schafften Kuske, gegen den nach 1933 eine Kampagne wegen seiner Zugehörigkeit zur SPD lief, Zugang zum Treuhänder der Arbeit Börger. Dieser setzt sich für ihn ein. Golczewski (1988), S. 354.

⁴⁷ Zur Soziologie an der Universität zu Köln während der NS-Zeit: Klingemann (2000); Scheuch (2000); jetzt im Zusammenhang der Westforschung Klingemann (2003), S. 412-414.

⁴⁸ Willy Gierlich (1900-1945), 1928 Dipl. Kaufmann und Soziologe, 1931 Dozent an der Universität zu Köln, vertritt von Wiese 1934/35. Lehrauftrag: „Politische und anthropologische Soziologie“. Mitglied der NSDAP seit 1937, Mitglied des NSDB seit 1935. Zahlreiche Reden bei NS-Gliederungen, Reichs-

Schon 1935 war auf Anregung von Gierlich eine „Zentralstelle wehrwissenschaftlicher Arbeitsgemeinschaften an der Universität Köln“ zustande gekommen. Allerdings behielten die Untersuchungen zur empirischen Sozialwissenschaft im Vergleich zu den wirtschaftswissenschaftlich orientierten mehr einen programmatisch allgemeinen Charakter (Hilberath). Im März 1936 konnte der Rektor die Dozenten Dr. Gierlich und Dr. Herrmann als Vortragende und Professor Kuske als im Rahmen der Raumforschung als besonders interessiert an den Minister melden.⁴⁹

1938 waren etwa 40 Kölner Hochschullehrer Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung;⁵⁰ im August 1942 war die Zahl auf 51 angewachsen, dabei gab es zuvor durch Emeritierungen und Wegberufungen schon eine Reihe von Abgängen; achtzehn Professoren gehörten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät an, fünf der Rechtswissenschaftlichen, ebenfalls fünf der Medizinischen und zweiundzwanzig waren Angehörige der Philosophischen Fakultät.⁵¹ Kuske schlug dem Rektor laufend neue Mitglieder vor.⁵² Nachdem 1941 der Arbeitsgemeinschaft mit einer aktiven Westforschung neue Aufgaben zugewachsen waren, begründete Kuske weitere Mitgliedervorschläge:⁵³ „Die Mitgliederzahl ist bei uns zwar umfänglich und vielseitig. Zu verstehen ist diese Zusammensetzung namentlich dahingehend, dass wir an der Universität

luftschutzbund (Hauptluftschutzführer), Verbindungen zur „Wehrwissenschaft“, 1942 Beauftragter für das militärische Vortragswesen im Gau Köln-Aachen (Wehrkreiskommando VI, Münster) UAK Zug. 96/2, NS-Führungsstab der Marine, seit 1943 bei der Wehrmacht, Juni 1945 Selbstmord im Kriegsgefangenenlager. Urteil von Wiese: „Das Gesamtbild seiner Persönlichkeit scheint mir ganz dem Typus zu entsprechen, zu dem sich die jungen Universitätslehrer entwickeln sollen.“ UAK Zug. 70/173. Von Wiese stimmte wie der NS-Studenten- und der Dozentenführer (de Crinis bzw. Birkenkamp) dem Vorschlag zur Ernennung zum planmäßigen Extraordinarius zu, während die Fakultät sich über das Fehlen hinreichender Publikationen zerstritt. (Rektor von Haberer an Reichsminister, 24. Februar 1938, Dekan Walb an von Wiese, 9. Juli 1941, UAK Zug. 79/173). Gierlich arbeitete an einer „Soziallehre des deutschen Volkes“ (24. Oktober 1938); er beantragte am 6. April 1939 die Erweiterung seiner Lehrbefugnis in Richtung „einer organischen Volkskörperforschung“. UAK Zug. 79/173. Gierlich (1939a).

⁴⁹ Anregung Gierlichs 25. Mai 1935, Senatsbeschlüsse 29. Mai 1935 und 26. Juni 1935, Übernahme der Leitung durch den Zoologen Prof. Kuhn 19. Oktober 1935, Bedenken des kommissarischen Kurators Dr. Winkelkemper (ist dies noch notwendig nach Verkündung der allgemeinen Wehrpflicht?). Meldung an den Reichsminister zum SS 1936 19. März 1936, Ende der AG 1939. UAK Zug. 28/187. Es existiert noch eine „Akademie für Landesforschung und Reichsplanung“.

⁵⁰ UAK Zug. 28/758. Die Altphilologen Kroll und Jachmann, der Archäologe Rumpf waren nicht Mitglieder. Mitgliederliste 1. Juli 1936: Wiso: 8 ordentl. Prof. Börger als Honorarprofessor, 7 a. o. Prof. und Dozenten; Jur.Fak. 3 ordentl. Prof. (Lehmann, Planitz, Nipperdey), 3 Mediziner (u. a. de Crinis); Phil. Fak. 9 Prof.; 2 ao. Prof., 2 Dozenten. Mitgliederliste April 1942 in: UAK Zug. 96/5.

⁵¹ August 1942 UAK Zug 28/758

⁵² Auf Vorschlag des Leiters der Arbeitsgemeinschaft wurden durch den Rektor nur Habilitierte aufgenommen, dabei ergibt sich eine hohe Anzahl von Nichtordinarien, die sich durch neuere einschlägige Arbeiten qualifizieren wollten. Am 29. November 1940 wurden für die ausgeschiedenen von Beckerrath, A. Müller, Kosiol, Adam, de Crinis, Pesch, Spahn, Darapsky nunmehr Rohrbeck, Schmölders, Claussen, von Stokar, Georg Kalb, Th. Wessels, Fr. Horsten, Alfons Degener, Karl-Heinz Sindowski aufgenommen. Rektor Kuhn war einverstanden, 3. Dezember 1940. UAK Zug. 65/2.

⁵³ Kleinschmidt (Kinderklinik), Fellerer (Musikwissenschaft), Hempel (ältere Germanistik) UAK Zug. 28/758.

auf deren Mission und künftige Stellung auch eine Atmosphäre pflegen wollen, die den Zusammenhang der Arbeiten mit unserem westdeutschen Lande und seinen vielgestaltigen Problemen vertieft. Die Kollegen sollen, auch wenn sie derzeit längst nicht alle aktiv an diesen Aufgaben teilnehmen können, doch ständig an sie erinnert werden. Auf die Dauer kommen hierbei doch willkommene Wirkungen zustande und sei das auch nur in Schülerarbeiten. Dieses Verfahren erschien auch uns im Hinblick auf die Meinung über die Arbeitsrichtung der Universität bei den für diese wichtigen Landesstellen, Gauleitung, Oberpräsident und Kuratorium zweckmäßig.⁵⁴ Zu dem Vorschlag, den Historiker Rassow zu berufen, merkte er an: Rassow bringe für die westdeutsche Landesforschung wertvolle Fragestellungen mit, u. a. „seine wehrgeschichtlichen Gesichtspunkte“. Das ihm zugeteilte Institut für Raumpolitik werde für eine „künftige Ausnutzung für eine systematischere Forschung von den Erwägungen der Geisteswissenschaft der Philosophischen Fakultät aus für die Universität wertvoll sein“ können.⁵⁵ Kuskes Institut firmierte inzwischen als Institut für Raumforschung.⁵⁶ 1942 erwog die Universität die Einrichtung von spezialisierten Lehrstühlen; man hielt sie jedoch noch nicht für sinnvoll.⁵⁷ Kuskes Assistent Dr. Herrmann, Mitglied der NSDAP seit 1932, erhielt einen entsprechenden Lehrauftrag.⁵⁸ Während allerdings nur wenige Mitglieder mit einschlägigen Beiträgen aktiv wurden – Kuske selbst, Herrmann, von Wiese (bis zum Kriegsausbruch), Gierlich, Wessels, Berkenkopf, Schmölders, Kallen, Kraus, Petri, Claussen – begnügten sich viele mit bloßer Mitgliedschaft.⁵⁹

Der Bericht über die Arbeiten zur Raumforschung, die im Jahre 1939 durchgeführt wurden, nennt insgesamt vierzehn Aufsätze von Mitgliedern und führt weiter aus, dass zum engeren Thema Raumforschung 22 Dissertationen, davon fünf in der Philosophischen Fakultät, die übrigen in der Wiso-Fakultät in Arbeit seien.⁶⁰ In der Forschung für die Praxis der Planung standen zunächst wirtschaftliche und soziologische Arbeiten im Vordergrund. Dr. Walther Herrmann, seit 1937 Assistent Kuskes,⁶¹ unter-

⁵⁴ 3. Februar 1941. UAK Zug. 28/758.

⁵⁵ Kuske an den Rektor, 3. Februar 1941, UAK Zug. 28/758; Rassow widmete sich der Kriegswissenschaft. Vorlesungen/Übungen: Der Schmalkaldische Krieg (Üb. Trimester 1941), Die großen Kriege des 19. Jahrhunderts (1794-1871) (Vorl. SS 1941); Übungen zur Geschichte der Kriegskunst (Üb. SS 1942 und WS 1943/44); Übungen zu Napoleons Feldzug in Spanien (WS 42/43).

⁵⁶ Seit 1943 gab es z. B. auch an der RWTH Aachen ein Institut für Raumordnung und Raumforschung, dessen Leitung Herrmann Roloff übernahm. Müller (2003), S. 842.

⁵⁷ Kuske an den Rektor, 7. September 1942, UAK Zug. 28/758.

⁵⁸ Kuske an die Mitglieder, 20. Januar 1941, UAK Zug. 28.758. 29. November 1940 „Darüber hinaus laufen für die Zwecke der Reichsregierung noch ausführliche Untersuchungen von Herrn Dr. Herrmann über Lothringen – Luxemburg – Saargebiet und von mir über die gesamte Westgrenze.“ UAK Zug. 65/2.

⁵⁹ Arbeitsprogramm der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung zu Köln. Juli 1942, UAK Zug. 28/758. Die Forschungsabsichten von 26 Professoren bzw. Dozenten werden charakterisiert.

⁶⁰ UAK Zug. 28/758, 1940.

⁶¹ Walter Herrmann (1910-1983), 1928-1932 Mitarbeiter in der Sozialpolitischen Abteilung des Forschungsinstituts für Sozialwissenschaften (Lindemann), Köln, 1933 Promotion, 1936 Habilitation und 1937 Assistent bei Kuske, 1938 Dozent für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, 1940/41 Lehrauftrag für Wirtschaftsplanung und Raumpolitik, seit 1932 Mitglied der NSDAP, Fachschaftsführer in der Wi-So-Fakultät, stellvertretender Dozentenführer (Urteil Dozentenführer 16. Juni 1939 „ohne Einschrän-

suchte beispielsweise die „Notstandsgebiete der rheinischen Bergländer“, Schwerpunkt: Landflucht. Diese Notstandsuntersuchungen 1937/38 wurden als vertrauliche Ermittlungen Gauleiter Grohé und Kreisleiter Simon mitgeteilt.⁶² Im Rahmen des Reichsleistungskampfes führten die Studenten der Universität zu Köln 1935 und 1936 Dorfuntersuchungen durch.⁶³ Schon 1935 hatte das Soziologische Seminar mit fünf Studenten unter Professor Leopold von Wiese die Lage des landwirtschaftlichen Nachwuchses in Dörfern des Regierungsbezirks Trier analysiert.⁶⁴ 1936 ging es bei Beteiligung aller Fakultäten unter Leitung eines Medizinstudenten um das Grenzdorf Eicherscheid bei Monschau. Dabei wurde ein Fragebogen zugrunde gelegt, bei dem die völkisch-rassischen Fragen im Vordergrund standen.⁶⁵ Im Vorgebirgsdorf Bettenbroich wurden der Braunkohlenabbau, im Neuwieder Becken (mit Unterstützung durch Studenten) das Bernsteinvorkommen, im gesamten Rheinland der Gartenbau (Thorbecke) erforscht.⁶⁶ Ziel war eine Gesamtplanung des deutschen Lebensraumes. Daneben wurden von der

kung zu dem nationalsozialistischen Hochschullehrernachwuchs zu rechnen“ UAK Zug. 27/60), 1942-1946 Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft, 1943 Professor in Frankfurt am Main, Beauftragter für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP (Amt Rosenberg) bei der Partei-Kanzlei, 1947-48 Mitarbeiter des Rheinischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 1950-75 beim BDI tätig, Lehrauftrag Universität Köln 1966-1976. Klingemann (2003), S. 413-414; Kürschners (1970), S. 1117.

⁶² UAK Zug. 96/4. Als allgemeiner Notstand wird bezeichnet „unzureichende Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten des überwiegenden Teils der Bevölkerung, niedere Lebenshaltung und geringe Finanzkraft – allgemeine Armut als Dauererscheinung.“ Herrmann teilte am 9. April 1936 dem Leiter der „Zentralstelle wehrwissenschaftlicher Arbeitsgemeinschaften an der Universität zu Köln“ Prof. Kuhn mit, er führe eine von Prof. Kuske angeregte Arbeit „Wirtschaft im Raum an der Grenze“ (preußische Rheinlande und Saargebiet) durch, in der die „nationalsozialistischen Vorrangverhältnisse und wehrwirtschaftlichen Gesichtspunkte“ berücksichtigt würden. UAK Zug. 28/187. Veröffentlichung in: Raumforschung und Raumordnung 1 (1936/37), S. 527-532.

⁶³ Bierwitz (1935). Die Arbeit wurde von Kuske betreut, Bierwitz nahm an der studentischen Arbeit teil. Dazu: Schulz (2002). Über die preisgekrönte Gemeinschaftsarbeit Eicherscheid: Meyer (1938).

⁶⁴ UAK Zug. 28/758. Bericht über Arbeiten, die im Jahre 1939 durchgeführt wurden. Soziologisches Seminar: Lage des landwirtschaftlichen Nachwuchses in Dörfern des Regierungsbezirks Trier. Dazu jetzt auch Klingemann (2003), S. 412.

⁶⁵ Im März 1935 hatte Professor von Wiese mit fünf Studenten Forschungen im südlichen Regierungsbezirk Trier durchgeführt. Dazu Bericht in: UAK Zug. 28/758 und UAK Zug. 96/4. „Untersuchungen über das deutsche Dorf: 1) natürlicher Lebensraum, 2) Siedlungsgeschichte: völkische und rassische Zusammensetzung der Siedler, Landnahme, Politische Entwicklung des Ortes und Umgebung, Der Einfluss der Minderheiten einschl. Juden, Eigennamen. 3) Die Sippen des Dorfes: Aufstellen der Ahnen- und Sippentafel, Verzettelung der Kirchenbücher und Standesregister, Verkartung und Abschrift aller Urkunden und Urbare, Besitzverhältnisse, Abgewanderte, Kinderzahl, Erbbiologische Bestandsaufnahme. 4) Die sozialen Verhältnisse des Dorfes: Rechtsfragen, Erbrecht, 5) Wirtschaftsgeschichte, Frühzeit, Mittelalter, Neuzeit. 6) Kulturelles Leben des Dorfes: Brauchtum 7) Hofgeschichte.

⁶⁶ Für Dorfuntersuchungen wurde ein Themenbogen formuliert: Grundstück, Haushaltserhebung, Volkszählung, Pendlerbewegung, Gewerbezahlung, Betriebe (Gründungszeit), Land- und Forstwirtschaftskosten, Erbhof, Berufszählung, UAK Zug. 28/758. Nach diesem Fragebogen untersuchten unter Leitung des Amtsleiters für Landdienst, Gebietsreferat Eifel, vier Studenten in fünf Tagen Kalterherberg, Kreis Monschau. UAK Zug. 96/4.

Arbeitsgemeinschaft alle wissenschaftlichen Arbeiten, die in irgendeiner Weise mit dem rheinischen Raum oder mit Raumfragen allgemein zu tun hatten, verzeichnet und nach Berlin gemeldet.⁶⁷ Die Durchführung der Forschungen erfolgte selbständig und unkoordiniert.

Mit dem Ausbruch des Krieges änderte sich die Lage. Professor Ritterbusch⁶⁸ löste Professor Meyer in der Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft ab. Er sah die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung eindeutig im Rahmen seiner Vorstellung, wie er sie in „Wissenschaft im Kampf um Reich und Lebensraum“ 1942 niederlegte.⁶⁹ Nachdem Ritterbusch schon am 8. September 1939 eine Ausrichtung auf kriegswichtige Aufgaben anordnete, die Sicherstellung von wichtigem Material verfügt⁷⁰ und die Einsatzfähigkeit der einzelnen Universitätsarbeitsgemeinschaften überprüfen ließ,⁷¹ ergingen genaue Anweisungen. Am 27. September 1939 konkretisierte Ritterbusch die Umstellung auf kriegswichtige Aufgaben.⁷² Die laufenden Forschungen sollten liquidiert, die vor dem Abschluss stehenden Arbeiten in kürzester Zeit abgeschlossen werden. „Als vordringliches kriegswichtiges Hauptthema ist der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung von der Reichsstelle für Raumforschung der ‚Osten‘ gestellt worden“.⁷³ Es sollte gemeldet werden, wer Kenntnis in Ostfragen hatte und mitarbeiten konnte. Zum Thema wurde ausgeführt, es handle sich auch „um die Einbeziehung der großen

⁶⁷ 1938 wurde die Dissertation von Heinrich Rübel (betreut von Kallen) „Die Bevölkerung von Monschau. Geschichte, Zustand und Entwicklungstendenz der Bevölkerung von Monschau (Diss. phil. 1938; kritische Besprechung Huyskens, ZAG 60 (1939), S. 240) angenommen. Bericht über Arbeiten zur Raumforschung, die im Jahre 1939 durchgeführt wurden: I. Arbeiten der Mitglieder, A. zu rheinischen Stoffen, B. zu anderen Stoffen, II. Arbeiten im Gang befindlich (u. a. „Geschichtlicher Atlas des Rhein-Raumes“). III. Arbeiten der Assistenten und wissenschaftlichen Angestellten. A. Zusammenstellung der „Arbeitsergebnisse der Raumforschung an deutschen Hochschulen, in: Volk und Lebensraum, Forschungen im Dienst der Raumordnung und Landesplanung, 1938, S. 498-500. B. Verkehrswissenschaft. IV. Gemeinschaftsarbeiten der Seminare A. Soziologisches Seminar. V. Schülerarbeiten A. 22 Dissertationen (17 Wiso-Fak., 5. Phil.-Fak.) B. andere Stoffe. 25 Dissertationen. UAK Zug. 28/758.

⁶⁸ Der Jurist Prof. Paul Ritterbusch (1900-1945), 1933-1935 o. Prof. in Königsberg (Politik, öffentliches Recht und Völkerrecht), 1935-1941 in Kiel, 1941-1945 Berlin; 1937-1941 Rektor Kiel, Dozentenführer 1935-1940, NSDAP 1933, Selbstmord 26. April 1945; seit Oktober 1939 Mitglied des Amtes IV „Planung und Boden“ des SS Hauptamtes (Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums). 1944 zeitweilig eingezogen. Schon 1934 hatte er bei den Beratungen der Studienordnung die Universität als „Gemeinschaft rassegebundenen Geistes“ bezeichnet. Zu den Forschungsaufgaben für 1941 formulierte er als kommissarischer Reichsobmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung: UAK Zug. 995/2.

⁶⁹ Grundgedanken schon 1939 in: Ritterbusch (1939).

⁷⁰ Die Universitätsarbeitsgemeinschaft Köln meldete daraufhin eine Aufstellung über die Erfahrungen mit der Heeresverpflegung in der Rheinprovinz 1914-1918. Kuske an Reichsarbeitsgemeinschaft 14. September 1939, UAK Zug. 28/758.

⁷¹ UAK Zug. 28/758.

⁷² Am 7. Oktober 1939 war Himmler zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ ernannt worden.

⁷³ Programm „Deutscher Osten“ – Literatur dazu in: Raumforschung und Raumordnung. Der neue deutsche Osten. Eine Bibliographie, Leipzig 1940, Gutberger (1996), S.395. Das waren Vorarbeiten zu Himmlers Generalplan Ost in Polen – Wasser (2000); Roth (1997).

politischen, staatsrechtlichen Aufgaben und historischen Probleme. Es kommt darauf an, die Ostfragen nicht nur im Zusammenhang mit den Fragen des großdeutschen Reiches, sondern auch mit denen der gesamteuropäischen Raumordnung zu behandeln“.⁷⁴ Die „Richtlinien für das vordringliche Kriegsforschungsprogramm der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ verordneten den Arbeitsgemeinschaften – im Gegensatz zur bisherigen regionalen, auf Einzeluntersuchungen abgestellten Arbeitsweise – thematisch wie methodisch einheitliche Zielsetzungen, die weitreichende Annexions- und Umgestaltungspläne in Osteuropa erkennen lassen. Es wurde ein sehr detailliertes und differenziertes Programm übermittelt: 1) zur wissenschaftlichen Materialsammlung für den Ostraum, 2) zu „Untersuchungen über die Möglichkeiten der Stärkung und Befestigung des deutschen Volkstums und Bildung neuen deutschen Volksbodens im deutschen Ostraum“,⁷⁵ 3) zur Bildung eines zentralen Industriegebietes für den mittleren und südlichen europäischen Ostraum im Gesamtraum Oberschlesien, 4) zum Ausbau der Weichsel als Großschiffahrtsstraße und dem der Ostseehäfen, 5) zur Struktur und Gestaltung der zentralen Orte und ihres Einzugsgebietes, sowie 6) staatsrechtliche und stadtrechtliche Untersuchungen.⁷⁶

So entschieden die Verfügungen der Reichsarbeitsgemeinschaft auch klangen, in der Sache, vor allem in der Organisation änderte sich zunächst im Westen Deutschlands wenig. Die Kölner Arbeitsgemeinschaft für Raumfragen konnte nur wenig zum Ostprogramm beitragen, und ihr Leiter Kuske war bemüht, den Schwerpunkt der Aktivitäten im Westen konzentriert auf die Rheinachse zu erhalten. Immerhin aber untersuchte der ehemalige Assistent von Professor Lindemann Dr. Leo Hilberath⁷⁷ im Rahmen dieses neuen Forschungsprogramms als empirischer Sozialforscher die „Siedlungs-

⁷⁴ Ritterbusch 29. September 1939, UAK Zug. 28/758.

⁷⁵ Es sollen regional getrennte Untersuchungen durchgeführt werden: für den Norden (Westpreußen, Danzig, Südostpreußen), für die Mitte (Posen, Lodz), für den Süden (Oberschlesien, Krakau), dabei sollen analysiert werden (1) die Aufnahmefähigkeit der Räume an deutscher Bevölkerung (a) auf landwirtschaftlicher Basis (gesunde Mischung, Zahl, Größe, Form und Typen. (b) bei stärkerem Ansatz von Handwerk, Gewerbe und Industrie, insbesondere zur Bildung eines bevölkerungspolitischen Mittelstandes. (2) Untersuchung der Aussiedlungsmöglichkeiten aus überbesetzten Gebieten des Reiches und Feststellung von Siedlerreserve (a) Klein- und Zwergbauerntum der Realteilungsgebiete Mittel- und Westdeutschlands, nachgeborene Bauernsöhne und Landarbeiter, (b) Aussiedlungsmöglichkeiten in Handwerk und Kleingewerbe aus überbesetzten Gebieten. In diesem Zusammenhang: „Aufzeichnung über die Fragen der Eindichtung Posens und Westpreußens und der damit zusammenhängenden Umsiedlungen“, Denkschrift von Johannes Papritz am 11. Oktober 1939 an das RMI, an das OKW und das AA; ferner die sog. Polendenkschrift unter Mitarbeit von Theodor Schieder vom 7. Oktober 1939 und „Leitsätze zur bevölkerungspolitischen Sicherung des deutschen Ostens“ von Otto Reche, Direktor des Instituts für Rassen- und Völkerkunde an der Universität Leipzig, vom 24. September 1939. Zuletzt Kröger (2001). Dort auch differenzierte Literaturangaben und eingehende Kritik an Haar (2000). Ferner: Ebbinghaus/Roth (1992); Madajczyk (1994).

⁷⁶ Anweisung vom 16. Oktober 1939, UAK Zug. 28/758.

⁷⁷ Dr. Hilberath war Assistent an seinem 1934 aufgelösten „Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften“ an der Universität zu Köln; seit 1936 war er Mitarbeiter der „Reichsstelle für Raumforschung“; er wurde als SPD-Sympathisant verdächtigt und kam 1941/42 ins KZ. Zu Professor Lindemann, Golczewski (1988), S. 305 f. u. ö.

struktur Polens“ und plante mit anderen Soziologen „zentrale Orte“ im besetzten Polen.⁷⁸ Die „Umvolkung“ wurde vom Kölner Soziologen Gierlich als Gegenwartsproblem diskutiert.⁷⁹ Durch zeitweilige Einberufungen (Dr. Herrmann, Dr. Gierlich, Professor Claussen) gab es allerdings Unregelmäßigkeiten.

Bei der Indienstnahme der Arbeitsgemeinschaft für die aktive Westforschung lassen sich vier Abschnitte unterscheiden:

1. Zunächst blieb es im Westen bei den 15 auf das Rheinland und Westfalen bezogenen Einzeluntersuchungen im bisherigen Stil zur Erfassung des deutschen Lebensraumes mit Berücksichtigung der westlichen Nachbargebiete, wobei allerdings nach dem Westfeldzug die westlichen Nachbarländer Holland und Belgien in steigendem Maße Ziel von Forschungsaktivitäten wurden. In der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung standen nun nebeneinander Forschungen, die sich auf die innerdeutschen Verhältnisse bezogen und solche, die die westlichen Nachbarländer zum Ziel hatten. Das blieb bis 1945 so, wenn auch die Westforschung mit der doppelten Zielsetzung – Nachweis der historisch-kulturellen und völkischen Zugehörigkeit bzw. Verwandtschaft zu Deutschland zur Schaffung einer Legitimationsbasis für territoriale Erweiterungen und die Erforschung der materiellen Probleme einer Angliederung im umfassenden wirtschaftlichen und sozialen Sinne – einen immer höheren politischen Stellenwert erhielt. Dieses organisatorische Nebeneinander zeigt deutlich der Bericht über das „Arbeitsprogramm der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung zu Köln“ von Juli 1942.⁸⁰

In der neunseitigen Aufzeichnung über aktuelle Forschungszusagen werden in alphabetischer Reihenfolge nach den Autoren die Forschungsankündigungen von 26 Mitwirkenden aufgeführt. Sie beziehen sich z. T. auf den bisher betrachteten rheinischen Raum (etwa Prof. Bohne, Kriminalität in den Landgerichtsbezirken Köln, Düsseldorf, Duisburg, Aachen; Prof. Claussen, erbbiologische Untersuchungen in der Stadt Köln, Prof. Esch, Wasserstraßenprobleme des linken Rheinuferes), sie nehmen sich aber auch ausdrücklich des belgischen und niederländischen Raumes an (z. B. Prof. Schmolders, Steuerausgleich zwischen Deutschland und Holland; von Stokar, frühgeschichtliche Untersuchungen für das Rheinland und die Niederlande). Die ausführliche Niederschrift macht deutlich, dass in vielen Fällen die Angaben eher Alibifunktion haben, andererseits wird aber auch Engagement deutlich. Der Historiker Gerhard Kallens,⁸¹ ein eifriger Förderer Kuskes, reflektiert z. B. den Gesamtzusammenhang am 26. Juni 1942 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde und als geschäftsführender Direktor des Historischen Seminars ausführlich die anstehenden Aufgaben.

Die Westproblematik war nach der Ansicht Kuskes besonders dringend. Er teilte deswegen mit: „Wegen der Ausweitung der Raumproblematik an der Westseite des Rei-

⁷⁸ Gutberger (1996), S. 495/496. Gerhard Isenburg, Walter Christaller, Friedrich Bülow, Hans Bernhard von Grünberg, Gottfried Feder, Walter Geisler u. a. Christaller (1941).

⁷⁹ Gierlich (1939a); Gierlich (1939b).

⁸⁰ UAK Zug. 28/758.

⁸¹ Pabst (2003).

ches wird die Ergänzung der Hochschulgemeinschaft durch neue Mitglieder beabsichtigt und namentlich auch für die Arbeiten über Westeuropa.⁸² Verwiesen wird auf eine gesonderte Mitteilung über „die belgischen und holländischen Stoffe“. Die Legitimierung von Expansionsansprüchen des Reichs durch historische, kulturelle, völkische und rassistische Forschungen und um die Zuarbeit für praktische Entscheidungen (Angleichung der Rechts-, Finanz- und Verkehrssysteme) gewann immer mehr Bedeutung.

Schon 1941 war Kuske voll auf die imperialistische und expansionistische deutsche Politik eingeschwenkt. Er schrieb am 20. Januar 1941 an die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft:

„Eine höchst wichtige Aufgabe wird für unsere Arbeit in Köln in Zukunft auch in der Behandlung von Stoffen Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande, hierbei evtl. auch unter Berücksichtigung kolonialer Stoffe liegen [...] Im Hinblick auf die Stellung der Universität zu ihrem Land und dessen Volk ist eine tunlichste Beachtung von ihren Stoffen bei allen hier denkbaren Fächern für die Zukunft außerordentlich erwünscht.“⁸³

Es ging nunmehr in verstärktem Maße um nicht weniger als um die konkrete, vorbereitende wissenschaftliche Planung der Angliederung der Niederlande und nicht genau umrissener belgischer und nordfranzösischer Gebiete an das Reich im Rahmen einer „germanisch-europäischen Großraumordnung“⁸⁴ sowie der Lösung der sich dabei ergebenden wirtschaftlichen, rechtlichen, finanz- und verkehrspolitischen Probleme.⁸⁵ Ohne dass sich zunächst an der lockeren, unsystematischen Organisation der Arbeitsgemeinschaft etwas änderte, konzentrierten sich die Arbeiten auf neun Themen: 1. auf die Verkehrszusammenhänge und künftigen Wasserstraßen zwischen dem südwestlichen In-

⁸² Bericht Kallen, 1. August 1942, UAK Zug. 28/758.

⁸³ 20. Januar 1941, UAK Zug. 28/758.

⁸⁴ Bohn (1997). Die Niederlande und Belgien standen im Mittelpunkt einer ganzen Reihe von Vorträgen: 13. November 1941 Beauftragter des Führers für die besetzten niederländischen Gebiete Seyß-Inquart: „Die Niederlande im Umbruch der Zeiten“; 29. März 1941 Prof. Dr. Roosbroeck, Gent, „Die Rheinlande und Oraniens Kämpfe“; 7. Juli 1941 Ders. „Hendrik Conscience“; 11. Juli 1941; Ders. Über den Flämischen Dichter „Albrecht Rodenbach 1856-1880“; 26. bis 28. Juni 1941 Deutsch-flämische Kulturtag mit Vorträgen: Prof. Dr. van Roosbroeck, Gent. „Deutsch-flämische Beziehungen im Wandel der Jahrhunderte“; Prof. Dr. Walter Freiherr von Stokar, Köln, „Sächsische Funde im flämischen Gebiet und ihre Bedeutung für die Frühgeschichtsforschung“; Dozent. Dr. Franziskus Petri, Köln, „Lässt sich die belgische Idee vom Germanischen her begründen? Wissenschaftliche Bemerkungen zu einer politischen Frage“; Prof. Dr. Hans Planitz, Köln, „Die flämischen Städte“; Prof. Dr. M. Langohr, Gent, „Das Problem der Selbstverwaltung im neueren belgischen Staatsrecht“; Prof. Dr. Bruno Kuske, Köln, „Die gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden“; Generalsekretär Dr. V. Leemans, Brüssel, „Das soziale Denken in Belgien von 1933-1940“; Prof. Gerhard Kallen, Köln, „Karl des Kühnen Aufstieg und Schicksal“; Generaldirektor Prof. Dr. De Vleeschauer, Gent, „Philosophie und Politik Hollandes im 17. Jahrhundert“; Prof. Dr. A. Jacob, Antwerpen, „Die humanistischen Voraussetzungen des nationalen Erwachens in Flandern“; Prof. Dr. Willi Kahl, Köln, „Die alten Niederländer in der Musikgeschichte der Rheinlande“; ergänzend: Prof. Dr. Hans Kauffmann, Köln, „Köln, die Entwicklung seiner Stadtanlagen und seine hervorragenden Baudenkmäler“.

⁸⁵ Zum Forschungsprogramm für die RWTH Aachen: Müller (2003) S. 843

dustriegebiet (Saar, Lothringen, Luxemburg), dem Aachener und Limburger Bezirk und dem belgisch-holländischen Hintergrund. Die verkehrswissenschaftliche Seite lag in Händen des Verkehrswissenschaftlichen Instituts unter Professor Berkenkopf, die Produktionsgrundlagen untersuchte Professor Esch, Material aus dem Aachen-Rhein-Kanal-Projekt brachte Professor Kuske ein. 2. Das Handwerk im südlichen Regierungsbezirk, besonders der Eifel, unter den neuen Anbindungen an das Reich mit dem Problem von Arbeitskräften in den angrenzenden Schwerindustrien analysierten Professor Wessels und Professor Kuske. 3. Im selben Bereich betrachtete Professor Seyffert Handel und Einzelhandel. Daneben standen ausgesprochen rheinische Themen: 4. Neuss nach neuen Eingemeindungen war Gegenstand von wissenschaftlichen Beobachtungen Professor Kuskes mit Unterstützung des Historikers Professor Kallen. 5. Die rheinische Industriekultur wurde in Münster untersucht. 6. Die Arbeitsveranlagung und Methodik der rheinischen Bevölkerung war Gegenstand der Forschungen der Professoren Horsten und Professor Geldmacher. 7. Die rheinische Braunkohle war ein weiteres Thema. 8. Für die kulturpolitischen Zusammenhänge hoffte Professor Kuske die Philosophische Fakultät zu gewinnen. 9. Die Lage der Versicherungen ging Professor Rohrbeck an.⁸⁶

2. Die Reichszentrale hatte auch nach der Besetzung Belgiens und Hollands zunächst noch wenig Interesse gezeigt. Die Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung arbeiteten den Landesbehörden und wirtschaftlichen Organisationen zu. Die Forschungen blieben zersplittert, wurden weiterhin individuell durchgeführt und von den verschiedenen Ministerien, von der Parteikanzlei und anderen öffentlichen Stellen in den „Dienst aktuellster Erkenntnisbedürfnisse“⁸⁷ gestellt. Das hing wesentlich damit zusammen, dass die entscheidenden politischen Vorgaben über eine Gestaltung des europäischen Großraumes von Seiten Hitlers fehlten bzw. nicht abgeschlossen und eindeutig vorlagen.⁸⁸

⁸⁶ Kuske an Ritterbusch, 1. August 1942, UAK Zug. 28/758.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Hitler brachte zwar z. B. in den „Tischgesprächen“ immer wieder zum Ausdruck, dass man die „germanischen“ Länder (die Niederlande, Flandern, Dänemark und Norwegen) in den deutschen Herrschaftsbereich einbeziehen werde, aber es fehlten konkrete, definitive Planungen. Von Staatssekretär Dr. Stuckart RIM ausgearbeitete Pläne bzgl. Nordfrankreich wurden von Hitler unter Bezugnahme auf die Arbeit von Petri „Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich“ erweitert (Einspruch Petris über General v. Falkenhausen, in: Lothar Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung, Stuttgart 1962, S. 77 f. Anm. 56; neuerdings: Schöttler (2003)). Was die Niederlande, auf die sich die Kölner Untersuchungen (neben Belgien und Nordfrankreich) besonders bezogen, anging, so kann man mit Hirschfeld (1984) vier Phasen deutscher Besatzungspolitik unterscheiden 1. 1940 bis Februar 1941 – entgegenkommendes Verhalten mit dem Ziel der Selbstnazifizierung der Bevölkerung, 2. Frühjahr 1941 bis März 1943 Beteiligung niederländischer Faschisten an der Verwaltung, 3. März 1943 bis September 1944 „großgermanische“ Bestrebungen der reichsdeutschen SS, 4. 1944 bis Anfang Mai 1945 – Radikalisierung der Bestrebungen der SS und zunehmende Gewaltherrschaft angesichts des für Deutschland ungünstigen Kriegsverlaufs. Zu den Verhältnissen in bzw. der deutschen Politik gegenüber dem besetzten Belgien und den Niederlanden auch Petri (1979).

Dabei gab es immer wieder organisatorische Überschneidungen,⁸⁹ bedingt durch unterschiedliche Vorstellungen zwischen den amtlichen Dienststellen und den mit der Leitung beauftragten Professoren. Kuskes Bestrebungen, eine Zentralorganisation unter seiner Leitung in Zusammenarbeit mit Professor Friedrich Metz, Heidelberg,⁹⁰ durchzusetzen und eine Vereinheitlichung der Fragestellung bei den rheinischen Gruppen und gegenüber dem angrenzenden Ausland von der Schweiz bis Holland zu erreichen, hatten wenig Erfolg.⁹¹ Es gab Gerüchte über den Aufbau einer Konkurrenzorganisation durch die Kaiser-Wilhelm Gesellschaft, die die Zersplitterung förderten und den ohnehin knappen Nachwuchs abschreckten.⁹² Die Westdeutsche Forschungsgemeinschaft war ohnehin neben der Hochschularbeitsgemeinschaft tätig. Seit 1942 betrieb jedoch der Reichsforschungsrat die „Aktivierung der Raumforschung, besonders auch um die sehr aktuell gewordene Problematik des deutschen Westens und des ihm benachbarten Auslandes“ aufzunehmen.⁹³ Professor Ritterbusch schaltete sich ein und richtete mit Kuske nunmehr eine Westgruppe der Arbeitsgemeinschaften für Raumforschung ein,⁹⁴ die unmittelbar vom Reichsforschungsrat instruiert wurde.⁹⁵ In die bisher lockere Arbeitsgemeinschaft kam ein anderer Ton. Kuske wurde dem Reichsforschungsrat verantwortlich. Am 4. Juni 1942 schrieb er an den Dekan der Medizinischen Fakultät, deren Mitglieder sich bisher in der Mehrzahl einer Mitarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung entzogen hatten:

„Die Hochschularbeit für Raumforschung, die im Auftrag der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung bzw. nun auch des Reichsforschungsrates tätig ist, soll sich in Zukunft noch umfassender mit der Problematik des deutschen Westens beschäftigen. Diese ist infolge der neuen politischen Entwicklung noch wichtiger als früher geworden, zumal nun auch das unmittelbar benachbarte Ausland lebhafter in Betracht kommt. Unsere Universität ist wegen ihrer Lage und teilweise auch auf Grund ihrer bisherigen Forschungsüberlieferung, sowie wegen ihres Zuzuges von Studierenden, die in der Lage sind, Hilfsarbeiten zu leisten,

⁸⁹ Zu dem Neben- und Gegeneinander deutscher Dienststellen im besetzten Belgien und den Niederlanden – Petri (1979), S. 713 und S. 717 f.

⁹⁰ Friedrich Metz (1890-1969), Kulturgeograph, Initiative zur Schaffung eines alemannischen Großraumes, in: Fahlbusch (2003); Fahlbusch (1999), S. 360.

⁹¹ Schreiben Kuskes an Prof. Ritterbusch (Reichsarbeitsgemeinschaft) 1. August 1942, UAK Zug. 28/758.

⁹² Ebenda.

⁹³ Kuske an den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. 11. August 1942, UAK Zug. 96/5. Der im Sommer 1942 umorganisierte Reichsforschungsrat, der 1937 vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung zur Koordinierung der wehrwissenschaftlichen Forschung mit dem Vierjahresplan eingerichtet worden war, schwenkte auf die unter Führung der reichsdeutschen SS in Gang gesetzte Planung eines „germanischen Großreiches“ ein. Die Planungen von Anfang 1942 erfolgten schon „in engster Fühlung mit dem Reichsführer SS“. (Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 842).

⁹⁴ Organisation einer Westgruppe der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Ritterbusch an Kuske, 27. Januar 1942, Antwort Kuskes 13. März 1942, UAK Zug. 28/758.

⁹⁵ Ritterbusch übermittelt am 14. März 1942 die Themengruppen des Reichsforschungsrates: 1. Untersuchungen zur europäischen Raumordnung, 2. Süd- und Osteuropaforschungen, 3. Untersuchungen zur Problematik der Beherrschung von Großräumen, 4. Untersuchung kultureller Planung im Altreich und in den neuen Gebieten. UAK Zug. 28/758.

besonders disponiert, an dieser wichtigen Aufgabe mitzuarbeiten. Das wird von ihr sowohl an zentraler Stelle in Berlin, als auch bei der Landesplanungsgemeinschaft Rheinland (Oberpräsident) sowie bei den zuständigen Stellen des Ruhrgebietes [...] erwartet. Hier habe ich als Leiter Maßnahmen auf die lange Sicht vorzubereiten“.⁹⁶

Auch die Kölner Juristen hatten sich bisher zurückgehalten. Kuske wandte sich am 11. August 1942 an den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Er habe „als Vertrauensmann des Reichsforschungsrates für die Hochschulen der Rheinlinie von Freiburg bis Münster festzustellen, wie weit Ihre (die juristische) Fakultät mit Ihren Fächern des Näheren in der Zukunft [...] und auf längere Sicht auch nach dem Kriege mitzuarbeiten“ in der Lage sei.⁹⁷ „Man könnte an staats- und verwaltungs-, an wirtschafts- und arbeitsrechtliche Stoffe, an solche der westeuropäischen Rechtsangleichung, insbesondere der Großniederlande an Deutschland“ denken. Er habe „als Vertrauensmann für die zu einer gemeinsamen einheitlichen Arbeitsgruppe West zusammenzuziehenden 15 Hochschulen [...] zur Klärung einer künftigen Arbeitsteilung beizutragen.“ Wenn die Kölner Fakultät hierzu keine bestimmten Absichten anmelde, „so würde für das Rheinland die Bonner Juristenfakultät, für westeuropäische Stoffe die eine oder andere der beteiligten Universitäten (Bonn, Freiburg, Frankfurt, Giessen, Heidelberg, Marburg, München, Straßburg oder Tübingen) bevorzugt angesetzt.“ Neben Professor Bohne meldeten sich die Professoren von Hippel, Jahrreiß, Lehmann und Nipperdey.

3. Die 1942 gesteigerten Anstrengungen der Arbeitsgemeinschaft reichten dem Reichssicherheitshauptamt des Reichsführers SS jedoch nicht aus. Der persönliche Assistent von Ritterbusch, Dr. Boyens,⁹⁸ schrieb am 27. Dezember 1942 unter Berufung auf das Reichssicherheitshauptamt des Reichsführers SS an Kuske :

„Ich halte es für unbedingt erforderlich, dass im Interesse unserer zentralen großgermanischen europäischen Planung, die sich von dieser Basis aus unmittelbar mit der innerdeutschen und darüber hinaus mit der gesamteuropäischen Planung verbinden wird, prinzipiell eine gesonderte Behandlung erfolgt. Sie kann nicht mit den allgemeinen Programmen der Westdeutschen Hochschulen verbunden werden.“

Zu unterscheiden sei „zwischen binnendeutschen und Auslandsforschungen. Primär gehören diese Planungen in die Problematik, wie sie durch unsere Russlandforschungen und unsere Südosteuropa-Untersuchungen bereits in Angriff genommen worden sind“.

⁹⁶ UAK Zug. 96/5 – Hinweis auf medizinische Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft v. Haberer, Müller, Kleinschmidt. Besonders hervorgehoben werden erbbiologische Untersuchungen Claussens, die mit RM 5.000 unterstützt wurden.

⁹⁷ Kuske an den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät 11. August 1942, UAK Zug. 96/5.

⁹⁸ Dr. John Boyens (Jg. 1910), Historiker, NS-Funktionär, persönlicher Assistent von Ritterbusch in der Reichsarbeitsgemeinschaft (Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Sparte Raumforschung des Reichsforschungsrates), 1929 in Graz in die NSDAP eingetreten, 1934 im Braunen Haus tätig, 1935-1937 hauptamtlicher Abteilungsvorstand im Reichsnährstand, 1938/39, Vertrauensmann des SD-Oberführer Gaudozentenführer Löhrl (Kiel), 1938 Promotion.

Die Organisation werde mit „politisch kompetenter Stelle“ abgesprochen.⁹⁹ Dr. Boyens hatte schon zu Beginn des September 1942 – allerdings voreilig – angekündigt, er werde gemeinsam mit einem Vertreter der Reichsführung SS zur Besprechung „aller Fragen des großgermanischen Vorhabens“ nach Köln kommen.¹⁰⁰

Die SS sicherte für sich die Durchführung der von ihr im Rahmen „Germanische Länder“ und „Europäischer Großraum“ geforderten Forschungen ab.¹⁰¹ Schon am 12. Oktober – noch bevor die entschiedene Trennung von den sonstigen Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft erfolgt war –, fand in einem ausgewählten Kreis eine Sitzung zum Thema Holland und Belgien statt, bei dem die für sie entscheidenden Themen festgelegt, diese bestimmten Forschern zugewiesen und die Wirtschaftskammer Köln als Kooperationspartner festgelegt wurde. Abgabe der Arbeiten sollte Ende Februar 1943 sein, die Bezahlung und Zuleitung von Geheimmaterial wurden geregelt.¹⁰² Als Sonderbeauftragte der Reichsregierung wurden über den Reichsforschungsrat zehn Sachverständige berufen. Die Untersuchungen, die durch die Reichsleitung SS gefordert wurden, erstreckten sich „über die germanische Zusammengehörigkeit“ Belgiens und der Niederlande zum Reich und „die belgischen und holländischen kulturellen und wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Reich“.¹⁰³ An der Konzeption und an der Durchführung war neben Dr. Boyens Dr. Herrmann Roloff beteiligt, der seit November 1936 Ministerialreferent in der Reichsstelle für Raumforschung mit Verbindung zur Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung gewesen und seit 1940 Ministerialreferent der Reichsstelle für Raumordnung in den Niederlanden und Leiter der Abteilung Planung des Generalkommissars für Verwaltung und Justiz war und nunmehr im Februar 1943 einen Lehrauftrag an der technischen Hochschule Aachen erhielt. Dort übernahm er ein neu eingerichtetes Institut für Raumordnung und Raumforschung nebst der Leitung der Hochschularbeitsgemeinschaft. Hier konnte er selbstständig Mitarbeiter rekrutieren. Außerdem hatte er im Unterschied zu Kuske unmittelbaren Zugang zu niederländischen Stellen.¹⁰⁴ Bei den Sondierungen zur personellen Auswahl der Referenten wurde

⁹⁹ Dr. Boyens an Kuske, 27. Oktober 1942, UAK Zug. 96/4. Zur Entwicklung des Arbeitsprogramms zwischen Dr. Boyens und Dr. Hermann Roloff, Müller (2003), S. 840-844, auch – weniger präzise – Derks (2001), S. 197-199.

¹⁰⁰ Dr. Boyens an Kuske, 4. September 1942, UAK Zug. 96/4.

¹⁰¹ Übersicht über die Themen der Untersuchungen über die Struktur der germanischen Länder Holland, Belgien-Nordfrankreich, Norwegen, Dänemark in: Erlasse betr. Geheimhaltung UAK Zug. 44/220. Zu den „großgermanischen“ Zielsetzungen und Praktiken der SS in Belgien und den Niederlanden siehe: Petri (1979), S. 714 und S. 717. Zum Niederlandteil: Müller (2003), S. 843, auch Anm. 156 und Derks (2001), S. 199; auch Anm.130 und 131; dort auch das Belgien-Nordfrankreich-Programm S. 200 f.

¹⁰² Bericht über die Sitzung vom 12. Oktober 1942, UAK Zug. 28/758. Die Arbeiten sollen bis Ende Februar 1943 fertig gestellt werden; die Bezahlung und die Übergabe von Geheimmaterial erfolgte von Berlin aus direkt. Neben der Arbeit von Petri wurden vier weitere besprochen, die sich auf Belgien bezogen, und zusätzlich sieben, die Bezug auf Holland nahmen. (Thema 7) „Volkspolitische und Kulturelle Zugehörigkeit ausgehend von dem Germanenkomplex“ sollte Petri ebenso untersuchen. Bericht vom 12. Dezember 1942. UAK Zug. 28/758.

¹⁰³ UAK Zug. 96/4. Dr. Boyens werde am 20. September 1942 gemeinsam mit einem Vertreter der Reichsführung SS zur Besprechung „aller Fragen des großgermanischen Vorhabens“ nach Köln kommen.

¹⁰⁴ Engels (2007), S. 347 ff.

von Roloff und Boyens neben Kuske auch Petri konsultiert. Letzterer wurde beim Hollandprogramm z. T. von seiner Assistentin Frau Dr. Hechtle (Baerlecken) vertreten.¹⁰⁵

Für die Durchführung der Forschungsprogramme für die Niederlande, Belgien und Nordfrankreich wurden ernannt und zugleich auf bestimmte, z. T. schon vorher von ihnen bearbeitete Themen angesetzt: Prof. Berkenkopf und Prof. Esch (Die Bedeutung der holländischen Wasserstraßen für die zukünftige europäische Großraumordnung), Prof. Horsten (Der Einsatz germanischer Arbeiter im Reich (Belgien, Nordfrankreich, Niederlande), Prof. Kraus (Die volkspolitischen Auswirkungen der Verlagerung des belgischen Industriezentrums von der Wallonie nach Limburg), Prof. Petri (Die volkspolitische Zugehörigkeit des holländischen Volkstums unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung), Prof. Proetel¹⁰⁶ und Dr. Ing. Pöpel, Aachen, (holländische Wasserwirtschaft), Oberregierungsrat Roessing, Aachen, (landwirtschaftliche Wasserwirtschaft), Prof. Schmölders (Probleme der Steuerangleichung), Prof. Wessels (Strukturwandel der niederländischen Volkswirtschaft).¹⁰⁷

4. Bei der Arbeit der weiterhin in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung bestehenden Kölner Arbeitsgemeinschaft drangen völkische und rassische Gesichtspunkte stärker vor.¹⁰⁸ 1943 erläutert Kuske den Mitgliedern, geschichtliche Untersuchungen über die rheinische Eigenart z. B. in den geistigen Leistungen, Literatur, bildende Kunst seien gefragt,¹⁰⁹ „naturgemäß auch vorgeschichtliche Arbeiten. Es hat sich bei der jetzigen aktuellen Problematik des Rheinlandes herausgestellt, dass die Erforschung der biologischen Volksgestaltung, Volksvermehrung, sowie der Kriminalität als Grundlage der po-

¹⁰⁵ Derks (2001), S. 198; Geheim, UAK Zug. 96/4.

¹⁰⁶ Prof. Hermann Proetel (RWTH Aachen) hat 1942/43 bei dem Antrag zu seinem Forschungsvorhaben bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Ziel seiner Untersuchung „Sondergebiet: Schifffahrtsstraßen und Häfen“ angegeben: „Beschaffung von Unterlagen über die bestehenden Schifffahrtsstraßen und Häfen“, sowie „Darstellung ihrer Entwicklungsgeschichte, Wissenschaftliche Untersuchung über hydrologische Verhältnisse, technische Gestaltung, Leistungsfähigkeit, Erweiterungsmöglichkeit, verkehrstechnische Bedeutung im Europäischen Großraum und Vorbild für die europäische Wasserwirtschaftsprobleme“, Lothar Mertens (2003), S. 652.

¹⁰⁷ Einschreiben, geheim, UAK Zug. 96/4, 4. September 1942. Wessels meldete 1942 eine Untersuchung der „Struktur der niederländischen Volkswirtschaft“ bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft an, die dem Ziel dienen sollte, „ein abschließendes Gesamtbild der künftigen wirtschaftlichen Entwicklungsbedingungen Hollands zu geben“.

¹⁰⁸ Bei aller Betonung völkischer und z. T. auch rassischer Gesichtspunkte hatte Kuske wohl doch einige Vorbehalte. Bei der Beurteilung der Arbeiten von Wülfrath, die dieser als Habilitationsleistung anerkannt sehen wollte, formulierte er: „Jedenfalls müssen wir bei aller Anerkennung des Fortschrittes, der in der besseren Behandlung biologischer Fragestellungen liegt, denen ich selbst seit vielen Jahren in meinen Veröffentlichungen folge, uns doch davor in acht nehmen, in der Wissenschaft Konjunkturen zu verfallen.“ (Kuske Gutachten, UAK Zug. 197/893).

¹⁰⁹ Zuvor schon genannt: Prof. Fellerer: Untersuchung über die Musik der Wallonie und ihre Beziehung zur deutschen Musikgeschichte, Prof. Hempel: Die niederländische Dichtung und ihre Zusammenhänge mit dem Rheinland, (1. August 1942, UAK Zug. 28/758).

litischen Erwägungen von dringender Bedeutung sind.“¹¹⁰ Er wies auch auf Forschungen zur „Europäischen Raumordnung“ hin.

In der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung der Universität zu Köln vom 12. Dezember 1942, in der ein speziell durch die Reichsleitung SS über germanische Zusammenhänge gefordertes, sich auf die belgischen und holländischen kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenhänge mit dem Reich erstreckendes¹¹¹ Forschungsprogramm „Germanische Länder“ erörtert wurde, berichtete Professor Petri bereits über das inzwischen nach den obigen Anweisungen übernommene Forschungsprogramm des Deutsch-Niederländischen Instituts. Weitere Einzelaufträge kamen hinzu. Am 2. Mai 1943 forderte der als Reichsobmann der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Fachsparte Raumforschung des Reichsforschungsrates handelnde Dr. Boyens schnellstens für „Europäische Forschungen“, die auf Grund des Führerlasses vom 9. Juni 1942 unmittelbar für die Kriegsführung nutzbar zu machen waren, eine vertrauliche Liste über sprachkundige Professoren an der Universität an.¹¹² Der Kölner Vor- und Frühgeschichtler, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung und Angehöriger der SS, Freiherr Stokar von Neuform wurde Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft am germanischen Institut der Niederlande.¹¹³ In dieser Eigenschaft entwickelte er sich zu einem entschiedenen Befürworter einer Verlegung der durch Luftangriffe schwer geschädigten Universität zu Köln an die „germanische (Reichs)universität Leiden, die nach Schließung der dortigen, ältesten holländischen Universität im April 1943 entstehen sollte.“¹¹⁴

Über die Ergebnisse der vielfältigen Bemühungen erfährt man wenig. Petri berichtet am 17. Mai 1944 an die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung nach Wittenberg, wohin diese inzwischen von Berlin ausgewichen war, drei seiner Aufsätze über Holland, Flandern und Wallonien unter dem Titel „Vorlande des Reiches im Nordwesten“ stünden kurz vor der Veröffentlichung; eine im Auftrage des Chefs der Militärverwaltung angefertigte Denkschrift: „Die Flamenpolitik im ersten Weltkrieg“ sei abgeschlossen. Er empfahl als weitere Arbeiten eine Darstellung über das „Werden und Wesen der flämischen Bewegung“, über „Ursprünge und die Wandlungen des deutschen Gedankens in Flandern und Holland.“ Bedauerlicher Weise könne die von Studienrat Walther Söchting begonnene Untersuchung „Stellung des niederländischen Volkes zum deutschen“ nicht weitergeführt werden, da Söchting eingezogen worden sei.¹¹⁵

¹¹⁰ 10. April 1943, UAK Zug. 28/758.

¹¹¹ Geheim, UAK Zug. 96/4.

¹¹² UAK 28/758. Die Aufstellung mit genauer Angabe über die Sprachkenntnisse von Professoren wurde in den folgenden Tagen abgesandt.

¹¹³ Stokar antwortete am 2. August 1942 Kuske auf dessen Anfrage. Seine Mitarbeitsmöglichkeit sei eingeschränkt, aber er könne Geld in seiner Eigenschaft als Abteilungsleiter für Forschungen, die die Niederlande betreffen, zur Verfügung stellen. UAK Zug. 96/5.

¹¹⁴ Hirschfeld (1987), hier S. 580 ff., jetzt auch Rusinek (2003).

¹¹⁵ Petri an die Reichsarbeitsgemeinschaft 17. Mai 1944, UAK Zug. 96/5. Söchting berichtet, dass er Unterlagen für den Fall eines deutschen Sieges gegenüber Holland erarbeiten sollte. Söchting (1987); zu Söchting, Engels (2007), S. 321.

Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft war einbezogen in die allgemeine Westpropaganda. Laufend erschienen Aufsätze und Sammlungen.¹¹⁶ Schon 1940 hatten Kuske, Wessels, Kraus, Herrmann und Corsten – wie Paul Berkenkopf in den Rheinischen Vierteljahresblättern berichtete – in einer Veröffentlichung der Wirtschaftskammer Köln „Deutschlands Wirtschaftsverflechtung mit seinen westlichen Nachbargebieten“ dargelegt.¹¹⁷ Zu allem kam ein Vortrags- und Professorenaustausch.¹¹⁸ Die „Wallonische Bewegung“ wurde auf Anregung von Petri von dessen Kollegen in der Militärverwaltung Dr. Textor dargestellt.¹¹⁹ Professor von Roosbroek (Gent) schloss seinen Vortrag über Hendrik Conciences Roman „Der Löwe in Flandern“ mit dem Zitat: „Wir Germanen, wir Teutonen, wir Kinder der nordischen Rasse“.¹²⁰

Angesichts des für Deutschland ungünstigen Kriegsverlaufes gerieten die von der Arbeitsgemeinschaft geforderten Untersuchungen in ein immer größeres Missverhältnis zu den militärischen und politischen Realitäten. Für das Jahr 1943/44 übermittelte Professor Ritterbusch der Arbeitsgemeinschaft einen Themenkatalog mit der Zusicherung, dass die Arbeit trotz des Krieges im bisherigen Umfang und Finanzrahmen weitergehen solle.¹²¹ Noch unter dem Datum des 24. April 1944 erreichte die Kölner Universität aus Wittenberg, wohin die Reichsarbeitsgemeinschaft inzwischen aus Berlin ausgewichen war, das Arbeitsprogramm 1944/45 mit den bisherigen Themenschwerpunkten.¹²² Als die Alliierten nahezu die deutsche Landesgrenze im Westen erreicht hatten, übernahm

¹¹⁶ Geisler (o. J.).

¹¹⁷ Rhein. Vjbl. 12/1942, S. 185 f.

¹¹⁸ Kallen übernahm im Oktober 1943 eine Gastprofessur an die Universität Utrecht, die er bis 1944 wahrnahm. Herrmann sollte nach Brüssel, dann nach Gent abgeordnet werden. (17. Oktober 1941 und 28. November 1941, UAK Zug. 27/66)

¹¹⁹ Vorschlag Petri 9. Februar 1942, Bericht des „Volkstumsreferates des Reichspropagandaamtes Köln/Aachen“ vom 16. März 1942, UAK Zug. 44/399. Vortrag 2. März 1942 Kriegsverwaltungsrat Textor, Brüssel, „Die wallonische Bewegung“; ebenso wallonische Kulturtagung in Lüttich, veranstaltet von der Wallonischen Kulturvereinigung. 15. April 1943. Dazu: Petri (1943). Von Petri wurde in Zusammenarbeit mit Textor, der sein Doktorand war, und dem Deutschen Wissenschaftlichen Institut in Brüssel sowie Gastprofessoren in Lüttich ein Handbuch „Wallonie. Unbekanntes Grenzland“ geplant, das im Jenaer Verlag Diederichs herauskommen sollte, jedoch nie erschien. Als Mitarbeiter waren mit besonderen Beiträgen vorgesehen u. a. die Kölner Hochschullehrer Petri, Kraus, Kuske, Niessen, Fellerer, Krönig – Hausmann (2000), S. 560, S. 134; Beyen (2003). Übersicht über die geplanten Beiträge bei Hausmann (2003), Anm. 34; 1941 war es schon zu deutsch-flämischen Kulturtagen in Köln gekommen.

¹²⁰ Bericht im „Westdeutschen Beobachter“ 16. Juli 1941, UAK Zug. 44/3345.

¹²¹ Ritterbusch an Kuske, 6. April 1943. UAK Zug. 28/758.

¹²² UAK Zug. 44/191. III. Sachgebiet Verwaltung: A. Raumordnung der gewerblichen Wirtschaft, B. Verkehrspolitik und Raumordnung, C. Neuordnung der Bäuerlichen Verhältnisse, D. Wasser- und energiewirtschaftliche Raumprobleme, E. Forschung zur Siedlungsstruktur und Landschaftsgestaltung, F. Volksgrundlagenforschung mit der Erläuterung: „Die Bedeutung der Sippenzusammenhänge und die Rechte der Sippengemeinschaft für die Volksgemeinschaft (Volkskörperforschung).“ IV. Europäische Raumordnung.

Professor Dr. Brüning die Leitung der Reichsarbeitsgemeinschaft.¹²³ Die Reichsstelle für Raumforschung erließ am 28. November 1944 einen flammenden Durchhalteaufruf:

„Der Einsatz aller Kräfte im Zeichen des totalen Krieges verlangt es, dass die Wissenschaft noch stärker, als dies schon bisher der Fall gewesen ist, in die immer bedeutungsvoller werdenden kriegswichtigen Raumordnungsarbeiten eingeschaltet wird. Ich bitte, von der Möglichkeit, die sich hierdurch bietet, im großen Umfange Gebrauch zu machen.“¹²⁴

Kuske, nach dem 20. Juli 1944 bis September 1944 im Zusammenhang mit der Aktion „Gewitter“ im Gewahrsam des SD, hatte sich inzwischen vor den Luftangriffen auf Köln nach Gummersbach zurückgezogen, nahm aber als Repräsentant der Universität zu Köln, „deren Forschungstätigkeit trotz Suspension der Hochschule durchaus weiterläuft“, in grotesker Diskrepanz zur Wirklichkeit die Gelegenheit zu einer Beschwerde über die Behinderung einer Forschungsarbeit zur Wirtschaft des oberbergischen Raumes wahr.¹²⁵

Nach dem Kriege gab es ein beachtenswertes Nachspiel.¹²⁶ Für Kuske als Obmann war die Tätigkeit der „Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ keineswegs mit dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland zu Ende. Nachdem er – inzwischen wieder Mitglied der SPD – über die Partei überregional erheblichen Einfluss ausüben konnte und bei dem Neuaufbau des Landes deutlich mitwirkte, wurde er im Januar 1946 Leiter der Abteilung für Wirtschaft bei der Provinzialregierung in Düsseldorf. Hier erwirkte er eine Verfügung des Ministerpräsidenten vom 27. Dezember 1946, mit der er beauftragt wurde, als Obmann eine Landesarbeitsgemeinschaft für Raumforschung zu organisieren und zugleich als Leiter einer in Köln zu bildenden Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung tätig zu werden.¹²⁷ Nun wandte er sich in Sachen Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung in einem ausführlichen Schreiben an die Dekane der Universität zu Köln, und das klang ganz so, als ob nach einer kurzen Unterbrechung und mit einigen Änderungen in der Organisation die für ihn offenbar unpolitische Arbeit der Arbeitsgemeinschaft wieder aufgenommen werden könne.¹²⁸ Als Obmann einer neugegründeten Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-West-

¹²³ Mitteilung des Reichsministers vom 25. August 1944, UAK Zug. 25/758.

¹²⁴ Reichsstelle für Raumforschung, 28.11.1944, UAK Zug. 28/758.

¹²⁵ Kuske an Reichsminister 16.12.1944, UAK, Zug. 28/758. Engels, S. 359. Verleihung der Ernst-Moritz Arndt Medaille an Kuske, Überreicht 16. Oktober 1944.

¹²⁶ Zu den institutionellen Kontinuitäten und der Fortführung der Raumplanung nach 1945 jetzt: Heil (2003).

¹²⁷ UAK 28/759. Die Landesarbeitsgemeinschaft sollte „in enger Zusammenarbeit mit der Landesplanung bei der Landesregierung stehen“ 10. Januar 1947, UAK Zug. 44/191.

¹²⁸ 21. Januar 1947 an die Dekane der vier Fakultäten, UAK Zug. 44/191; ebenso Kuske als Obmann der Landesarbeitsgemeinschaft an die Kollegen, 10. Januar 1947. UAK Zug. 44/191. Bis zum 20. Januar wollte er Antwort über die Teilnahme, bis zum 24. Januar 1947 ein Verzeichnis der durchgeführten oder beabsichtigten Arbeiten mitgeteilt haben. „Die künftige Zusammenarbeit (sollte) jeder Inhaber eines Lehrstuhls oder jede habilitierte oder beauftragte Lehrkraft der Universität in eigener Forschung und nach eigenen Fragestellungen weiterführen“, aber über die westdeutschen Stoffe solle eine gemeinsame Klärung und Arbeitsverständigung unter den Kölner Kollegen und mit den anderen Hochschulen stattfinden. Die im Gang befindlichen Arbeitsprogramme sollen demnächst gemeinsam erörtert und verglichen werden. Mit

...

falen, die von der jetzt in Hannover ansässigen Reichsarbeitsgemeinschaft unabhängig sei,¹²⁹ wolle er möglichst bald eine „Gemeinschaft“ von Universitätsprofessoren und Seminaren bilden, die sich „mit den typischen Problemen des Westens“ befassen. Mit dem Absender „Reichsarbeitsgemeinschaft“ teilte er wenig später den „Mitgliedern“ der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung mit, dass das Hauptquartier der Militärregierung Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „Regional/University Working Associations for Spatial Research within Land Northrhine-Westphalia“ die Landes- bzw. Hochschularbeitsgemeinschaften anerkannt habe. Die Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft für Raumforschung wurde im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen 1947 beschrieben.¹³⁰ Was die Arbeitsweise der Arbeitsgemeinschaft anging, so sollte sie in verfänglicher Weise den Ansätzen von 1935 ähneln: sie sollte interdisziplinär sein, sie sollte in eigener Forschung nach eigenen Fragestellungen durchgeführt und nach den Erfordernissen des Landes zusammengeführt werden und Absichten und Vorschläge der Landesregierung aufnehmen, Assistenten sollten einbezogen und die Studentenschaft in der Arbeitsgemeinschaft ständig vertreten sein. Wie in der NS-Zeit sollten zwar sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Forschungen im Mittelpunkt stehen, aber auch geisteswissenschaftliche Fächer waren beteiligt.¹³¹ Im Schreiben des Obmannes Kuske vom 29. November 1948 an den Rektor der Kölner Universität unterbreitete er in gewohnter Weise Vorschläge für die Arbeit einzelner Fächer. Für die Geschichte sei z. B. die Erforschung der Zeit des 16.-19. Jahrhunderts besonders wichtig, weil hier „Erkenntnisse zu den deutschen Problemen zu gewinnen“ seien.¹³²

anderen Stellen wolle man in Verbindung treten und die „Absichten und Vorschläge der Landesregierung einbeziehen und aufgreifen“. Alle Arbeiten sollten sich an „Landeserfordernissen“ orientieren. „Diese [...] sind schwerwiegender und vielseitiger denn je.“

¹²⁹ Ähnlich wie Kuske suchte auch der Obmann der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung 1935-1939, der Berliner Agrarwissenschaftler Professor Konrad Meyer, nun als Leiter der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover seine Position wieder aufzubauen. Meyer (1971). Die Akademie in Hannover wollte in Fortsetzung der Reichsarbeitsgemeinschaft handeln und unmittelbar an die Arbeiten während des Krieges anknüpfen. Z. B. sollten die in Zusammenarbeit mit Professor Petri und mit Professor Wessels von der Kölner Universität 1942/43 durchgeführten Forschungsarbeiten komplettiert werden. (Akademie f. Raumforschung und Landesforschung Hannover 5. Mai 1948 an den Rektor der Universität zu Köln, UAK 28/759). Kuske wies die Ansprüche der Akademie in Hannover zurück (17. März 1948, UAK Zug, 28/759).

¹³⁰ No. 6, 1947, S. 66. Dazu gehören nach der Aufzeichnung von Kuske Hochschularbeitsgemeinschaften in Aachen, Bonn, Köln und Münster einschließlich besonderer Institute, so das Wirtschaftsarchiv Köln u. a. m. Februar 1948, UAK Zug 28/759. In Vertretung des Präsidenten der Forschungsgemeinschaft NRW formulierte Kuske am 3. April 1948 zu den Vorschlägen zur Bildung von Fachausschüssen der Forschungsgemeinschaft des Landes NRW: wissenschaftliche Organisation sei notwendiger denn je, in Deutschland sei man „immer bestrebt [...] große, katastrophale Einbrüche in unsere Lebensmöglichkeit durch Steigerung der Geistigkeit und ihrer Einrichtungen schneller zu überwinden (1763, 1815, 1918)“. 3. April 1948, UAK Zug, 28/759.

¹³¹ Kuske an die Universitätskollegen, 10. Januar 1947, UAK Zug, 44/191.

¹³² 29. November 1948, UAK Zug, 29/759.

Die erstaunliche Kontinuität der Vorstellungen und Absichten zeigt überdeutlich, wie aus einer pragmatischen Wissenschaftsvorstellung heraus eine vorausseilende Zuarbeit zu politischen Zwecken erfolgte, die sich für Auftragsarbeiten bereit hielt und jedem politischen System willig zu Diensten war. Die Vorgaben der NS-Ideologie Blut und Boden, Lebensraum des eigenen Volkes und der germanischen Rasse, wie sie sich u. a. in den Zeugnissen der Kultur und Kunst niederschlugen, knüpften ebenso an diese Bereitwilligkeit an wie die raumwirtschaftliche und soziologische Analyse des Grenzlandes. Die Indienstnahme für die Ziele der deutschen Kriegsführung und die Zukunftsplanungen der SS war kein Sonderfall – und wurde von den Beteiligten auch nicht als solcher empfunden. Der Anspruch der Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung erstreckte sich prinzipiell auf die Forschung in allen Fächern der Universität und sollte in der Zusammenführung der Einzelergebnisse zu einem räumlich gebundenen Gesamtbild führen, ging also weit über landesplanerische Absichten hinaus. Aus der Sicht der NS-Verantwortlichen war hier zudem ein Ansatz zur Einbindung der Universitäten in eine für ihre Zwecke gesteuerte Mobilisierung gegeben. Viele Universitätsprofessoren – wie offenbar Kuske – billigten die Indienstnahme oder es fehlte ihnen die Fähigkeit, der Wille oder die Entschiedenheit, die eigenen Verstrickungen in das System des Nationalsozialismus zu erkennen, daraus Konsequenzen im „Dritten Reich“ zu ziehen und Folgerungen nach 1945 abzuleiten.

Dieser praxisorientierten, pragmatischen Wissenschaftsauffassung stand aber 1945 für die ersten Nachkriegsjahre eine auf eine grundsätzliche Wissenschaftserneuerung gerichtete Universitätspolitik an der Universität zu Köln gegenüber.¹³³ Grundlegende theoretische Erkenntnisse sollten das Ziel wissenschaftlicher Forschungen sein. An den Werten des christlichen Abendlandes, der Antike und des deutschen Idealismus sollte sich eine prinzipiell parteipolitisch unabhängige Forschung orientieren. Die Geisteswissenschaften sollten die Führung der Universität übernehmen – gerade an der von ihrer Herkunft aus der Handelshochschule durch Wirtschafts- und Sozialwissenschaften stark geprägten Kölner Universität. Diese Form geistiger und religiöser Erneuerung wurde entschieden von dem langjährigen Nachkriegsrektor, dem Altphilologen Joseph Kroll vertreten.¹³⁴ Er war schon von seinen bestimmenden Auffassungen und seinen Erfahrungen als Rektor 1932/33 her ein entschiedener Gegner Kuskes. Am 22. Januar 1947 teilte Rektor Kroll dem Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen mit, dass er gegen die Erneuerung der „Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ in der offenbar vorgesehenen Form und gegen die Ernennung Kuskes zu deren Obmann Einspruch erhebe. Er habe dem Senat, in dessen Zuständigkeit die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften nach dem neuen Selbstbestimmungsrecht gehöre, die Angelegenheit vortragen. Der Senat versichere zwar, dass er die Landesplanung¹³⁵ unterstützen wolle, dass er aber der Meinung sei, „dass diese Forschung gegen die der jüngsten Vergangenheit abzusetzen und überhaupt zu prüfen sei, wie weit sie im Rahmen der allgemeinen

¹³³ Haupts (2007b).

¹³⁴ Haupts (1996).

¹³⁵ Gegenwärtig zuständig: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Referat Z6, Forschungsverwaltung.

Universitätsaufgaben zu betreiben und ob die beabsichtigte Ausdehnung und Intensivierung bei der gegenwärtigen Lage erforderlich und angezeigt“ sei.¹³⁶ Damit war dem umfassenden Anspruch der Arbeitsgemeinschaft auf die Mitwirkung aller Fakultäten widersprochen, andererseits aber auch Einspruch erhoben gegen eine Auftragsforschung, die sich – wie gerade in der NS-Zeit geschehen – zu vielem missbrauchen ließ. Der Senat stellte im Sinne des Rektors und der in den Anfangsjahren nach 1945 die Universität zu Köln tragenden Kräfte der Stadt und des Landes die Forderung, dass die wiederaufzubauende Universität sich auf anwendungsfreie, politikferne, grundlegende Forschung konzentrieren solle. Die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung konnte an der Universität zu Köln unter ihrem 1945 bereits 69-jährigen Obmann Kuske nur wenig Einfluß gewinnen.¹³⁷ Es spricht allerdings für dessen Zähigkeit, dass noch Ende 1949 eine Sitzung mit Vizekanzler Blücher stattfand, in der ein Überblick über die Arbeiten der Arbeitsgemeinschaft gegeben wurde.¹³⁸ Mit der Emeritierung Kuskes 1951 gab es für die Tätigkeit der Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung in Köln keinen Protagonisten mehr. Wirtschaftshistorie und Wirtschaftsgeografie, die Kuske beide vertrat, wurden nunmehr in zwei getrennten Lehrstühlen gelehrt.¹³⁹

Die „Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ stellt neben den anderen angeführten politischen Aktivitäten an der Universität zu Köln den weitreichendsten Versuch dar, die Forschung an der Universität dem politischen System dienstbar zu machen. Widerstand, der aktenkundig geworden wäre, ist nicht zu entdecken – eher eine Bereitschaft, die mit dem Wunsch zur politischen und wissenschaftlichen Qualifizierung einherging.

¹³⁶ Rektor Kroll an Kultusminister, Düsseldorf, 22. Januar 1947, UAK Zug. 28/759. Kuske stellte selbst den Antrag an den Senat, den dieser am 24. Januar 1947 abschlägig beschied. UAK Zug. 27 p/4. Kuske über die Ablehnung: Die Universität zu Köln blockiere die Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung und bestreite dem Ministerpräsidenten das Recht „solche Arbeitsgemeinschaften an Hochschulen von sich aus anzuregen. Man will in Köln also einen Staat im Staate betreiben und wie in der Parteizeit weiter das Führerprinzip von Rektor und Senat aufrecht erhalten, wobei der Senat von Kreaturen des Rektors wie Seyffert und Rassow, anscheinend auch von Veit besetzt ist“ (Brief an Görlinger vom 27. Januar 1947, HStAK, NL. Görlinger 905/47).

¹³⁷ Kuske an Görlinger 27. Januar 1947. Raumforschung stelle man als „gefährliche nazistische Angelegenheit“ dar. Die Kollegen wollten sich nicht beteiligen, „vor allem natürlich die üblichen Gruppen – aber auch Leute, die eigenbrödlisch ihren persönlichen Interessen nachgehen [...]“. (HStAK NL. Görlinger 905/47).

¹³⁸ Bericht des Obmannes Kuske, 1. Dezember 1949, UAK Zug. 28/ 759.

¹³⁹ Kuske entschied, dass die Handakten im Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte verblieben. 17. Dezember 1951, UAK Zug. 96/5, 96/6, 96/7. Die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Kroll und Kuske, die schon auf die Zeit vor 1933 zurückgingen (Kuske Nachfolger Krolls im Rektorat), hatten in der unmittelbaren Nachkriegszeit sehr persönliche Züge angenommen. Es kam zu beiderseitigen Herabsetzungen. Kroll kennzeichnete einen Ausleihzettel in der Bibliothek zu Kuskes „Geschichte der deutschen Selbstversorgung“ 1937 als nazistisches Elaborat; Haupts (2001), S. 349.

Literatur

1. Anonymus (1939): Anonymus, Rheinische Vierteljahrsblätter 9 (1939), S. 296 f.
2. Baerlecken/Tiedau (2003): Marta Baerlecken, Ulrich Tiedau, Das Deutsch-Niederländische Forschungsinstitut an der Universität zu Köln 1931-1945 und der Aufbau des Faches Niederlandistik in der frühen Bundesrepublik, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 851-887.
3. Beyen (2003): Marnix Beyen, Eine lateinische Vorhut mit germanischen Zügen, Wallonische und deutsche Gelehrte über die germanische Komponente in der wallonischen Geschichte und Kultur (1900-1940), in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 351-381.
4. Bierwitz (1935): Hermann Bierwitz, Die Beteiligung des akademischen Nachwuchses an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Landschaftsforschung über Westdeutschland, WiSo-Dissertation, Köln 1935.
5. Bohn (1997): Robert Bohn (Hrsg.), Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern, 1940-1945, Stuttgart 1997.
6. Derks (2001): Hans Derks, Deutsche Westforschung. Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001.
7. Dietz (1999): Burkhard Dietz, Die interdisziplinäre „Westforschung“ der Weimarer Republik und NS-Zeit als Gegenstand der Wissenschafts- und Zeitgeschichte. Überlegungen zu Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Geschichte im Westen 14 (1999), S. 189-200.
8. Dietz/Gabel/Tiedau (2003): Burkhard Dietz, Helmut Gabel, Ulrich Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen. Die „Westforschung“ der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960), Münster 2003.
9. Ditt (1996): Karl Ditt, Die Kulturraumforschung zwischen Wissenschaft und Politik. Das Beispiel Franz Petri (1903-1993), Westfälische Forschungen 46 (1996), S. 73-176.
10. Ditt (2003): Karl Ditt, Die Politisierung der Kulturraumforschung im Dritten Reich. Das Beispiel Franz Petri, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 927-944.
11. Ebbinghaus/Roth (1992): Angelika Ebbinghaus, Karl Heinz Roth, Vorläufer des Generalplans Ost. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenschrift vom 7. Oktober 1939, 1999. Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), 1, S. 62-94.
12. Engels (2007): Marc Engels, Die „Wirtschaftsgemeinschaft des Westlandes“. Bruno Kuske und die wirtschaftswissenschaftliche Westforschung zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Aachen 2007.
13. Fahlbusch (1999): Michael Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der Nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1933-1945, Baden-Baden 1999, S. 375.
14. Fahlbusch (2003): Michael Fahlbusch, Deutschlandpolitik und Westdeutsche Forschungsgemeinschaft, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 600-605.
15. Frei (1993): Norbert Frei, Wie modern war der Nationalsozialismus, Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 367 ff.

16. Geisler (o. J.): Walter Geisler (Hrsg.): Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung „Volk und Reich“, Schriftenreihe „Zur Wirtschaftsgeographie des Deutschen Westens“, 8 Bde., Aachen o. J.
17. Gierlich (1939a): Willy Gierlich, Zur Soziologie der Umvolkung als Gegenwartsproblem, *Volksforschung* 3 (1939), S. 1-7.
18. Gierlich (1939b): Willy Gierlich, Volkswissenschaftliche Einzelprobleme der Umvolkung, in: Jahresbericht des Vereins der Freunde und Förderer der Universität zu Köln, Köln 1939, S. 44-51.
19. Golczewski (1988): Frank Golczewski, Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze, Köln, Wien 1988, S. 338 ff.
20. Gruchmann (1962): Lothar Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung, Stuttgart 1962, S. 77.
21. Gutberger (1996): Jörg Gutberger, Volk, Raum und Sozialstruktur. Sozialstruktur- und Sozialraumforschung im „Dritten Reich“, Münster 1996.
22. Haar (2000): Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000.
23. Haupts (1996): Leo Haupts, Befreiung durch Restauration. Der Neubeginn der Kölner Universität im Herbst 1945, in: Jost Dülffer (Hrsg.), „Wir haben schwere Zeiten hinter uns“, Köln 1996, S. 330-355.
24. Haupts (2001): Leo Haupts, Die Stadt Köln, „ihre“ Universität und die Parteien, in: Jost Dülffer (Hrsg.), Köln in den 50er Jahren, Köln 2001, S. 349.
25. Haupts (2007a): Leo Haupts, Universität im nationalsozialistischen Fahrwasser. Der Fall „Rheinisches Provinzialinstitut für Sippen- und Volkskörperforschung an der Universität zu Köln“, in: Peter Hanau et al. (Hrsg.), Engagierte Verwaltung für die Wissenschaft, Festschrift für Johannes Neyses Kanzler der Universität zu Köln zum 60. Geburtstag, Köln 2007, S. 149-170.
26. Haupts (2007b): Leo Haupts, Die Universität zu Köln im Übergang vom Nationalsozialismus zur Bundesrepublik, Köln u. a. 2007.
27. Hausmann (2000): Frank-Rutger Hausmann, Vom Strudel der Ereignisse verschlungen, Frankfurt am Main 2000.
28. Hausmann (2003): Frank-Rutger Hausmann, Das Deutsche (Wissenschaftliche) Institut in Brüssel, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 907-927.
29. Heiber (1994): Helmut Heiber, Universität unterm Hakenkreuz. Teil II. Die Kapitulation der Hohen Schulen, Bd. 2, München u. a. 1994.
30. Heil (2003): Peter Heil, Zum Selbstbildnis von Raumplaner zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 91-108.
31. Herrmann (1964): Walther Herrmann, Bruno Kuske 1876-1964. Ein Nachruf, *Tradition* 9 (1964), S. 278-285.
32. Hilberath (1937a): Leo Hilberath, Aus dem amerikanischen Schrifttum, Reichsarbeitsgemeinschaft (Hrsg.), *Raumforschung und Raumordnung* 1 (1937), S. 217 f.
33. Hilberath (1937b): Leo Hilberath, Regionalismus und Raumforschung in England, *Raumforschung und Raumordnung* 1 (1937), S. 504 f.

34. Hilberath (1940): Leo Hilberath, Fortschritte und Ergebnisse von Landesplanung und Städtebau in Tennessee-Valley (USA), *Raumforschung und Raumordnung* 4 (1940), S. 514 f.
35. Hirschfeld (1984): Gerhard Hirschfeld, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung*, Stuttgart 1984.
36. Hirschfeld (1987): Gerhard Hirschfeld, *Die Universität Leiden unter dem Nationalsozialismus*, *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1987), S. 560-591.
37. Kershaw (1998): Ian Kershaw, *Hitler. 1889-1936*, Stuttgart 1998.
38. Klefisch (1988): Peter Klefisch, *Das Dritte Reich und Belgien, 1933-1939*, Frankfurt am Main, Bern 1988, S. 218.
39. Klein (2003): Ralph Klein, Karl Wülfrath und das „Rheinische Provinzialinstitut für Sippen- und Volkskörperforschung“, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 791-819.
40. Klingemann (1987): Carsten Klingemann (Hrsg.), *Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland. Wissenschaftshistorische Beiträge zu einem verdrängten Kapitel sozialwissenschaftlicher Wirkungsgeschichte*, Opladen 1987.
41. Klingemann (1988): Carsten Klingemann, *Kölner Soziologie während des Nationalsozialismus*, in: Wolfgang Blaschke et al. (Hrsg.), *Nachhilfe zur Erinnerung. 600 Jahre Universität zu Köln*, Köln 1988, S. 76-97.
42. Klingemann (2000): Carsten Klingemann, *Empirische Soziologie im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit*, *ZUMA-Nachrichten* 46 (2000), S. 171-180.
43. Klingemann (2002): Carsten Klingemann, *Symbiotische Verschmelzung: Volksgeschichte – Soziologie – Sozialgeschichte und ihre empirische Wende zum Sozialen unter nationalsozialistischen Vorzeichen*, *Comparativ* 12 (2002), S. 34-62.
44. Klingemann (2003): Carsten Klingemann, *Soziologen in der „Westforschung“ während des Nationalsozialismus*, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 407-446.
45. Krebs/Tschacher (2007): Stefan Krebs, Werner Tschacher, „Im Sinne der rassischen Erneuerung unseres Volkes“. Albert Huykens, die Westdeutsche Gesellschaft für Familienkunde und das Aachener Stadtarchiv im Nationalsozialismus, *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins* 109 (2007), S. 215-238.
46. Kröger (2001): Martin Kröger, *Historiker im Nationalsozialismus*, *Geschichte in Köln* 48 (2001), S. 193-202.
47. Kürschners (1970): *Kürschners Deutscher Gelehrten Kalender*, hrsg. von Werner Schuder, Berlin 1970.
48. Lerchenmueller (2001): Joachim Lerchenmueller, *Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS*, Bonn 2001.
49. Löffler (2001): Hermann Löffler, *Die Lage der deutschen Geschichtswissenschaft (Vortrag 17. März 1941 vor den Kulturreferenten des Amtes III c des Reichssicherheitshauptamtes)*, in: Joachim Lerchenmüller, *Die Geschichtswissenschaft in den Planungen des Sicherheitsdienstes der SS*, Bonn 2001, S. 257.
50. Madajczyk (1994): Czeslaw Madajczyk (Hrsg.), *Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan*, München 1994.
51. Mertens (2003): Lothar Mertens, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Förderung der Westforschung nach 1933*, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 649-655.
52. Meuthen (1994): Erich Meuthen (Hrsg.), *Kölner Universitätsgeschichte*, Bd. II, Köln 1988.

53. Meyer (1938): Konrad Meyer (Hrsg.), Volk und Lebensraum. Forschungen im Dienste von Raumordnung und Landesplanung, Heidelberg 1938, S. 13-27.
54. Meyer (1971): Konrad Meyer, Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung 1935-1945, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Raumordnung und Landesplanung im 20. Jahrhundert, Hannover 1971, S. 103-116.
55. Müller (2003): Thomas Müller, „Ausgangsstellung zum Angriff“. Die „Westforschung“ der Technischen Hochschule Aachen, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 819-845.
56. Müller (2007): Thomas Müller, Die westpolitische Mobilisierung des „Aachener Grenzraumes“, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 109 (2007), S. 151-214.
57. Nordrhein-Westfalen (1988): Nordrhein-Westfalen. Deutsche Quellen zur Entstehungsgeschichte des Landes 1945/46, bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1988.
58. Pabst (2003): Klaus Pabst, „Blut und Boden“ auf rheinische Art. Gerhard Kallen, der Nationalsozialismus und der Westraum, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 943-979.
59. Petri (1937): Franz Petri, Germanisches Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich, 2 Bde., Bonn 1937, Nachdruck 1942, S. VI.
60. Petri (1943): Franz Petri, Um die Herkunft der Wallonen, Westland. Blätter für Landschaft, Geschichte und Kultur an Rhein, Mosel, Maas und Schelde, 1. Folge, 1943, abgdr. in: Hans Derks, Deutsche Westforschung, Ideologie und Praxis im 20. Jahrhundert, Leipzig 2001, S. 267 f.
61. Petri (1979): Franz Petri, Belgien, Niederlande, Luxemburg vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Politik der europäischen Integration 1918-1970, in: Theodor Schieder (Hrsg.), Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7, Stuttgart 1979.
62. Ritterbusch (1939): Paul Ritterbusch, Universität und Wissenschaft im Kriege, Raumforschung und Raumordnung 3 (1939), 11/12, S. 527-534.
63. Roth (1997): Karl H. Roth, „Generalplan Ost“ und der deutsche Mord an den Juden. Der „Fernplan der Umsiedlung in den Ostseeprovinzen“ aus dem Reichssicherheitshauptamt vom November 1939, 1999. Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 12 (1997), S. 50-70.
64. Rusinek (2003): Bernd-A. Rusinek, „Westforschung“. Traditionen nach 1945, in: Dietz/Gabel/Tiedau (2003), S. 1141-1205.
65. Sartorius (1941): Sartorius, Verfassungs- und Verwaltungsrecht, München, Berlin ¹⁴1941.
66. Scheuch (2000): Erwin K. Scheuch, Antwort zum Beitrag von Carsten Klingemann, ZUMA-Nachrichten 46 (2000) S. 181-186.
67. Schmolders (1937): Günter Schmolders, Der Stand der Raumordnung in den USA, Raumforschung und Raumordnung 1 (1937), S. 29-36.
68. Schmolders (1938): Günter Schmolders, Deutsche und amerikanische Raumordnung. Ein Vergleich ihrer Voraussetzungen und Methoden, Raumforschung und Raumordnung 2 (1938), S. 371-374.
69. Schmolders (1940): Günter Schmolders, Staat und Wirtschaft – und die Wissenschaft, Raumforschung und Raumordnung 4 (1940), S. 446-449.
70. Schöttler (1997): Peter Schöttler, Die historische „Westforschung“ zwischen „Abwehrkampf“ und territorialer Offensive, in: Peter Schöttler (Hrsg.), Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918-1945, Frankfurt 1997, S. 204-261.

71. Schöttler (2003): Peter Schöttler, Eine Art „Generalplan West“. Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die Planungen für eine deutsch-französische Grenze im Zweiten Weltkrieg, Sozial.Geschichte. Neue Folge 18 (2003), S. 83-131.
72. Schulle (2001): Diana Schulle, Das Reichssippenamt. Eine Institution nationalsozialistischer Rassenpolitik, Berlin 2001.
73. Schulz (2002): Thorsten Schulz, Wirtschaftsraum Rheinland. Dissertationen bei Bruno Kuske 1933-1940, Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsverein 73 (2002), S. 163-187.
74. Schulze (1993): Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993, S. 291.
75. Söchting (1987): Walther Söchting, Was Walther Söchting in 80 Jahren bedenkenswert und bemerkenswert fand, Hamburg 1987.
76. Steinbach/Petri (1939): Franz Steinbach, Franz Petri, Zur Grundlegung der europäischen Einheit durch die Franken, Leipzig 1939.
77. Umlauf (1941): Josef Umlauf, Zur Stadtplanung in den neuen deutschen Ostgebieten, Raumforschung und Raumordnung 5 (1941), S. 100-122.
78. Wasser (2000): Bruno Wasser, Himmlers Raumplanung im Osten, Basel u. a. 2000.
79. Wolf (1996): Ursula Wolf, Litteris et Patriae. Das Janusgesicht der Historie, Stuttgart 1996.

Die Konstruktion des geschichtlichen Raumes in Josef Pontens virtueller Geo-Grafie der Rheinlande

Cristina Rita Parau

1. Die paradoxe Existenz des politischen Grenzgangs

Hans Magnus Enzensberger hat mit dem Stilmittel des „Totengesprächs“ die Erinnerung an Kurt von Hammerstein mit seinem Buch „Hammerstein oder der Eigensinn“¹ erneut wachgerufen – wohl nicht zufällig 75 Jahre nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 fast auf den Tag genau. Enzensberger, der schon 1975 mit den 37 Balladen seines „Mausoleums“ an den großen Gestalten der Geschichte die Paradoxien und Grenzwertigkeiten des Fortschritts exemplifiziert hat, stellt in einer Collage aus Archiv-Dokumenten, biografischem Text und eben diesen Totengesprächen von Hammerstein vor, der zum Zeitpunkt von Hitlers Machtergreifung Chef der Heeresleitung war und der in der Behauptung seiner ideologischen Unabhängigkeit sich gezwungen sah, seinen Dienst bereits am 27. Dezember 1933 aus Resignation zu quittieren; einen Soldaten der offenen und geheimen Opposition gegen Hitler, einen Vater, dessen Töchter Spitzeldienste für das marxistische Regime in Moskau verrichteten. Diesem Spionagedienst schreibt Enzensberger die Tatsache zu, dass eine Tischrede Hitlers vom 3. Februar 1933 im Hause Hammersteins bereits am 6. Februar 1933 in Moskau bekannt war. In dieser Rede propagierte Hitler mit einem ziemlich genauen Zeitplan innenpolitisch die Diktatur, außenpolitisch die militärische Eroberung des Lebensraums im Osten.

Während Enzensberger, Alexander Kluge und Oskar Negts Theorie des gestaltenden historischen Subjekts² reflektierend, die Existenz von Hammersteins in die Tradition der dialektischen Subjektphilosophie zu stellen scheint, sind für die folgende Darstellung zwei andere, kaum beachtete und wenig rezipierte Ansätze seines literarischen Berichts wichtig, die eine solche Existenz als ein im geschichtlichen Feld verortetes Objekt denken. Zum einen: Der paradoxe, politische Grenzgang einer höchstrangigen militärischen Person der nationalsozialistischen Führungselite, die trotz der deutlichen Opposition gegen Hitler und trotz der versteckten und offenen Verbindungen zum Widerstand gegen Hitler unbehelligt im Dritten Reich leben konnte und sogar 1939 an der Westfront kurzfristig reaktiviert wurde. Zum anderen: Die frühe und zeitlich präzise Ankündigung der militärischen Eroberung des Lebensraumes im Osten und der damit verbundene und in den kulturellen Diskurs vermittelte Raumbegriff.

Für die Signifikanz beider Aspekte steht im Bereich des literarischen und kulturpolitischen Feldes paradigmatisch auch der Name „Josef Ponten“. Die Tatsache, dass sein Name und sein Werk heute nahezu vergessen sind, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass er schon wegen der Höhe der Auflagen seiner Werke und deren Verbreitung und

¹ Enzensberger (2008).

² Kluge/Negt (1981).

Verwertung in den Buchgemeinschaften zu den herausragenden Gestalten der rheinischen und deutschen Literatur in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu zählen ist.

1883 in Raeren geboren und im Dreiländereck Deutschland-Niederlande-Belgien aufgewachsen, studiert Ponten ab 1903 zunächst Philologie in Genf und Bonn, von 1904 bis 1908 Architektur und Kunstgeschichte in Aachen, bricht das Studium aber dann ab. Erst 1923 wird seine kunsthistorische Arbeit über Alfred Rethel in Bonn als Dissertation angenommen. Als Autodidakt häuft sich Ponten ein immenses Wissen im Bereich Naturwissenschaften, Geschichte und Geografie an, das er gerne auch immer und überall präsentiert. Dies bringt ihm in München den Spottnamen „Dr. Allwissend“ ein. Ponten betreibt auch strenge naturwissenschaftliche Forschung, sein Name steht heute noch für die Entdeckung einer Korallenart und einer arktischen Inselgruppe.

Obwohl kaum 57 Jahre alt geworden (er starb 1940 in München an Herzversagen), hat Josef Ponten ein beträchtliches literarisches Werk hinterlassen, das thematisch und gattungspoetisch sehr vielschichtig ist. Es weist eine Vielzahl von Veröffentlichungen in fast allen literarischen Bereichen auf; es umfasst Novellen (wie „Die Bockreiter“, „Der Meister“), Romane (wie „Jungfräulichkeit“, „Siebenquellen“, „Der Babylonische Turm“), Gedichte, zahlreiche Essays. 1925 erschien Pontens wahrscheinlich bekanntestes Buch, das zweibändige Werk „Architektur die nicht gebaut wurde“.

Sein unvollendetes Hauptwerk, der Romanzyklus „Volk auf dem Wege. Roman der deutschen Unruhe“, umfasst insgesamt sechs Bände, die letzten beiden davon erschienen postum. 1926 trat Ponten in die Preußische Akademie der Künste ein und galt auch als eine der wichtigsten Stützen des Bundes Rheinischer Dichter. 1936 erhielt Ponten für die beiden ersten Bände des „Volk auf dem Wege“ den „Rheinischen Literaturpreis“, 1937 den „Münchener Dichterpreis“.

In seiner Haltung zum Nationalsozialismus wird der rheinische Dichter Josef Ponten als nicht eindeutig festzulegende Gestalt dargestellt. So schreibt zum Beispiel Gerhard Lohse 1966 in einem Aufsatz zu Pontens Leben und Werk:

„Gewiß hat Ponten sich von der nationalen Welle nach 1933 tragen lassen und die ihm gebotenen Ehrungen als ‚volkhafter‘ Dichter [...] entgegengenommen. Es wäre aber falsch, in ihm einen bewussten Wegbereiter und Vertreter einer nationalsozialistischen Dichtung oder Kulturpolitik sehen zu wollen.“³

Ponten selbst hat bereits 1922 und 1925 in seinen Schriften zum Rhein die theoretische Grundlage für seine mögliche ideologische Vereinnahmung durch das nationalsozialistische System gelegt, obwohl er gleichzeitig beteuert hat, „von den Ideologien, namentlich des faschistischen Nationalismus, [...] nichts wissen“⁴ zu wollen.

³ Lohse (1966), S. 282 f.

⁴ Ponten (1925b), S. 50.

2. Die Entstehung des geschichtlichen Raumes als Geo-Genetik der Rheinlande. Eine Textexegese

Ponten veröffentlichte 1922 im „Neuen Merkur“ den Aufsatz „Der Rhein. Eine geografisch-historische Betrachtung“⁵ und im Jahre 1925 in der Kölnischen Zeitung, dem Hamburger Fremdenblatt und den Münchener Neuesten Nachrichten den Artikel „Rheinstrom Weltstrom“;⁶ beide zusammen sind unter dem Titel „Der Rhein. Zwei Aufsätze. Gabe zur Feier der Tausend Jahre der Rheinlande“⁷ in der Deutschen Verlags-Anstalt 1925 erschienen.

Der zentrale Begriff in der ersten Schrift ist „Metaphysis der Flüsse“⁸ und in der zweiten die Aussage „Alles ist eben Natur“.⁹ Dahinter verbirgt sich eine organologische und ontologische Beschreibung der Rheintopologie.¹⁰

Die folgenden Ausführungen sollen in einer genaueren Analyse der Texte darstellen, in welcher Weise diese beiden Theoreme Pontens Rheinvorstellung als die einer paneuropäischen Projektion bestimmen, wie sie einen Prozess der Metaphorisierung generieren, wie sie sich selbst dem Ideologieverdacht aussetzen und sich zugleich davor schützen.

Die Schrift „Rheinstrom Weltstrom“ beginnt Ponten mit einer scheinbaren geografischen, topologischen und kulturgeschichtlichen Strukturierung der Weltflusssysteme mit dem Ziel, den Rhein im Verhältnis zu diesen Weltstromsystemen als mindestens gleichbedeutend einzuordnen:

„Rheinstrom Weltstrom. Ich will die Behauptung in zwei Teilen, einem schwächeren und einem starken, beweisen: Was Größe oder doch Vielgestalt der Zeugnisse der Menschengeschichte an seinen Ufern angeht, braucht der Rhein hinter keinem seiner Brüder zurückzustehen, was Bedeutung für die Geschichte angeht, kommt er den an geschichtlicher Bedeutung in der Vergangenheit reichsten gleich, an geschichtlicher Bedeutung für die Zukunft übertrifft er sie alle.“¹¹

Zur Veranschaulichung dieser Behauptung befasst sich Ponten in verschiedenen Perspektiven mit der Geschichte des Rheins. Dass dabei das Metaphorische im Gewand des Wissenschaftlichen einher kommt, soll das folgende Beispiel veranschaulichen.

Die Gedanken, die Ponten in „Rheinstrom Weltstrom“ 1925 in den genannten Zeitungen veröffentlicht hat, greift er 1932 in der Rede „Der Rhein und der Dichter“¹² erneut in einer klarer strukturierten und zusammenfassenden Form auf:

„Die Naturgeschichte des Rheins zerfällt in drei große Geschichten, man kann sagen in die Geschichte von drei Rheinen. Der Rhein ist nicht ein einheitliches Gebilde im Sinne eines einheitlich und als ein Ganzes entstandenen Wesens, ein

⁵ Ponten (1922).

⁶ Ponten (1925a).

⁷ Ponten (1925b).

⁸ Ponten (1925b), S. 10.

⁹ Ponten (1925b), S. 50.

¹⁰ Vgl. Cepl-Kaufmann (2003), S. 71.

¹¹ Ponten (1925b), S. 28.

¹² Ponten (1932).

Gebilde mit nur einer Geschichte, der Geschichte eines Flusses, sondern er ist das Endergebnis von drei Geschichten, die sich in einer übergeordneten letzten vereinen. Er ist so geworden, wie Großstaaten zusammenwachsen aus ursprünglich selbständigen Kleinstaaten, die sich gegenseitig aufschlucken oder deren einer die andern schluckt. Der schweizerische Hochrhein wird zum Donausystem gehört haben. Die obere Donau ist ein Saumfluß, der heute die Gewässer des süddeutschen Alpenvorlandes, dieses und im weitern Sinne die Alpen säumend, aufnimmt. Sie umfaßt die schweizerische Aare, den schweizerischen Saumfluß, mit, und dieser Oberdonau oder heutigen Aare war der jetzige Hochrhein als rechter Nebenfluß tributpflichtig. Der Rhein war also ein Nebenfluß der Aare, die heute ein Nebenfluß des Rheines ist. Dann haben wir gute Gründe zu glauben, daß der Oberrhein, also der Rhein von der schweizerischen Grenze bis nach Mainz, in das System Saone-Rhone einbegriffen war, und für diesen zweiten Rhein, der also nordsüdlich floß, war der Main eine Art Hochrhein dieses zweiten Systems. Mit anderen Worten: dieser zweite oder mittlere Rhein entsprang in der Gegend von Nürnberg, wandte sich in der Gegend von Mainz nach Süden, suchte in der Gegend von Belfort seinen Anschluß an das Saone-Rhone-System und mündete bei Marseille. Ferner wird es einen dritten, einen Unterrhein gegeben haben, der die Mosel als Oberlauf hatte, also jenseits der Vogesen entsprang und bei Godesberg in die sogenannte Kölner Bucht mündete, die damals eine Bucht des Nordmeers war. Wie es nun, wahrscheinlich durch Schollenbewegungen, durch Verlegung und sogar Umlegung des Wasserreichens dazu kam, daß diese drei ursprünglichen und selbständigen Rheine kleinen Ausmaßes zu dem heutigen lebensvollen, großformigen Strom zusammengestückt wurden oder zusammenwachsen, das können wir hier nicht untersuchen und darstellen. Der Rhein ist, Naturgeschichte mit Menschengeschichte verglichen, geworden wie etwa Preußen: aus drei Teilen wuchs es zusammen, der Mitte Brandenburg, dem westlichen Land Kleve-Berg und Ostpreußen (dieses war von Polen abhängig wie der Hochrhein von der Donau.) Solch Geschehen begründet wie in der Menschengeschichte so auch in der Naturgeschichte großen äußern Formenreichtum.¹³

Indem Ponten eine Vergleichbarkeit zwischen „Naturgeschichte“ und „Menschengeschichte“ geltend macht, formuliert er die Voraussetzung, aus der Geo-Geschichte des Rheins die geschichtliche Vision eines natürlich in der Topografie gewachsenen Paneuropa als einer Reichsidee zu entwickeln. Der Vergleich der topografischen Karte Europa (siehe Farbtafel – Abbildung 1) in der Sicht Pontens mit der historischen Karte des Karolingischen Reiches (siehe Farbtafel – Abbildung 2) weist auf, dass die geografische Karte der Signifikant für die utopische Vorstellung Pontens von einer universalen nationalen Einheit ist, die zugleich das zukünftige politische Projekt Europa vorstellt, welches sich bezeichnender Weise in den Ausdehnungen des Karolingischen Reiches in seiner Blütezeit unter Karl dem Großen repräsentiert.

Der Rheinstrom ist durch seinen Nord-Süd-Verlauf bestimmt. Ponten, der für die Konstruktion der Entstehung des Karolingischen Reiches eine Ost-West-Komponente benötigte, deutet den Quellenverlauf des Rheins um. Es gibt drei Quellflüsse: die Aare,

¹³ Ponten (1932), S. 400.

die zusammen gesehen wird mit dem Donauplateau; den Main im Zusammenhang mit dem Saone-Rhone-Verlauf; die Mosel im Zusammenhang mit dem Norddeutschen Raum. Die scheinbar konkrete wissenschaftliche Beschreibung der Rheintopologie entpuppt sich als geografische Metapher, deren Absicht es ist, sowohl die Süd-Nord- als auch die Ost-West-Ausdehnung des Karolingischen Reiches zu zeigen. Aus dem *geografischen* Raum wird somit ein *historischer* Raum.

Der zentrale Begriff in dieser Darstellung des Rheins ist: Naturgeschichte. Ponten betrachtet die Entwicklung des Rheins ebenso wie die Entwicklung der Staaten, als Wirken der Natur, deren Bestreben es ist, das Disparate zu einer Einheit zu führen. Während diese Vorstellung von Naturgeschichte für die „tellurische“ Entwicklung noch begreiflich ist, erregt der Satz „Politik ist Natur“¹⁴ Erstaunen, weil er der Auffassung widerspricht, Politik sei menschliches Handeln zur Gestaltung der Sozietäten, der Staaten und der Geschichte.

Wenn Ponten formuliert: „An den Diplomaten herrschen keine anderen Gesetze als im geologischen Kosmos“,¹⁵ begibt er sich in die Gefahr, dass seine Ansicht von beliebigen politischen Systemen, also auch von totalitären, aufgegriffen werden kann, indem diese sich dadurch legitimieren, Vollstrecker einer organischen, natürlichen Kraft zu sein.

Diese natürliche Kraft sieht er auch wirksam in der organischen Bildung topografischer Einheiten, wie sie sich durch Flusssysteme organisieren. Obwohl die Grenze der Ideologie „Volk braucht Raum“ zu Pontens Darstellung „Politik wird bald nicht mehr von den Völkern, sie wird von den Nähr- und Lebensräumen gemacht. Die Räume werden uns einfach zu bezwingen suchen [...]“¹⁶ sehr genau markiert ist, lässt sich Pontens Naturbegriff aus folgenden Gründen leicht pervertieren:

- Wissenschaft wird zur Metapher.
- Der auf die Politik angewendete Naturbegriff entzieht die Politik der Kontrollierbarkeit.
- Ponten stellt seine Gedanken, sich immer wieder wiederholend, in verschiedenen kulturell und ideologisch bestimmten Epochen unverändert dar. Weil seine Theoreme in sich ungeschützt sind, können sie in jeder geschichtlichen Situation neu definiert und verwertet werden. So lässt sich zum Beispiel Pontens Auffassung von Natur nicht gegen die Verwertung schützen, dass eine biologisch definierte Wurzel das Recht auf ihre Entfaltung habe. Eine biologische Wurzel aber kann als „Blut- und Boden“-Ideologie definiert werden. Auch rassistische Ideologien können sich durch einen solchen Naturbegriff legitimieren.

Gegen die Möglichkeit einer falschen Verwendung seiner Gedanken zur natürlichen Entwicklung der politischen Geschichte wendet er sich allerdings bereits zu Beginn der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, den wegen der unhistorischen Beliebigkeit

¹⁴ Ponten (1925b), S. 50.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ponten (1925b), S. 49.

seiner Thesen möglichen Missbrauch wohl ahnend, ausdrücklich: „Von den Ideologien, namentlich des faschistischen Nationalismus, aber wollen wir nichts wissen.“¹⁷

Indem Ponten den historischen Raum „Karolingisches Reich“ als geschichtliche Utopie entwirft, verweist er zugleich auf die ästhetische Bedingung für die Möglichkeit einer solchen Projektion, die metaphorische Sprache. Seine historisch-topografische Beschreibung des Rheins ist eine Metapher, ein Signifikant für die Grundelemente seines ästhetischen Entwurfs.

Ponten entwickelt seinen Kunstbegriff in der Rede „Geltung und Bewertung der Wissenschaft und Kunst in heutiger Zeit“,¹⁸ die er 1928 in Frankfurt gehalten hat. In dieser Kunsttheorie stellt die geografische Darstellung das dar, was Ponten Sinnbild oder Sinngestalt nennt, die Repräsentationsform für alles, was Kunst für ihn ausmacht. Er fasst sie implizit auf als die Möglichkeit der Wahrheitsoffenbarung, und deshalb spielt der Begriff des unmittelbaren Erlebnisses, das auch als unmittelbare Erkenntnis begriffen werden kann, eine große Rolle. Die empfindenden Organe sind „Herz“ und „Seele“, denen sich in einer „Ahnung“ das Metaphysische der Natur offenbart.

Kernbegriffe der Metaphysis sind: Ordnung, Ruhe, Gleichgewicht, Vollendung der Geschichte. Diese Erfüllungsformen der Metaphysis werden gebildet von einem organischen Sein, dem Ugrund des pontischen Denkens. In diesem Zusammenhang erhalten die Begriffe „Sein“ als die Ordnung des Organischen und „Zeit“ als die Ruhe der bewegten Geschichte eine Äquivalenzfunktion zu ähnlichen Philosophemen dieser Zeit.

In seinem Aufsatz „Der Rhein. Eine geografisch-historische Betrachtung“¹⁹ geht Ponten auf die „Metaphysis der Flüsse“,²⁰ speziell des Rheins, näher ein. Zunächst beschäftigt er sich mit ihren organischen Persönlichkeitseigenschaften und erfasst diese mit anthropologischen Bildern, wie zum Beispiel: „Die Flusswirbelsäule ist das Gemeinsame der Landschaftsflügel. Rechts und links des Flusses das sind Spiegelbilder.“²¹ Mit dem Hinweis auf die Symmetrie einer Flusslandschaft will Ponten zum Ausdruck bringen, dass ein Fluss nie als eine Trennungslinie, schon gar nicht als eine nationale oder „militärische“ Trennungslinie anzusehen ist, sondern als ein Bestandteil eines topografischen Einheit bildenden Flusssystemes. Die „Einheit“ ist in diesen Ausführungen das eigentlich „Abstrakte“ der Metaphysis. Ponten begreift sie als ein System gegenseitiger Abhängigkeiten. Die einzelnen Elemente dieses Systems können von ihrem Anfang an disparat, vereinzelt sein, werden aber in der Geschichte durch die organische Kraft der Natur, nicht etwa durch das politische Handeln Mächtiger zu einer Einheit geführt. In der topografischen Beschreibung des Rheins wurde bereits ersichtlich, wie die so genannten Einzelstaaten durch die naturgeschichtliche Entwicklung des Rheins zu einer Einheit, zu *einem* Staat verbunden worden sind. Kennzeichnend ist, dass Ponten unter „Staat“ nicht in erster Linie eine politisch-nationale Einheit versteht, sondern

¹⁷ Ponten (1925b), S. 50.

¹⁸ Ponten (1928).

¹⁹ Ponten (1925b).

²⁰ Ponten (1925b), S. 10.

²¹ Ponten (1925b), S. 11.

einen in eine solche verwandelten, natürlich gewachsenen topografischen Raum, der in dieser Transformation zugleich einen geschichtlichen Raum darstellt.

Eine solche Einheit nennt er „logisch-biologisch“.²² Sie ist nicht etwa der Ratio zugänglich, sondern dem „Gefühl“, der „Vorstellung“ oder dem „Erlebnis von Einheit“. „Dieses Gefühl von Einheit strebt danach, eine Tatsächlichkeit von Einheit zu wirken.“²³

Diese metaphorische Beschreibung überträgt Ponten gleichwohl auf die politische Einheit von disparaten nationalen Staaten. Dazu betrachtet er zunächst „abgesprengte Stücke eines Volkes, die mit dem Stammvolke einen natürlichen Lebensraum teilen“.²⁴ Trotz ihrer Versprengtheit empfinden sie sich durch die „Kraft des Gefühls einer Einheit“ stärker zum Stammvolke hingezogen „als wenn sie zu ihm gehörten“. Weil die äußeren politischen Grenzen fehlen, entstehen keine Feindschaften oder gar Kriege zwischen den einzelnen Stämmen eines Volkes. Diese Tatsache hat zwei Ursachen: Zum einen das schon erwähnte Einheitsgefühl, zum anderen ein „Organisationsgesetz des natürlichen Lebensraumes“, in dem sich „Geschichte und Natur kreuzen“.²⁵

Der Rhein ist, durchaus im Sinne von Pontens Kunsttheorie, ein Sinnbild für eine solche Organisation. In ihm entwickelt Ponten seine Europavision oder gar Europautopie:

„Der Rhein ist ein Sinnbild für die Sendung der Deutschen (die eine der der Juden ähnliche sein mag): den Nationalismus zuerst zu überwinden. Der Rhein ist ein Sinnbild für ein neues Europa, ein Übereuropa [...], einen Großstaat Europa.“²⁶

In dieser konkreten Rheinmetapher werden die genannten Kernbegriffe seiner Kunstauffassung noch einmal sinnbildlich. Ebenso wird die Bedeutung der Emotion oder der Empfindung als einheitsstiftende Kraft vergegenwärtigt.

Sie, nämlich Emotion und Empfindung, markieren nach Pontens Auffassung als irrationale und anti-intellektuelle Elemente die Grenze zum wissenschaftlichen Denken als einer negativen Erkenntnisform. Pontens Erkenntnistheorie ist der Mystik verpflichtet. Diese Haltung stellt sich auch in seinem Verhältnis zu den exakten Wissenschaften dar.

Die Wissenschaftsgeschichte nach dem Ersten Weltkrieg ist auch die der Wissenschaftsfeindlichkeit zahlreicher Intellektueller der Weimarer Republik. Der weltgewandte Rheinländer Josef Ponten hat paradigmatisch in seinem Aufsatz „Geltung und Bewertung der Wissenschaft und Kunst in heutiger Zeit“²⁷ dargestellt, wie er die Wissenschaft von der Kunst in der Betrachtung ihrer erkenntnistheoretischen Grundlagen abgrenzt. Für Ponten kommen die Wissenschaften wegen ihrer Methodik des dauernden Fortschritts und ununterbrochenen Fortschreitens nie zu einer Vollendung des Wissens und entbehren deshalb der metaphysischen Elemente: „Die gefühls- und ahnungshafte Ineinssetzung, die reine Schau ohne Hilfe des Wissens, leisten jene nicht.“²⁸

²² Ponten (1925b), S. 13.

²³ Ebenda.

²⁴ Ponten (1925b), S. 15.

²⁵ Ponten (1925b), S. 17.

²⁶ Ponten (1925b), S. 17 f.

²⁷ Ponten (1928).

²⁸ Ponten (1928), S. 400.

Seine Wissenschaftsfeindlichkeit lässt ihn in den neuen Errungenschaften der rationalen Welterforschung deren Lügencharakter entdecken:

„Der sinnige Mensch, vor soviel Neues in Wissenschaft, Wirtschaft, Technik, Geschichte, Schicksal gestellt, verlangt nach Deutung von Ding, Geschehnis und Sein, nicht im alleinigen Sinne des Gehirns – das scheint an diesem Punkte zu versagen -, sondern des Herzens, der Ahnung, der Seele. Er wünscht die ihm fast täglich durch neue Entdeckungen und Errungenschaften, von denen die eine die andere Lüge straft und über den Haufen wirft, erschütterte Welt in organischem Sein, in Ordnung und Dauer zu sehen.“²⁹

Für Ponten stellen also die rationalen Wissenschaften einzig und allein die Bedingung für die Notwendigkeit der Kunst mit ihrem Wesen von unmittelbarer Einsicht durch Ahnung und Seele dar, weil sie selbst nicht zu wesenhafter Erkenntnis führen können.

Aus diesem Grunde empfiehlt er politisch eine Revolution des Bildungswesens und schlägt vor, dass

„in die Schule [...] außer einigem wenigen lebensstechnisch Notwendigen das Märchen, das Lied, die Erzählung, das Drama (aber nicht in der Form von Analysen), das Natur- und Kunstbild (aber dieses nicht unter dem Blickwinkel von Kunstgeschichte [gehört]. [...] Alles was Herz, Seele und Phantasie nährt, die Sprache (aber nicht der Aufsatz), dieses Mittel zur Kunst; und die Kunst selbst. In das junge Gehirn gehört Anschaulichkeit und unmittelbares Erlebnis.“³⁰

Ponten begreift seine Wissenschaftsfeindlichkeit als politischen Auftrag:

„Es geht nicht um die Vorteile von Individuen und Berufen, sondern um den Vorteil des Geistganzen des Volkes und der menschlichen, hier der deutschen Seele. Es gilt zur idealen Disposition auch die reale zu schaffen!“³¹

In solchen Aussagen vollzieht Ponten praktisch, was er unter der Definition „Politik ist Natur“ versteht. Das Zitat zeigt deutlich, dass seine Philosophie jedem politischen System in die Hände spielt, dessen Wurzeln biologisch, anti-intellektuell, anti-rational und anti-wissenschaftlich sind. Die Möglichkeit der ideologischen Vereinnahmung wird durch eine solche Darstellung Pontens von dem metaphysischen Gehalt der Kunst offensichtlich. Besonders bedenklich ist, dass wesentliche Kategorien der Romantik aufgegriffen und missbraucht werden. „Ahnung“, „Seele“ und „Anschauung“ sind Axiome der Philosophie der Offenbarung. Während zumindest die frühromantischen Offenbarungsideen ein offenes, utopisches und in der infinitesimalen Struktur rationales System darstellen, entwickelt Ponten sie zu einer geschlossenen, irrationalen Weltordnung, in der der Begriff „Ruhe“ Stillstand im Vergangenen bedeutet. Sie beinhaltet den Grundzug von Pontens geschichtlichem Konservativismus.

Gleichzeitig aber bewahrt ihn seine konservative Haltung auch vor dem vollkommenen Zugriff totalitärer Ideen. Die Äußerungen Pontens lassen keinen Zweifel zu,

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ponten (1928), S. 401.

dass er sich schon zu Anfang der zwanziger Jahre vehement gegen die Nationalsozialisten und gegen den Verdacht, dass seine Gedanken dem Faschismus den Weg bereiten könnten, gewehrt hat. Es ist auch bekannt, dass ihm während des Hitlerregimes wegen eines Aufsatzes von den Nationalsozialisten der Pass entzogen worden ist. Mit Recht schreibt Cegl-Kaufmann, dass Pontens „spätere Haltung gegenüber den Nazis durchaus eher kritisch als affirmativ war“.³² Damit setzt er im Grunde seine schon sehr frühen antifaschistischen Äußerungen fort.

Ungeachtet der Vereinnahmbarkeit seiner Philosopheme durch biologistisch-totalitäre Systeme ist Pontens Vorstellung des Biologischen bei aller äußeren Ähnlichkeit von den Auffassungen des Faschismus wesentlich unterschieden. Ein Dokument aus dem in der Aachener Stadtbibliothek befindlichen Ponten-Archiv belegt diese These eindeutig. Dessen genaues Entstehungsjahr ist bis jetzt nicht nachweisbar, vermutlich hat Ponten es jedoch zu einem Zeitpunkt verfasst, in dem der Einfall nach Polen zu ahnen war. Er schreibt nämlich:

„Es hat keinen Sinn, auch nur einen fremden Menschen nationalisieren (germanisieren, polonisieren u.s.f) zu wollen. Man muss das Dasein neuer auch kleiner Staaten z. B. im Osten Europas als eine nicht wegzudeutende Gegebenheit ansehen.“³³

Diese Anspielung auf die legitime Existenz der osteuropäischen Staaten begründet sich durch Pontens grundsätzlich pazifistische Haltung und seine Ablehnung gegen jede Form der Gewalt gegen das „Andersnationale“. Gebunden ist die Auffassung an sein Verständnis von Form, das er in dem Aufsatz „Geltung und Bewertung der Wissenschaft und Kunst in heutiger Zeit“ entwickelt hat. Das folgende Zitat zeigt, wie die grundsätzliche Verankerung Pontens in der Kunst seine oppositionelle Haltung zur nationalsozialistischen Politik begründet.

„Nichts beruht so sehr auf Gegenseitigkeit wie das Anerkennen des Echten. Es liegt im höheren Sinn und Sein der Form, Form zu bejahen, denn das ist Selbstbejahung. Also behauptet sich das wahre Nationale durch Geltenlassen des Andersnationalen. Gewalt irgendwelcher Art gegen Andersnationale zu brauchen, die der Waffen, die durch Schulen, Zeitungen, Vereine oder wie immer wirksame, entspricht nicht seinem wahren Sinn. Es bedeutet zuletzt Selbstverneinung. Das wahrhaft und ehrlich Nationale ruht in sich, es hat es einfach nicht nötig, Eroberungen zu machen.“³⁴

Ausgangspunkt des wahrhaft und ehrlich Nationalen ist das Biologische, das Ponten gegen das Rationale als Ausgangspunkt des „liberal Demokratischen“ stellt. Die zentrale Eigenschaft, die dem Biologischen gegeben ist, ist die Ruhe. Ruhe ist nach Ponten aber Vollendung der Geschichte, das heißt, das Biologische ist die Prämisse für die natürliche Organisation staatlicher Einheiten, wobei staatlich wiederum gleichzeitig ein topografischer und ein nationaler Begriff ist. Weil aber im Verständnis des Biologischen das Orga-

³² Cegl-Kaufmann (2003), S. 293.

³³ Ponten (G89), Blatt 3.

³⁴ Ponten (G89), Blatt 1.

nische, also die in der Natur festgelegte Entwicklung staatlicher Räume, eine zentrale Wirkkraft ist, stellt Ponten folgerichtig fest: „Eroberungskriege haben keinen Sinn.“³⁵

Die strukturelle Differenz von Pontens Verständnis des Biologischen zu dem der Nationalsozialisten ist markiert durch seinen Grundbegriff des Organischen. Offensichtlich prägt ihn sein Verständnis von Liberalität und Humanität. Wie stets bei Ponten, der sein umfassendes Wissen quellenmäßig nie belegt, lässt sich auch hier nur vermuten, dass er sein Verständnis des Organischen zugleich mit seiner Auffassung von Humanität aus den Werten der deutschen Klassik entwickelt hat.

Die Deutung der vorgestellten Texte hat zentrale Begriffe der Ästhetik Josef Pontens erarbeitet: Das Organische als Quelle und Wirkkraft, die Ruhe und das Harmonische als Ziel der Geschichte, die Politik als ein natürliches Geschehen, die Staatenbildung als eine Transformation der geologischen Entwicklung, der vollendete Staat als eine metaphysische Idee, die Nation als ein Ideal der Vereinigung des Zersprengten und die mystische Offenbarung als einzige Möglichkeit der Erkenntnis. Seine Wissenschaftsfeindlichkeit münzt die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, die er sich in großem Umfang angeeignet hat, in Metaphern um, die auf das Wesen der Dinge verweisen sollen. Die Metapher „Rhein“ erhält die zentrale Bedeutung, auf den Urgrund und auf die Urkraft allen Seins zu verweisen. Die Stadt Aachen ist der bildliche Mittelpunkt der Geschichte, das Karolingische Reich die Metapher der Reichseinheit und der Reichsidee.³⁶ Pontens dichterische Sprache ist durch die große Metapher definiert, die auf die Metaphysik der Natur, der Geschichte, der Nation und des Seins verweist. Gegenstand der anschließenden Untersuchung ist die Frage, ob die Bedingung für die Möglichkeit der paradoxen Existenz des politischen Grenzgangs in der Äquivalenz metaphorischer Sprachsysteme begründet ist.

3. Exkurs: Zur synchronischen Differenzanalyse

Claude Lévi-Strauss wendet sich im ersten Kapitel seines Werks „Das wilde Denken“³⁷ in dem er die Axiomatik und Systematik des magischen und totemistischen Denkens der Wilden oder Primitiven darstellt, unter dem Titel „Die Wissenschaft vom Konkreten“ gegen die in der Ethnologie zumindest bis zum Erscheinen seines Buchs weit verbreitete Auffassung, der „Wilde“ oder der „Primitive“ sei des abstrakten Denkens nicht fähig. Er wirft vielen Forschern vor, dass sie von der Einfachheit der Lebensverhältnisse auf die Primitivität des Denkens bei den wilden Völkern schlossen. Dagegen führt er eine Reihe von Beispielen aus der ethnologischen Literatur an, die belegen, dass das Denken der „Wilden“ nicht nur von den praktischen Bedingungen ihrer natürlichen Existenz pragmatisch definiert ist, sondern dass sie nachweislich ihre Welt in sprachlichen Ordnungskategorien systematisch erfassen.

³⁵ Ponten (G89), Blatt 3.

³⁶ Vgl. Ponten (1934), S. 76-182.

³⁷ Lévi-Strauss (1973).

„Das Wuchern der Begriffe entspricht, ganz wie in den Berufssprachen, einer intensiven Aufmerksamkeit für die Eigenheiten des Wirklichen, einem wachen Interesse für die Unterscheidungen, die man einführen kann. Dieser Drang nach objektiver Kenntnis ist einer der am meisten vernachlässigten Aspekte des Denkens derer, die wir ‚Primitive‘ nennen. Wenn er sich auch selten auf Wirklichkeiten jener Bereiche richtet, mit denen sich moderne Wissenschaft befaßt, schließt er dennoch vergleichbare intellektuelle Verfahren und Methoden der Beobachtung ein. In beiden Fällen ist das Universum mindestens ebenso sehr Gegenstand des Denkens wie Mittel zur Befriedigung von Bedürfnissen.“³⁸

Dass ein allgemeines wissenschaftliches Interesse die Voraussetzung des Klassifizierungsvermögens der primitiven Völker ist, belegt Lévi-Strauss mit zahlreichen Beispielen aus der ethnologischen Literatur. Er weist zum Beispiel auf im Nordosten der Vereinigten Staaten lebende Indianer hin, die ein eigenständiges Klassifizierungssystem für Reptilien entwickelt haben, obwohl diese Tiere für ihre Lebenspraxis völlig unbedeutend sind. Daraus folgert Lévi-Strauss:

„Aus solchen Beispielen [...] könnte man schließen, daß die Tier- und Pflanzenarten nicht nur bekannt sind, soweit sie nützlich sind: sie werden für nützlich oder interessant erachtet, weil sie bekannt sind.“³⁹

In der Umkehrung des grundlegenden ethnologischen Deutungsmusters, das primitive Denken sei von dem Nutzwert der Dinge bestimmt, interpretiert er beispielsweise das umfangreiche Wissen aller eingeborenen Völker über die Heilwirkung der in der Natur auffindbaren Wirkstoffe von Pflanzen und Tieren als Ergebnis des wissenschaftlichen Ordnungsinteresses der Wilden und betont, dass diese Klassifizierungsverfahren sich als intellektuelle selbst genügten und nicht in erster Linie die praktische Verwertbarkeit beabsichtigten: Die Anwendbarkeit, die Technik des Heilens, stammt aus dem Wissen und nicht das Wissen aus der nützlichen Absicht.

An der Tatsache, dass bei einigen Völkern die Heilung von Zahnschmerzen durch die Berührung der Zähne mit einem Spechtschnabel erfolge, erkennt er als Wesentliches nicht die medizinische Praxis.

„In Wahrheit handelt es sich nicht darum, zu wissen, ob durch Berührung mit einem Spechtschnabel Zahnschmerzen geheilt werden, sondern vielmehr darum, ob es möglich ist, in irgendeiner Hinsicht Spechtschnabel und Menschenzahn ‚zusammenzubringen‘ (die therapeutische Regel, die auf dieser Übereinstimmung beruht, ist nur eine der Anwendungsmöglichkeiten) und durch solche Gruppenbildungen von Dingen und Lebewesen den Anfang einer Ordnung im Universum zu etablieren. [...] Diese Forderung nach Ordnung ist die Grundlage des Denkens, das wir das primitive nennen, aber nur insofern, als es die Grundlage jedes Denkens ist: denn unter dem Blickwinkel der gemeinsamen Eigenschaften finden wir zu den Denkformen, die uns sehr fremd sind, leichter Zugang.“⁴⁰

³⁸ Lévi-Strauss (1973), S. 13.

³⁹ Lévi-Strauss (1973), S. 20.

⁴⁰ Lévi-Strauss (1973), S. 20 f.

Michel Foucault verweist in seinem Werk „Die Ordnung der Dinge“⁴¹ auf die „fundamentalen Codes“⁴² die in jedem sozialen Gefüge die empirischen Ordnungen – historisch gültig – determinieren und spricht weiter von dem „rohen Sein der Ordnung“ oder der Tatsache, „daß es Ordnung gibt“, von ihrer nicht hinterfragten Existenz, von dem Wesen der Dinge selbst.

„Die Ordnung ist [...] das, was sich in den Dingen als ihr innerstes Gesetz, als ihr geheimes Netz aus gibt, nach dem sie sich in gewisser Weise alle betrachten, und das, was nur durch den Raster eines Blicks, einer Aufmerksamkeit, einer Sprache existiert.“⁴³

Von einem solchen innersten Ordnungsgesetz und dem Systembezug der Dinge scheint ebenfalls Lévi-Strauss auszugehen. Ohne zu disputieren, ob nicht beide Autoren mit dieser Voraussetzung eine neue Kategorie der Metaphysik eingeführt haben, lassen sich aus ihren Ausführungen heuristische Kategorien der Erkenntnis einer solchen Ordnung entwickeln.

In seiner alle Traditionen der Anthropologie brechenden Dissertation von 1948 „Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft“ überträgt Lévi-Strauss, unter dem Einfluss von Roman Jakobson stehend, das strukturalistische Modell der Linguistik auf diese Wissenschaft. Während das linguistische Modell distinktive Elemente und ihre Funktionen innerhalb eines geschlossenen Systems bestimmt, weist sich „Das wilde Denken“ durch die offene Heterogenität und Kontingenz der Dinge aus, deren Zusammenhang als ihre Ordnung zu erschließen ist; Lévi-Strauss verlässt den Funktionalismus des strukturalistischen Denkens, ohne aber das Denken in Strukturen aufzugeben.

In dem Beispiel, dass Zahnschmerzen durch die Berührung mit einem Spechtschnabel geheilt werden, werden zwei völlig heterogene Bereiche aufeinander bezogen, in der Praxis durch den Prozess der Heilung, im Bereich der universalen Ordnung durch einen Operator „Heilung“. Es entsteht auf diese Weise eine taxonomische Ordnung zwischen „Zahnschmerz und Spechtschnabel“, die den Zusammenhang von menschlichem Leiden mit Elementen der Natur erfasst. Als Beispiele führt Lévi-Strauss unter anderen auf: Hühnergalle – Leistenbruch; Hechtgalle – Augenleiden; Taubenbrühe – Husten etc.⁴⁴

„Das wilde Denken“ stellt das Paradigma für ein Ordnungsmodell in der Sprache dar. Die Ebene „Natur“ wird mit der Ebene „Gesundheit“ durch einen Operator „Heilung“ zusammengeführt. Im Bereich des Kontingenten entsteht eine sprachliche Klassifizierung und Ordnung. Aus der pragmatischen Wissenschaft (Nutzen der Natur) wird eine systematische Ordnung.

Dieses einfache Beispiel mag mein aus dem strukturalen und poststrukturalen Denken entwickeltes Verfahren der „synchronischen Differenzanalyse“ veranschaulichen und auf die Möglichkeit einer Ordnung im Zufälligen hinweisen. Übertragen auf den geschichtlichen Augenblick bedeutet es: In der Synchronie der historischen Ebenen

⁴¹ Foucault (1974).

⁴² Foucault (1974), S. 22 f.

⁴³ Foucault (1974), S. 22.

⁴⁴ Lévi-Strauss (1973), S. 19.

(Kultur, Politik, Wirtschaft, Jurisprudenz), die „Tableaus“ heißen sollen, werden die unterschiedlichen Felder⁴⁵ oder Aktionsräume dieser Plateaus und deren Elemente innerhalb, aber auch zwischen den Tableaus mit Operatoren wie „Äquivalenz“, „Affinität“ oder „Opposition“ aufeinander bezogen, um die Ordnung des geschichtlich Heterogenen zu zeigen.⁴⁶ Deleuze und Guattari sprechen von nichtzentrierten Systemen, denen die Hierarchie oder gar Diktatur einer hermeneutischen Dominanz fehlt:

„Diesen zentrierten Systemen setzen die Autoren [Deleuze, Guattari] Systeme ohne Zentrum entgegen. Netzwerke von endlichen Automaten, in denen die Kommunikation von einem Nachbarn zum anderen hergestellt wird, in denen Stränge oder Kanäle nicht schon vorgegeben sind, in denen alle Individuen untereinander austauschbar und nur durch einen momentanen Zustand definierbar sind, so daß die lokalen Vorgänge koordiniert werden und das Endergebnis unabhängig von einer zentralen Instanz synchronisiert wird.“⁴⁷

Ohne zu erörtern, ob eine instanzlose Synchronisierung möglich ist, ist ihr Ziel und Ergebnis die Darstellung einer Ordnung der zentrumlosen Plateaus (Ebenen) und Felder (Aktionsräume). Sie stellt sich in der Sprache und durch die Sprache dar.

„In Wirklichkeit gibt es keine Struktur außerhalb dessen, was Sprache ist, und sei es auch eine esoterische oder sogar eine nicht verbale Sprache. Es gibt nur insofern Struktur des Unbewußten, als das Unbewußte redet und Sprache ist. Es gibt nur insofern Struktur der Körper, als die Körper für sprechende gehalten werden in einer Sprache, welche die der Symptome ist. Die Dinge haben nur insofern Struktur, als sie einen schweigenden Diskurs abhalten, welcher die Sprache der Zeichen ist.“⁴⁸

In dem folgenden Kapitel wird der Versuch unternommen, eine solche Ordnung heterogener Tableaus darzustellen, eine Ordnung zwischen Kultur und Jurisprudenz als Tableaus und Literatur und Staatsrechtslehre als Felder.

4. Ordnung und Metapher

Pontens Geschichtsauffassung, die – in ihrer organologischen und autopoetischen Axiomatik – den Ruhezustand als Ziel der historischen Entwicklung und die harmonische Vereinigung des örtlich und zeitlich Disparaten als deren Erfüllung sieht und sich damit in Bezug setzt zu biologistischen, selbstregulierenden Balancetheoremen, greift die Tradition der politischen Lehren auf, die seit der Antike den Staat als organische Struktur oder als Körper imaginieren. Erst vor Kurzem hat der Konstanzer Germanist Albrecht Koschorke ein Buch mit dem Titel „Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in

⁴⁵ Der Begriff „Feld“ ist durchaus im Sinne Bourdieus zu verstehen, wie er ihn in „Die feinen Unterschiede“ dargestellt hat.

⁴⁶ Vgl. Parau (o. J.).

⁴⁷ Deleuze/Guattari (2005), S. 30.

⁴⁸ Deleuze (1992), S. 8.

der Geschichte Europas⁴⁹ veröffentlicht, in dem er und seine Mitautoren die Metapher des „Staatskörpers“ von Livius bis in die heutige Zeit in den unterschiedlichen historischen und kategorialen Ausprägungen erfassen. Einräumend, dass ein solcher Gegenstand eher in die Forschungsbereiche von Geschichte, Rechtsgeschichte und politischer Wissenschaft als in die der Germanistik gehöre, begründet er die literaturgeschichtliche Verantwortung so: „Seiner metaphorischen Beschaffenheit nach fällt er [der Vorstellungskomplex ‚Staat als Körper‘] indes in die Kompetenz der Literaturforschung. Sie spürt den rhetorisch-poetischen Verfahren nach, die der Produktion sozialer Realität selbst innewohnen.“⁵⁰

Der metaphorische Charakter von Pontens Vorstellung der Geschichte und einer universalen Nation zeichnet sich über die organische Bildhaftigkeit hinaus durch – wie oben ausgeführt – die Verwendung eines religiösen Heilsvokabulars der Erkenntnis aus. Politik und Geschichte als sich selbst nach eigenen Gesetzen entfaltende Natur, Herz und Empfinden als Sozietät und Nation stiftende Kräfte, Offenbarung der Natur – diese Metaphern, deren Quellen ich in der Philosophie des Idealismus, etwa bei Schelling vermute, aber wegen der eitlen Originalitätssucht des Autors nicht nachweisen kann, stellen „Säkularisate“⁵¹ der christlichen Heils- und Schöpfungslehre dar, sie sind theologische Begriffe. Der in der Geschichte wirkende Schöpfungsakt der Natur ersetzt die Schöpfungskraft des biblischen Gottes, die Offenbarung der Natur die erlösende Erscheinung Gottes in seinem Sohn.

Im Jahre 1922, dem Veröffentlichungszeitpunkt von Pontens Aufsatz „Der Rhein. Eine geografisch-historische Betrachtung“, erscheint in erster Auflage Carl Schmitts „Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität“.⁵² In diesem Buch entwickelt der Staatsrechtler Schmitt seine Analogon-Theorie, die besagt, dass die staatstheoretischen Begriffe nichts anderes sind als verweltlichte Metaphern, als ein Repräsentationssystem für die theologischen Grundbestimmungen des Staates.

„Alle prägnanten Begriffe der modernen Staatslehre sind säkularisierte theologische Begriffe. Nicht nur ihrer historischen Entwicklung nach, weil sie aus der Theologie auf die Staatslehre übertragen wurden, indem zum Beispiel der allmächtige Gott zum omnipotenten Gesetzgeber wurde, sondern auch in ihrer systematischen Struktur, deren Erkenntnis notwendig ist für eine soziologische Betrachtung dieser Begriffe.“⁵³

Der Zusammenhang zwischen Theologie und Jurisprudenz wird hergestellt durch systematische Analogien. Er beruft sich auf Leibniz und zitiert:

„Merito partitionis nostrae exemplum a Theologia ad Jurisprudentiam transtulimus, quia mira est utriusque Facultatis similitudo.“⁵⁴ (Übersetzt etwa: Mit Recht habe ich

⁴⁹ Koschorke et al. (2007). Zu vergleichen ist aber das Gegenmodell: Stollberg-Rillinger (1986).

⁵⁰ Koschorke et al. (2007), S. 11.

⁵¹ Retterath (2006), S. 83.

⁵² Schmitt (1922).

⁵³ Schmitt (1922), S. 43.

⁵⁴ Schmitt (1922), S. 44.

das Konzept unseres Systems von der Theologie auf die Jurisprudenz übertragen, weil es eine außerordentliche Ähnlichkeit zwischen den beiden Fachrichtungen gibt.)

Diese Übertragung bedeutet die Konstruktion der Staatsrechtslehre aus den Prämissen der Theologie mit Hilfe des Analogons. Die Repräsentationsformen staatlicher Gebilde verweisen auf ein theologisches Signifikat. Wie ein solches Analogon zu denken ist, erläutert Schmitt so:

„Die ‚Omnipotenz‘ des modernen Gesetzgebers, von der man in jedem Lehrbuch des Staatsrechts hört, ist nicht nur sprachlich aus der Theologie hergeholt [die Allmacht Gottes, d. Verf.]. Aber auch in den Einzelheiten der Argumentation tauchen theologische Reminiszenzen auf.“⁵⁵

Vor allem auf seine berühmte Theorie des „Ausnahmestands“⁵⁶ trifft die analogische Metapher zu: Wie der Souverän die Gesetze des Staates aufheben kann und sich eben dadurch als Souverän erweist (Staatsrecht), durchbricht das Wunder die Naturgesetze (Theologie). Repräsentationstheoretisch bedeutet das Analogieverfahren: Die Staatsrechtslehre ist eine Repräsentationsform der Theologie.

Die Differenz des Schmitt'schen Metaphernsystems zu dem Pontens besteht darin, dass Carl Schmitt die enge Bindung von der Theologie zum Staatsrecht, also zu den politischen Verfassungen herstellt, während auf Ponten das zutrifft, was der erstere als reine Bildersprache abtut:

„Die interessanteste politische Verwertung derartiger Analogien findet sich bei den katholischen Staatsphilosophen der Gegenrevolution [d. i. die Revolution gegen die Aufklärung; d. Verf.], [...]. Bei ihnen ist auf den ersten Blick zu erkennen, dass es sich um eine begrifflich klare, systematische Analogie und nicht um irgendwelche mystischen, naturphilosophischen oder gar romantische Spielereien handelt, die, wie für alles andere, so natürlich auch für Staat und Gesellschaft bunte Symbole und Bilder finden.“⁵⁷

In einem anderen, aber entscheidenden Punkt sind die Auffassungen Pontens und Schmitts äquivalent: es ist die Bedeutung der Metaphysik.

„Das metaphysische Bild, das sich ein bestimmtes Zeitalter von der Welt macht, hat dieselbe Struktur wie das, was ihr als Form ihrer politischen Organisation ohne weiteres einleuchtet. Die Feststellung einer solchen Identität ist die Soziologie des Souveränitätsbegriffes. Sie beweist, dass in der Tat, [...] die Metaphysik der intensivste und klarste Ausdruck einer Epoche ist.“⁵⁸

Wenn Carl Schmitt auf die Soziologie des Souveränitätsbegriffs verweist, so meint er die Evidenz von Souveränität aufgrund des historischen Bewusstseins einer Epoche und deren struktureller metaphysischer Gleichheit. Die Monarchie als Staatsform im 17. Jahrhundert habe – so Schmitt – der gesamten damaligen „Bewusstseinslage der west-

⁵⁵ Schmitt (1922), S. 45.

⁵⁶ Schmitt (1922), S. 11-21.

⁵⁷ Schmitt (1922), S. 43 f.

⁵⁸ Schmitt (1922), S. 51.

europäischen Menschheit“ entsprochen und deren Struktur habe „mit der Struktur metaphysischer Begriffe“⁵⁹ übereingestimmt. Die Übereinstimmung ist evident, also durch Offenbarung einsichtig.

Schmitt und Ponten entwickeln differente Repräsentationsformen für das Signifikat der theologischen Grundbestimmung von Geschichte, Nation und Staat. In der Auffassung, dass sich eine historische Entwicklung oder eine Staatsrechtsverfassung in der metaphysischen Offenbarung als richtig erweise, stimmen beide überein. Politische Systeme, die diesem theologischen Offenbarungsprinzip entsprechen, legitimieren sich durch sich selbst. Die Art der staatsrechtlichen Verfassung ist beliebig und legitim, sofern ihre Struktur einer evidenten metaphysischen entspricht. Die Metaphysik erwirkt die Strukturen der Realität. Eine solche Ferne von der Realität hat Karl Mannheim bereits 1929 in seinem schon in der Mitte der zwanziger Jahre konzipierten Werk „Ideologie und Utopie“⁶⁰ unter den Ideologieverdacht gestellt.⁶¹ Welche Wirkung aber das metaphorische Sprechen unter dem Signum der Metaphysik hat, analysiert Hans Blumenberg.

Er hat die Säkularisierungsthese Carl Schmitts entschieden kritisiert. In einem im vorigen Jahr editierten Briefwechsel⁶² zwischen den beiden ist die wechselseitige Kritik dokumentiert, die Hans Blumenberg einerseits an Schmitts „Politische Theologie“ und Schmitt andererseits an Blumenbergs Werk „Die Legitimität der Neuzeit“ üben: Während Schmitt die Theologie als Grundbestimmung neuzeitlichen politischen Handelns voraussetzt, sieht Blumenberg in einem als anthropologisch beschriebenen Ansatz die sich selbst bestimmende Vernunft und die menschliche Verantwortung als die wesentlichen Bestimmungen der Neuzeit. Seiner Auffassung nach findet „Die Legitimität der Neuzeit“ in der Aufklärung als der unabdingbaren Antwort auf den Verlust des mittelalterlichen Gottesstaates ihre Grundlage und nicht in den aus der Theologie auf die politische Jurisprudenz übertragenen, säkularisierten Formen, besser gesagt: Sprachformen.

Ein zentrales Grundthema der Auseinandersetzung zwischen dem Staatsrechtler und Mitgestalter der Verfassungsgrundlagen des nationalsozialistischen Staates, Carl Schmitt, und dem im Jahre 1945 nicht unbehelligten halbjüdischen Philosophen Hans Blumenberg⁶³ betrifft die Möglichkeit der Transformation theologischer Begriffe auf die Befindlichkeit der Neuzeit und damit die Frage ihrer Gültigkeit in modernen politischen Staatsverfassungen. Blumenberg macht Schmitt gegenüber geltend, dass die Vernunft der Aufklärung als sich selbstbestimmende Kraft auf solche Übertragungen aus der Theologie nicht angewiesen sei. Ihm ist auch aus metaphorologischer Sicht das von Schmitt durchgeführte und durch das Leibniz'sche Beispiel gerechtfertigte Analogie-Verfahren nicht geeignet, solche Transformationen, also die Säkularisierung theologischer Begriffe zu ermöglichen. Er bestreitet zum Beispiel, dass es unter den Bedingungen des aufklärerischen Naturrechts wegen des in die Verfassungen eingehenden Gleichheitsprinzips die Möglichkeit des „Ausnahmezustands“

⁵⁹ Schmitt (1922), S. 50.

⁶⁰ Mannheim (1929).

⁶¹ Vgl. Parau (2004), S. 121-128.

⁶² Blumenberg (2007).

⁶³ Hans Blumenberg wurde 1945 von den Nationalsozialisten in das Konzentrationslager Zerbst eingeliefert und durch den Einfluss des Fabrikanten Dräger kurze Zeit später wieder befreit.

geben könne, den Carl Schmitt – wie oben ausgeführt – in Analogie zum theologischen Wunder als säkularisierten Staatsbegriff eingeführt hat. Blumenberg betrachtet die Verwendung theologischer Begriffe in ihrer säkularisierten Form als deren missbräuchliche Metaphorisierung und verweist in der ersten Ausgabe der „Legitimität der Neuzeit“ auf die strategische Verwendbarkeit solcher Repräsentationsformen.

„Die Entscheidungen, die jenseits der Welt in absoluten Akten der Gottheit gefällt worden waren, fallen jetzt im Menschen und durch den Menschen als moralische, soziale und politische Handlungen, die in ihrer neuen Dringlichkeit dargestellt sein wollen. Aber auch die Phänomene der semantischen Adaption haben als solche und unabhängig von ihrem historischen Aufschlußwert Folgen – das wieder beim Wort zu nehmen, was metaphorisch gemeint war, hat immer zu den Geschichte produzierenden Missverständnissen gehört. Sicher wäre es übertrieben zu sagen, die Absolutismen der politischen Theorie seien insgesamt aus solchem Beim-Wort-Nehmen von säkularisierten Stilmitteln der neuzeitlichen Staatstheorie hervorgegangen. Genauso plausibel ist die Erklärung, dass die Sprache des theologischen Absolutismus die Sache des politischen Absolutismus dem Bewusstsein nur in die Sphäre des Vertrauten und Sanktionierten, des als Fatalität Hinzunehmenden habe rücken wollen. Die säkularisierte Ausdrucksform als Trojanisches Pferd von Ideen, die in nackter Unmittelbarkeit für unzumutbar gehalten worden wären – auch das ist ins Auge zu fassen, wenn man Aussprechbarkeit der Theorien und Ansprechbarkeit der Menschen für diese methodisch beim Problem der säkularisierten Sprache unterscheidet.“⁶⁴

Auch wenn Blumenberg seine Aussage über den Einsatz des Trojanischen Pferdes in der erweiterten Fassung seines Buches relativiert hat, so beschreibt er auch dort diese generelle methodische List, durch die Übertragung der Sprachmittel politische Legitimation zu erlangen und das politisch Andere als das Eigene zu invisibilisieren.

In einem Aufsatz mit dem Titel „Volk auf dem Weg.“ Zur Entwicklung eines ethnischen Selbstverständnisses“⁶⁵ hat Hans-Werner Retterath in einem ethnologischen Zusammenhang ein Beispiel zitiert, das – im Sinne der hier abgehandelten metaphorologischen Theorie interpretiert – aufzeigt, wie durch die Transformation einer Metapher eine solche listige Bewusstseinsänderung des politisch Sanktionierten entsteht. Nachdem er die kulturpolitischen Begegnungen Josef Pontens mit dem NS-Regime und dessen zuständigen Vertretungen beschrieben hat, kommt er auf die Aktivitäten einiger Funktionäre russlanddeutscher Verbände zu sprechen, namentlich auf Joseph Geiger, ein NSDAP-Mitglied, führendes Mitglied des Verbandes der Russlanddeutschen und Herausgeber des Verbandsorgans „Deutsche Post aus dem Osten“. In Heft 10 des Jahres 1938 findet sich folgendes Zitat:

„Und deutsche Menschen begaben sich auf den Wanderweg, auf die Suche nach Lebensraum. ‚Volk ohne Raum‘ und ‚Volk auf dem Weg‘ – das ist die von endloser Tragik erfüllte Umschreibung für Ursache und Wirkung in der schicksalsschweren Geschichte der Germanen und der Deutschen seit zwei Jahrtausenden.“⁶⁶

⁶⁴ Blumenberg (1966), S. 58 f.

⁶⁵ Retterath (2006)

⁶⁶ Retterath (2006), S. 83.

Dieses Beispiel steht stellvertretend für viele andere, die aufzeigen, wie Pontens Projektion des historischen Raumes durch die Transformation der Sprachmittel dem allgemeinen Bewusstsein als die Notwendigkeit der Besitznahme des europäischen Ostens als eines historischen Auftrags rhetorisch vertraut gemacht wurde.

Pontens Opus Magnum „Volk auf dem Wege“ ist zu der strategischen Metapher „Volk ohne Raum“ assoziiert worden. „Beim Wort genommen“, bedeutet die literarische Vorgabe eine ästhetische Legitimation für die Ausdehnung des deutschen Lebensraums in den Osten, also zunächst den kriegerischen Einmarsch der Truppen des Dritten Reiches in Polen.

Der Roman selbst, eine schriftstellerische Realisierung von Pontens Idee der organischen, metaphysischen Einheitsbildung des örtlich und zeitlich Zersprengten zu einer Universalnation unter Ausschluss des Krieges, ist wegen der Möglichkeit solcher Transformationen sprachlicher Elemente in seinen ideologischen Missbrauch geführt worden. Blumenbergs Kritik an Schmitts „Säkularisaten“⁶⁷ lässt sich repräsentationstheoretisch generell verstehen als die Analyse trojanischer Kraft metaphorischer Äquivalenzen. Die Sprache des Staatsrechtlers Carl Schmitt und die des Romanautors Josef Ponten finden in diesen säkularisierten Sprachmustern ihre *rhetorische Äquivalenz*, die die Plateaus der Jurisprudenz und der Kultur und deren Felder Staatsrechtslehre und Literatur aufeinander beziehen und eine historische Ordnung der Legitimation darstellen. Im Rahmen einer solchen grundlegenden, primären Ordnung bleibt der sichtbare Widerstand bis zu seiner Mutation in ein höherrangiges Ordnungsschema ein sekundäres Merkmal.

Der Kreis schließt sich: Die Totengespräche Enzensbergers haben den frühen, noch arkanen Anspruch Hitlers auf den osteuropäischen Raum vergegenwärtigt, die Analyse der metaphorischen Transformationen den ideologischen Charakter seiner Legitimation und deren verhängnisvolle Realität in der Normierung der Sprache nachgewiesen. Pontens historischer Raum der metaphysischen Einheitsnation verwandelt sich in das Schlachtfeld des Zweiten Weltkriegs.

Literatur

1. Blumenberg (1966): Hans Blumenberg, Die Legitimität der Neuzeit, Frankfurt am Main 1966.
2. Blumenberg (1996): Hans Blumenberg, Die Legitimität der Neuzeit, Erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main 1996.
3. Blumenberg (2007): Hans Blumenberg, Briefwechsel 1971-1978 und weitere Materialien, herausgegeben und mit einem Nachwort von Alexander Schmitz und Marcel Lepper, Frankfurt am Main 2007.
4. Cepl-Kaufmann (2003): Gertrude Cepl-Kaufmann, Der Bund Rheinischer Dichter 1926-1933, Paderborn 2003.
5. Deleuze (1992): Gilles Deleuze, Woran erkennt man den Strukturalismus?, Berlin 1992.

⁶⁷ Blumenberg (1996), S. 108 f.

6. Deleuze/Guattari (2005): Gilles Deleuze, Felix Guattari, Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie, Berlin 2005.
7. Enzensberger (2008): Hans Magnus Enzensberger, Hammerstein oder der Eigensinn, Frankfurt am Main 2008.
8. Foucault (1974): Michel Foucault, Die Ordnung der Dinge. Eine Archäologie der Humanwissenschaften, Frankfurt am Main 1974.
9. Kluge/Negt (1981): Alexander Kluge, Oskar Negt, Geschichte und Eigensinn, Frankfurt am Main 1981.
10. Koschorke et al. (2007): Albrecht Koschorke, Susanne Lüdemann, Thomas Frank, et al., Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas, Frankfurt am Main 2007.
11. Lévi-Strauss (1973): Claude Lévi-Strauss, Das wilde Denken, Frankfurt am Main 1973.
12. Lohse (1966): Gerhart Lohse, Josef Ponten (1883-1940), in: Bernhard Poll (Hrsg.), Rheinische Lebensbilder, Bd. 2, Düsseldorf 1966, S. 275-287.
13. Mannheim (1929): Karl Mannheim, Ideologie und Utopie, Bonn 1929.
14. Parau (o. J.): Cristina Parau, Thomas Mann und Josef Ponten. Zur Struktur eines ästhetischen Feldes nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1925), in: Tim Lörke, Christian Müller (Hrsg.), Thomas Manns kulturelle Zeitgenossenschaft, Würzburg (in Vorbereitung).
15. Parau (2004): Cristina Parau, Zu Josef Pontens Kunsttheorie. Eine ideologiekritische Analyse, Magisterarbeit, Heinrich-Heine-Universität 2004.
16. Ponten (G89): Josef Ponten, Dokument G89: Nationalismus, 3 lose, handschriftliche Blätter, Josef-Ponten-Archiv, Öffentliche Bibliothek der Stadt Aachen.
17. Ponten (1922): Josef Ponten, Der Rhein, Eine geographisch-historische Betrachtung, Der Neue Merkur 6 (1922), S. 385-395.
18. Ponten (1925a): Josef Ponten, Rheinstrom – Weltstrom, erschienen in 4 Abschnitten, Kölnische Zeitung, Literatur- und Unterhaltungsblatt, Nrn 436, 442, 448, 455, 1925.
19. Ponten (1925b): Der Rhein, Zwei Aufsätze, Gabe zur Feier der Tausend Jahre der Rheinlande, Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925.
20. Ponten (1928): Josef Ponten, Geltung und Bewertung der Wissenschaft und der Kunst in heutiger Zeit, Die Literarische Welt 4 (1928), 28. Hier zitiert aus Cepl-Kaufmann (2003), S. 400 f.
21. Ponten (1932): Josef Ponten, Der Rhein und der Dichter, Eine Rede, Kölnische Zeitung, Erste Sonntags-Ausgabe, Nr. 427 vom 07.08.1932.
22. Ponten (1934): Josef Ponten, Volk auf dem Weg, Bd. 2: Die Väter zogen aus, Stuttgart, Berlin 1934.
23. Retterath (2006): Hans-Werner Retterath, „Volk auf dem Weg.“ Zur Entwicklung eines ethnischen Selbstverständnisses, in: Hans-Werner Retterath (Hrsg.), Russlanddeutsche Kultur: eine Fiktion?, Freiburg 2006.
24. Schmitt (1922): Carl Schmitt, Politische Theologie, Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, Berlin 1922.
25. Stollberg-Rilinger (1986): Barbara Stollberg-Rilinger, Der Staat als Maschine, Zur politischen Metaphorik des absoluten Fürstenstaats, Berlin 1986.



Abbildung 1: Geografische Karte: Mitteleuropa¹

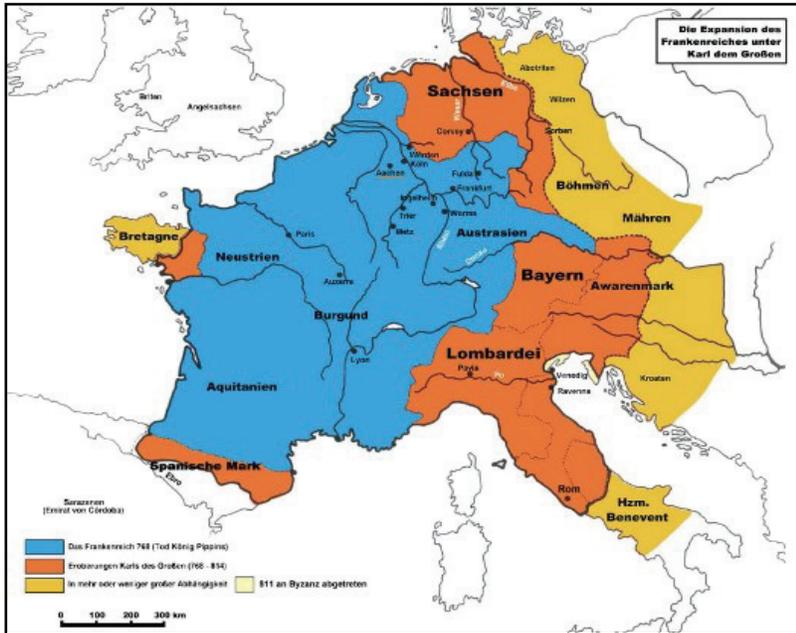


Abbildung 2: Das Frankenreich 768-811

¹ Microsoft® Encarta® Professional 2003. ©1993-2002 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten.

Raumreflexionen im Werk des Hagener Lyrikers Ernst Meister am Beispiel des Gedichts „Immer noch“

Stephanie Jordans

„O God, I could be bounded in a nutshell
and count myself a king of infinite space,
were it not that I have bad dreams.“

William Shakespeare: Hamlet. 2. Akt, 2. Szene¹

1. Einführung

Ernst Meister (1911-1979) war ein überaus produktiver Lyriker, der zwischen 1932 und 1979 mehr als zwanzig Gedichtbände publiziert hat. Geboren in Hagen-Haspe, war die westfälische Literaturlandschaft mit ihren Institutionen von großer Bedeutung für seine schriftstellerische Entwicklung. Mit der Verleihung des Annette-von-Droste-Hülshoff-Preises (Westfälischer Literaturpreis) im Jahr 1957 wird Ernst Meister regional bekannt, das Monatsmagazin „Westfalenspiegel“ wird für ihn zum wichtigsten Publikationsorgan, und der „Landschaftsverband Westfalen-Lippe“ gewährt ihm finanzielle Förderung. Während Meisters Bekanntheit in den fünfziger Jahren auf Westfalen beschränkt bleibt, gewinnt der Autor in den sechziger und siebziger Jahren an überregionaler Bedeutung bis er schließlich eine feste literarische Größe in der Bundesrepublik Deutschland wird. Ausgezeichnet mit dem Petrarca-Preis (1976), dem Rainer-Maria-Rilke-Preis (1977) und dem Georg-Büchner-Preis (1979), gilt Meister heute als einer der bedeutendsten Dichter des 20. Jahrhunderts.

Die Raumgestaltung in Ernst Meisters Lyrik ist eine sehr spezifische: Die Gedichte weisen durchgehend vom Früh- bis zum Spätwerk Raummetaphern auf. Die „metaphorisierte Kosmologie“ – im Sinne der „Paradigmen einer Metaphorologie“ Hans Blumenbergs – hat leitmotivische Funktion in Meisters lyrischem Werk. Ernst Meister und Hans Blumenberg verbindet ein gemeinsames Interesse an einem für sie zentral wichtigen Fragehorizont: der Konstellation von Gott, Mensch und Welt. Dieses Interesse gilt räumlichen Ordnungsgefügen und der daraus resultierenden Frage nach der Stellung des Menschen im Kosmos. Räumliche Ordnungsgefüge können weltanschauliche, theologische und philosophische Aspekte implizieren, die sich mit rein theoretischen oder begrifflichen Mitteln nicht beantworten lassen, weil es sich um Sinnfragen, Glaubensinhalte und weltanschauliche Überzeugungen handelt, die theoretisch oder logisch nicht entscheidbar sind. Vielmehr greifen Denker hier auf von Blumenberg so genannte absolute Metaphern zurück, die zur Erfassung von ganzheitlichen Fragestellungen geeignet sind.

¹ Shakespeare (1988), S. 666. [„O Gott, ich könnte in eine Nußschale eingesperrt sein und mich für einen König von unermeßlichem Gebiete halten, wenn nur meine bösen Träume nicht wären.“] Der Titel von Stephen Hawkings Werk „Das Universum in der Nußschale“ geht auf dieses Hamlet-Zitat zurück.

Charakteristisch für Ernst Meister ist das Aufgreifen von Raumkonzeptionen anderer Dichter und Denker, die er reflektiert und poetisch bearbeitet. Meister erinnert, reflektiert, prüft und transformiert Ideen und Modelle aus dem Archiv der Geistes- und Kulturgeschichte. Seine Gedichte leben von einer Spannung zwischen der Haltlosigkeit des Menschen in der Moderne und dem daraus resultierenden geistigen Stabilitätsbedürfnis. Die Suche und Sehnsucht nach Sinn und Bedeutung des Ganzen ist auch nach Nietzsches Wort vom „Tod Gottes“ nicht verloren gegangen. Meister geht jedoch nicht mehr von einer göttlichen Instanz aus und muss für seine Lyrik alternative Modelle entwickeln. Im Folgenden möchte ich anhand des Gedichtbeispiels „Immer noch“ zeigen, wie die Raumgestaltung in Meisters Lyrik funktioniert.

2. Analyse des Gedichts „Immer noch“

Das Gedicht „Immer noch“ erschien 1973 in Meisters bibliophilem Band „Schatten“ und wurde zudem mit elf anderen Gedichten hieraus in Meisters letztem Gedichtband „Wandloser Raum“ abgedruckt.² Eine erste Annäherung soll im Folgenden zunächst anhand einiger Überlegungen zu besonders prägnanten Worten geschehen, wobei ein Herantasten auf lexikalischer Basis zunächst nur grob skizziert, worum es im Gedicht geht. Präziser wird es, wenn ein ganzes Bezugssystem von Zitaten und Anspielungen entfaltet wird, wobei die extrahierten Bezüge anderer Denker auch untereinander in Beziehung treten und so ein Dialog entsteht, der nur mit Rücksicht auf das Gedicht als genuin ästhetischem Gebilde wiedergegeben werden kann. Die zu erläuternden Bezüge sind nicht beliebig, zu präzise ist Meisters Wortwahl. Zwar kann durchaus eine semantische Mehrstelligkeit einzelner Verse auftreten, doch eröffnet dies lediglich den Sprachraum für ein *bestimmtes* Bezugssystem, ein Spannungsverhältnis *konkreter* geistesgeschichtlicher Inhalte. Anhand des Bezugssystems der Zitate gewinnt das Gedicht an Tiefenschärfe, und von hier aus lassen sich Rückschlüsse auf die tieferen Schichten des Gedichtinhalts ziehen.

In dem Gedicht ist von Überlegungen zum Raum die Rede, es geht um die Sehnsucht des Menschen nach Halt und Stabilität angesichts der „kosmischen Preisgegebenheit“³ in der Unendlichkeit des Universums:

„Immer noch
laß ich mich glauben,
es gebe
ein Recht des Gewölbes,
die krumme Wahrheit
des Raums.

Vom Auge gebogen,
Unendlichkeit,
himmlisch,

² Meister (1973), S. 24 und Meister (1979), S. 12.

³ Meister (1989), S. 23.

sie biegt das Eisen,
den Willen, sterblich
ein Gott zu sein.“⁴

Es scheint, als traue das Ich des Gedichtes einem alten Weltbild nach, der Vorstellung des Himmels als Gewölbe, das als schützende Kuppel über der Erde kosmische Sicherheit und Geborgenheit gewährt. Weltbilder aus Antike und Mittelalter entsprachen einer solchen in sich geschlossenen Raumstruktur mit klar abgegrenzter Sternensphäre. Die Vorstellung eines beständigen, Schutz gebenden Himmelsgewölbes reicht zurück bis in die Antike, beispielsweise vertrat Aristoteles die These von der „Ewigkeit der Welt“, die er „auf Grund der Annahme der Ewigkeit der Materie und der Bewegung, der Unveränderlichkeit des Himmelsgewölbes und der nicht endenden Tätigkeit der Gottheit“⁵ gewährleistete sah. Über die Welt erstreckte sich demnach nicht nur ein Gewölbe, eine Kuppel als Ausdruck eines festen, stabilen Raumgefüges – das Himmelsgewölbe, die Idee einer Kuppel oder Glocke, ist eine Metapher für göttlichen Schutz, für kosmische Geborgenheit und Sinnhaftigkeit des Weltbaus, kurz: kosmologische Metaphern wie die vom Himmelsgewölbe implizieren eine ganze Reihe theologischer und philosophischer Inhalte und Betrachtungsweisen, die weniger etwas über die räumlichen Gefüge selbst aussagen, sondern vielmehr der Schlüssel zu philosophischen oder theologischen Weltbildern sein können.⁶ Die Vorstellung eines Himmelsgewölbes ist veraltet und mit ihr jene daran anknüpfenden theologischen und philosophischen Implikationen. Moderne Raumvorstellungen werden heutzutage nicht mehr in der Theologie oder Philosophie entwickelt, sondern in der Physik, vornehmlich der Astrophysik und der Kosmologie.⁷

„Immer noch / laß ich mich glauben, / es gebe / ein Recht des Gewölbes“ – Es scheint, als leiste sich das Ich den Luxus, „[i]mmer noch“ an das „Recht des Gewölbes“ zu glauben – entgegen der Tatsache, dass das nunmehr veraltete Weltbild nicht mehr den modernen Vorstellungen entspricht. „Immer noch / laß ich mich glauben“ impliziert eine Reflexion des Ichs darüber, dass es zwar einen gewissen Abstand von seinem Glauben genommen hat, es glaubt sozusagen nicht mehr naiv, sondern ist sich bewusst, dass sein Glaubensinhalt möglicherweise nicht mehr zeitgemäß ist. Das Ich weiß es besser. Es scheint gespalten zu sein in ein Ich, das glaubt, und in eines, das sich glauben lässt. Es hält an seinem alten Glaubensmodell fest, die Gründe hierfür ließen sich rekonstruieren. Möglicherweise *will* das Ich unter dem Gewölbe ‚kosmisch geborgen‘ sein, der geschlossene Raum bedeutet nicht nur Enge, sondern vor allem Schutz; moderne Weltbilder leisten diese Schutzfunktion nicht mehr. In der Unendlichkeit des Alls gibt

⁴ Für die bibliographische Angabe vgl. Fußnote 2.

⁵ Mittelstraß (2004), Bd. 1, Stichwort „Ewigkeit der Welt“, S. 614 f.

⁶ Vgl. hierzu vor allem Blumenberg (1999b).

⁷ „Ist das Universum unendlich oder nur sehr groß? Und ist es von ewiger Dauer oder nur sehr langlebig? Wie können wir mit unserem begrenzten Verstand ein unbegrenztes Universum begreifen?“ – Dies sind Fragen aus Hawking (2001). Hawking erklärt auf sehr anschauliche und verständliche Art und Weise den gegenwärtigen Forschungsstand der Physik in Bezug auf Raum- und Zeittheorien und Theorien über das Universum für den Fachfremden.

es keine Fixpunkte, die „kosmische [...] Preisgegebenheit“⁸ im offenen, unendlichen Raum bedeutet einen verloren gegangenen Zentrismus; Azentrik bedeutet den Verlust eines sicheren Daseinsortes für den Menschen im Universum. Die Sehnsucht nach Halt und Stabilität lässt an das „Recht des Gewölbes“ glauben; der Glaube ist kein naiver, sondern ein funktionalisierter angesichts der Haltlosigkeit, die das Ich in der Moderne aushalten muss.

Auffällig sind die Worte „glauben“ und „Wahrheit“; nimmt man das „Auge“ aus der zweiten Strophe noch hinzu, liegt der Gedanke nahe, dass es in dem Gedicht um ein Spannungsverhältnis zwischen Glauben, Wissen und Erkennen gehen könnte, gilt doch das Auge nicht nur als Sinnesorgan für physische Eindrücke, sondern auch als Symbol für Erkennen und Wissen, als Symbol für „geistiges Sehen, für Weisheit und Allwissenheit“.⁹ Der Begriff „Unendlichkeit“ der zweiten Strophe gilt als zentraler Begriff der abendländischen Metaphysik, der Naturphilosophie und der Mathematik.¹⁰ Die Vorstellung des Unendlichen steht in einem Dependenzverhältnis zum Endlichen; dem Unendlichen wird gemeinhin das Endliche gegenübergestellt bzw. dem Endlichen das Unendliche. In der modernen Erkenntnistheorie ist der Begriff ‚Unendlichkeit‘ von großer Bedeutung; allerdings hat sich die Diskussion über das Unendliche „[s]eit dem beginnenden 19. Jh. [...] zunehmend in die Mathematik und die Raum-, Masse-, Zeit- und Stetigkeitsüberlegungen der Naturwissenschaften (Kosmologie)“¹¹ verlagert. In der Vorsokratischen Naturphilosophie bezeichnete Unendlichkeit die Unbegrenztheit des Kosmos und des Raumes.¹² Die Unendlichkeit des Raumes widerspricht zunächst der Vorstellung einer Raum begrenzenden Kuppel, die ein geschlossenes Raumdenken evoziert und kein offenes. Geht man allerdings davon aus, dass sich jenseits der Kuppel die Unendlichkeit des Raumes erstreckt, dann schließen sich das Himmelsgewölbe als geschlossene Raumstruktur mit der Vorstellung des dahinter liegenden unendlichen Raumes nicht unbedingt aus, die Sphären des Endlichen und die des Unendlichen sind nunmehr klar voneinander abgegrenzt.

Es gibt Hinweise darauf, dass Unendlichkeit in Meisters Gedicht nicht nur im räumlichen Sinne zu verstehen ist, sondern auch im zeitlichen. Friedrich Nietzsches Lehre von der ewigen Wiederkehr des Gleichen lässt sich als „Spekulation über das Un-

⁸ Meister (1989), S. 23.

⁹ Lurker (1991), Stichwort „Auge“, S. 61. Das Auge gilt zudem als göttliches Organ, Gottes Augen sind allgegenwärtig und allwissend heißt es bei Hebr. 4,13; Humanisten verwendeten ein einzelnes Auge als Bildzeichen für Gott.

¹⁰ Mittelstraß (2004), Bd. 4, Stichworte „unendlich/Unendlichkeit“, S. 389-392 und „das Unendliche“, S. 392-395. „Die philosophische Diskussion um das Unendliche konzentrierte sich im wesentlichen auf folgende Themen: (1) die Einführung der Rede vom Unendlichen, (2) das Verhältnis von Unendlichem und Endlichem, (3) der ontologische Status des Unendlichen (potentielles oder aktuelles Unendliches), (4) der kosmologische Status des Unendlichen (räumliche und zeitliche Unendlichkeit der Welt, Universum), (5) die quantitative (größenbestimmte) bzw. (negativ) qualitative Fassung des Unendlichen (Unbestimmtheit), Wesensmerkmal selbstreferentieller Subjektivität, (6) die Paradoxien des Unendlichen.“ Mittelstraß (2004), Bd. 4, S. 392.

¹¹ Mittelstraß (2004), Bd. 4, S. 395.

¹² Vgl. Mittelstraß (2004), Bd. 4, S. 393.

endliche rekonstruieren“, das „in Zusammenhang mit der Sinnlosigkeit des Weltgeschehens (Nihilismus) gerückt wird.“¹³ Im Zarathustra-Kapitel „Vom Gesicht und Räthsel“¹⁴ formuliert Nietzsche den Gedanken von der ewigen Wiederkehr des Gleichen mit der räumlichen Vorstellung zweier unendlich langer Gassen, die beide eine Ewigkeit lang sind und noch von Niemandem vollständig abgeschritten wurden. Die Gassen vorwärts und rückwärts werden nicht als Gerade gedacht, sondern als Kreisweg. Bei Nietzsches Lehre von der ewigen Wiederkehr des Gleichen handelt es sich im Grunde um eine Reflexion über Zeit, auch wenn diese Idee zunächst auf einen *räumlich* vorgestellten Unendlichkeitsgedanken rekurriert.

Mit der „krumme[n] Wahrheit / des Raums“ zitiert Meister aus dem Kapitel „Vom Gesicht und Räthsel“ aus Nietzsches Zarathustra, in dem Zarathustra vom Thorweg und von den zwei langen Gassen spricht:

„Siehe diesen Thorweg! Zwerg! sprach ich weiter: der hat zwei Gesichter. Zwei Wege kommen hier zusammen: die gieng noch Niemand zu Ende. Diese lange Gasse zurück: die währt eine Ewigkeit. Und jene lange Gasse hinaus – das ist eine andre Ewigkeit. Sie widersprechen sich, diese Wege; sie stossen sich gerade vor den Kopf: – und hier, an diesem Thorwege, ist es, wo sie zusammen kommen. Der Name des Thorwegs steht oben geschrieben: ‚Augenblick‘. Aber wer Einen von ihnen weiter gienge – und immer weiter und immer ferner: glaubst du, Zwerg, dass diese Wege sich ewig widersprechen?“ – „Alles Gerade lügt, murmelte verächtlich der Zwerg. *Alle Wahrheit ist krumm*, die Zeit selber ist ein Kreis.“¹⁵

Der Unendlichkeitsgedanke besagt, dass alles, „was geschehen kann von allen Dingen, schon einmal geschehn, gethan, vorübergelaufen sein“¹⁶ muss, der „Augenblick alle kommenden Dinge nach sich zieht“¹⁷ und alles, „was laufen kann von allen Dingen: auch in dieser langen Gasse hinaus – muss es einmal noch laufen!“¹⁸ Zarathustra fasst seinen Gedanken zusammen:

„Und diese langsame Spinne, die im Mondscheine kriecht, und dieser Mondschein selber, und ich und du im Thorwege, zusammen flüsternd von ewigen Dingen flüsternd – müssen wir nicht Alle schon dagewesen sein? – und wiederkommen und in jener anderen Gasse laufen, hinaus, vor uns, in dieser langen schaurigen Gasse – müssen wir nicht ewig wiederkommen? – Also redete ich, und immer leiser: denn ich fürchtete mich vor meinen eignen Gedanken und Hintergedanken.“¹⁹

Die Vorstellung einer Ewigkeit vor und hinter dem Menschen erinnert an einen Gedanken Blaise Pascals. In den „Pensées“ heißt es:

¹³ Mittelstraß (2004), Bd. 4, S. 395.

¹⁴ Nietzsche (1999a), S. 197-202.

¹⁵ Nietzsche (1999a), S. 199 f. (Hervorhebung S. J.).

¹⁶ Nietzsche (1999a), S. 200.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Nietzsche (1999a), S. 200 f.

„Wenn ich die kurze Dauer meines Lebens betrachte, das von der vorhergehenden und der darauffolgenden Ewigkeit aufgesogen wird – memoria hospitii unius diei practereunitis ([und wie] man eines vergißt, der nur einen Tag Gast gewesen ist‘ Weish. 5,15) – und den kleinen Raum, den ich ausfülle und den ich noch dazu von der unendlichen Unermeßlichkeit der Räume verschlungen sehe, die ich nicht kenne und die mich nicht kennen, so gerate ich in Schrecken und erstaune, mich eher hier als dort zu sehen, denn es gibt keinen Grund, warum es eher hier als dort ist, warum jetzt und nicht vielmehr früher. Wer hat mich dorthin gebracht? Durch wessen Gebot und Führung sind dieser Ort und diese Zeit mir bestimmt worden?“²⁰

In Anlehnung an den „Ewigkeitsschrecken“ heißt der von Meister im Jahr 1976 veröffentlichte Gedichtband „Im Zeitspalt“, und in einem Gedicht hieraus heißt es: „Im Zeitspalt / ein Gedanke gewesen, / bis der Ewigkeitsschrecken / ihn umwarf.“²¹ Nietzsches Idee von den zwei langen Gassen, der langen Gasse rückwärts und der anderen langen Gasse hinaus, die beide eine Ewigkeit wahren – diese Idee ist eng verwandt mit der Pascals. Bei Nietzsche heißt es, er habe Pascal „im Blut“: „Wenn ich von Plato, Pascal, Spinoza und Goethe rede, so weiß ich, daß ihr Blut in dem meinen rollt.“²²

Der Titel von Meisters 1976 veröffentlichten Gedichtband „Im Zeitspalt“ ist auf Pascal zu beziehen, auf die menschliche Existenz zwischen eben jener Ewigkeit vorher und der Ewigkeit nachher. Meister wird in einem Interview gefragt, ob sich nicht auch der Titel seines 1979 veröffentlichten Gedichtbandes „Wandloser Raum“ auf eben jene Pascal-Stelle aus den „Pensées“ bezieht. Meister antwortet darauf:

„Sie sprechen von Pascal. Es gab in der Tat einen Moment, wo ich Pascal zur Hand nahm, seine ‚Gedanken‘, und mir wieder vergegenwärtigte, was da zu lesen war (– ich hatte ja schon einige Erfahrungen damit gemacht in der Studentenzeit). Die Situation war nun eigentlich nicht so, daß ich mich wegen einer empfundenen Lücke nach dieser Richtung einmal wieder erkundigen wollte, sondern ich selbst hatte, so darf ich es ausdrücken, Pascalsche Gedanken. Das heißt: Meine Gedanken waren auf das, was man Ewigkeit nennt, ausgerichtet. Dieser Begriff wird meistens erbaulich verstanden. Pascal hat ihn nicht erbaulich verstanden, sondern an Ewigkeit zu denken, war für ihn ein Schauer. Auch ich hatte zu dieser Zeit überhaupt keine erbaulichen Gedanken. Zu dem Denken von Ewigkeit trat alles hinzu, was damit zusammenhängt im zeitlichen und räumlichen Sinne, und in der Tat hängt dann der Band, der dem ‚Zeitspalt‘ folgte, in seiner Problematik vollkommen zusammen mit der des ersten Bandes: Er betrifft also unsere kosmische und unser enges Bewußtsein erschreckende Umgebung.“²³

Mit der „krumme[n] Wahrheit / des Raums“ zitiert Meister nicht nur Nietzsche („Alle Wahrheit ist krumm“) – die Wortkombination „krumm“ und „Raum“ im Gedicht lässt auch an Albert Einsteins allgemeine Relativitätstheorie denken, an die Theorie der ge-

²⁰ Pascal (2002), S. 63 f.

²¹ Meister (1976b).

²² Walter Kaufmann zitiert diese Stelle im Zusammenhang mit Nietzsches Vorläufern. Kaufmann (1982), S. 357.

²³ Wallmann (1985), S. 1 f.

krümmten Raumzeit, nach der „im vierdimensionalen Raum (drei Raumdimensionen plus eine Zeitdimension) wegen der Gravitation *keine geraden Linien vorkommen können*; Zeit und Raum verändern sich in Abhängigkeit von der Stärke der Schwerkraft.“²⁴ Nach Einstein folgt nicht nur die Materie, sondern auch das Licht einem *gekrümmten Weg* durch die Raumzeit. Einstein veränderte mit seinen Arbeiten das Weltbild der klassischen Physik grundlegend. Sowohl Nietzsche als auch Einstein haben mit ihrer Art des radikalen Um-Denkens klassische Weltbilder revolutioniert. Ihre Erkenntnisse führten zu Paradigmenwechseln innerhalb der Physik bzw. der Philosophie, wobei ihre Erkenntnisse nicht auf die jeweiligen Disziplinen beschränkt blieben, sondern darüber hinausstrahlten und an bemerkenswert umfassender Popularität gewannen.

So wie sich der Ausdruck „die krumme Wahrheit / des Raums“ auf Nietzsche und Einstein zurückführen lässt, ist das gebogene Eisen („sie biegt das Eisen“) eine Anspielung auf die Spaltprobe in Platons Dialog „Sophistes“.²⁵ „Sophistes“ ist einer der späteren Platon-Dialoge, in denen es um Fragen nach Sein, Wahrheit, Wissen und Erkenntnis geht – dies ist, auf die entsprechenden Worte des Gedichts wurde bereits hingewiesen, auch das Themenfeld von „Immer noch“. Im Dialog „Sophistes“ heißt es: „Fremder: Den Dünkelnachahmer laß uns also beschauen wie ein Eisen, ob er aus einem Stück ist oder ob er noch irgendwo eine Spur zeigt, daß er aus zweien zusammengeslagen ist.“²⁶ Die Spaltprobe nach Platon besteht nun darin herauszufinden, ob das begutachtete Stück Eisen aus zwei Stücken zusammengeschiedet wurde. Wenn dies der Fall ist, dann lässt sich durch einen Biegevorgang ein Spalt im Eisen nachweisen. Die Spaltprobe ist nach Platon ein Mittel, um Sophisten als solche zu erkennen und als „Dünkelnachahmer“ entlarven und dingfest machen zu können.

In Platons Dialog geht es um Fragen der Wahrheit und der Erkenntnis vor dem Hintergrund einer bestimmten Richtung der griechischen Philosophie, der Sophistik, die von Platon hart angegriffen wird. Die Sophisten waren professionelle Wanderlehrer, „nach den vorwiegend Probleme der Kosmologie behandelnden frühen Vorsokratikern [leiteten sie] eine neue, auf die Subjektivität des Menschen, sein Wollen und Denken (Ethik und Erkenntnistheorie) sowie auf politische Philosophie ausgerichtete Epoche der griechischen Philosophie“²⁷ ein. Platon teilt die Sophisten, denen er die Fähigkeit zu Erkenntnis- und Wahrheitsgewinn abspricht, in zwei Gruppen ein, von denen er die einen für einfältig hält, weil sie tatsächlich zu wissen glauben, was sie sich vorstellen; die

²⁴ Zey (1997), Stichwort „Albert Einstein“, S. 133-135, hier: S. 134 (Hervorhebung S. J.).

²⁵ Karl Löwith hat seinem Buch „Heidegger. Denker in dürftiger Zeit“ eben jenes Zitat über die Spaltprobe aus Platons „Sophistes“ als Motto vorangestellt. Dort heißt es: „Fremdling: ‚Laß uns also den, der die Wahrheit scheinbar nachahmt, wie ein Stück Eisen prüfen, ob es ein heiles Ganzes ist, oder noch einen Spalt hat.‘ PLATO, *Sophistes*.“ Löwith (1953), S. 5. Ernst Meister hat bei Karl Löwith in Marburg und Heidelberg studiert und war mit ihm befreundet. Meister hat außerdem während seines Studiums diverse Veranstaltungen zu Platons Dialogen besucht, beispielsweise bei Hans Georg Gadamer in Marburg im SS 1931 und bei Friedländer in Marburg im WS 1930/31, dann wieder bei Gadamer im WS 1950/51 in Heidelberg. Im Nachlass befinden sich Meisters Studienbücher, anhand derer sich Meisters Studiumsinhalte bzw. die belegten Veranstaltungen nachvollziehen lassen.

²⁶ Platon (1994b), S. 334.

²⁷ Mittelstraß (2004), Bd. 3, Stichwort „Sophistik“, S. 846-849, hier: S. 848.

anderen sind nach Platon in ihren Reden zu wendig und hegen „selbst großen Verdacht und Argwohn [...], das nicht zu wissen, was zu wissen [sie] sich gegen andere das Ansehen geben“²⁸ wollen. Platon charakterisiert die Sophisten als solche, die nicht die Wahrheit suchen, sondern nur nach Einfluss und Reichtum streben; sie verfügen nicht über Erkenntnis, sondern über bloße Meinungen und ahmen Wahrheit allenfalls nach. Platon begreift die Sophisten als Gefahr für die Gesellschaft und insbesondere für die Jugend.²⁹ „Diese abfällige Darstellung und Bewertung Platons (gegen die sich die Rehabilitierungsversuche im Hellenismus und in der Kaiserzeit nicht durchsetzen konnten) führte dazu, daß man die Werke der Sophisten nicht mehr zur Kenntnis nahm“³⁰ und sie in Vergessenheit gerieten. „Die Philosophiehistoriker des 4. und 3. Jhs. berücksichtigten die Sophisten nicht, weshalb auch der weitaus größte Teil ihrer Schriften verloren ging.“³¹

Die Bewertung der griechischen Sophistik ist bis heute umstritten.³² Fest steht allerdings, dass es sich in Bezug auf Platons Ideenlehre und die sophistischen Lehren um zwei fundamental unterschiedliche philosophische Positionen handelt, um zwei Ansätze, deren erkenntnistheoretische Prämissen sich widersprechen. Mit den Sophisten hat Platon philosophische Gegner, die die erkenntnistheoretischen Voraussetzungen seiner Ideenlehre grundlegend in Frage stellen bzw. diese nicht anerkennen.

Nach Platon gibt es das Reich der Erscheinungen und das Reich der Ideen. Während die Ideen als Urbilder der Realität immateriell, ewig, unveränderlich und unteilbar sind, sind Erscheinungen auf der Basis sinnlicher Wahrnehmungen nur unvollkommene, Wechseln unterliegende, kontingente Abbilder der Ideen, Zerrbilder der Realität. Die Ideen sind unabhängig von dem Subjekt, das sie schaut, sie werden nicht von einem Bewusstsein konstituiert. Die Ideen sind subjektunabhängig. Demnach wird Platons Ideenlehre auch ‚Objektiver Idealismus‘ genannt, ausgehend von einer ‚Zwei-Welten-Theorie‘: Die Empirie, die Welt der sichtbaren Dinge, ist die Welt des Körperlichen und Sinnlichen, die der Welt der nur dem Geistigen zugänglichen Dinge untergeordnet ist. Mit sinnlicher Wahrnehmung können nur die unvollkommenen Abbilder der Ideen aufgefasst werden. Da die Abbilder nur Zerrbilder der Realität sind und einen ontologisch minderwertigen Status einnehmen, ist Erkenntnis- und Wahrheitsgewinn anhand der Abbilder nicht möglich. Die Abbilder sind nicht der geeignete Gegenstand hierfür. Über einzelne schöne Dinge aus der Empirie lässt sich beispielsweise eine Meinung bilden; Erkenntnisse beziehen sich auf die Schönheit selbst bzw. auf die Idee der Schönheit. Es mag in der Empirie viele schöne Dinge geben, doch diese sind kontingent; die Idee der Schönheit hingegen ist absolut zu sehen. Ideen sind schwerer zugänglich als ihre Abbilder, doch wir ahnen etwas von ihnen, weil unsere Seele die Ideen in einem früheren Leben bereits geschaut hat. Beim Eintritt der Seele in den Körper, zu Beginn des irdischen Daseins, wird diese Ideenschau vergessen, doch es ist möglich, sich die Ideen durch Wiedererinnerung (Anamnesis) erneut zu vergegenwärtigen.

²⁸ Platon: Abschließende Festlegung des Sophisten, in: Platon (1994b), S. 333-335, hier : S. 334.

²⁹ Vgl. Mittelstraß (2004), Bd. 3, S. 847.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda.

³² Vgl. Taureck (1995).

Der Philosophie Platons liegt eine Substanzstruktur zugrunde: während die Ideen ein ewiges, unveränderliches Kontinuum bilden, d. h. Substanzcharakter haben, sind die Abbilder die Modi dieser Substanz. Das Bindeglied beider Welten ist die „Idee des Guten“, die einen zentralen Punkt in Platons Philosophie bildet. Die „Idee des Guten“ ist der Urgrund aller Ideen, aus der sie ihr Sein und ihre Wertigkeit ziehen. Die „Idee des Guten“ verschafft Ordnung, Maß und Einheit. Die Meinungen über die Abbilder aus dem Bereich der Empirie sind so wechselhaft wie ihr Gegenstand; Erkenntnis schöpft sich nur aus dem Bereich der Ideen und ist, wenn sie einmal gewonnen wurde, dauerhaft wie ihr Gegenstand. Damit setzt Platon die Ideen als absolute Wesenheiten, die zu schauen für den Wahrheits- und Erkenntnisgewinn notwendig sind.³³ Das Reich der Ideen wird zur Grundlage jeder Erkenntnis.

Die philosophische Position der Sophisten hingegen ist durch die Annahme eines praktisch-philosophischen Relativismus gekennzeichnet, der

„durch einen generellen erkenntnistheoretischen Skeptizismus [ergänzt wird], der keine absolute, menschenunabhängige Wahrheit mehr anerkennt und Tradition, Religion, Dichterweisheit und philosophische Ontologie als Begründungsbasis für Theorie und Praxis ablehnt.“³⁴

Platons Ideen setzen jedoch die Annahme absoluter, menschenunabhängiger Wahrheit voraus. Damit erkennen die Sophisten Platons philosophische Grundlage nicht an. Und umgekehrt: die Grundlage der Sophisten wiederum ist eben jener Bereich, aus dem nach Platon prinzipiell keine Erkenntnisse geschöpft werden können. Für die Sophistik gilt:

„Die phänomenale, empirische Realität und der in dieser Realität sich orientierende Mensch gelten als letzte Begründungsbasis eines stets nur auf den Einzelnen, seine Situation und seine Subjektivität relativierten Wahrheitsbegriffs: ‚Der Mensch ist das Maß aller Dinge.‘“³⁵

Die erkenntnistheoretischen Grundlagen Platons lassen sich mit denen der Sophisten *prinzipiell* nicht vereinbaren. Die philosophischen Positionen sind nicht nur grundsätzlich voneinander verschieden, sondern können nicht nebeneinander existieren, weil sie sich gegenseitig ausschließen: wenn die eine erkenntnistheoretische Position gültig ist, kann es die andere nicht auch sein – und umgekehrt. Entsprechend harsch bekämpft Platon seinen philosophischen Gegner. Er spricht den Sophisten jede Möglichkeit des Erkenntnis- und Wahrheitsgewinnes ab und verbannt ihre Aussagen in den Bereich der bloßen Meinung und Nachahmung. Vertreter der sophistischen Position negieren Wahrheitsbegriffe mit Absolutheitsanspruch und lehnen eine Metaphysik wie die Ideenlehre Platons ab.

³³ Inwieweit die Platonische Ideenlehre teils logisch und teils metaphysisch ist, beschreibt Bertrand Russell. Russell weist auch auf Schwierigkeiten und Konsequenzen der Platonischen Ideenlehre hin. Vgl. Russell (2001), S. 141-153.

³⁴ Mittelstraß (2004), Bd. 3, Stichwort „Sophistik“, S. 846-849, hier: S. 847.

³⁵ Ebenda.

Mit Nietzsche bekommt Platons Idealismus einen scharfen Gegner. Teile der „Götzen-Dämmerung“ lesen sich wie eine Schmähschrift auf Platon. Nietzsche positioniert sich in dem Abschnitt „Was ich den Alten verdanke“ gegen Platon und stellt sich auf die Seite der Sophisten:

„Man wende mir ja nicht Plato ein. Im Verhältnis zu Plato bin ich ein gründlicher Skeptiker und war stets ausser Stande, in die Bewunderung des Artisten Plato, die unter Gelehrten herkömmlich ist, einzustimmen. [...] Plato ist langweilig. – Zuletzt geht mein Misstrauen bei Plato in die Tiefe: ich finde ihn so abgeirrt von allen Grundinstinkten der Hellenen, so vermoralisirt, so präexistent-christlich – er hat bereits den Begriff ‚gut‘ als obersten Begriff –, dass ich von dem ganzen Phänomen Plato eher das harte Wort ‚höherer Schwindel‘ oder, wenn man’s lieber hört, Idealismus – als irgend ein andres gebrauchen möchte. Man hat theuer dafür bezahlt, dass dieser Athener bei den Ägyptern in die Schule gieng [...]. Meine Erholung, meine Vorliebe, meine Kur von allem Platonismus war zu jeder Zeit Thukydides. [...] In ihm kommt die Sophisten-Cultur, will sagen die Realisten-Cultur, zu ihrem vollendeten Ausdruck: diese unschätzbare Bewegung inmitten des eben allerwärts losbrechenden Moral- und Ideal-Schwindels der sokratischen Schulen. [...] Der Muth vor der Realität unterscheidet zuletzt solche Naturen wie Thukydides und Plato: Plato ist ein Feigling vor der Realität – folglich flüchtet er in’s Ideal.“³⁶

So „forciert und maßlos“³⁷ Nietzsches Zeilen daherkommen, so klar sind sie in ihrer Aussage.³⁸ Platons Idealismus wird als „höherer Schwindel“ bezeichnet; gegen diesen „Moral- und Ideal-Schwindel“ ist nach Nietzsche eine gesunde „Sophisten-Cultur“, eine „Realisten-Cultur“ entgegensetzen, die nicht dem Ideal verpflichtet ist, sondern nahe an den realen Dingen bleibt und Skepsis bewahrt – ganz im Sinne der Sophisten. Aber ist eine Nähe zu den ‚realen Dingen‘ nach Nietzsche überhaupt möglich? Was ist Realität nach Nietzsche?

Nietzsches Schrift „Ueber Wahrheit und Lüge im aussermoralischen Sinne“³⁹ gibt Aufschluss über den erkenntnistheoretischen Zusammenhang zwischen Sprache, Wirklichkeit und Welt. In dieser Schrift beschreibt Nietzsche die Situation des Menschen mit der Metapher des Träumers auf dem Rücken eines Tigers:

³⁶ Nietzsche (1999b), S. 155 f.

³⁷ Kaufmann (1982), S. 473.

³⁸ Nietzsches Verhältnis zu den „Alten“, besonders das zu Platon und Sokrates, kann an dieser Stelle nicht näher dargelegt werden. Eine differenzierte Untersuchung der Beziehung Nietzsches zu Sokrates liefert Kaufmann. Vgl. Kaufmann (1982): Nietzsches Einstellung gegenüber Sokrates, S. 455-478. Kaufmann geht es allerdings nicht so sehr um einen Vergleich der philosophischen Ansätze oder das ‚Prinzip des Sokratismus‘, sondern mehr um die Frage nach Nietzsches Wertschätzung oder Verachtung gegenüber Sokrates. Da es nach Kaufmann „zu einem fraglos gewissen und nicht mehr weiter untersuchten Dogma geworden [ist], daß Nietzsche Sokrates abgelehnt habe“ (Kaufmann [1982], S. 455), hebt er jene Stellen bei Nietzsche hervor, die auf Nietzsches Sokrates-Verehrung hinweisen. Kaufmann versucht, Nietzsche entgegen der allgemein herrschenden Auffassung als Sokrates-Bewunderer zu etablieren. Es scheint mir wichtig zu sein, zwischen der Verehrung Nietzsches in Bezug auf die *Person* Sokrates und dessen Tod und dem von Nietzsche entwickelten „Prinzip des Sokratismus“ zu unterscheiden.

³⁹ Nietzsche (1999c).

„Verschweigt die Natur ihm nicht das Allermeiste, selbst über seinen Körper, um ihn, abseits von den Windungen der Gedärme, dem raschen Fluss der Blutströme, den verwickelten Fasererzitterungen, in ein stolzes gauklerisches Bewusstsein zu bannen und einzuschliessen! Sie warf den Schlüssel weg: und wehe der verhängnisvollen Neugier, die durch eine Spalte einmal aus dem Bewusstseinszimmer heraus und hinab zu sehen vermöchte und die jetzt ahnte, dass auf dem Erbarmungslosen, dem Gierigen, dem Unersättlichen, dem mörderischen der Mensch ruht, in der Gleichgültigkeit seines Nichtwissens, und gleichsam auf dem Rücken eines Tigers in Träumen hängend. Woher, in aller Welt, bei dieser Constellation der Trieb zur Wahrheit!“⁴⁰

Den Menschen zeichnet zwar ein Wahrheits- und Erkenntnistrieb aus, doch er ist nur

„tief eingetaucht in Illusionen und Traumbilder, [sein] Auge gleitet nur auf der Oberfläche der Dinge herum und sieht ‚Formen‘, [seine] Empfindung führt nirgends in die Wahrheit, sondern begnügt sich Reize zu empfangen und gleichsam ein tastendes Spiel auf dem Rücken der Dinge zu spielen.“⁴¹

Der Mensch hat nach Nietzsche keinen unmittelbaren Zugang zur Wahrheit; seine einzige Einsicht kann nur die in das *Scheitern* aller Erkenntnis sein:

„Wir glauben etwas von den Dingen selbst zu wissen, wenn wir von Bäumen, Farben, Schnee und Blumen reden und besitzen doch nichts als Metaphern der Dinge, die den ursprünglichen Wesenheiten ganz und gar nicht entsprechen.“⁴²

Was nun folgt, sind Nietzsches Reflexionen über Sprache,⁴³ die Bedingungen der Möglichkeit zum „Erfassen der Dinge“, wozu der Mensch auf Sprache angewiesen ist, wobei er die Dinge nie im Sinne ihres Wesens und ihrer Wahrheit zu erfassen vermag – er vermag sich lediglich in seiner Traum- und Scheinwelt zurechtzufinden. Sprache bezeichnet nur „die *Relationen* der Dinge zu den Menschen und nimmt zu deren Ausdruck die kühnsten Metaphern zu Hülfe.“⁴⁴ Im folgenden beschreibt Nietzsche den „Trieb zur Metaphernbildung, jene[n] Fundamentaltrieb des Menschen“,⁴⁵ der seinem Wahrheits- und Erkenntnistrieb zur Seite gestellt ist und immerhin ein Zurechtfinden in der Welt ermöglicht.

Nach Nietzsche lebt der Mensch in einer Traum- und Scheinwelt, eingehüllt in Illusionen und ohne die Möglichkeit, diesen Zustand der permanenten Täuschung und Verzerrung zu verlassen. Des Menschen „Gleichgültigkeit seines Nichtwissens“ ist allerdings lebensnotwendig, denn „gleichsam auf dem Rücken eines Tigers in Träumen hängend“ würde der neugierige Blick durch die „Spalte [...] aus dem Bewusstseinszim-

⁴⁰ Nietzsche (1999c), S. 877.

⁴¹ Nietzsche (1999c), S. 876.

⁴² Nietzsche (1999c), S. 879.

⁴³ Zur Sprachreflexion und zur herausragenden Stellung der Kunst bei Nietzsche vgl. Gellhaus (1995b). Gellhaus weist auch auf das Nietzsche-Zitat hin, nach dem die Philosophie Nietzsches als „umgedrehter Platonismus“ zu verstehen ist. Gellhaus (1995b), S. 126.

⁴⁴ Nietzsche (1999c), S. 879 (Hervorhebung S. J.).

⁴⁵ Nietzsche (1999c), S. 887.

mer heraus“ – ein Aufwachen aus der Traumwelt – den Tod bedeuten. So ist der Mensch in einer Traum- und Scheinwelt ohne Zugang zur Wahrheit gefangen; andererseits ist er nur hier überlebensfähig und konnte nur hier den „Fundamentaltrieb“ zur Metaphernbildung und jenes große „Columbarium der Begriffe“⁴⁶ entwickeln. So gibt es nach Nietzsche auch keinen unmittelbaren Zugang zur Wirklichkeit, denn das, was wir Wirklichkeit nennen, findet innerhalb eines konstruierten und konventionalisierten Sprachsystems statt. Nach Nietzsche sind Erkenntnis und Wahrheit – oder zumindest das, was wir dafür halten – sprachlich *vermittelt*. Und sollte es eine Welt hinter der Welt des Scheins und der Täuschung geben, was wir nicht wissen können, weil uns jede Kenntnis darüber verwehrt bleibt, dann ist diese Welt im Grunde irrelevant, weil – anders als in Platons Höhlengleichnis – ein Verlassen der Höhle bzw. ein Blick durch die „Spalte [...] aus dem Bewusstseinszimmer heraus“ nicht möglich ist. Jedes Streben nach Wahrheit und Erkenntnis muss scheitern. So gesehen ist die Traum- und Scheinwelt *die* Welt, denn es kann für uns keine andere Welt geben, und unsere Aufgabe kann nur darin bestehen, unseren Fundamentaltrieben nachzugehen – dem Wahrheits- und Erkenntnistrieb und dem Trieb zur Metaphernbildung.

Nietzsches Metapher vom Menschen als Träumer auf dem Rücken eines Tigers ähnelt in gewisser Weise dem Platonischen Höhlengleichnis: In beiden Fällen existiert der Mensch in einer Welt der Illusion, des Scheins und der Trugbilder, die es im Falle Platons jedoch – zumindest kurzzeitig – zu verlassen gilt. Im siebten Buch seines Dialogs „Politeia“⁴⁷ beschreibt Platon mit dem Höhlengleichnis metaphorisch die Gefangenschaft der Menschen in einer Höhle, in der sie nur Schatten, die Abbilder der Ideen, zu sehen vermögen.⁴⁸ Während außerhalb der Höhle die Sonne als Metapher für absolute Wahrheit und Erkenntnis scheint, ist den Menschen innerhalb der Dunkelheit und Finsternis der Höhle das Erkennen absoluter Wahrheit verwehrt. Beim Verlassen der Höhle ist der Blick in die Sonne prinzipiell möglich, auch wenn erst einmal die „Augen schmerzen“⁴⁹ und sie sich an das helle Licht gewöhnen müssen: „Zuletzt aber, denke ich, wird er auch die Sonne selbst, nicht Bilder von ihr im Wasser oder anderwärts, sondern sie als sie selbst an ihrer eigenen Stelle anzusehen und zu betrachten imstande sein.“⁵⁰ Was dann allerdings scheitert, ist die Vermittlung des außerhalb der Höhle Gesehenen an die Mitgefangenen nach der Rückkehr in die Höhle:

„Wenn ein solcher nun wieder hinunterstiege [...]: würden ihm die Augen nicht ganz voll Dunkelheit sein, da er so plötzlich von der Sonne herkommt? [...] würde man ihn nicht auslachen und von ihm sagen, er sei mit verdorbenen Augen von oben zurückgekommen und es lohne nicht, daß man auch nur versuche hinaufzukommen; sondern man müsse jeden, der sie lösen und hinaufbringen woll-

⁴⁶ Nietzsche (1999c), S. 886.

⁴⁷ Platon (1994a).

⁴⁸ Eine textnahe Analyse des Höhlengleichnisses Platons liefert Taureck (2004), S. 320-351.

⁴⁹ Platon (1994a), S. 421.

⁵⁰ Platon (1994a), S. 422.

te, wenn man seiner nur habhaft werden und ihn umbringen könnte, auch wirklich umbringen?“⁵¹

So kann auch bei Platon „das Hinaufsteigen und die Beschauung der oberen Dinge“, der „Aufschwung der Seele in die Region der Erkenntnis“⁵² zum tödlichen Verhängnis werden, ganz so wie das Erwachen auf Nietzsches Tigerrücken. Wie sehr der einzelne, der die Höhle verließ und die Sonne erblickte, gefährdet ist, von den eigenen Leuten getötet zu werden, davon steht nichts mehr bei Platon. Wichtig ist festzuhalten, dass Erkenntnisgewinn für den einzelnen *prinzipiell möglich* ist:

„Zwischen dem Bereich der Höhlengefangenen und der tatsächlichen Wirklichkeit gibt es eine gelingende Erkenntnisbeziehung. Die politische Beziehung hingegen misslingt. Der individuelle Aufstieg aus dem unterirdischen Gefängnis zum Tageslicht ist erfolgreich. Ein kollektiver Aufstieg oder eine kollektive Teilhabe der Gefangenen an den Verhältnissen des Tageslichts findet dagegen nicht statt.“⁵³

3. Diskussion und Fazit

In welchem Zusammenhang stehen nun die verschiedenen erkenntnistheoretischen Positionen (Nietzsche, Platon, Sophisten) mit Meisters Gedicht „Immer noch“? Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass Worte wie „glauben“, „Wahrheit“, „Auge“ und „Unendlichkeit“ in Meisters Gedicht ein mögliches Spannungsverhältnis zwischen Glauben, Wissen und Erkennen andeuten.

Das Ich recurriert mit wenigen Worten auf verschiedene Weltbilder; das Bezugssystem der Zitate und Anspielungen verweist auf Nietzsche und Einstein („die krumme Wahrheit / des Raums“) und auf Platon in Abgrenzung zu den Sophisten („sie biegt das Eisen“).⁵⁴ Das „Recht des Gewölbes“ ist als Anspielung auf überholte Weltbilder aus Antike und Mittelalter zu lesen, die zwar ihre Gültigkeit eingebüßt haben müssten, jedoch „[i]mmer noch“ eine gewisse Aktualität und Gültigkeit beanspruchen können – auch entgegen des vorherrschenden Wissens über die Welt und den Kosmos. Das Ich hat seinen Glauben nicht abgelegt, sondern lässt sich „[i]mmer noch“ an das „Recht des Gewölbes“ glauben; das Bedürfnis nach Seinsicherheit und kosmischer Geborgenheit, die chronische Sehnsucht im Menschen, unter göttlichem Schutz zu stehen ist zwar

⁵¹ Platon (1994a), S. 422 f.

⁵² Platon (1994a), S. 423.

⁵³ Taureck (2004), S. 335.

⁵⁴ Berücksichtigt man, dass Karl Löwith jenes Zitat aus Platons Dialog „Sophistes“ seinem Werk „Heidegger. Denker in dürftiger Zeit“ als Motto vorangestellt und die Schrift „Nietzsches Philosophie der ewigen Wiederkunft des Gleichen“ verfasst hat, ist Löwith mit einzuschließen in das Bezugssystem von „Immer noch“. Meister promovierte bei Löwith über Friedrich Nietzsche. Meisters Nietzsche-Rezeption dürfte durch seinen Lehrer Löwith geprägt worden sein; Meister besuchte Vorlesungen über Nietzsche bei Gadamer und Löwith und las Löwiths Nietzsche-Schriften. Es ist möglich, dass Meister durch Löwiths Heidegger-Schrift auf das „Sophistes“-Zitat aufmerksam wurde.

nicht zu vereinbaren mit dem modernen vorherrschenden, aktuellen Weltbild, doch der Glaube behauptet sein Recht, er bleibt resistent:

„Immer noch
laß ich mich glauben,
es gebe
ein Recht des Gewölbes,
die krumme Wahrheit
des Raums.

Vom Auge gebogen,
Unendlichkeit,
himmlisch,
sie biegt das Eisen,
den Willen, sterblich
ein Gott zu sein.“

Das Bemerkenswerte am Bezugssystem der Zitate und Anspielungen von „Immer noch“ ist die prinzipielle Unvereinbarkeit der erkenntnistheoretischen Positionen, auf die im Gedicht angespielt wird.

Nietzsche negiert die Möglichkeit der Erkenntnis absoluter Wahrheit; Unendlichkeit im Sinne der ewigen Wiederkehr des Gleichen fungiert bei ihm als Formel für die „extremste Form des Nihilismus: das Nichts (das Sinnlose) ewig!“⁵⁵ Die Annahme der Wiederkehr des Gleichen ist bei Nietzsche kein bloßes Gedankenexperiment, sondern bezeichnet ein „umfassendes kosmologisches Prinzip“.⁵⁶

Platon hingegen ist Vertreter des ewigen Reichs der Ideen, und auch wenn er die kollektive Situation der Menschheit als Gefangenschaft in einer Höhle jenseits der Möglichkeit des Erkenntnis- und Wahrheitsgewinns beschreibt, so ist doch das individuelle Verlassen der Höhle und das kurzzeitige Erblicken der Sonne – die Sonne fungiert hier als Metapher für absolute Wahrheit und Erkenntnis – prinzipiell möglich; auch haben wir vor unserer Geburt die Ideen bereits geschaut und erinnern uns vage an sie. Das Reich der Ideen ist die Region der Erkenntnis und der absoluten Wahrheit nach Platon; dies ist die Grundlage für seinen erkenntnistheoretischen Standpunkt. Diese Region existiert, und es gibt Zugang zu ihr, auch wenn dieser nur unter bestimmten Bedingungen möglich ist.

Die Sophisten hingegen erkennen Platons metaphysische Grundlage nicht an und lehnen die Vorstellung eines Ideenreiches ab. Sie sind Relativisten und Skeptiker, die an keine absolute, menschenunabhängige Wahrheit glauben. Das Fundament ihres Denkens ist die empirische Welt.

An dieser Stelle ist erneut Nietzsche ins Feld zu führen, der die „Realisten-Cultur“ der Sophisten „inmitten des eben allerwärts losbrechenden Moral- und Ideal-Schwindels der sokratischen Schulen“ schätzt. Nietzsche bezeichnet Platons Idealismus als „höhere[n] Schwindel“ und geht davon aus, dass wir in einer Traum- und Scheinwelt le-

⁵⁵ Mittelstraß (2004), Bd. 4, Stichwort „Wiederkehr des Gleichen“, S. 691 f.

⁵⁶ Ebenda. Siehe dazu auch Löwith (1935).

ben, die wir zu verlassen nicht imstande sind. Eine sogenannte „wirkliche Welt“ können wir nach Nietzsche nicht erkennen; wir sind in einer Welt des Scheins und der Täuschung zuhause, in der es sich lediglich zurechtzufinden gilt. Absolute Wahrheit oder gesicherte Erkenntnis existiert nicht nach Nietzsche.

Einstein hat als moderner Physiker mit der allgemeinen Relativitätstheorie das klassische Weltbild der Physik revolutioniert und einen Paradigmenwechsel innerhalb der Physik herbeigeführt, der das Raum- und Zeitdenken maßgeblich veränderte. Er hat so eine *neue* „Wahrheit / des Raums“ geschaffen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die erkenntnistheoretischen Positionen zum Teil erheblich unterscheiden. Auf Fragen wie: „Ist absolute Wahrheit und Erkenntnis möglich?“, „Wie fungiert der Begriff der Unendlichkeit im jeweiligen Denksystem?“, „Wie ist das Verhältnis von Mensch – Welt – Wahrheit/Erkenntnis einzuschätzen?“, würden die Antworten sehr unterschiedlich, ja widersprüchlich, ausfallen.

Meister dichtet die jeweiligen Philosophien, die unterschiedlichen erkenntnistheoretischen Positionen jedoch in eins; das Ich des Gedichtes rekurriert auf die jeweiligen Inhalte gleichermaßen, und wenn man nun alle extrahierten Bezüge zusammennimmt, ergibt sich ein ganzes Spektrum der bedeutendsten Denker der Geistesgeschichte, die den fundamentalen Fragen nach der Möglichkeit von Wahrheit und Erkenntnis nachgegangen sind. Das Ich hat die verschiedenen Inhalte rezipiert, sein Denken speist sich aus ihnen, doch führt die Unvereinbarkeit der Positionen zu einer gewissen Spaltung des Ichs, beispielsweise wenn es sagt, dass es sich „immer noch“ glauben lässt, obwohl das alte „Recht des Gewölbes“ ausgedient hat und es um die modernen Denker und ihre Positionen weiß.

Alles in Meisters Gedicht scheint „krumm“ oder gebogen: da ist die „krumme Wahrheit / des Raums“, Unendlichkeit wird „[v]om Auge gebogen“, und die Unendlichkeit wiederum „biegt das Eisen“ und vollzieht so, platonisch gesprochen, die Spaltprobe, um Nachahmer der Wahrheit, Sophisten, als solche zu entlarven. Das Paradoxe, will man den Erkenntnisprozess der zweiten Strophe nachzeichnen, ist die Tatsache, dass die Unendlichkeit einerseits „[v]om Auge gebogen“ wird, d. h. ein menschliches oder göttliches Wesen biegt Unendlichkeit, allerdings biegt Unendlichkeit, die das Prädikat „himmlisch“ erhält, wiederum das Eisen und „den Willen, sterblich / ein Gott zu sein.“ Dieser Wille entspricht dem unbedingten Erkenntnistrieb des Menschen. Nach Nietzsche ist der Mensch durch einen Wahrheits- und Erkenntnistrieb ausgezeichnet. Dies ist ein Gedanke, der von Meister aufgegriffen wird: „Es wäre nun von einem Gang zu sprechen. Was ist ein Gang, was Schreiben? Ausdruck eines ‚Grundwillens der Erkenntnis‘ (Nietzsche).“⁵⁷ Wesentlich für den Menschen ist dieser „Grundwille der Erkenntnis“, das Streben nach ‚ungebogener‘ Wahrheit, doch das Streben des Menschen nach absoluter Erkenntnis und Wahrheit, nach Ewigkeit und Vollkommenheit, kann nur ein Streben ohne Ankunft sein, denn uns Menschen zeichnet zwar ein unbedingter Erkenntnistrieb aus, doch bleibt es letztlich bei diesem „Willen, sterblich / ein Gott zu sein.“ Ewigkeit, Unendlichkeit und absolute Erkenntnis gehören in den Be-

⁵⁷ Meister (1989), S. 21.

reich des Göttlichen – doch kann überhaupt noch von einer göttlichen Sphäre ausgegangen werden? Spätestens nach Nietzsches Wort vom „Tod Gottes“ kann diese nicht mehr fraglos angenommen, geschweige denn vorausgesetzt werden. Was ist aus den klassischen Bereichen geworden? In der Regel wird dem Unendlichen das Endliche gegenübergestellt; während Unendlichkeit im Himmel verortet wird, ist das Endliche der Erde zugehörig. So, wie die Unsterblichen in die himmlische Sphäre gehören, weilen die Sterblichen auf der Erde und sind in die Zeit gesetzte Wesen. So ist der Mensch als sterbliches Wesen in die Endlichkeit gesetzt und zur Erde gehörig; er wird sich jedoch aufgrund seines Erkenntniswillens ‚arbeiten‘ am Unendlichen, weil er eine unhintergehbare, zu ihm gehörige Sehnsucht nach Ewigkeit und Vollkommenheit in sich trägt.

In Meisters Gedicht ist es die Unendlichkeit selbst, ausgezeichnet mit dem Prädikat „himmlisch“, die das Eisen biegt, um „Dünnelnachahmer“ der Wahrheit⁵⁸ als solche zu entlarven; die begründende Instanz zur Bestimmung dessen, was wahr ist, gehört demnach in die Sphäre des Himmlischen. Uns Sterbliche zeichnet das Streben nach ‚ungebogener Wahrheit‘ aus, doch es ist nicht nur das Eisen, das die Unendlichkeit biegt, sondern sie biegt auch unseren „Willen, sterblich / ein Gott zu sein“. Durch die Biegevorgänge, auf die wir keinen Einfluss haben, wird uns der Zugang zu absoluter Wahrheit und Erkenntnis im wahrsten Sinne des Wortes ‚verbogen‘. Zwar *wissen* wir von den Bedingungen und (Un-)Möglichkeiten einiges, doch *haben* wir keine gesicherte Erkenntnis. Wir haben verschiedene erkenntnistheoretische Modelle zur Verfügung, auf die sich rekurrieren lässt, die aber einander ausschließen, nicht koexistieren können. So lässt sich sagen, dass die Menschheit im Laufe der Geistesgeschichte diverse Ansätze entwickelt hat wie das Verhältnis zu absoluter Wahrheit und Erkenntnis gedacht werden kann, aber nicht notwendig gedacht werden muss. Verschiedene Denker von der Antike bis heute haben diese Frage unterschiedlich beantwortet, ein Paradigma hat das andere abgelöst. Was uns bleibt, ist diese Errungenschaften der Geistesgeschichte zu archivieren, zu tradieren und immer wieder erneut zu reflektieren. Demnach hat Erkenntnis prozesshaften und keinen statischen Charakter; demnach sind Wahrheit und Erkenntnis nicht absolut zu sehen, sondern eine an Geistesgeschichte gebundene Leistung des Menschen. Deswegen wird jeder Denker, der sich mit den ‚großen Fragen‘ beschäftigt, zunächst lernen, was vor ihm gedacht wurde; er rekurriert zunächst auf bereits gedachte Leistungen aus dem Archiv der Geistesgeschichte. Modelle und Theorien werden im Laufe der Philosophiegeschichte entwickelt, ausgearbeitet, tradiert, reflektiert und gegebenenfalls revidiert und durch andere ersetzt bzw. von anderen abgelöst. Der Mensch ist ein geschichtliches Wesen, hat aber die Möglichkeit der Ignoranz geschichtlicher Prozesse, die zu kennen ihm in Bezug auf Reflexionsvermögen, Orientierung und Identitätsfindung allerdings helfen würden.

⁵⁸ „Dünnelnachahmer“ der Wahrheit heißen die Sophisten bei Platon in der Schleiermacher-Übersetzung des Sophistes-Dialogs. Zu dem Vorwurf, dass die Sophisten Wahrheit lediglich nachahmen, kommt hinzu, dass sie dies mit einem entsprechend eitlen, hochmütigen Gestus tun, so Platon. Der „Dünkel“ bedeutet ihre maßlose Selbstüberschätzung, ihr intellektueller Hochmut, von der vermeintlichen Wahrheit zu sprechen, zu der sie jedoch – nach Platon – gar keinen Zugang haben. Platon würde von einer „krummen Wahrheit“ der Sophisten sprechen.

Das Ich in Meisters Gedicht „Immer noch“ ist kein individuelles, sondern ein über-individuelles, das stellvertretend Errungenschaften aus dem Archiv der Geistesgeschichte verhandelt. Dabei geht es Meister vorzugsweise um jenes geistesgeschichtliche Erbe, das als Glaubensfundament gedient hat bzw. immer noch dient und jenes, das Fragen nach Wahrheit und Erkenntnis verhandelt. Reflektiert wird die Stellung des Menschen heute, seine Fundamente des Glaubens und Wissens, worauf er sich beziehen kann vor dem Hintergrund dessen, was einst gültig war. Insofern liegt dem Gedicht „Immer noch“ ein immanent philosophiegeschichtliches Profil zugrunde.

Literatur

1. Blumenberg (1999a): Hans Blumenberg (Hrsg.), *Paradigmen zu einer Metaphorologie*, Frankfurt am Main 1999.
2. Blumenberg (1999b): Hans Blumenberg, *Metaphorisierte Kosmologie*, in: Hans Blumenberg (Hrsg.), *Paradigmen zu einer Metaphorologie*, Frankfurt am Main 1999, S. 142-165.
3. Gellhaus (1995a): Axel Gellhaus, *Enthusiasmus und Kalkül. Reflexionen über den Ursprung der Dichtung*, München 1995.
4. Gellhaus (1995b): Axel Gellhaus, *Nietzsche: Die Metapher(n) des Dionysischen*, in: Axel Gellhaus, *Enthusiasmus und Kalkül. Reflexionen über den Ursprung der Dichtung*, München 1995, S. 123-155.
5. Hawking (2001): Stephen Hawking, *Das Universum in der Nussschale*, aus dem Englischen von Hainer Kober, München 2001.
6. Kaufmann (1982): Walter Kaufmann, *Nietzsche. Philosoph, Psychologe, Antichrist*, aus dem Amerikanischen von Jörg Salaquarda, Darmstadt 1982.
7. Löwith (1935): Karl Löwith, *Nietzsches Philosophie der ewigen Wiederkehr des Gleichen*, Berlin 1935.
8. Löwith (1953): Karl Löwith, Heidegger. *Denker in dürftiger Zeit*, Frankfurt am Main 1953.
9. Lurker (1991): Manfred Lurker (Hrsg.), *Wörterbuch der Symbolik*, Stuttgart 1991.
10. Meister (1973): Ernst Meister, *Schatten. Mit Lithographien des Autors*, Duisburg 1973 (= Hundertbuch I).
11. Meister (1976a): Ernst Meister, *Im Zeitspalt*, Darmstadt, Neuwied 1976.
12. Meister (1976b): Ernst Meister, *Im Zeitspalt / ein Gedanke gewesen*, in: Ernst Meister (1976a), S. 38.
13. Meister (1979): Ernst Meister, *Wandloser Raum*, Darmstadt, Neuwied, 1979.
14. Meister (1989): Ernst Meister, *Fragment*, in: Ernst Meister, *Prosa 1931 bis 1979*, hrsg. und mit Erläuterungen versehen von Andreas Lohr-Jasperneite, mit einem Vorwort von Beda Allemann, Heidelberg 1989 (= Veröffentlichungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt, 60), S. 19-24.
15. Mittelstraß (2004): Jürgen Mittelstraß (Hrsg.), *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*, 4 Bde., Stuttgart, Weimar 2004.
16. Nietzsche (1999a): Friedrich Nietzsche, *Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden*, Bd. 4: *Also sprach Zarathustra I-IV*, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari. München 1999.

17. Nietzsche (1999b): Friedrich Nietzsche, Götzen-Dämmerung, in: Friedrich Nietzsche, Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, Bd. 6: Der Fall Wagner. Götzen-Dämmerung. Der Antichrist. Ecce homo. Dionysos-Dithyramben. Nietzsche contra Wagner, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, München 1999, S. 55-161.
18. Nietzsche (1999c): Friedrich Nietzsche, Ueber Wahrheit und Lüge im aussermoralischen Sinne, in: Friedrich Nietzsche, Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, Bd. 1: Die Geburt der Tragödie. Unzeitgemäße Betrachtungen I-IV. Nachgelassene Schriften 1870-1873, hrsg. von Giorgio Colli und Mazzino Montinari, München 1999, S. 873-890.
19. Pascal (2002): Blaise Pascal, Gedanken über die Religion und einige andere Themen, hrsg. von Jean-Robert Armogathe, aus dem Französischen von Ulrich Kunzmann, Stuttgart 2002 [Originaltitel: Pensées sur la Religion et sur quelques autres sujets].
20. Platon (1994a): Platon, Politeia, in: Platon, Sämtliche Werke in vier Bänden, Bd. 2: Lysis, Symposion, Phaidon, Kleitophon, Politeia, Phaidros, neu hrsg. von Ursula Wolf, Reinbek 1994, S. 195-537.
21. Platon (1994b): Platon, Sophistes, in: Platon, Sämtliche Werke in vier Bänden, Bd. 3: Kratylos, Parmenides, Theaitetos, Sophistes, Politikos, Philebos, Briefe, neu hrsg. von Ursula Wolf, Reinbek 1994, S. 253-335.
22. Russel (2001): Bertrand Russell, Philosophie des Abendlandes. Ihr Zusammenhang mit der politischen und der sozialen Entwicklung, München, Wien 2001.
23. Shakespeare (1988): William Shakespeare, Hamlet, Prince of Denmark, in: The Complete Works, hrsg. von Stanley Wells und Gary Taylor, Oxford 1988, S. 653-690.
24. Taureck (1995): Bernhard H. F. Taureck, Die Sophisten. Eine Einführung, Hamburg 1995.
25. Taureck (2004): Bernhard H. F. Taureck, Metaphern und Gleichnisse in der Philosophie. Versuch einer kritischen Ikonologie der Philosophie, Frankfurt am Main 2004.
26. Wallmann (1985): Jürgen P. Wallmann, „Dichten ist identisch mit Denken“. Ein Gespräch mit Ernst Meister, in: Helmut Arntzen und Jürgen P. Wallmann, Ernst Meister. Hommage. Überlegungen zum Werk. Texte aus dem Nachlaß, Münster 1985, S. 1-4.
27. Zey (1997): René Zey (Hrsg.), Lexikon der Forscher und Erfinder, Reinbek 1997.

Musikwissenschaft im Rheinland und die nationalistische Idee einer Deutschen Musik

Norbert Jers

1. Musikwissenschaft und ihre Geschichte

1.1 Musiktheorie und Musikhistoriografie

Musikwissenschaft ist eine junge Disziplin – und eine sehr alte. Als Universitätsfach auf geisteswissenschaftlicher Grundlage mit primär historischer Ausrichtung – als Musikgeschichte – ist sie so genannten Schwesterdisziplinen wie Literatur- und Kunstgeschichte nachgefolgt. Charakteristisch dafür, wenn auch seit langem als problematisch erkannt, ist die Übernahme von Epochen- und Stilbezeichnungen: von Renaissance und Barock über Klassik und Romantik bis zu Impressionismus, Expressionismus und Neuer Sachlichkeit. Anselm Gerhard hat die Musikwissenschaft sogar – im Anschluss an Helmuth Plessners *Verspätete Nation*¹ – als *eine verspätete Disziplin*² bezeichnet, vor allem im Hinblick auf die Versäumnisse in der Aufarbeitung ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit: „[...] eine Besinnung auf die späte Geburt des universitären Fachs Musikwissenschaft im aufgeheizten Nationalismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts [kann] nicht oft genug angemahnt werden.“³

Versteht man Musikwissenschaft als Theorie der Musik, so ist sie in der Tat eine sehr alte Disziplin, zudem eine durchaus exponierte. Seit der griechischen Antike wurden die Grundlagen der Musik erforscht. Pythagoras begründete den mathematischen Typus der Musik, der als *Scientia musica* bis zum Ende des Mittelalters vorherrschend blieb. Platon entwickelte eine Lehre vom Ethos der Musik, und Aristoteles reflektierte darüber hinaus ihre ästhetische Dimension. Die *Theoria* (Betrachtung) nahm über viele Jahrhunderte den Vorrang ein gegenüber der *Praxis* (dem Musizieren). Ein schönes Zeugnis dafür gibt uns um die erste Jahrtausendwende Guido von Arezzo, der Erfinder der Notenschrift auf Liniensystemen:

„Musicorum et cantorum magna est distantia:
Isti dicunt, ille sciunt, quae componit musica.
Nam qui facit, quod non sapit, diffinitur bestia.“

„Der Abstand zwischen den musici und den cantores ist groß.
Die cantores singen, die musici wissen, was die Musik zusammenhält.
Wer aber macht, was er nicht versteht, wird Vieh genannt.“⁴

Das mittelalterliche Bildungssystem der *Septem artes liberales* umfasste als einzige künstlerische Disziplin die Musik, und zwar nicht innerhalb der propädeutisch verstandenen

¹ Plessner (1959).

² Gerhard (2000); vgl. Gerhard (2002), S. 182.

³ Gerhard (2000), S. 21.

⁴ Konrad (2007), S. 26.

sprachlich-philosophischen Fächer des *Triviums* (Grammatik, Rhetorik, Dialektik), sondern bei den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen des *Quadriviums* (Arithmetik, Geometrie, Astronomie und eben Musik). Im Mittelalter lassen sich zwei Hauptrichtungen feststellen, Musik zu definieren: Die eine nimmt die *Ratio*, die Klangberechnung, zum Ausgangspunkt: „Musica est scientia, quae de numeris loquitur“ (bei Cassiodor, 5. Jh., u. a.), die andere fußt auf dem *Sensus*, der Klangempfindung: „Musica est scientia bene modulandi“ (bei Augustinus, 4. Jh., u. a.).⁵ Die für das gesamte Mittelalter wichtigste Klassifikation bzw. Unterteilung der Musik stammt von Boetius (um 500): *Musica mundana* (Harmonie des Weltalls, Makrokosmos), *Musica humana* (Harmonie des Menschen, Mikrokosmos), *Musica instrumentalis* (klingende Musik und Musiklehre).

Im Übergang zur Neuzeit vollzog sich die Verknüpfung von *Musica theórica* und *Musica practica* zur *Musica poetica*: als Kompositionslehre, als musikalische Rhetorik und Affektenlehre. Einer der bedeutendsten Repräsentanten dieses Epochenwandels in der Renaissance war der Schweizer Humanist Heinrich Glareanus, der von 1506 bis 1514 in Köln studierte und lehrte.

Seit dem 18. Jahrhundert wird Musik als eine der *Schönen Künste* aufgefasst, und ihre Erforschung tritt vor allem als Musikgeschichte und Musikästhetik in den Kreis der Kultur- und Geisteswissenschaften ein. Die Anfänge der Musikgeschichtsschreibung, auch eine Frucht der Aufklärung, beruhen auf der Entfaltung eines historischen Bewusstseins, besonders ausgeprägt etwa in der romantischen Begeisterung für das Mittelalter. Das Hauptinteresse liegt in einer Erweiterung – auch Korrektur – des Konzertrepertoires, später in philologischen Bemühungen um musikalische Denkmäler und schon früh auch in der Pflege des nationalen Erbes. So lässt Johann Nikolaus Forkel, der erste neuzeitliche Universitätsmusikdirektor (seit 1779 in Göttingen) die erste musikhistorische Bach-Monografie (*Für patriotische Verehrer echter musikalischer Kunst*) im Jahre 1802 mit dem Appell enden: „Und dieser Mann – der größte musikalische Dichter [...] – war ein Deutscher. Sey stolz auf ihn, Vaterland [...]!“⁶

Die Pioniere der Musikwissenschaft im 19. Jahrhundert besaßen ihr Fundament wie selbstverständlich in der Musikpraxis. Als Wissenschaftler, die sich der Musik widmeten, gingen sie aber nicht aus der Historie hervor, sondern als bedeutende Vertreter aus ganz anderen Disziplinen. Um nur drei Beispiele aus dem westdeutschen Raum zu nennen: Die Programmschrift zur Wiederbelebung alter Musik und Vorbereitung der cäcilianischen Kirchenmusikreform *Über Reinheit der Tonkunst* (1825) stammte von dem berühmten Heidelberger Juristen Anton Friedrich Justus Thibaut; die erste groß dimensionierte Musiker-Monografie überhaupt – über Mozart – schrieb der Altertumsforscher Otto Jahn in seiner Bonner Zeit (1855-1869); und das Fundament der modernen Systematischen Musikwissenschaft (*Die Lehre von den Tonempfindungen als physiologische Grundlage für die Theorie der Musik*, 1863) legte der Physiologe und Physiker Hermann von Helmholtz, der ab 1855 in Bonn und 1858 dann in Heidelberg lehrte.

⁵ Hüsch (1949), Sp. 698 f.

⁶ Forkel (1802), S. 124.

1.2 Universitäre Musikwissenschaft im Rheinland

Betrachtet man die Frühgeschichte der neuzeitlichen universitären Musikwissenschaft – die für lange Zeit eine Domäne der deutschsprachigen Länder gewesen ist –, so gerät unausweichlich das Rheinland in den Blick, speziell Bonn mit seiner 1818 wieder gegründeten *Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität*. Hier wurde Heinrich Carl Breidenstein, der seit 1822 als Universitätsmusikdirektor wirkte, nach einer Probevorlesung *Über den gegenwärtigen Stand der Musikwissenschaft* 1823 als Dozent und 1826 als erster Professor mit einer musikwissenschaftlichen Lehrkanzel betraut, die er bis 1876 wahrnahm. Es sollte aber noch Jahrzehnte dauern, bis unter der Leitung von Ludwig Schiederemair 1919 förmlich das Musikwissenschaftliche Seminar und ein Jahr später ein Ordinariat eingerichtet wurde. Schiederemair kam aus Bayern, entwickelte sich jedoch bald zum leidenschaftlichen Rheinländer; er gründete das Beethoven-Archiv und die Arbeitsgemeinschaft für rheinische Musikgeschichte, wurde auch der wichtigste Autor für die Musikalische Regionalforschung im Rheinland.

Mit Verzögerung etablierte die Universität zu Köln die Musikwissenschaft; 1920 beauftragte sie den Privatdozenten Ernst Bücken, der aus Aachen stammte, mit dem Aufbau eines Instituts und ernannte ihn 1925 zum außerordentlichen Professor. Aus Gründen, die gewiss mit Bückens Person zusammen hingen, richtete die Universität erst 1932 ein Ordinariat ein, das dem bereits in Leipzig erfolgreichen Theodor Kroyer übertragen wurde. Daneben spielte spätestens seit der Erhebung des Kölner Konservatoriums zur Musikhochschule im Jahre 1925 die dortige Musikwissenschaft in der Ausbildung von Musikern und Musikpädagogen aller Art eine nicht unbedeutende Rolle.

2. Deutsche Musik als zentraler Gegenstand⁷

Einen zentralen Gegenstand der Musikwissenschaft bildete in den 1920er bis 1940er Jahren die Erforschung und Bestimmung Deutscher Musik. Michael Alt leitete 1936 sein Büchlein *Deutsche Art in der Musik* folgendermaßen ein:

„Den vergangenen Zeiten des Liberalismus war die Kunst, vorab die Musik ein Weltgut. [...] Bis zu einem gewissen Grad mag das gelten, aber ihr tiefstes Wesen offenbart die Musik doch nur dem Menschen, der mit ihr gleicher Herkunft ist, gleicher völkischer Art entstammt.“⁸

Nun war dies beileibe nicht der Auftakt zur Untersuchung deutschen Wesens in der Musik, auch wenn Alt meinte, dass die Musikwissenschaft „sich bisher nur am Rande mit diesen national so wichtigen Fragen befaßt“ habe.⁹ Schon im 18. Jahrhundert wurde über die Eigenart deutscher Musik nachgedacht, zunehmend dann im Aufblühen des Nationalbewusstseins im 19. Jahrhundert, insbesondere bei Richard Wagner, und mit

⁷ Die folgenden Betrachtungen fußen auf einem größeren Beitrag des Autors von einem Symposium der Arbeitsgemeinschaft für rheinische Musikgeschichte am 29. September 2007 in Köln; sie stimmen in Teilen mit diesem Text überein. Vgl. Jers (2008b).

⁸ Alt (1936), S. 3.

⁹ Ebenda.

neuer Intensität nach dem Ersten Weltkrieg, jetzt auch von Seiten der Musikwissenschaft. Ein deutliches Signal setzten die Reichsmusiktage 1938 in Düsseldorf (in deren Zusammenhang auch die Ausstellung *Entartete Musik* im Kunstpalast eröffnet wurde): Bei der Festsitzung anlässlich der Musikwissenschaftlichen Tagung am 27. Mai 1938 sprach Friedrich Blume über *Musik und Rasse*, und Joseph Müller-Blattau leitete die Arbeitsgruppe *Deutsche Musik*.¹⁰ Die Fülle einschlägiger Veröffentlichungen lässt den Schluss zu, dass *Deutsche Musik* nicht nur eine bevorzugte Idee dieser Zeit gewesen ist, sondern ein informelles nationales Projekt, an dem viele Musikwissenschaftler und -schriftsteller Anteil genommen haben. Im Kontext der Wissenschaftsgeschichte im Rheinland stellt sich auch die Frage, wie die Musikalische Regionalforschung und eine auf das Deutschtum konzentrierte Musikwissenschaft sich zueinander verhielten.

Fragt man nach den an der Konstruktion Deutscher Musik beteiligten Musikforschern aus dem engeren Rheinland,¹¹ so nimmt zweifellos Ernst Bücken (1884-1949) die führende Rolle ein. Der Schüler von Adolf Sandberger in München gilt als der Gründer des Musikwissenschaftlichen Instituts der Universität Köln, wo er sich 1920 habilitierte, 1925 zum außerordentlichen Professor ernannt wurde und bis zum Kriegsende lehrte. Aus Bückens Schülerkreis sind zu nennen Walter Berten (1902-1956), der neben anderen Aufgaben vornehmlich als Musikpublizist tätig war, und Michael Alt (1905-1973), dessen beruflicher Schwerpunkt, vor allem in der Nachkriegszeit, in der Musikpädagogik lag. Der Kölner Ordinarius der Jahre 1939-1970, Karl Gustav Fellerer (1902-1984), kann hier weitgehend ausgeklammert werden, da er trotz seiner Affinitäten zum Nationalsozialismus und umfassender Publikationstätigkeit nicht explizit die Idee einer Deutschen Musik verfolgte. Seine wegweisende Arbeit für die rheinische Musikgeschichte setzte publizistisch intensiv erst nach dem Kriege, als Schiedermaier abtrat, ein.¹²

Zwei wichtige Persönlichkeiten aus unserem Zusammenhang prägten in der NS-Zeit die Kölner Musikhochschule: Karl Hasse (1883-1960), der 1919 Universitätsmusikdirektor in Tübingen wurde und 1923 das Musikwissenschaftliche Seminar gründete, bevor er 1935 als Direktor der Musikhochschule nach Köln kam; und Hermann Unger (1886-1958), promovierter Altphilologe und Komponist, wie Hasse Schüler Max Regers, später auch Vertrauter von Hans Pfitzner; er lehrte seit 1919 am Kölner Konservatorium, 1921 auch als Lektor an der Universität, wurde 1927 Professor an der Musikhochschule und 1936 ihr stellvertretender Direktor.

Ein führender Kopf unter den Musikforschern unseres Betrachtungszeitraums war gewiss Ludwig Schiedermaier (1876-1957). Der erste Bonner Ordinarius und Institutsdirektor von 1920 bis 1946, ausgewiesener Mozart- und Beethoven-Forscher, erwies sich u. a. durch die Gründung des Beethoven-Archivs 1927 auch als organisatorisches Talent. Zehn Jahre später wurde er zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Musikwissenschaft – nicht gewählt, sondern gemäß dem Führerprinzip von seinem Vorgänger Arnold Schering ernannt. Seine zahlreichen Veröffentlichungen, die teilweise auch dem Zeitgeist Rechnung tragen, gipfeln in der großen Abhandlung zur deutschen

¹⁰ Vgl. Potter (1993).

¹¹ Vgl. das Verzeichnis der Quellen-Schriften am Ende des Beitrags.

¹² Vgl. Jers (2002).

Oper (1930, mit Neuauflagen 1940 und 1943). Eine Sonderrolle in den Jahren um 1930 nimmt Peter Raabe (1872-1945) ein: gewiss die prominenteste Persönlichkeit des Musiklebens unter allen Genannten. Von Hause aus Dirigent, auch Liszt-Forscher, seit 1920 erfolgreicher Generalmusikdirektor in Aachen, wurde er 1935 durch Joseph Goebbels als Nachfolger von Richard Strauss in das Amt des Präsidenten der Reichsmusikkammer berufen.

Es soll nicht darauf verzichtet werden, auch die namhaften Musikforscher der Zwischenkriegszeit aus dem Rheinland wenigstens zu benennen, die sich – soweit ihre Schriften erfasst werden konnten – nicht an dem nationalistischen Projekt einer Deutschen Musik beteiligt haben: Von der Kölner Universität der renommierte Theodor Kroyer, erster Ordinarius des Musikwissenschaftlichen Instituts von 1932 bis 1938, sein Assistent Walter Gerstenberg sowie der Schiedermaier-Schüler und wichtige Autor für die Musikalische Regionalforschung Willi Kahl; von der Kölner Musikhochschule der publikationsfreudige Paul Mies und der in erster Linie als Komponist wirkende Heinrich Lemacher; vom Musikhistorischen Museum Georg Kinsky, der ab 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung verfolgt wurde. Aus Schiedermaiers bedeutendem Schülerkreis sind weiterhin zu nennen der bereits 1929 nach Breslau und später nach Mainz berufene Arnold Schmitz, Schiedermaiers Nachfolger Joseph Schmidt-Görg sowie Theodor Anton Henseler; schließlich der bedeutende Leo Schrade, der von 1932 bis 1937 in Bonn lehrte, bevor er in die USA emigrierte.

In dem folgenden Überblick will ich – notwendigerweise verkürzt – versuchen, Kernaussagen zur Denkfigur einer Deutschen Musik aus den einschlägigen Schriften herauszulesen, zu klassifizieren und behutsam zu kommentieren, zusammengefasst in zehn Thesen.

2.1 Die Frage nach der Deutschen Musik ist nicht primär eine historische, sondern eine aktuell-politische

Bei der Sitzung der Deutschen Gesellschaft für Musikwissenschaft am 21. Juni 1935 erschien auch Herbert Gerigk, als Leiter der Hauptstelle Musik im *Amt Rosenberg* und Mitverfasser des *Lexikon der Juden in der Musik* einer der einflussreichsten Nationalsozialisten im Musikleben. Er forderte von den Musikwissenschaftlern Beiträge zu aktuellen, zeitnahen Themen, worauf sich eine kontroverse Diskussion mit dem Vorsitzenden Arnold Schering und anderen entwickelte.¹³ Gerigks Forderung wurde von rheinischen Musikhistorikern, zum Teil in vorseilendem Gehorsam, erfüllt – besonders gründlich von Ernst Bücken. Dieser begreift in seiner *Deutschen Musikkunde* „den großen Problembereich vom Wesen der musikalischen Deutschheit bis zu den Fragen einer nationalen Musikpolitik“ als Einheit.¹⁴ Sein Buch zielt mit der politischen Fragestellung – aus der „Stoßkraft unseres nationalen Willens, unseres rassistischen Impulses“ – nicht nur auf Werke und Komponisten, sondern allgemeiner auf Formen und Stile: „Was ist an ihnen deutsch?“; worauf es ihm ankommt, ist eine „Gegenwartswertung der deutschen Musik

¹³ Vgl. Adrio/Schering (1935).

¹⁴ Bücken (1935), S. 5.

und des Deutschen in der Musik nach unseren wesentlichen heutigen Forderungen und Gesichtspunkten“.¹⁵

Walter Berten stellt sich mit seinem 1933 erschienenen Buch *Musik und Musikleben der Deutschen* sehr schnell auf die Anforderungen der neuen Zeit ein. Seine Programmatik lautet: „Musik ist nicht nur eine künstlerische Aufgabe, auch eine menschliche.“¹⁶ So fordert er für die Entwicklung einer nationalen Musikkultur die „Einheit von Qualität und Gesinnung“.¹⁷ Das politische Anliegen verbindet sich für ihn mit einem religiösen; in einer Art Leitgedanken sieht er Deutsche Musik verwirklicht im Mythos des Göttlichen und Völkischen, damit wohl einer großen Täuschung durch Hitlers pseudoreligiöse Inszenierungen und Verheißungen erliegend.

Unmissverständlich bringt Michael Alt seine aktuell-politische Absicht, *Deutsche Art in der Musik* zu erforschen, zum Ausdruck: „In unserer Zeit wird das uralte Wissen um die innigen Zusammenhänge zwischen Staat und Kunst, der Musik insbesondere, wieder lebendig.“ Wo es ideologisch passt, recurriert er auf die alten Kulturen Chinas und Griechenlands:

„Aus dem gleichen völkischen Verantwortungsbewußtsein [wie in China] stammt die strenge Forderung Platons im ‚Staat‘, die Musik der unmittelbaren Aufsicht des Staates zu unterstellen, da von ihrem Ethos der Bestand des Staates abhängt.“

Für Alt schließt sich der Kreis von historischer deutscher Musik über ein wieder erstarktes Deutschland zu neuer nationaler Kunst:

„Letzthin politischer Natur ist also die Forderung des Tages, dem deutschen Wesen in der Musik nachzuspüren, um aus den sich rundenden Erkenntnissen mehr und mehr das allen deutschen Jahrhunderten gemeinsame Bild eigener Musikart zu gewinnen, als eine geistig-sittliche Kraft, die alle Überfremdung endgültig beseitigt und aus der die neue deutsche Musik gezeugt werden soll.“¹⁸

Hermann Ungers Quellensammlung, eine umfangreiche *Musikgeschichte in Selbstzeugnissen*, hebt im Vorwort zur Neuauflage 1940 ausdrücklich auf ihre aktuelle Funktion ab. Der erste Satz des Autors lässt schon Schlimmes befürchten: „Die Ausmerzungen und Neueinfügungen dieser Neuauflage beziehen sich in der Hauptsache auf den, der Gegenwart gewidmeten letzten Abschnitt.“ Präzise nennt er die aktuelle geistige Grundlage seiner Schrift und deutet auch schon vage die schrecklichen Konsequenzen der Verabsolutierung des Deutschtums an:

„[...] führte der Blick auf den nationalsozialistischen Umbruch dazu, dem Ganzen das eigentliche Ziel und den inhaltlichen wie formalen Abschluß zu geben und Probleme in ihrer letzten Konsequenz zu zeigen, die vorher nur angedeutet wurden und deren Lösung nur erhofft werden konnte.“¹⁹

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Berten (1933a), S. 5.

¹⁷ Berten (1933a), S. 10.

¹⁸ Alt (1936), S. 5 f.

¹⁹ Unger (1940a), S. 5.

Karl Hasse erhielt bereits im Juli 1933 großes Lob von höherer Stelle für sein musikpolitisches Engagement. Im Geleitwort zu seiner Aufsatzsammlung *Vom deutschen Musikleben* schrieb Staatskommissar Hans Hinkel, führend im *Kampfbund für deutsche Kultur*:

„Uns alten Nationalsozialisten, die wir vom Anbeginn der deutschen Freiheitsbewegung im Kampfe für unsre Kultur unseren Mann standen, war Karl Hasse von je treuer Kamerad und Kampfgenosse. [...] Wie wenige focht er in Deutschland für deutsche Musik gegen all jene, die heimat- und wurzellos und ohne Herz die ‚Musik des Deutschlands von 1918‘ machen wollten.“²⁰

2.2 Deutsche Musik – als Inbegriff des Deutschtums – dient dem Aufbau des nationalsozialistischen Staates und profitiert von ihm

Aufbruch und Zuversicht bestimmen den Tonfall der einschlägigen Schriften. Ob – wie vor allem zu Beginn der NS-Diktatur – die Hoffnung auf kulturellen Aufschwung durch politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität die Autoren beflügelt, oder ob – zumal in den späteren Kriegsjahren – der sich selbst täuschende Durchhaltewille, verbunden mit der Angst vor dem Vorwurf des Defätismus, dominiert, ist schwer zu entscheiden. Immer wieder klingt die Überzeugung durch: Die Zukunft gehört einer siegreichen deutschen Kultur, und die Entfaltung der Deutschen Musik korrespondiert mit dem Aufbau der Nation und des *Neuen Menschen*.

Schon im August 1933 feiert Bücken den *Durchbruch des Nationalen in der deutschen Oper*:

„Die Zeit ist gekommen, da die Verwirklichung des großen nationalen Wagnerplanes [Wagner als „Erfüller der deutschen Opernschnucht“] Vorbedingungen gefunden hat, günstig wie nie zuvor.“²¹

Auch Peter Raabe begrüßt den Führer im Oktober 1933 mit dankbaren Worten: „Unter allen Leitern der deutschen Politik hat sich noch niemand mit solcher Wärme für die Pflege und Förderung der deutschen Musik eingesetzt, wie Adolf Hitler.“²² Und seine Zuversicht scheint auch drei Jahre später ungebrochen, wenn er zwar einräumt, dass die „Wiedergeburt der Hausmusik“ an finanzielle Grenzen des Staates stößt –

„Aber es handelt sich um eine heilige Sache, um die Sache der deutschen Seele, und ist wohl auch nur daran zu denken, daß im neuen Deutschland, in dem Deutschland Adolf Hitlers eine heilige deutsche Sache an der Geldfrage scheitern könnte?“²³

Hasse leitet seine Aufsatzsammlung 1933 mit der Bemerkung ein, dass es jetzt nicht so sehr auf „wissenschaftliche Besinnung“ ankomme als auf ein „neues Erfassen und Erleben der kulturell aufbauenden Kräfte, die in der deutschen Musik enthalten sind“.²⁴ Er

²⁰ Hinkel (1933), S. 3.

²¹ Bücken (1933), S. 109.

²² Raabe (1936), S. 9.

²³ Raabe (1936), S. 71 f.

²⁴ Hasse (1933), S. 7.

glaubt auch, dass die Deutsche Musik in der nächsten Zeit eine ähnliche Aufgabe zu erfüllen habe, wie sie im Dreißigjährigen Krieg „die Seele des Volkes durch alle Anfechtungen hindurchführen und vorm Untergang retten“ konnte.²⁵ Die Perspektive eines kommenden Krieges tritt schon deutlich hervor.

Besonders hoffnungsfroh gibt sich Walter Berten in seinem Buch; dabei sieht er entscheidende geistige Schritte schon vollzogen und hat für die Wende, d. h. die Machtübernahme der Nationalsozialisten, eine quasi geschichtsphilosophische Deutung zur Hand:

„Wie der Mensch zu ursprünglichem, reinem Daseinssinn zurückgeführt werden mußte (es geschah durch die Gewalt tiefer innerer und äußerer Nöte, die schließlich die rettenden Not-Wendigkeiten bewirkten), so war es für eine Rettung der Kunst und für ein neues Werden der Musik von höchster Wichtigkeit, daß sich die Musik wieder ihres reinen ursprünglichen Sinns bewußt wurde: Musik und nicht ‚Literatur‘ zu sein.“²⁶

Der Seitenhieb gilt hier – auf dem Hintergrund der zentralen Kontroverse des 19. Jahrhunderts zwischen *Formal-* und *Inhaltsästhetik* – der als überwunden angesehenen Position von *Programm-Musik*, also Musik auf literarischer Grundlage. Berten verknüpft sein Ideal *Absoluter Musik* mit der verqueren Vorstellung von der Reinheit Deutscher Musik.

Nach Bertens Verständnis ist

„Deutsche Musik [...] tönende Gestalt deutschen Wesens, kündend in einer Sprache, die jeder begreift. Deutsche Musik ist Spiegel höherer Ordnung deutschen Schicksals.“²⁷ Auch bei Raabe herrscht diese Auffassung: „Die reinste Verkörperung des Begriffes ‚Deutschtum‘ ist ja die deutsche Musik.“²⁸

Hasse befindet sich mit seiner Formulierung noch näher an der Parteidoktrin:

„Die deutsche Musik ist die reinste künstlerische Darstellung und Offenbarung dessen, was zu innerst deutsch ist. Deutsche Grundsätze für den Aufbau einer Musikpflege und nationalsozialistische können nur die gleichen sein [...] wie es uns der Führer lehrt und vorlebt [...]“²⁹

Demnach ragt Deutsche Musik nicht nur unter allen Künsten hervor, sondern ist berufen, das Deutschtum als solches zu repräsentieren. Man muss nicht sehr weit spekulieren, um daraus zu folgern: Wenn denn Deutsche Musik Weltgeltung besitzt – wie unter diesen Autoren unbestritten –, dann kann wirklich auf dem Wege über die Musik *am deutschen Wesen die Welt genesen* (nach Emanuel Geibels Gedicht *Deutschlands Beruf*, 1861).

²⁵ Hasse (1933), S. 19.

²⁶ Berten (1933a), S. 74.

²⁷ Berten (1933a), S. 7.

²⁸ Raabe (1936), S. 16 f.

²⁹ Hasse (1934b), S. 274.

2.3 Deutsche Musik folgt zentralen Prinzipien der NS-Ideologie

Wenn der Musik keine Existenz abseits der Politik zukommt – trotz der verzweifelten Versuche mancher Autoren, Reste von Autonomie zu bewahren –, dann herrschen auch in der Kunst die Gesetze des diktatorischen Regimes. An erster Stelle steht hier die Anwendung des Führerprinzips. Für ein „neues Musikleben im Volk“ wird nach Bertens „eine machtvolle, kluge und von allen guten Geistern des Musischen gesegnete Führung [...] notwendig und fruchtbar“.³⁰ Der allgegenwärtige Begriff der *Musikpolitik*, d. h. eine „sinngiebende und ordnende Führung des Musiklebens“, impliziert, „die Kräfte zu bekämpfen, die sich ihr entgegenstellen“. Bertens gibt dabei der Fantasie zu weitergehenden Konsequenzen Raum, wenn er bekräftigt, wie jede Politik habe „auch das Programm der Musikpolitik seine bejahend-wirkenden und verneinend-ablehnenden Punkte“.³¹ Die Vorstellung einer „von allen guten Geistern des Musischen gesegneten Führung“ ließ sich durchaus auf die Person Adolf Hitlers übertragen, der sich nicht nur als politischer Führer, sondern auch als größter Künstler der Nation verstand und entsprechend verehrt wurde. (Eine Versammlung deutscher Komponisten im Jahre 1936 pries Hitler ausdrücklich als „ersten Künstler unserer Nation“.³²)

Musik und Musikleben bedurften aber nicht nur der politischen Führung, sondern der Künstler selbst sei „Führer des Volks und ein vom Volk Geführter; da er, der Schöpfer, aus den Quellen des Volks, seiner Zeit schöpft, ist sein Werk Lob oder Gericht über Volk und Zeit.“³³ Hasse präzisiert: „Nur der Meister soll Führer sein. Eine deutsche Musikkultur ohne oder gar gegen die großen Meister aufbauen zu wollen, bedeutet einen Rückfall ins Demokratische [...]“.³⁴ Und die schon in der Pädagogik der 1920er Jahre gepflegte Gemeinschaftsideologie wird nahtlos integriert:

„Sind keine Führer da [...], so kann sich auch keine innere und umfassende Gemeinschaft bilden. [...] Ein Gemeinschaftsmusizieren kann nie zum Erleben der wahren deutschen Volksgemeinschaft führen, wenn es immer grundsätzlich allem solchen Führertum aus dem Wege geht.“³⁵

Einen Markstein nationalsozialistischer Kulturpolitik, verantwortet durch Propagandaminister Joseph Goebbels, bildete das im November 1936 ausgesprochene Verbot journalistischer Kunstkritik. Der Erlass verfügte, dass an die Stelle üblicher Kunstkritik der Kunstbericht zu treten habe, der Kritiker durch den so genannten Kunstschriftleiter ersetzt werde, statt Wertung Darstellung und Würdigung gefragt sei.³⁶ Wenn man Bertens Betrachtungen zur Musikkritik liest, dann scheint hier Goebbels' Verbot vorweggenommen zu sein. Seine Forderung lautet: Musikkritik muss zur Musikpolitik werden; der Kritiker trage Verpflichtung und Verantwortung für das kulturelle Leben mit und werde

³⁰ Bertens (1933a), S. 269.

³¹ Bertens (1933a), S. 266 f.

³² Riethmüller (1981), S. 278.

³³ Bertens (1933a), S. 219.

³⁴ Hasse (1934a), S. 7 f.

³⁵ Hasse (1934b), S. 279.

³⁶ Vgl. Brenner (1963), S. 108, 202.

zum Vermittler zwischen Kunst, Künstler und Volk. Insofern ist er ideologisch gesteuert von der einen zentralen Kulturpolitik.³⁷

Raabe entwickelt diesen Gedanken ebenfalls schon im Februar 1934, bei der ersten Arbeitstagung der zu dieser Zeit noch von Richard Strauss geleiteten Reichsmusikkammer. Man denke nicht: „Die Kritik ist ein Übel, das abzuschaffen aber unmöglich ist.“ Denn der nationalsozialistische Staat frage nur danach, „ob eine Sache für das Volk und sein Bestes nötig ist oder ob es ihm vielleicht schadet“.³⁸ Raabe bekräftigt seine Perspektive mit dem Hinweis, dass der Reichspräsident durch die *Verordnung zum Schutz von Volk und Staat* im Februar 1933 auch die von der Verfassung garantierte freie Meinungsäußerung aufgehoben habe. Das Hauptmotiv des Dirigenten Raabe scheint jedoch, im Unterschied zum Publizisten Berten, die für Kunst und Künstlerschaft „unerträgliche und unwürdige Bürde“ der Tageskritik zu sein.³⁹

So sehr der Nationalsozialismus das Deutschtum kultivierte, ja verabsolutierte, so konsequent machte er *Internationalismus* zum Schimpfwort; denn internationale Orientierung wurde des Verrats verdächtigt. Die auf Deutsche Musik fixierte Musikgeschichtsschreibung übernimmt die ablehnende Haltung, indem sie, wie Bücken, z. B. die deutsche Rezeption der italienischen Oper des Barock als „erste Kultursünde“ brandmarkt,⁴⁰ die eine „fremdmusikalische Überkrustung“ bewirkt habe⁴¹ und die „Befreiung vom ausländischen Musikjoche“ erfordere.⁴² Bei anderen Gelegenheiten mahnt Bücken die Zeitgenossen, nicht zu vergessen des „Hauptirrtums von der falschen Internationalität der Musik, der sich tief in das deutsche Musikempfinden eingefressen hatte“⁴³ und prangert die „üble Ausländerei [...], die Sucht des Nachahmens und Nachäffens“ an.⁴⁴ Hermann Unger beruft sich gerne auf Hitler selbst, um jeder Vorstellung von Musik als einer *Sprache der Welt* den Garau zu machen:

„Und schließlich hat der Führer in dem deutschen Volke inzwischen wieder den Stolz auf seine Abkunft, auf seine Heimat und Geschichte geweckt und damit allem internationalen Wahne von der Musik als einem künstlerischen Esperanto den Boden entzogen.“⁴⁵

(Am Rande sei hier noch Reinhold Zimmermann erwähnt, der im Nebenberuf tätige, bis in die Kriegsjahre hinein außerordentlich fleißige Aachener Musikpublizist, der schon 1920 mit antisemitischen Ausfällen gegen den *Geist des Internationalismus in der Musik* wetterte.⁴⁶)

³⁷ Berten (1933a), S. 260-264.

³⁸ Raabe (1935), S. 60 f.

³⁹ Raabe (1935) S. 61.

⁴⁰ Bücken (1934), S. 8.

⁴¹ Bücken (1937), S. 4.

⁴² Bücken (1934), S. 9.

⁴³ Bücken (1935), S. 9.

⁴⁴ Bücken (1937), S. 131.

⁴⁵ Unger (1940b), S. 53.

⁴⁶ Zimmermann (1920); vgl. Jers (2005), Jers (2008a).

2.4 *Deutsche Musik muss sich gegen innere und äußere Feinde wehren*

Die sich als Musikpolitiker verstehenden Konstrukteure einer Deutschen Musik fühlen sehr stark die Notwendigkeit, zwischen Freund und Feind zu unterscheiden, um einen vermeintlich gesicherten musikalischen Boden schaffen zu können. Sie stehen in den Jahren um 1930 einerseits noch unter dem Eindruck des verlorenen Ersten Weltkriegs und des so genannten *Versailler Friedensdiktats*, infolgedessen auch kultureller Isolation, andererseits bewegen sie sich im Umfeld der Bemühungen um eine *Wiederaufrichtung* Deutschlands und seiner Musikkultur. Dabei steht die Abgrenzung gegenüber dem Fremden stets im Vordergrund, und in einem ständig polarisierenden Denken mischen sich musikalische Aversionen mit völkischen Ressentiments.

Innermusikalische Phänomene, Richtungen und Genres, die angeblich auf eine Deutsche Musik fremd oder schädlich wirken, sind etwa der musikalische Impressionismus, dessen Gebilden Bücken Distanz zur Welt vorwirft,⁴⁷ der Expressionismus, der nicht an den *gesunden Menschenverstand* appelliere,⁴⁸ und der Konstruktivismus, dem er Ausdrucksfeindlichkeit vorhält.⁴⁹ Er bezeichnet vor allem die beiden letzteren als „krankhafte Erscheinungen“, durchweg von Juden erfunden.⁵⁰ Unger versteht es, das Feindbild des überwundenen *Liberalismus* in einem Satz zusammenzufassen, nämlich dass man „das Prominententum und im engen Zusammenhänge hiermit die Ausländerei, die Verjudung und weiter die Verödung der Programme auf der einen Seite, die kunstwidrige Sucht nach Sensationen und Uraufführungen oder Massenveranstaltungen auf der andern pflgte“; aber inzwischen habe der Führer dafür gesorgt, den „gesunden Instinkt unserer Bewegung und damit auch der deutschen Musik in Schutz zu nehmen vor den Räubern und Einbrechern einer fremden Staats- und Kulturauffassung“.⁵¹

In Hasses Analyse der *Verfallszeit* spielen die Bemühungen der Historischen Auführungspraxis und der Reformpädagogik, etwa der Jugendmusikbewegung, eine besondere Rolle. Durch sie hätten sich „anstelle des Schöpferischen und der natürlichen Weiterentwicklung das Intellektuelle und Doktrinäre in der Musikpflege“ breit gemacht, „destruktive und nivellierende Kräfte“, die „die neue Musikart“ (?) verbreiten und wirtschaftlich nutzen konnten.⁵² Und dann folgen in Hasses Text die von den Nationalsozialisten bevorzugten vernichtenden Schlagworte:

„Die Nachkriegsentwicklung war so recht geeignet, einem zersetzenden Intellektualismus auch in der Musik Raum zu schaffen. [...] Dieses Nivellieren geschah erst als Demokratisieren, schließlich als Bolschewisieren.“⁵³

Seine letzte Schlussfolgerung lautet:

⁴⁷ Bücken (1935), S. 103.

⁴⁸ Bücken (1924b), S. 162.

⁴⁹ Bücken (1935), S. 103; vgl. Bücken (1937), S. 450 f.

⁵⁰ Bücken (1941a), S. 294.

⁵¹ Unger (1939), S. 365 f.

⁵² Hasse (1933), S. 11.

⁵³ Hasse (1933), S. 13.

„Das Zersetzende gilt es auch nicht nur zu meiden, sondern zu bekämpfen. Wer es in seiner Natur, d. h. in seiner Rasse hat, der kann nicht als geeignet betrachtet werden, am Neuaufbau der deutschen Kultur mitzuarbeiten.“⁵⁴

Ein anderes typisches Klischee bedient Hasse mit der Kritik an der angeblich beherrschenden Position hoch bezahlter ausländischer Virtuosen, die den deutschen Musiker mit seiner „künstlerischen Mission“ im „Dienst einer höheren Kulturidee“ verdrängt hätten.⁵⁵ Dass der Bereich der Populärmusik, vor allem amerikanischer Provenienz, höchst verdächtig ist, verwundert kaum. Bei Raabe ist dies beinahe ein Dauerthema seiner konservativen Kulturkritik. Bücken verurteilt die „Tanzseuche“ als Zeichen einer „Verfallsepoche“, den andauernden „Import neuer exotischer Tänze und Schlager“ und die damit einhergehende „Jazzwelle“.⁵⁶ Michael Alt beklagt, dass „deutsches Gut den eindringenden Mächten der Zersetzung preisgegeben“ wird. [...] „Deutschland ergibt sich dem wilden, entehrenden Rausch der Niggermusik [...]“.⁵⁷

2.5 Die Geschichte der Deutschen Musik ist Kampf um Überleben, Eigenständigkeit und Vorherrschaft – auf dem Weg zur „Weltgeltung“

Einer der am meisten verbreiteten Topoi der Musikgeschichtsschreibung um 1930 ist der von der *Weltgeltung der deutschen Musik*. Unter diesem Titel hatte Paul Bekker 1920 eine kleine Schrift vorgelegt, in der jedoch „Weltgeltung nicht Beherrschung, sondern Erfassung und Durchdringung der Geister bedeutet“.⁵⁸ Bekkers Anliegen in seinem Vortrag war ein humanitär-politisches, auf Völkerverständigung ausgerichtetes. Wenn Bücken, Berten, Hasse und Raabe von *Weltgeltung* sprechen, meinen sie weniger die übernationale Anerkennung und den Erfolg deutscher Musik, sondern deren Überlegenheit über die Musik anderer Völker.

In den vorliegenden Schriften, besonders bei Bücken, dominiert vielfach ein martialischer Tonfall; man bedient sich gerne der Kriegs-Metaphorik, einer der häufig verwendeten Begriffe ist der des Kampfes. Der Kontext liegt potentiell auf drei Ebenen: der unverarbeiteten Erfahrung des Ersten Weltkrieges, den zunehmenden innenpolitischen Konflikten in der Weimarer Republik und der demagogischen Kriegsvorbereitung der Nationalsozialisten. Die Politisierung des kulturellen Lebens, also auch der Musik, und die Fokussierung auf Deutsche Musik bewirken, dass Musik nicht, wie man es sich vielleicht wünscht, als eine friedliche Enklave angesehen werden darf – solche Haltung wird immer wieder der Romantik vorgeworfen –, sondern als Medium der politischen Auseinandersetzung gebraucht wird. Diese Einstellung beeinflusst auch das Bild von Musikgeschichte. Entgegen einer Vorstellung von musikalisch-ästhetischer Eigenengesetzlichkeit wird es laut Bücken Zeit, „daß wir das geschichtliche Urgesetz vom Kampf als dem Lebensprinzip aller Dinge auch im Reiche der Kunst uns in Geltung

⁵⁴ Hasse (1935), S. 503.

⁵⁵ Hasse (1933), S. 17.

⁵⁶ Bücken (1941a), S. 292.

⁵⁷ Alt (1936), S. 4.

⁵⁸ Bekker (1920), S. 50.

denken“; in besonderer Weise für die Musik sei „der rassistisch-völkische Kampf Voraussetzung der Entfaltung der nationalen Schöpferkraft“ gewesen.⁵⁹

Die Geschichte der Oper wird als ein für die Deutsche Musik besonders tragisches Feld angesehen.

„Wir hätten Händel, den gewaltigsten Meister der Oper seiner Epoche, nicht an das Ausland zu verlieren brauchen, wenn die deutschen Fürsten [...] eine wahrhaft deutsche Kulturpolitik betrieben hätten.“

Dass die Deutschen sich dennoch „den Platz des ersten Musikvolkes der Erde errungen“ hätten, schreibt der Autor ihrem „echten Nationalbewußtsein, das in Zeiten politischer Zersplitterung und Ohnmacht, wie heute in Zeiten der Kraft“ wirksam sei, zu⁶⁰ – eine hybride Geschichtsklitterung, die dem Übermut nach den Kriegserfolgen im Jahre 1941 entsprungen sein könnte.

Der z. B. bei den Niederrheinischen Musikfesten im frühen 19. Jahrhundert mit Georg Friedrich Händels Oratorien als Leitbild gepflegte Monumentalstil hat, nach Bücken, die Weltgeltung der Deutschen Musik gewährleistet. Ohne diesen bliebe nur

„eine an sich höchst bedeutsame Kleinkunst, deren Aktionskraft aber niemals ausgereicht haben würde, den Vorstoß der großen expansiven Musikgattungen der Italiener und Franzosen abzuwehren. Ihnen stemmten sich der Geist und die Realität der großen Musikfeste der Epoche als standhaltende Außenfront der Musiknation entgegen, hinter der sich, gesichert und ungefährdet, das Schaffen der romantischen Ideologen und Träumer entfalten konnte.“⁶¹

An diesem Beispiel wird deutlich, wie Bücken für die *Musik aus deutscher Art* einen prinzipiell heroischen Charakter postuliert und einer verinnerlichten, als unpolitisch empfundenen romantischen Musik mit Ablehnung begegnet.

Karl Hasse bezieht auch die Kirchenmusik in seine Vorstellung von musikgeschichtlichen Kämpfen ein. Das evangelische Kirchenlied besitze eine „ewige Mission im deutschen Volke“: Während man früher gegen den Papst und die Türken gerüstet sein musste, so ist heute (1934) „wieder einmal ein Entscheidungskampf für das Bestehen von Deutschtum und deutschem Christentum“ durchzufechten.⁶²

2.6 Die Rassenfrage hat Vorrang

Was Deutsche Musik ist, wird überwiegend durch Verneinung beschrieben, durch das, was sie nicht ist: nicht jüdisch, fremdrassig oder *welsch*, nicht von amerikanischem Jazz beeinflusst. Der häufige Gebrauch des Wortes *unddeutsch* entspricht dieser (oft unbeholfen wirkenden) Bestimmung durch Negation. *Unddeutsch* beinhaltet aber zugleich eine Abwertung; sobald eine Sache oder ein Verhalten als undeutsch bezeichnet wird, ist die Ablehnung selbstverständlich und nicht revidierbar. Letztlich gründet für die Nationalsozialisten die Unterscheidung von *deutsch* und *unddeutsch* in ihrer wahnhaften Rassen-

⁵⁹ Bücken (1935), S. 11.

⁶⁰ Bücken (1941a), S. 3 f.

⁶¹ Bücken (1937), S. 291.

⁶² Hasse (1936), S. 29 f.

lehre, und in vielen Schriften zur Musik wird der Vorrang der Rassenfrage umstandslos akzeptiert.

In Bückens *Deutscher Musikkunde* heißt das: „Die Frage nach den Beziehungen von Musik und Volkstum [...] tritt hier gebieterisch an den Anfang: Als die Hauptfrage, von der alle weiteren abzweigen“, d. h. sich „mit rassischen, stammesartigen, klimatischen, landschaftlichen, religiösen Bedingtheiten“ auseinandersetzen⁶³ – nicht also mit ästhetischen. Auch für Michael Alt hat die Betrachtung der musikalischen Nationalstile zurückzustehen hinter dem Erfassen ihrer „tiefsten geistigen Ursache“, dem „rassischen Unterschied germanischer und romanischer Formauffassung schlechthin“.⁶⁴

Wenn Bücken auf innermusikalische Phänomene zu sprechen kommt, bezeichnet er gerne als „rassisches Urelement der nordisch-germanischen Völker“ ihr „angeborenes Harmoniebewußtsein“. Dem entspricht – durch die „auch im Tonerlebnis suchende, schweifende nordische Seele“ – die Entdeckung des Klangraums, „während sich die südliche Musik dem Ausbau der melodischen Tonstrecke dahingab“. Die „Entdeckung des Klangraumes, dem alsbald eine klanggestützte und klanggebundene Melodik folgte, [bleibt] das musikalisch-rassische Urgeschenk der nordischen Völker an die übrige Musikwelt“ – also ein Zeichen ihrer Überlegenheit. Denn der „nordischen Seele“ war es „vorbehalten, die rassischen Urelemente [...] stets bestimmend und führend im europäischen Musikkreise zur Geltung zu bringen“.⁶⁵

Mit Entschiedenheit formuliert auch Hasse in der frühen NS-Zeit seinen Rassenstandpunkt:

„Wir brauchen eine einheitliche deutsche Kunst [...] Daß hier die Bedingungen der Rasse eingreifen, ist mir durchaus klar. Aber mangels genügender Vorarbeiten (Eichenauers Buch ‚Musik und Rasse‘ ist leider ein Fehlschlag; man denke nur an die ganz unmögliche Beurteilung Regers!) konnte hier nichts in dieser Richtung liegendes angeführt werden, abgesehen von dem gelegentlichen Hinweis auf die ‚Typenlehre‘ von Rutz. Nur Alfred Rosenbergs ‚Mythos des 20. Jahrhunderts‘ bietet Grundlagen, auf denen weitergebaut werden kann [...]“⁶⁶

Bei Raabe klingt zu diesem Thema, in vermeintlich idealistischer Gesinnung, wieder seine Furcht vor der Banalisierung hehrer Ziele durch. Ihn stört, dass der Begriff *Blut und Boden* ein Schlagwort geworden sei und „seine heilige Bedeutung zu verlieren“ drohe.⁶⁷ Bei Gelegenheit des Brahms-Vortrags 1937 versucht er wie so oft, die Kompetenz und Autorität des geistigen Menschen zu schützen:

„So etwas wie der Begriff ‚Blut und Boden‘ ist übrigens von führenden Künstlern längst durchdacht worden [...] Wir Musiker haben von jeher solche Dinge stärker beachtet als die Politiker [...] weil es bei Art- und Rassefragen immer mehr auf das Gefühl als auf das Wissen ankommt, und dieses Gefühl ist bei dem Künstler

⁶³ Bücken (1935), S. 15 f.

⁶⁴ Alt (1938/39), S. 77.

⁶⁵ Bücken (1935), S. 16-18.

⁶⁶ Hasse (1934a), S. 9.

⁶⁷ Raabe (1937), S. 76.

nun einmal stärker vorhanden und oft auch stärker ausgebildet als bei den anderen Menschen.“⁶⁸

Insgesamt fällt in den herangezogenen Schriften auf, dass nur selten die Juden beim Namen genannt werden. Die antisemitische Grundhaltung ist beinahe allgegenwärtig, wird aber überwiegend implizit, indirekt zum Ausdruck gebracht; es scheint so, dass man sich in dieser Hinsicht keine Blöße geben will.

2.7 Musik legitimiert sich durch ihre Volksbezogenheit

Eine zentrale Idee des nationalsozialistischen Programms bildet die Volksgemeinschaft. So werden die Begriffe von nationalem, völkischem und rassischem Denken vielfach synonym gebraucht, auch in der Musikkultur. Ein grundlegendes Beurteilungskriterium für Deutsche Musik liegt in ihrer Nähe bzw. Ferne zum Volk. Welche konkreten und praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind, wird durchaus unterschiedlich eingeschätzt. Völlig vage bleibt die mehrfach bei Berten aufscheinende These: „Nur dann lebt ein Kunstwerk, wenn es als lebendiges Wesen den Mythos des Volkstums in sich trägt.“⁶⁹ Hasse verkündet 1933 sein musikpolitisches Programm – in scheinbar eindeutiger Rhetorik, aber so biegsam, dass jeder Eingriff zu rechtfertigen ist:

„Es gilt, das deutsche Volk der deutschen Kunst und die deutsche Kunst dem deutschen Volke zu gewinnen, zum Heile der deutschen Kunst wie des deutschen Volkes. Um dessen Seele geht der Kampf.“⁷⁰

Wenn er an anderer Stelle für die Verbindung von Volkstum und Kirche plädiert, dann meint er ausdrücklich nicht die „internationale katholische“, sondern die protestantische Kirche, d. h. die *Deutschen Christen*.⁷¹ Für Hasse bedeutet völkisches Denken aber auch die „Hingabe von Blut und Leben [...] das muß auch der Urgrund sein, auf dem die deutsche Musik neu erblüht.“⁷²

Unger hatte sich 1922 in seiner kleinen Schrift *Das Volk und seine Musik* – die sich vornehmlich der Volksbildung widmete, deutschnational, aber nicht radikal-politisch ausgerichtet war – noch wesentlich vorsichtiger ausgedrückt. Kein Staat sei in der Lage, „eine Musik fürs Volk aus dem Boden zu stampfen“ oder „das Volk der Musik entgegenzuführen“, höchstens den Weg dazu zu ebnet.⁷³ Unger erhofft sich eine „Gesundung des deutschen Volkes“ durch den Umgang mit dem „Reinmusikalischen“, d. h. „fern aller ‚tondichterischen‘ pseudoliterarischen Effekthascherei“, aber bestreitet, dass sich „die Musik parteilichen, gesellschaftlichen oder gar politischen Gesichtspunkten unterordnen ließe“.⁷⁴ Da spürt man noch den Abstand eines Jahrzehnts zur Machtübernahme der Nationalsozialisten.

⁶⁸ Raabe (1937), S. 76.

⁶⁹ Berten (1933a), S. 7.

⁷⁰ Hasse (1933), S. 8.

⁷¹ Hasse (1936), S. 194.

⁷² Hasse (1933), S. 114 f.

⁷³ Unger (1922), S. 5.

⁷⁴ Unger (1922), S. 8 f.

Das Prinzip der Volksbezogenheit wirft unweigerlich die Frage der Volkstümlichkeit auf. Im Großen und Ganzen argumentieren und plädieren die hier untersuchten Autoren auf der Basis der Kunstmusik, setzen sich eher selten mit der zeitgenössischen Unterhaltungsmusik auseinander. Das mag zum einen in der damals fast ausschließlich auf Kunstmusik fixierten Musikwissenschaft begründet sein, zum anderen aber auch darin, dass die allgemeine Musikkultur (auch aufgrund der vorherrschenden Musikerziehung) um 1930 noch weitgehend von Klassik geprägt war.

Ein radikaler Vertreter der Hochkultur und Verächter von Unterhaltungsmusik ist Raabe. So sehr er Volkslied und Volksmusik hochschätzt, so eifrig wettet er etwa gegen moderne Operettenbearbeitungen und Revuen. In seiner großen programmatischen Abhandlung zum *Neubau deutscher musikalischer Kultur* fordert er:

„Will man Schund und Kitsch endgültig von der Bühne verbannen, so muß ganz radikal vorgegangen werden. Man muß den Besuchern gerade die Operetten, Revuen und sonstigen Nichtigkeiten, die es bevorzugt, überhaupt nicht mehr bieten.“⁷⁵

Der Praktiker Raabe empfiehlt dagegen die Einrichtung von Volkssymphoniekonzerten und Schülerkonzerten wie unter seiner Leitung in Aachen.

Ein besonderer Stellenwert kommt im nationalsozialistischen Staat der massenwirksamen Musik bei politischen Gemeinschaftsfeiern zu.⁷⁶ Dem *Neuen Gemeinschaftslied* (*Hymne, Liedkantate*) widmet der Liedforscher Bücken in seinem Buch aus dem Jahre 1939 ein eigenes, von nationalsozialistischem Geist getragenes Kapitel.⁷⁷ Karl Gustav Fellerer hat im August-Heft 1933 der *Zeitschrift für Musik* in einem populär gehaltenen Artikel die Verwurzelung von Kunst- und Volksmusik im Volkstum dargestellt und als Beispiel das *Horst-Wessel-Lied* angeführt, „das nicht durch Dekret seine allgemeine Stellung erhalten hat, sondern in Inhalt und Form volkgebunden von der Allgemeinheit getragen wird“.⁷⁸

2.8 *Der Typus des deutschen Komponisten: uneigennützig und unbeugsam*

Grundlagen des nationalsozialistischen Menschenbildes sind Anti-Individualismus und völkische Determination. Dem trägt Bückens Motto über dem Kapitel *Von Typus und Seelentum des deutschen Komponisten* in seiner *Deutschen Musikkunde* Rechnung. Er zitiert dort das Buch *Rembrandt als Erzähler – Von einem Deutschen*, dieses seit 1890 in zahlreichen Auflagen anonym erschienene, antimoderne und antisemitische Machwerk von Julius Langbehn:

„Nicht das Zufällige, sondern das Notwendige, nicht den einzelnen Mann, sondern das Weben der Volksseele in ihm hat man in jedem Falle zu beachten und zu verfolgen.“⁷⁹

⁷⁵ Raabe (1935), S. 56.

⁷⁶ Vgl. Mungen (2002).

⁷⁷ Bücken (1939), S.186-194.

⁷⁸ Fellerer (1933), S. 820.

⁷⁹ Bücken (1935), S. 30.

Hasse konstruiert einen Musikertypus, den man nur als eine idealisierende Fiktion erkennen kann: von Verantwortungsbewusstsein erfüllt, allen Anfechtungen standhaltend, nicht aus Bequemlichkeit konservativ, technisch leistungsfähig, aber der Virtuosität abhold, von geistig-seelischen Problemen angezogen, mit gesunden starken Seelenkräften – er muss sich nur „aus der Umstrickung durch den marxistischen Geschäftsgeist wieder herauslösen“.⁸⁰ In Anlehnung an Bücken definiert Michael Alt „die zwei polaren Möglichkeiten nordisch-germanischer Art“: „den wikingenhaften Eroberungswillen und den treuen Heimatsinn“.⁸¹ All diese Charakterisierungen stützen wiederum Deutschlands vermeintliche Überlegenheit; die heroische Komponente im Bild des deutschen Musikers signalisiert zudem die stete Bereitschaft zu Kampf und – Krieg.

Musterbeispiele für Musiker, die ihr Deutschtum verwirklicht haben, finden wir in den *Bildnissen neuerer deutscher Komponisten*, die Unger 1940 unter dem Titel *Von Wagner bis Pfitzner und Weismann* zusammengefasst hat. An der Spitze steht, wie erwartet, Richard Wagner, „der die deutsche dramatische Musik endgültig aus den Fesseln der italienischen und französischen Musik befreien [...] sollte“⁸² und der zugleich „gegen das ‚Weltbürgertum‘ der volksfremden Partei Joachims und Mendelssohns steht“.⁸³ Unger fügt noch an, dass Wagners „Glaube, dem deutschen Volk das Kunstwerk der Zukunft [...] geschenkt zu haben, [...] im Dritten Reich seine glänzende Bestätigung“ erhielt. Hitlers alljährlicher Festspielbesuch in Bayreuth leite gleichsam die Nürnberger Reichsparteitage ein:

„Denn Wagners Musik hat den Führer nach seinem eigenen Bekenntnis zur Kunst geführt, und des Führers hohe Auffassung von der heiligen Mission aller Kunst danken wir daher indirekt auch dem Wagnerschen Schaffen [...]“⁸⁴

Anton Bruckners exemplarisches Deutschtum ist sozusagen *post mortem* durch die mit Hitler gemeinsame, geradezu nachbarschaftliche oberösterreichische Herkunft geadelt und durch des Führers Tat bei der Aufstellung der Bruckner-Büste in der Walhalla bekräftigt worden. Und Max Reger, der Lehrer Ungers, erscheint diesem „deutsch im schönsten Sinne“: als Natur-, Kinder- und Tierfreund, mit seiner Nähe zum Übersinnlichen, zum Tod und zur Melancholie, durch handwerkliche Treue und Unnachgiebigkeit in Kunstdingen, in Bescheidenheit und Stolz:

„Ein Patriot, der hellseherisch den Umsturz nach einem Kriegsniederbruch vorausahnte [Reger starb 1916], aber erfüllt war von der Gewißheit des deutschen Aufstieges, den nicht miterlebt zu haben vielleicht das Tragischste in seinem Leben darstellt.“⁸⁵

⁸⁰ Hasse (1934b), S. 280.

⁸¹ Alt (1936), S. 35.

⁸² Unger (1940b), S. 11.

⁸³ Unger (1940b), S. 15.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ Unger (1940b), S. 45.

Ungers besonderes Interesse beanspruchen die lebenden Tonschöpfer, an ihrer Spitze Richard Strauss und Hans Pfitzner. Diesem als einem der „größten und treuesten Bekenner seines Deutschtums“ gelte besonders das Wort des Führers,

„all jenen wenigen deutschen Künstlern werde die Anerkennung ihres Vaterlandes zuteil werden, welche in den Zeiten der Entartung der Kunst treu zu ihrer Mission gestanden hätten“.⁸⁶

Auch Siegmund von Hausegger wird für sein lebenslanges Zeugnis im Dienste der Deutschen Musik gelobt:

„Schon lange Jahre vor dem national-sozialistischen Umbruch hat Hausegger in seiner Münchener Dirigentenstellung sich eisern gegen jede jüdische und internationale Musik gewehrt [...]“⁸⁷

Paul Graener, als Führer der Reichsfachschaft Deutscher Komponisten in der Reichsmusikkammer etabliert, habe „in seiner ‚Deutschen Kantate‘ für Männerchor den neuen heroischen Ton“ gefunden⁸⁸ – wie er klingt, bleibt ein Rätsel. Richard Trunk, der NS-Bewegung durch zahlreiche Liedsätze verbunden, komponierte schon in der „Zeit des Kampfes um das Dritte Reich“ – Trunks Kölner Zeit – den Männerchorzyklus *Feier der neuen Front*, „dessen Widmung Adolf Hitler entgegennahm“.⁸⁹ Der seinerzeit sehr erfolgreiche Julius Weismann beschließt Ungers höchst einseitige Auswahl deutscher Komponisten. Weismann war die Ehre widerfahren, im Auftrag der NS-Kulturgemeinde eine neue Schauspielmusik zu Shakespeares *Sommernachtstraum* zu schreiben, die nach Ungers Urteil „derber und gesünder als die Mendelssohnsche Musik das Volkhafte lebendiger werden läßt“.⁹⁰

2.9 Im Forschungsgebiet ‚Rheinische Musik‘ enthält man sich weitgehend nationalistischer Ambitionen Ludwig Schiedermaier, seit seiner Berufung nach Bonn in der Erforschung der Musik des Rheinlandes engagiert, gründete ausgerechnet 1933 am 10. April in Aachen die Arbeitsgemeinschaft für rheinische Musikgeschichte.⁹¹ Was bedeutet dies im Kontext des breiten musikwissenschaftlichen Projekts einer Deutschen Musik? Erinnert sei daran, dass Hans Joachim Moser seit 1920 die drei- bzw. vierbändige *Geschichte der deutschen Musik* vorgelegt hatte, dass aus der Musikwissenschaft aber immer wieder eine große Untersuchung nach dem (zweifelhaften) Vorbild von Josef Nadlers *Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften* (1912-28) für die Musik gefordert wurde.

Obwohl Schiedermaiers Karriere sich in der NS-Zeit glänzend entwickelte und er 1934 nach Pamela Potters Recherchen „seine Aufmerksamkeit bei Vorträgen, Forschungsprojekten und der Betreuung von Dissertationen zunehmend Rassen- und Ab-

⁸⁶ Unger (1940b), S. 52.

⁸⁷ Unger (1940b), S. 59.

⁸⁸ Unger (1940b), S. 62.

⁸⁹ Unger (1940b), S. 69.

⁹⁰ Unger (1940b), S. 76.

⁹¹ Vgl. Jers (2002).

stammungsfragen“ zuwandte,⁹² schlug er in Veröffentlichungen zur Regionalforschung keine nationalistischen Töne an. Neben Artikeln über Rheinische Musik in Fachzeitschriften schrieb Schiederemair auch etwa für die *Kölnische Zeitung*, um in größerer Öffentlichkeit für sein Anliegen der Regionalforschung zu werben.⁹³ Die Zielrichtung seines Aufrufs liegt in der Erarbeitung von Denkmälerausgaben (analog zu den Bildenden Künsten) und in Konzertaufführungen zur Bereicherung des Musiklebens.

Für Bücken erhält das Phänomen der Musiklandschaft nach 1933 durch den Blick auf Rasse und Stammestum eine viel größere Bedeutung denn je. In seiner reichen Fantasie glaubt er, dass „der rheinländische Mensch die künstlerische Grenzwacht nicht weniger ernst [nehme] als die Deutschen anderer Grenzbezirke“,⁹⁴ und mit unverhohlenen Lokalpatriotismus gibt er kund, dass die musikalische Aufgeschlossenheit des Rheinländers ihm „den Charakter des musikalischsten Deutschen unter seinen Stammesbrüdern gegeben“ habe.⁹⁵ Der auf Bücken, aber auch auf dem Rassenkundler H. F. K. Günther fußende Alt meint ähnlich, dass dem Rheinland, den Alpengegenden und z. T. Thüringen die höchste Musikbegabung zukomme, und er zitiert noch Mosers originelles Forschungsergebnis, dass die „gesangliche Begabung der weinbauenden Gegenden [...] höher als die der bierbrauenden Bezirke“ sei.⁹⁶

Insgesamt ist zu beobachten, dass die Publikationen zur Rheinischen Musik aus diesen Jahren weitgehend auf nationalistischen Tonfall verzichten – sei es dass sie im Wissenschaftsbetrieb zu wenig Bedeutung besaßen, sei es, dass sie ein willkommenes Rückzugsgebiet oder sogar Gegengewicht zur NS-Ideologie bilden sollten. So geht Pamela Potters Deutung dahin, dass Musikalische Regionalforschung ein Weg war, der schwierigen Frage einer „kulturell kohärenten deutschen Nation“ auszuweichen und im Grunde die Vorstellung von Deutscher Musik zu verwässern.⁹⁷ Dies erscheint insofern plausibel, als die auf diesem Gebiet Forschenden sich zweifellos einem politisch relevanten und erwünschten Thema zuwandten, ohne ideologisch in dem Maße festgelegt zu sein wie bei der Frage nach der Deutschen Musik.

2.10 Musiktheoretische und -ästhetische Aussagen über Deutsche Musik bleiben rudimentär

Die Versuche, Deutsche Musik von ihrer musikalischen Gestalt her zu bestimmen, stellen in der umfangreichen Literatur zum Thema die große Ausnahme dar. Man könnte annehmen, dass die meisten Autoren vor der zugegebenermaßen schwierigen Aufgabe kapituliert haben. Wenn auch Potter konstatiert, die höchst aufwändige Suche nach dem Wesen Deutscher Musik habe keine nennenswerten Ergebnisse zustande gebracht, so mag man zu der Überzeugung kommen, das Ziel sei schlichtweg unerreichbar. Immerhin zeigt die Literatur, dass die partielle Unterscheidung deutscher von anderer Musik – mit unterschiedlicher Überzeugungskraft – eher noch für spezifische historische

⁹² Potter (2000), S. 144.

⁹³ Schiederemair (1936).

⁹⁴ Bücken (1935), S. 74.

⁹⁵ Bücken (1935), S. 76.

⁹⁶ Alt (1936), S. 24.

⁹⁷ Potter (2000), S. 266, vgl. S. 289.

Situationen möglich ist, als dass allgemeingültige Aussagen zu treffen wären. Ein paar Beispiele mögen dies zeigen.

Karl Gustav Fellerers Abhandlung *Deutsche Gregorianik im Frankenreich* (1941), die Peter Wagners Theorie vom *Germanischen Choraldialekt* fortschreibt, hat in Fachkreisen Aufsehen erregt, bewegt sich aber in einem so speziellen Gebiet, dass eine musikpolitische Breitenwirkung ausgeschlossen ist. Simpler erscheint die mehrfach vertretene These zur frühen Mehrstimmigkeit: die romanische sei erklügelt spekulativ, die germanische vom Klangraum her empfunden. Beim Versuch einer übergreifenden Charakterisierung wird behauptet, die Deutsche Musik strebe nicht nach Geschlossenheit und Vollendung der Form. So sind Deutsche auch kaum als Erfinder von Gattungen und Formen hervorgetreten; die Ausnahme sei das deutsche Lied. Bücken sieht in der Deutschen Musik geradezu eine „Rebellion gegen den Zwang der Form“.⁹⁸

Als wichtiger Zeitraum nationaler Profilierung wird bevorzugt das 18. Jahrhundert behandelt. Wie bei den meisten anderen Einzelaspekten wird eine Fülle von Halbwahrheiten ausgebreitet. Alt führt die schon traditionelle Zuschreibung der musikalischen Dimensionen an: die Melodie für Italien, der Rhythmus für Frankreich und die Harmonie für die Deutschen.⁹⁹ Zur Fugenkomposition bemerkt Bücken: „Dem Gesetz der Vielfalt der Teile [südliches Prinzip] stemmt sich das nordische der Herrschaft eines Hauptgedankens entgegen [...]“¹⁰⁰ Grundlage der deutschen Opernform bei Mozart sei die *deutsche Klangrede*. Bei der Sonate vollzieht sich „der Weg von der romanischen statischen Umrißform zur deutschen dynamischen Entwicklungsform“; in gesteigerter Form heißt das, der Romane begnüge sich „meist mit einem mehr zufälligen Fortspinnen musikalischer Einfälle“, der Deutsche hebt sie „durch sinnvolle Verknüpfungen aus der Ebene des Zufälligen in die des Notwendigen“.¹⁰¹ Hinter all diesen Interpretationen leuchtet wieder die konstruierte Überlegenheit der Deutschen Musik auf.

Bei ästhetischen Überlegungen wird der viel zitierte *l'art-pour-l'art*-Standpunkt alenthalben abgelehnt oder gar verteufelt. Dazu passt das immer wiederkehrende Klischee, der Deutsche suche in der Musik „nicht das Schöne, sondern das Erhabene“.¹⁰² Bücken, der in Anlehnung an Arthur Schopenhauer vom *deutschen Musikgeist* oder vom *Nationalgeist der Musik* spricht, leitet diesen Begriff ausdrücklich aber nicht aus ästhetischer Reflexion ab, sondern „im Aufspüren jenes Musikgefühls und Musikempfindens, das sich der völkische Instinkt selbst geschaffen hat“¹⁰³ – wiederum ein scheinbar Objektivität verbürgender, in Wirklichkeit irrationaler Vorgang. Das Wesen dieses Instinktes wird zudem nicht nur in der Reaktion auf Musik erkannt, sondern auch, wie er „eine ihm artfremde Musik und Musikerfassung abgelehnt hat und noch immer abweist“.¹⁰⁴

⁹⁸ Bücken (1935), S. 63, s. a. S. 45.

⁹⁹ Alt (1938/39), S. 74.

¹⁰⁰ Bücken (1935), S. 65, s. a. S. 56.

¹⁰¹ Alt (1938/39), S. 78-80.

¹⁰² Alt (1936), S. 38.

¹⁰³ Bücken (1935), S. 101.

¹⁰⁴ Ebenda.

So schließt sich der Kreis, indem das musikalische Urteil sein Fundament aus dem Rassenstandpunkt bezieht, musikalisch-fachliche Kompetenz abgewertet wird:

„Der musikalische Nationalcharakter, wie er hier verstanden wird, wächst also nicht aus zusammengegrafftem Artistischen zur Ganzheit, sondern aus den volkhaften Begabungsfaktoren [...]“¹⁰⁵

3. Resümee

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Deutsche Musik erscheint bei den genannten Autoren nicht als Substanzbegriff, sondern als Funktionsbegriff. Zum wenigsten versucht man, Deutsche Musik in ihrer Gestalt zu bestimmen; in den meisten Fällen wird sie durch Herkunft, Kontext und Wirkung definiert. Dabei ist ihre wichtigste Funktion die politische. Musik steht im Dienst der Ideologie – vor allem der rassistischen –, und da allein diese Funktion von Bedeutung ist, sucht man gar nicht erst nach Ideologie im Musikwerk selbst. Dem entspricht, dass die Musikpolitik der Nationalsozialisten rezeptionsorientiert, nicht produktionsorientiert ist. Es kommt viel mehr darauf an, die vorhandene Musik in *deutsche* oder *undutsche* zu klassifizieren, als eine neue Deutsche Musik zu schaffen – ganz abgesehen von der Schwierigkeit, die selbst Hitler für die Malerei bei der Großen Deutschen Kunstausstellung 1937 in München eingeräumt hat.

Innerhalb des umfassenden Projekts Deutsche Musik folgen Themenwahl und Darstellungsweise aktuellen politischen Vorgängen; das Musikschrifttum hält mit der NS-Agenda Schritt. Eklatante Beispiele finden sich in den Untersuchungen, die parallel zu Kriegereignissen die Musik der überfallenen Nachbarländer in den Blick nimmt. Insgesamt werden musikhistorische Vorgänge gerne machtpolitisch interpretiert und mithilfe kriegereischer Metaphorik veranschaulicht; dafür steht etwa der gerne benutzte Begriff des *Grenzkampfes*. Auf der anderen Seite scheut man bei der Verherrlichung der Gegenwart nicht vor sentimentalem Kitsch zurück. (Ein letztes Bücken-Zitat: „Was Wunder“ – nach der Phase von Konstruktivismus, neuer Musik und Entfremdung vom Publikum – „daß mit dem Beginn einer neuen deutschen Daseinsform [...] deutsche Tonkunst und deutscher Mensch sich heute wieder wie langgetrennte Liebende umschlungen halten“.¹⁰⁶) Beinahe überflüssig hervorzuheben, und dennoch bemerkenswert, dass die Schriften renommierter Autoren, wenn sie sich über Deutsche Musik äußern, vor Phrasenhaftigkeit quasi überlaufen. So wird die nicht unbedeutende Tradition der Musikwissenschaft im Rheinland binnen kurzer Zeit partiell aufgegeben.

Im Hinblick auf unser Thema von einer rheinischen Szene NS-konformer Musikwissenschaftler zu sprechen, dürfte schwerlich möglich sein; dafür lagen die Tätigkeitsfelder und Interessen der zitierten Protagonisten zu weit auseinander – und es gab ja auch die Verweigerer. Zweifellos fand die nationalsozialistische Ideologie des Deutschtums erstaunlich viel Zustimmung. Diese zu erklären und in den wissenschaftlichen Ge-

¹⁰⁵ Bücken (1937), S. 2.

¹⁰⁶ Bücken (1935), S. 104.

samtzusammenhang zu stellen, ist eine bleibende, unerledigte Aufgabe; sie zu beurteilen, ist uns Heutigen die Zurückhaltung der Nicht-Betroffenen aufgegeben.

Literatur

Quellen-Schriften

1. Alt (1936): Michael Alt, Deutsche Art in der Musik, Leipzig 1936 (= Bildung und Nation. Schriftenreihe zur nationalpolitischen Erziehung, 63/65).
2. Alt (1938/39): Michael Alt, Die deutsche Musikbegabung, Zeitschrift für deutsche Geisteswissenschaft 1 (1938/39), S. 69-86.
3. Alt (1968): Michael Alt, Didaktik der Musik. Orientierung am Kunstwerk, Düsseldorf 1968.
4. Bekker (1920): Paul Bekker, Die Weltgeltung der deutschen Musik, Berlin o. J. (1920).
5. Berten (1933a): Walter Berten, Musik und Musikleben der Deutschen, Hamburg 1933.
6. Berten (1933b): Walter Berten, Paul Hindemith und die deutsche Musik, Zeitschrift für Musik 100 (1933), S. 537-544.
7. Bücken (1924a): Ernst Bücken, Musikalische Charakterköpfe, Leipzig o. J. (1924).
8. Bücken (1924b): Ernst Bücken, Führer und Probleme der neuen Musik, Köln 1924.
9. Bücken (1925): Ernst Bücken, Die Musik im Rheinland, Kölnische Zeitung, 15. Mai 1925.
10. Bücken (1925/26): Ernst Bücken, Die Musik des Rheinlandes, Kölner Universitäts-Zeitung 7 (1925/26), 5, S. 13-15.
11. Bücken (1933): Ernst Bücken, Der Durchbruch des Nationalen in der deutschen Oper, Zeitschrift für Schulmusik 6 (1933), S. 105-109.
12. Bücken (1934): Ernst Bücken, Musik aus deutscher Art, Köln 1934.
13. Bücken (1934/35): Ernst Bücken, Die Bedeutung von Stammestum und Landschaft in der deutschen Musik des 18. und 19. Jahrhunderts, Die Musik 27 (1934/35), S. 161-166.
14. Bücken (1935): Ernst Bücken, Deutsche Musikkunde, Potsdam 1935.
15. Bücken (1937): Ernst Bücken, Die Musik der Nationen. Eine Musikgeschichte, Leipzig 1937.
16. Bücken (1937/38): Ernst Bücken, Das rheinische Volkslied, Die Musikpflege 8 (1937/38), S. 104-107.
17. Bücken (1938a): Ernst Bücken, Aufgaben und Ziele der deutschen Musikwissenschaft, Allgemeine Musikzeitung 65 (1938), S. 65 f.
18. Bücken (1938b): Ernst Bücken, Sudetendeutsche Musiker und die deutsche Klassik, Rheinische Blätter 15 (1938), S. 765-767.
19. Bücken (1939): Ernst Bücken, Das deutsche Lied. Probleme und Gestalten, Hamburg 1939.
20. Bücken (1941a): Ernst Bücken, Musik der Deutschen. Eine Kulturgeschichte der deutschen Musik, Köln 1941.
21. Bücken (1941b): Ernst Bücken, Wörterbuch der Musik, Leipzig 1941 (²1955).
22. Bücken (1942): Ernst Bücken, Lied und Rheinromantik, Rheinland in Wort und Bild 4 (1942).

23. Fellerer (1933): K[arl] G[ustav] Fellerer, Musik und Volkstum, Zeitschrift für Musik 100 (1933), S. 819-821.
24. Fellerer (1941): Karl Gustav Fellerer, Deutsche Gregorianik im Frankenreich, Regensburg 1941 (= Kölner Beiträge zur Musikforschung, 5).
25. Hasse (1926a): Karl Hasse, Musikstil und Musikkultur. Abhandlungen über musikalische Zeitfragen, Augsburg 1926.
26. Hasse (1926b): Karl Hasse, Max Reger und die deutsche Orgelkunst, in: Wilibald Gurlitt (Hrsg.), Bericht über die Freiburger Tagung für deutsche Orgelkunst vom 27. bis 30. Juli 1926, Augsburg 1926, S. 122-129.
27. Hasse (1933): Karl Hasse, Vom deutschen Musikleben. Zur Neugestaltung unseres Musiklebens im neuen Deutschland. Ausgewählte Aufsätze, Regensburg 1933 (= Von deutscher Musik, 41).
28. Hasse/Nedden (1933): Karl Hasse, Otto zur Nedden, Erklärung gegen Jöde, Zeitschrift für Musik 100 (1933), S. 572; s. a. S. 571-591.
29. Hasse (1934a): Karl Hasse, Von deutschen Meistern. Zur Neugestaltung unseres Musiklebens im neuen Deutschland. Ausgewählte Aufsätze, Regensburg 1934.
30. Hasse (1934b): Karl Hasse, Die nationalsozialistischen Grundsätze für die Neugestaltung des Konzert- und Opernbetriebes, Zeitschrift für Musik 101 (1934), S. 274-281.
31. Hasse (1935): Karl Hasse, Die Aufgaben der Musikhochschulen im neuen Reich, Zeitschrift für Musik 102 (1935), S. 501-504.
32. Hasse (1936): Karl Hasse, Von deutscher Kirchenmusik. Zur Neugestaltung unseres Musiklebens im neuen Deutschland III/IV. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Regensburg 1936 (= Von deutscher Musik, 51/52).
33. Hinkel (1933): Hans Hinkel, Zum Geleit, in: Karl Hasse, Vom deutschen Musikleben. Zur Neugestaltung unseres Musiklebens im neuen Deutschland. Ausgewählte Aufsätze, Regensburg 1933 (= Von deutscher Musik, 41), S. 3.
34. Hitler (1988): Adolf Hitler, Rede zur Eröffnung der „Großen Deutschen Kunstausstellung“ 1937, in: Peter-Klaus Schuster (Hrsg.), Die „Kunststadt“ München 1937. Nationalsozialismus und „Entartete Kunst“, München ³1988, S. 242-252.
35. Niessen (1944): Carl Niessen (Hrsg.), Die deutsche Oper der Gegenwart, Regensburg 1944.
36. Raabe (1926): Peter Raabe, Deutsches Musikwesen und deutsche Art, Allgemeine Musikzeitung 53 (1926), S. 737 f.
37. Raabe (1931): Peter Raabe, Franz Liszt, Zwei Bände, Stuttgart-Berlin 1931.
38. Raabe (1935): Peter Raabe, Die Musik im dritten Reich. Kulturpolitische Reden und Aufsätze, Regensburg 1935 (= Von deutscher Musik, 48).
39. Raabe (1936): Peter Raabe, Kulturwille im deutschen Musikleben. Kulturpolitische Reden und Aufsätze, 2. Band, Regensburg 1936 (= Von deutscher Musik, 49).
40. Raabe (1936/37): Peter Raabe, Geleitwort, Deutsche Musikkultur 1 (1936/37), S. 2-4.
41. Raabe (1937): Peter Raabe, Deutsche Meister. Reden, 6.-10. Aufl., Regensburg 1937 (= Von deutscher Musik, 58).
42. Schiedermaier (1925): Ludwig Schiedermaier, Der junge Beethoven, Leipzig 1925 (2^WWeimar 1939, ³Bonn 1951).

43. Schieder mair (1933): Ludwig Schieder mair, Zur Musik des Rheinlandes, Deutsche Tonkünstler-Zeitung 1 (1933).
44. Schieder mair (1936): Ludwig Schieder mair [sic], Die rheinische Musikforschung, Kölnische Zeitung, Morgenblatt Nr. 354, 15. Juli 1936.
45. Schieder mair (1938): Ludwig Schieder mair, Rheinische Musik und Musikforschung, Allgemeine Musikzeitung 65, 1938, S. 331 f.
46. Schieder mair (1940): Ludwig Schieder mair, Die deutsche Oper. Grundzüge ihres Werdens und Wesens, ²Bonn, Berlin o. J. (1940) (¹Leipzig 1930, ³Bonn, Berlin 1943).
47. Schieder mair (1947): Ludwig Schieder mair, Musik am Rheinstrom. Entwicklungen und Wesenheiten, Gestalten und Schicksale, Köln 1947.
48. Schieder mair (1948): Ludwig Schieder mair, Musikalische Begegnungen. Erlebnis und Erinnerung, Köln, Krefeld 1948.
49. Schmidt-Görg (1934) Schmidt-Görg, Joseph: Das rheinische Volkslied, Düsseldorf o. J. (1934) (= Rheinisches Volkstum, 3).
50. Schmidt-Görg (1943/44): Joseph Schmidt-Görg, Bericht über die Tätigkeit des Musikwissenschaftlichen Instituts der Universität Bonn 1933-1942, Deutsche Musikkultur 8 (1943/44), S. 42-45.
51. Schmidt-Görg (1944): J. Schmidt-Görg, Palestrina und Lasso. Zum Gedächtnis ihres 350. Todestages, Bonn 1944 (= Kriegsvorträge der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn am Rhein, 155).
52. Trienes (1940): Walter Trienes, Musik in Gefahr. Selbstzeugnisse aus der Verfallszeit, Regensburg 1940 (= Von deutscher Musik, 53/54).
53. Unger (1922): Hermann Unger, Das Volk und seine Musik, Hamburg o. J. (1922) (= Beruf – Politik – Leben, 14).
54. Unger (1927): Hermann Unger, Das Rheinland und die Jungen, Musikblätter des Anbruch 9 (1927), S. 204-206.
55. Unger (1933/34): Hermann Unger, Neue Aufgaben und Wege der deutschen Musik, Die Musik 26 (1933/34), I, S. 1-4.
56. Unger (1939): Hermann Unger, Die schaffenden Musiker im neuen Deutschland, Zeitschrift für Musik 106 (1939), S. 365-367.
57. Unger (1940a): Hermann Unger, Lebendige Musik in zwei Jahrtausenden. Musikgeschichte in Selbstzeugnissen, Köln 1940 (1. Aufl.: Musikgeschichte in Selbstzeugnissen, München 1928).
58. Unger (1940b): Hermann Unger, Von Wagner bis Pfitzner und Weismann. Bildnisse neuerer deutscher Komponisten, Köln o. J. (1940).
59. Zimmermann (1920): Reinhold Zimmermann, „Der Geist des Internationalismus in der Musik“, Deutschlands Erneuerung 4 (1920), S. 579-585.

Sekundärliteratur

1. Adrio/Schering (1935): [Adam] Adrio, [Arnold] Schering, Mitteilungen der DGMW. Sitzung am Freitag, dem 21. Juni 1935, im Musikwissenschaftlichen Institut der Universität Leipzig, Zeitschrift für Musikwissenschaft 17 (1935), S. 369 f.
2. Brenner (1963): Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek 1963.

3. Forkel (1802): Johann Nikolaus Forkel, Ueber Johann Sebastian Bachs Leben, Kunst und Kunstwerke. Für patriotische Verehrer echter musikalischer Kunst, Leipzig 1802, Nachdruck Berlin 1968.
4. Gerhard (2000): Anselm Gerhard, Musikwissenschaft – eine verspätete Disziplin, in: Anselm Gerhard (Hrsg.), Musikwissenschaft – eine verspätete Disziplin? Die akademische Musikforschung zwischen Fortschrittsglauben und Modernitätsverweigerung, Stuttgart-Weimar 2000, S. 1-30.
5. Gerhard (2002): Anselm Gerhard, Musikwissenschaft, in: Frank-Rutger Hausmann (Hrsg.), Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933-1945, München 2002, S. 165-192.
6. Hüschen (1949): Heinrich Hüschen, Art. Ars musica, in: Friedrich Blume (Hrsg.), Die Musik in Geschichte und Gegenwart. Allgemeine Enzyklopädie der Musik, Band 1, Kassel/Basel 1949, Sp. 698-702.
7. Jers (2002): Norbert Jers, 65 Jahre Musikalische Regionalforschung im Rheinland, in: Norbert Jers (Hrsg.), Musikalische Regionalforschung heute. Perspektiven rheinischer Musikgeschichtsschreibung, Kassel 2002, S. 7-54 (= Beiträge zur rheinischen Musikgeschichte, 159).
8. Jers (2005): Norbert Jers, Bruckner-Rezeption zwischen religiöser Inbrunst und nationalistischer Instrumentalisierung. Die Zeit zwischen den Weltkriegen am Beispiel Aachen, Kirchenmusikalisches Jahrbuch 89 (2005), S. 107-123.
9. Jers (2008a): Norbert Jers, Heim ins Rheinland. Die nationalistische Vereinnahmung des Komponisten César Franck, in: Dieter Breuer, Gertrude Cepl-Kaufmann (Hrsg.), Das Rheinland und die europäische Moderne. Kulturelle Austauschprozesse in Westeuropa 1900-1950, Tagungsbericht, Düsseldorf 2008 (im Druck).
10. Jers (2008b): Norbert Jers, Das nationalistische Projekt einer Deutschen Musik und die Musikforschung im Rheinland, in: Klaus Pietschmann et al. (Hrsg.), Musikwissenschaft im Rheinland um 1930. Bericht über das Symposium Köln 2007, Kassel 2008 (= Beiträge zur rheinischen Musikgeschichte) (im Druck).
11. Konrad (2007): Ulrich Konrad, ars – MUSICA – scientia. Gedanken zu Geschichte und Gegenwart einer Kunst und ihrer Wissenschaft, in: Laurenz Lütteken (Hrsg.), Musikwissenschaft. Eine Positionsbestimmung, Kassel 2007, S. 20-39.
12. Mungen (2002): Anno Mungen, Nationalsozialistische Musik als Agitation. Anmerkungen zum Kölner Konzertwesen 1933-1945, Geschichte in Köln 49 (2002), S. 171-191.
13. Plessner (1959): Helmuth Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart ²1959.
14. Potter (1993): Pamela M. Potter, Wissenschaftler im Zwiespalt, in: Albrecht Dümmling, Peter Girth (Hrsg.): Entartete Musik. Dokumentation und Kommentar zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938, Düsseldorf ³1993, S. 93-97.
15. Potter (2000): Pamela M. Potter, Die „deutsche“ der Künste. Musikwissenschaft und Gesellschaft von der Weimarer Republik bis zum Ende des Dritten Reichs, Stuttgart 2000.
16. Riethmüller (1981): Albrecht Riethmüller, Komposition im Deutschen Reich um 1936, Archiv für Musikwissenschaft 38 (1981), S. 241-278.

Geburtswehen eines autonomen technikkwissenschaftlichen Feldes: Das Verhältnis von Eisenhüttenkunde und Stahlindustrie (1907–1909)

Stefan Krebs

1. Zeitliche Einordnung und Fragestellung

In den Jahren 1907 bis 1909 stand die Aachener Eisenhüttenkunde bereits auf dem vorläufigen Zenit ihres wissenschaftlichen Ansehens. Während ihre Institutionalisierung weit fortgeschritten war und die anderen hüttenkundlichen Lehr- und Forschungsstandorte in Deutschland zunächst vom Ausbau der Disziplin ausgeschlossen waren, sah sich die Eisenhüttenkunde als Technikwissenschaft weiterhin der Dominanz der eisenhüttenmännischen Praxis gegenüber. Der Aachener Professor für Eisenhüttenkunde, Fritz Wüst,¹ führte zwar schrittweise neue Instrumente und Methoden ein und die damit verbundene experimentelle Laborforschung und mathematisch-theoretische Durchdringung der eisenhüttenkundlichen Erkenntnisgegenstände produzierte zunehmend wissenschaftliche Erkenntnisse, die unabhängig von der industriellen Praxis entstanden waren und keinen unmittelbaren Anwendungsbezug besaßen. Die Frage aber, welcher Stellenwert diesen wissenschaftlichen Erkenntnissen innerhalb der eng miteinander verflochtenen Felder der Eisenhüttenkunde und des Eisenhüttenwesens zukam, war noch unbeantwortet. Bislang hatte sich die Eisenhüttenkunde mit der nachgeordneten Sammlung und Systematisierung des praktischen Erfahrungswissens beschieden: Welchen Einfluss sollte zukünftig die Praxis auf die Wissenschaft ausüben? Wer sollte darüber entscheiden, was wissenschaftlich zu erforschen und welcher Wahrheitsgehalt der neuen Grundlagenforschung zuzumessen sei? Hierüber kam es zu einer Reihe von Konflikten zwischen der Aachener Eisenhüttenkunde und den im Verein deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) organisierten Industriellen. Im Folgenden soll der erste große Deutungskampf über diese Fragen eingehender untersucht werden.

¹ Fritz Wüst (* 8.7.1860, † 20.3.1938) studierte an der TH Stuttgart und der Universität Freiburg in Baden, an der er 1886 promovierte. Von 1885 bis 1891 bekleidete er die Stelle eines Chemikers auf dem Königlich Württembergischen Hüttenwerk in Wasseralfingen. Zum 1. April 1891 trat er eine Stelle als Assistent und Lehrer für analytische Chemie an der Maschinenbau- und Hütterschule in Duisburg an, wo er Wilhelm Borchers kennen lernte. Seit Januar 1901 vertrat er den erkrankten Friedrich Dürre als Professor für Eisenhüttenkunde an der TH Aachen und wurde zum 1. Oktober 1901 dessen Nachfolger. 1917 gab Wüst die Anregung zur Gründung der Freunde und Förderer der TH Aachen (Faho), im selben Jahr wurde er zudem zum Gründungsdirektor des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Eisenforschung bestellt. Dieses war zunächst am Aachener Institut angesiedelt, bevor es 1920 ein Provisorium in Düsseldorf bezog. 1921 geriet Wüst in einen heftigen Konflikt mit Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, dem Vorsitzenden des Kuratoriums des KWI für Eisenforschung, und musste daraufhin seinen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen einreichen. Goerens/Körber/Petersen (1938); Rheinisch-westfälisches Wirtschaftsarchiv (zukünftig: RWWA), Abt. 130, 3001030/1, Programm und Jahresbericht der Kgl. Preussischen Maschinenbau- und Hütterschule in Duisburg, Duisburg 1901.

Zur Vorgeschichte: Im November 1903 und Januar 1904 fanden in Berlin unter Vorsitz des Handelsministers zwei Unterrichtskonferenzen zur Reform der höheren eisenhüttenmännischen Ausbildung in Preußen statt.² Bei den Verhandlungen standen sich die Aachener Eisenhüttenkunde gemeinsam mit dem in Düsseldorf ansässigen VDEh den beiden preußischen Bergakademien in Berlin und Clausthal, der Technischen Hochschule Berlin sowie dem Handels- und Kultusministerium gegenüber. Im Vorfeld der Konferenzen hatte Fritz Wüst durch intensive Beziehungsarbeit eine weitgehende Interessensymbiose mit den im VDEh organisierten Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie hergestellt.³ Er überzeugte die Industriellen davon, dass die Aachener Vorschläge zu einer grundlegenden Umgestaltung des eisenhüttenkundlichen Studiums im Interesse der Industrie lägen. Dabei sahen Wüsts Pläne neben der inhaltlichen Reform des Studiums den einseitigen Ausbau der Aachener Hochschule vor. Die Zusammenarbeit zwischen Aachen und Düsseldorf ging soweit, dass es die führenden Vereinsmitglieder übernahmen, die von Wüst ausgearbeiteten Forderungen gänzlich als die ihrigen zu adaptieren und ihre Durchsetzung im Namen der industriellen Praxis vehement einzufordern. Die dabei eingeschlagene Argumentation zielte darauf ab, dass nur die Industriellen die wirklichen Ausbildungsbedürfnisse benennen könnten und eine verbesserte Ausbildung wesentlich zur Prosperität der Stahlindustrie beitrüge – was letztlich der Größe und Ehre des deutschen Kaiserreiches zugute käme. Neben dieser moralischen Unterstützung half der VDEh dabei, 100.000 Mark für den Neubau eines eisenhüttenmännischen Instituts an der TH Aachen zu akquirieren. Die symbolische Macht des VDEh und die in Aussicht gestellten Gelder waren wesentlich dafür verantwortlich, dass sich die Aachener Eisenhüttenkunde gegen die Widerstände der anderen Ausbildungsstandorte, der bislang an der Ausbildung führend beteiligten Chemiker und des Kultusministeriums durchsetzen konnte: Am Ende der zweiten Konferenzrunde stand fest, dass einzig in Aachen zunächst ein Modellstudiengang eingeführt werden sollte.

Die Motive für die Neuausrichtung des eisenhüttenkundlichen Curriculums, die sich im Normalstudienplan während der zweiten Verhandlungsrunde manifestierten, lassen sich unter drei Gesichtspunkten zusammenfassen: Erstens ging die Verbreiterung und Spezialisierung der maschinentechnischen Ausbildung der Eisenhütteningenieure auf einen Wunsch der industriellen Praxis zurück, die eine Antwort auf die sich wandelnden betrieblichen Anforderungen der Massenstahlherstellung suchte. Zweitens war die Rückdrängung der anorganischen Chemie ein notwendiger emanzipatorischer Schritt, um die Hüttenkunde aus dem Schatten der Chemie herauszuführen und als eigenständige Disziplin zu begründen. Innerhalb der akademischen Selbstverwaltung und

² Historisches Archiv des Stahlinstitut VDEh (zukünftig: HA VDEh), Se 12 bis a-b, Verhandlungen über den Ausbau des Unterrichts im Eisenhüttenwesen an den Technischen Hochschulen und Bergakademien Preußens, Besprechung v. 7.11.1903, Berlin 1903; ebd., Verhandlungen über den Ausbau des Unterrichts im Eisenhüttenwesen an den Technischen Hochschulen und Bergakademien Preußens, Besprechung v. 8.1.1904, Berlin 1904.

³ Wüst setzte sich u. a. erfolgreich dafür ein, dem Vorsitzenden des VDEh sowie dem Geschäftsführer des Vereins die Ehrendoktorwürde der TH Aachen zu verleihen. RWVA, Abt. 130, 30019394/1, W. Borchers an P. Reusch v. 14.12.1908; Habetha (1995), S. 629.

der institutionellen Studienorganisation stand zugleich das Recht der Hüttenkunde im Vordergrund, weitgehend selbstständig über Ausbildungsfragen der Disziplin entscheiden zu können. Drittens zielte die gesamte Reorganisation des Studiums auf eine fortgeschrittene Spezialisierung der Ausbildung – mit dem Ergebnis, unter anderem einen eigenen Abschluss anbieten zu können, der die Eisenhütteningenieure sowohl von den Chemikern als auch von den Maschineningenieuren abgrenzte und ihnen entsprechende Karrieremöglichkeiten in der Eisenhüttenindustrie sowie den Hochschulen und Forschungseinrichtungen eröffnete.

Mit der Studienreform einher ging ein starker Institutionalisierungsschub: Bereits während der Konferenzen – obwohl dieser Punkt eigentlich ausgeklammert bleiben sollte – erhielt die Aachener Eisenhüttenkunde die Zusage, ihre reproduktiven und produktiven Institutionen enorm ausbauen zu können. Neben der Einrichtung zusätzlicher Professuren und Dozenturen sollte ein modernes, großzügig ausgestattetes Institut mit verschiedenen Lehr- und Forschungslaboratorien erbaut werden: Der Finanzrahmen lag bei 600.000 Mark. Ausschlaggebend für die frühe Entscheidung der Ministerien zugunsten der Aachener Hochschule war hier das finanzielle Pfand, welches Wüst dank der Unterstützung des VDEh in Händen hielt.

Zusammen mit seinem Aachener Kollegen Wilhelm Borchers⁴ gelang es Wüst in der Folge sogar, die Pläne für den Institutsneubau wesentlich zu erweitern, so dass schließlich 1,5 Millionen Mark für das neue Institut bereitgestellt wurden. Ein Drittel der Bausumme konnte dabei durch private Spenden bereitgestellt werden, hieran lässt sich das besondere Verhältnis zur rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie ablesen. Insgesamt konnte Wüst für seine Disziplin ökonomisches Kapital⁵ in einer Höhe einwerben, die selbst seine eigenen Berechnungen in seiner Denkschrift vom Herbst 1903 um das Dreifache übertraf.⁶ Das neue Institut erreichte damit eine Dimension vergleichbar mit dem *Ersten Chemischen Institut* an der stets bevorzugten Berliner Universität. Die Investition dieser beträchtlichen Mittel in das institutionelle Ensemble der Aachener Eisenhüttenkunde sicherte Wüst die Verfügung über Produktionsmittel und eine Zahl an Produktivkräften, wie sie bislang keiner anderen eisenhüttenkundlichen Institution zur Verfügung standen.

Die Grundsteinlegung für das neue Institut erfolgte im Juni 1906. Während der sich anschließenden Bauphase beklagte sich das Kultusministerium mehrfach bei den

⁴ Wilhelm Borchers (* 6.10.1856, † 6.1.1925) studierte von 1875 bis 1878 Chemie an den Universitäten in Greifswald und Erlangen. In Erlangen promovierte er mit Auszeichnung. Nach seinem Militärdienst arbeitete er als Chemiker bei der Firma E. de Haën in Hannover, 1882 ging Borchers in die USA, wo er für verschiedene Chemiefirmen tätig war. 1887 kehrte Borchers nach Deutschland zurück und von 1891 bis 1892 nahm er an der Bergakademie in Clausthal ein weiteres Studium der Hüttenkunde auf und arbeitete danach bis 1897 als Lehrer der Chemie und chemischen Technologie an der Maschinenbau- und Hütterschule in Duisburg. Zum 1. Oktober 1897 wurde Borchers als Dozent für Metallhüttenkunde und Elektrometallurgie an die TH Aachen berufen und ein Jahr später zum etatmäßigen Professor ernannt. Röntgen (1925); Hochschularchiv der RWTH Aachen (zukünftig: HAAC), PA 303.

⁵ Hier und im folgenden werden die Kapitalbegriffe von Pierre Bourdieu benutzt. Vgl. ders. (1983 und 1998).

⁶ HAAC, 934a, Fritz Wüst: Das Studium des Eisenhüttenwesens und die Errichtung eines neuen eisenhüttenmännischen Instituts an der Königlichen Technischen Hochschule zu Aachen (Sonderdruck).

Aachener Hüttenkundlern über unvorhergesehene Kostensteigerungen und forderte zu Einsparungen sowie zur Einwerbung zusätzlicher Spenden auf. Bei diesen Gelegenheiten und den parallel verlaufenden Verhandlungen für den Ankauf von Bauland für die weitere Entwicklung der Aachener Hochschule betonten Wüst und Borchers den Ausnahme- und Vorbildcharakter des neuen Instituts, welches geeignet sei, dem zukünftigen Ausbau der gesamten Hochschule entscheidende Impulse zu verleihen. Weiter verwiesen sie auf ihre exzellenten Industriekontakte, die aber für kleinere Zuwendungen nicht unnötig bemüht werden sollten. Stattdessen stellten Borchers und Wüst private Spenden in bislang unerreichter Höhe in Aussicht.

Genau ein Jahr vor der feierlichen Eröffnung standen die guten Beziehungen der Aachener Eisenhüttenkunde zur Eisen- und Stahlindustrie jedoch unerwartet auf dem Spiel: An einer Rede Wüsts, die er anlässlich des Kaisergeburtstages im Januar 1909 hielt und die im Folgenden noch ausführlich untersucht werden wird, entzündete sich ein heftiger Streit mit dem Aachener Stahlindustriellen Adolf Kirdorf.⁷ Dieser wurde umgehend durch den von ihm mitbegründeten, mächtigen Stahlwerksverband unterstützt. Der vom Verband angedrohte vollständige Boykott der Aachener Eisenhüttenkunde bedeutete für Wüst eine ernst zu nehmende existentielle Bedrohung, so dass er sich nach zähen Verhandlungen zum Einlenken bereit erklären musste.

Die folgende Untersuchung soll zeigen, dass der Konflikt zwischen Wüst und Kirdorf und besonders die Vehemenz der Auseinandersetzung nur verständlich wird vor dem Hintergrund einer sich zunehmend aus der Umklammerung der ökonomischen Praxis lösenden Wissenschaft. War bis um die Jahrhundertwende das kognitive Ziel der Eisenhüttenkunde die nachträgliche Ordnung und Systematisierung des betrieblichen Erfahrungswissens, standen im Zeichen der von Wüst konzipierten Studienreform nun experimentelle Laborstudien und die mathematisch-theoretische Interpretation der beobachteten Ergebnisse im Vordergrund. Verbunden mit diesem neuen Forschungsprogramm war die schrittweise Ausbildung des Deutungsmonopols der Eisenhüttenkunde darüber, was wissenschaftlich möglich und richtig sei. Hierzu musste aber die bisherige Deutungsmacht der industriellen Praxis gebrochen werden, dass nur wissenschaftlich sei, was ökonomisch wünschenswert ist.⁸

⁷ Adolf Kirdorf (* 25.6.1845, † 8.7.1923) absolvierte nach dem Gymnasium die Webschule in Mülheim an der Ruhr. Eigentlich sollte er in den elterlichen Betrieb, eine Handweberei, einsteigen; nach dem Bankrott der Firma übernahm er die Stelle des technischen Direktors in der mechanischen Weberei Simons & Frowein in Leichlingen. Von dort wechselte er zur Dortmunder Union und übernahm 1875 die kaufmännische Leitung des Aachener Hütten-Aktien-Vereins Rothe Erde (AHAV). Unter seiner Leitung stieg Rothe Erde in den 1880er Jahren zum weltweit größten Thomasstahlproduzenten auf. Auf Kirdorfs Initiative gründete sich 1904 der Stahlwerksverband. Er war zudem seit 1876 Mitglied des VDI sowie des VDEh, seit 1920 Ehrenmitglied. 1912 erhielt Kirdorf von der TH Aachen die Würde eines Dr.-Ing. E. h. verliehen. N. N. (1923); NDB (1953-), Bd. 11, S. 665 f.

⁸ Milkereit (1977); Krebs (2007).

2. Das Hüttenmännische Institut als Leuchtturm der Aachener Hochschule

Im Januar 1907 wandte sich das Kultusministerium an Wilhelm Borchers, der zwischenzeitlich zum Rektor der Aachener Hochschule gewählt worden war, und forderte ihn auf, sich gemeinsam mit seinem Kollegen Fritz Wüst zu den gestiegenen Kosten für den Innenausbau des neuen hüttenmännischen Instituts zu äußern. Da die jetzigen Planungen die ursprünglich angegebenen Kosten erheblich überschritten, sollten die beiden diese Erhöhung begründen und gegebenenfalls Änderungen an der Planung vornehmen. Ferner legte das Ministerium nahe, für die Inneneinrichtung des Instituts um weitere private Spenden zu werben.⁹

In seinem Antwortschreiben versuchte Wüst zu erläutern, warum die Kosten gestiegen seien: Bei der ursprünglichen Planung habe es sich nur um eine grobe Schätzung und keine detaillierte Kostenaufstellung gehandelt, erst diese habe jetzt die tatsächlich benötigten Mittel offen gelegt. Bezüglich weiterer privater Spenden teilte er dem Ministerium mit, dass er es zurzeit nicht für ratsam halte, an die Industriellen heranzutreten, um den Plan der Hochschule zum Erwerb des benachbarten Eisenbahngrundstückes nicht zu gefährden. Durch die Verlegung des Bahnhofs Templerbend, der bislang ein wesentliches Hindernis für die weitere bauliche Entwicklung der Hochschule darstellte, bestand die Möglichkeit, von der Stadt vier frei werdende, an das Hochschulgelände angrenzende Grundstücke zu erwerben.¹⁰

Bereits im November 1906 hatte Borchers als Rektor der Hochschule eine Denkschrift für den Ankauf von Bauland mit dem Titel *Eine Lebensfrage für die Königliche Technische Hochschule zu Aachen* vorgelegt. Das größte Hindernis für den weiteren Ausbau der Aachener Hochschule sei der Mangel an Bauland. Durch die jetzt beschlossene Verlegung des Bahnhofs Templerbend biete sich die einmalige Gelegenheit, diesen Mangel zu beseitigen:

„Aber müsste aus [finanziellen] Gr[ü]nde[n] die Gelegenheit zu einem größeren Landerwerb, welcher die Möglichkeit einer Ausdehnung der Hochschule auf Jahre hinaus sicherte, wiederum unbenutzt bleiben, so würde trotz aller bisher gemachten Aufwendungen das kaum erreichte Aufblühen unserer Anstalt in ein chronisches Siechtum übergehen und die Zeit würde sich sehr wohl absehen lassen, wo die Verlegung aller Hochschulinstitute auf ein anderes Grundstück oder die Schließung der Hochschule in hiesiger Stadt unabweisbar werden würde.“¹¹

Damit spielte Borchers auf Bestrebungen der Städte Hagen und Dortmund an, die eine westfälische Technische Hochschule gründen wollten. Die implizite Drohung einer Verlegung der Hochschule sollte zuvorderst die Stadt Aachen bewegen, den Kaufpreis für das Bahnhofsgelände zu senken. Anhand der Entwicklung der Hüttenkunde lasse

⁹ Geplant waren für die Eisenhüttenkunde 150.000 Mark und für die Metallhüttenkunde 30.000 Mark, die neue Planung sah 169.000 Mark bzw. 45.000 Mark vor. HAAc, 934b, Kultusministerium an Rektor TH Aachen v. 9.1.1907.

¹⁰ Ebenda, Äußerung v. F. Wüst zum Erlass UIT Nr. 24282 v. 15.2.1907.

¹¹ Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (zukünftig: GSTA PK), I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC 6966, Denkschrift W. Borchers: Eine Lebensfrage für die Königl. Technische Hochschule zu Aachen.

sich, so Borchers weiter, deutlich der innige Zusammenhang zwischen der baulichen Entwicklung und der Besuchsfrequenz aufzeigen: Sei bis 1897 der Besuch der Hüttenkunde jährlich nur um zwei Studierende angestiegen,¹² so wachse sie seit dem zügigen Ausbau jährlich um 15 Studierende. Zum jetzt erreichten Ausbau der Hüttenkunde erklärte er großspurig: „Für das Hüttenwesen ist jetzt gesorgt und 1908 werden wir das größte und besteingerichtete Institut dieser Art auf der ganzen Erde haben.“¹³ Der Bedarf der anderen Abteilungen betrage aber zusammen 34.300 qm. Die Kosten für den sich jetzt bietenden Ankauf entsprechender Grundstücke belaufe sich auf 1,7 Millionen Mark. Geschähe dies, wäre die Technische Hochschule Aachen auf 1.500 bis 1.600 Studierende vorbereitet,¹⁴ eine Zahl, die durchaus erwartet werden könne, „wenn die Lehrinrichtungen auch der übrigen Abteilungen auf die gleiche Höhe gebracht w[ü]rden wie diejenigen der Hüttenabteilung.“¹⁵

Besonders bemerkenswert ist die Selbstgewissheit, mit der Borchers dem sich im Bau befindlichen hüttenmännischen Institut die Spitzenstellung weltweit und eine uneingeschränkte Vorreiterrolle an der Technischen Hochschule in Aachen zuwies.

Auf Seiten des VDEh stand der neue Vorsitzende Friedrich Springorum¹⁶ vor der Frage, ob er die Stadt Dortmund, Sitz des von ihm geführten Stahlkonzerns, unterstützen oder seiner Aachener Alma Mater die Treue halten sollte. Obwohl er grundsätzlich die Gründung einer westfälischen Technischen Hochschule begrüßen würde, teilte er dem Aachener Industriellen Carl Delius¹⁷ mit:

„[Er] werde nach wie vor nach Kräften dazu beitragen, dass Aachen nach Richtung so ausgestaltet wird, dass es eine wirkliche Universitas literarum technicarum darstellt, wovon es heute noch recht weit entfernt ist.“¹⁸

¹² 1897 war die Trennung des Lehrstuhls für die gesamte Hüttenkunde in zwei Professuren für Metall- bzw. Eisenhüttenkunde erfolgt. In der Folge hatte Borchers den Neubau eines Instituts für Metallhüttenkunde und Elektrometallurgie durchgesetzt.

¹³ Diese Bemerkung ist in der Akte des Finanzministeriums unterstrichen sowie mit Ausrufungs- und Anführungszeichen versehen. Ebenda.

¹⁴ Im Studienjahr 1906/07 betrug die Zahl aller Hörer 797, die der Studierenden 604.

¹⁵ GSTA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC 6966, Denkschrift W. Borchers: Eine Lebensfrage für die Königliche Technische Hochschule zu Aachen.

¹⁶ Friedrich Springorum (* 1.4.1858, † 16.5.1938) studierte von 1875-1878 Hüttenkunde an der TH Aachen. 1884 übernahm er die Betriebsleitung des Stahlwerks Rothe Erde bei Aachen, wo er die Einführung des Thomasverfahrens mitgestaltete. 1891 wurde er Betriebsdirektor des Eisen- und Stahlwerks Hoesch in Dortmund, 1908-1920 war er dort Generaldirektor und übernahm dann den Vorsitz des Aufsichtsrates, den er bis 1933 innehielt. Springorum war von 1905-1917 Vorsitzender des VDEh. Bertram (1953).

¹⁷ Carl Delius (* 21.7.1846, † 26.8.1914) war Teilhaber der von seinem Vater gegründeten Tuchfabrik C. Delius. Er heiratete Adele Hoesch, Tochter von Leopold Hoesch, wodurch Delius gute Kontakte zum Dortmunder Stahlkonzern Hoesch und dem dortigen Betriebs- und späteren Generaldirektor Friedrich Springorum unterhielt. Delius war u. a. Stadtverordneter, Mitglied des Provinziallandtages und des preußischen Herrenhauses. Von 1896-1914 war er Präsident der Aachener Handelskammer. Durch seine vielfältigen Ämter und Aktivitäten stand er „lange Jahre an hervorragender Stelle des Aachener öffentlichen und Wirtschaftslebens.“ Arens/Janssen (1964), S. 178.

¹⁸ Hoesch Archiv (zukünftig: HoeschA), F4a55, F. Springorum an E. Schrödter v. 22.11.1906.

Die westfälischen Bestrebungen könnten aber zunächst als Druckmittel eingesetzt werden und Delius als Stadtverordneter solle bitte entsprechend auf die Stadt einwirken – im gleichen Sinne unterrichtete Springorum auch Borchers, der ihm die fertig gestellte Denkschrift übersandt hatte.¹⁹ Delius konnte die Stadt tatsächlich davon überzeugen, dass sie billiger verkaufen müsse, so dass der Kaufpreis auf 1,1 Millionen Mark gesenkt wurde.²⁰ Seinen unermüdlichen Einsatz honorierte die Hochschule nur wenige Tage später mit der Verleihung des Titels eines Doktor-Ingenieurs E. h.²¹

Springorum selbst wollte seine Stellung als Vorsitzender dazu nutzen, die anderen im VDEh organisierten Werke davon zu überzeugen, die Neugründung einer westfälischen Hochschule nicht zu unterstützen. Ferner teilte er Borchers Ende November 1906 mit, dass er auch daran denke, Einfluss auf das Kultusministerium zu nehmen:

„[I]ch halte es doch für nützlich, dass unser Verein, auf dessen Ansicht die Unterrichts-Verwaltung bisher vielfach Rücksicht genommen hat, sich schon jetzt dahin äußert, dass die Entwicklung der Aachener Hochschule keineswegs als abgeschlossen angesehen werden kann, und dass es dringend erwünscht ist, mit dem weiteren Ausbau nicht länger zu zögern.“²²

Der Aachener Eisenhüttenmann Fritz Kintzlé²³ schlug Springorum als Vereinsvorsitzendem vor, dass der VDEh sich bei den anderen technischen Vereinen dafür einsetze, die Aachener Hochschule in der Baulandfrage öffentlich zu unterstützen.²⁴ Der VDEh entschloss sich, Kintzlés Vorschlag zu folgen und richtete am 13. Juni 1907 zunächst selbst eine Eingabe an das Finanzministerium, in welcher der Ankauf des Erweiterungsgeländes voll und ganz unterstützt und der Finanzminister aufgefordert wurde, die sich bietende Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen zu lassen.²⁵ Wilhelm Beumer²⁶ stellte Gleiches im Namen der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und

¹⁹ HoeschA, F4a55, F. Springorum an W. Borchers v. 22.11.1906.

²⁰ HoeschA, F4a55, C. Delius an F. Springorum v. 24.11.1906; HA VDEh, Se 31, W. Borchers an E. Schrödter v. 14.1.1907.

²¹ Habetha (1995), S. 630.

²² HoeschA, F4a55, F. Springorum an W. Borchers v. 26.11.1906.

²³ Fritz Kintzlé (* 19.1.1852, † 19.3.1908), Absolvent der Aachener Hochschule, war u. a. gemeinsam mit den Aachener Professoren Otto Intze und Friedrich Heinzerling Herausgeber des *Deutschen Normalprofil-Buches für Walzisen zu Bau- und Schiffsbau-Zwecken*. Kintzlé trat dem Aachener Bezirksverein des VDI 1880 bei. Seit 1879 beim AHAV, wurde er 1899 zum Betriebsdirektor ernannt und übernahm 1907 von Adolf Kirdorf die Gesamtleitung. NDB (1953-), Bd. 11, S. 631; N. N. (1908a), S. 457 f.

²⁴ HoeschA, F4a39, F. Kintzlé an F. Springorum v. 24.5.1907.

²⁵ GSTA PK, I HA Rep. 151 Finanzministerium, IC 6966, VDEh an den Finanzminister v. 13.6.1907.

²⁶ Wilhelm Beumer (* 3.8.1848, † 29.12.1926) arbeitete zunächst als Oberlehrer an der Realschule in Witten/Ruhr, wo er sich einen Namen als Verfechter von Bismarcks Wirtschaftspolitik machte. 1887 wurde er Generalsekretär der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen Interessen in Rheinland und Westfalen. 1893-1918 war er Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, 1901-1918 national-liberaler Abgeordneter im Reichstag. 1918 erhielt er von der TH Aachen die Würde eines Dr.-Ing. E. h. verliehen. NDB (1953-), Bd. 2, S. 196 f.; Schlenker (1927).

Stahlindustrieller in Aussicht.²⁷ Ferner sandte der Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirke eine gleichlautende Eingabe an das Kultusministerium.²⁸ Schließlich schlossen sich der Aachener, Bergische, Bochumer, Lenner, Mittelrheinische, Niederrheinische, Pfalz-Saarbrücker, Ruhrer und Siegener Bezirksverein des VDI der Eingabe des VDEh an.²⁹ Diese konzertierte Aktion der technischen Vereine verdeutlicht die enorme Reichweite des von der Gunst des VDEh abhängigen Unterstützernetzwerks für die Technische Hochschule Aachen. Die Initiative der beiden Aachener Alumni Springorum und Kintzlé zeigt zudem deren starke Bindung an ihre Alma Mater auf. Fritz Kintzlés Verbundenheit mit der Aachener Hochschule erhöhte sich weiter durch deren erfolgreichen Antrag auf Verleihung des Roten Adlerordens 4. Klasse, der mit seinen Verdiensten um die deutsche Thomasstahlproduktion und die Unterstützung für die Hochschule begründet wurde. Besonders herausgehoben wurde seine Rolle bei der Einwerbung „erheblicher Beträge“³⁰ für ihren Ausbau. Die schnelle Zustimmung der Ministerien verweist außerdem darauf, was Wüst durch seine Kaisergeburtstagsrede aufs Spiel setzen sollte: Das Kultusministerium schrieb nämlich aufgrund der Eingaben im August 1907 an das Finanzministerium, dass es den Ankauf des Geländes für 1.150.000 Mark wünsche und davon ausgehe, dass die Einstellung einer ersten Rate von 300.000 Mark in den Haushalt 1908 doch sicher möglich sei.³¹ Das Finanzministerium stimmte im Oktober dem Wunsch der Kultusverwaltung zu, so dass der gesamte Ankauf aus Staatsmitteln ohne weitere Verzögerung eingeleitet wurde.³² Auch verzichteten die Ministerien in diesem Fall darauf – entgegen der Annahme von Borchers und Wüst³³ –, die Aachener Hochschule zur Einwerbung privater Spenden aufzufordern. Die gemeinsame Mobilisierung des sozialen und symbolischen Kapitals der Ingenieur- und Wirtschaftsvereine hatte den größten Zufluss ökonomischen Kapitals seit der Gründung des Polytechnikums 1870 ermöglicht. Mit diesem Coup wurde aber zugleich in aller Deutlichkeit sichtbar, dass die Lebensfrage der Aachener Hochschule hochgradig von ihren guten Beziehungen zu den rheinisch-westfälischen Industriellen abhängig war. Das ebenfalls sichtbar gewordene Wohlwollen der Finanz- und Kultusverwaltung dankte die Hochschule umgehend mit der Verleihung der Ehrendok-

²⁷ HA VDEh, Se 31, E. Schrödter an W. Borchers v. 14.6.1907.

²⁸ GSTA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC 6966, Verein für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirke an Kultusminister v. 30.7.1907.

²⁹ Ebenda, Aachener Bezirksverein des VDI an den Finanzminister v. 30.7.1907.

³⁰ GSTA PK, I. HA Rep. 89 Geheimes Zivilkabinett, Jüngere Periode, Nr. 21704, An Seine Majestät den Kaiser und König v. 14.7.1907.

³¹ GSTA PK, I. HA Rep. 151 Finanzministerium, IC 6966, Kultusministerium an Finanzministerium v. 10.8.1907.

³² HAAc, 934b, Kultusministerium an Rektor TH Aachen v. 23.10.1907.

³³ Ebenda, Rektor TH Aachen an O. Naumann v. 9.10.1907 (Entwurf); ebd., Äußerung v. 27.10.1907 von F. Wüst zum Erlass UIT Nr. 23131.

torwürde an Finanzminister Georg von Rheinbaben, Kultusminister Ludwig Holle³⁴ und Otto Naumann³⁵, dem Dezernenten für die Technischen Hochschulen.³⁶

Im August 1907 hatte Wüst dem Kultusministerium die Kostenaufstellung für die apparative Einrichtung des neuen Instituts übersandt: Sie nannte eine Gesamtsumme von 140.000 Mark. Die größten Anschaffungen im Umfang von 35.000 Mark waren für das metallurgische Untersuchungslaboratorium vorgesehen. Danach folgten das mechanische und das Schmelzlaboratorium mit je 25.000 Mark. Für das physikalische Laboratorium waren 20.000 Mark, für das metallographische Laboratorium 16.000 Mark veranschlagt und schließlich für die mechanische Werkstatt und sonstige Apparate zusammen 19.000 Mark.³⁷ Das Kultusministerium klagte daraufhin im Oktober 1907, dass die Gesamtkosten derzeit schon bei über 1,4 Millionen Mark lägen: „Dabei lassen die neuerlichen Anforderungen nicht einmal mit Sicherheit darauf schließen, dass nicht noch weitere Mittel beantragt werden.“³⁸ Die beteiligten Professoren sollten ihre Vorschläge noch einmal genau prüfen und über etwaige Einsparungen nachdenken, auch sollte wiederum überlegt werden, nochmals Spenden einzuwerben.

In seiner Stellungnahme verwies Borchers auf die noch schwebende Frage des Grunderwerbs: Sein Kollege Wüst glaube, dass mit Stiftungen in Höhe von einer Million Mark gerechnet werden könne, daher dürfe man an dieselben Kreise jetzt nicht bezüglich des Instituts herantreten. Ob Wüst sein seinerzeitiges Verhältnis zur Industrie maßlos überschätzte oder das Kultusministerium durch die Aussicht auf eine solch enorme Summe ruhig gestellt werden sollte, bleibt offen, da – wie bereits erwähnt – das Finanzministerium wider Erwarten den Ankauf komplett aus Staatsmitteln finanzierte.³⁹ Ansonsten erklärte Borchers mit Wüst übereinstimmend, dass die vorgeschlagene apparative Ausstat-

³⁴ Ludwig Holle (* 27.6.1855, † 12.12.1909) war 1907–1909 preußischer Kultusminister.

³⁵ Otto Naumann (* 7.6.1852, † 1.8.1925) studierte Rechtswissenschaft in Freiburg im Breisgau, Leipzig und Straßburg und begann seine Laufbahn im Staatsdienst 1874 als Referendar in Colmar. 1884 trat er ins Kultusministerium ein, wo er 1888 vortragender Rat wurde. Als Ministerialdirektor förderte er den Ausbau der Technischen Hochschulen und Kliniken. Er vertrat Friedrich Althoff des öfteren und kann daher als ein starker Mann im Kultusministerium angesehen werden. 1907 wurde er Nachfolger Althoffs als Bautenreferent für Kliniken und Technische Anstalten. 1920 trat er in den Ruhestand, zu diesem Anlass benannte die Aachener Hochschule die Institute für Eisenhüttenwesen und das übrige Metallhüttenwesen in Naumann-Institute für das gesamte Hüttenwesen um. Zugleich wurde er von den Technischen Hochschulen Aachen, Berlin, Breslau, Danzig und Hannover gemeinsam zum Ehrenmitglied ernannt: „In voller Würdigung seiner langjährigen segensreichen Amtstätigkeit, ferner seiner hohen Verdienste um die Hebung und Entwicklung der Technischen Hochschule.“ (HAAc, 340, Urkunde v. 17.12.1920) Naumann erhielt zahlreiche weitere Orden und Titel verliehen, darunter mindestens sieben Ehrendokortitel. GSTA PK, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, 31 N, Nr. 20, Bd. 1.

³⁶ Habetha (1995), S. 630. Daneben wurden auch Georg Thür (* 5.10.1846, † 10.8.1924) vom Ministerium für öffentliche Arbeiten und Gustav Lacomie (* 1849, † 1911) vom Finanzministerium zu Ehrendoktoren ernannt. Ebenda.

³⁷ HAAc, 934b, F. Wüst an Kultusministerium v. 11.8.1907.

³⁸ HAAc, Kultusministerium an Rektor TH Aachen v. 1.10.1907.

³⁹ HAAc, Rektor TH Aachen an O. Naumann, Berlin v. 9.10.1907 (Entwurf).

tung bereits äußerst knapp bemessen und Abstriche daher unmöglich seien.⁴⁰ Auch könne der Hochschule durch falsche Sparsamkeit großer Schaden zugefügt werden:

„Werden wie dies der Erlass in Vorschlag bringt, Gegenstände der inneren Einrichtung gestrichen, welche der sachkundige Besucher sofort vermissen muss, so liegt die Gefahr nahe, dass bei der Eröffnung der hüttenmännischen Institute die Industriellen den Eindruck bekommen, als sei bei der inneren Einrichtung eines für die hiesige Hochschule und für die gesamte auf die Verwendung von Metallen angewiesene Industrie ganz besonders wichtigen Institutes hier und da eine mit der Bedeutung des Institutes und mit den Rücksichten auf einen musterhaften Betrieb desselben nicht in Einklang stehende Sparsamkeit getrieben. Das würde aber von sehr ungünstiger Wirkung auf die bisherigen und zukünftigen Spender sein, welche bei der Eröffnung des Institutes natürlich vertreten sein werden. Kann dagegen die Unterrichtsverwaltung bei dieser Gelegenheit mit einem Institute vor die Industriellen treten welches vom Keller bis zum Dach auf jeden Besucher den Eindruck einer aner kennenswerten Leistung macht, so wird die Bereitwilligkeit zu Stiftungen für die weiteren Neubauten unserer Hochschule damit nur gesteigert werden.“⁴¹

Die Kultusverwaltung ließ sich offensichtlich von Borchers Argumentation überzeugen, zumindest verzichtete das Ministerium auf weitere Änderungen und Mitteleinwerbungen. Leider lässt sich aus den Quellen nicht schließen, ob die von Wüst und Borchers hochstilisierte Vorbildfunktion des hüttenmännischen Instituts tatsächlich den Ausschlag für das Einlenken gab. Sichtbar wird bei den zuvor beschriebenen Vorgängen das enorm gestiegene Selbstbewusstsein der beiden Aachener Hüttenkundler. Die rückhaltlose Unterstützung durch die technischen Vereine spricht dafür, dass die von Wüst und Borchers empfundene Machtstellung durchaus nicht einer realen Grundlage entbehrte.

Die fünfte und letzte Rate für den Neubau für das gesamte Hüttenwesen wurde in den Kultusetat 1909 eingestellt, womit sich schließlich die gesamten Baukosten ohne die apparative Ausstattung auf 1.197.850 Mark summierten.⁴² Der Vollendung und dem Erfolg des neuen Instituts war nun scheinbar der Weg gebahnt.

3. Wüsts drohender Schiffbruch an den Klippen der Stahlwerksindustriellen

Zur Vorfeier des Geburtstages von Kaiser Wilhelm II. hielt Fritz Wüst am 25. Januar 1909 in der Aula der Technischen Hochschule Aachen eine Festrede über *Die Entwicklung der deutschen Eisenindustrie in den letzten Jahren*. Ausgehend von der Entwicklung des Bessemerverfahrens und der Vormachtstellung Großbritanniens bei der Eisen- und Stahlherstellung skizzierte er anhand der Einführung und Verbesserung des Thomasprozesses den Aufstieg Deutschlands zum zweitgrößten Stahlproduzenten hinter den Vereinigten Staaten. Zentrale Motive seiner Rede waren die Verwissenschaftlichung des

⁴⁰ HAAc, Äußerung v. 27.10.1907 von F. Wüst zum Erlaß UIT Nr. 23131.

⁴¹ HAAc, Rektor TH Aachen an Kultusministerium v. 8.11.1907.

⁴² GSTA PK, I. HA Rep. 76 Kultusministerium, Vb, Sekt. 6, Tit. XV, Nr. 7 Bd. II, Nachweis der 5. (letzten) Baurate für des Etatjahr 1909 v. 20.7.1908.

Eisenhüttenwesens und der Wettlauf zwischen Deutschland, Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Einige Passagen aus seiner Rede mögen dies verdeutlichen:

„Bessemers Verdienst ist es, der Menschheit eine neue Erfindung gegeben zu haben, welche es gestattet, die Erzeugung eines der wichtigsten Kulturmittel von der menschlichen Handarbeit und der Geschicklichkeit des Arbeiters unabhängig zu machen und dieselbe ausschließlich der Intelligenz und der theoretischen Schulung der Ingenieure zu überweisen.“⁴³

Auch die Erfolgsgeschichte der deutschen Eisen- und Stahlindustrie führte Wüst in erster Linie auf die Fortschritte der Eisenhüttenkunde zurück:

„Im Laufe der Jahre hat man durch Anwendung wissenschaftlicher Grundsätze in Deutschland die Qualität des Thomasflußeisens mehr und mehr derart verbessert, dass man imstande war ein Produkt herzustellen, das dem Bessemerflußeisen an Zähigkeit überlegen und in viel höherem Maße als Konstruktionsmaterial geeignet ist.“⁴⁴

Insgesamt folgte Wüst in seiner Beschreibung des deutschen Eisenhüttenwesens den Linien, die er in seiner Denkschrift von 1903 bereits skizziert hatte – kleinere Textabschnitte hatte er sogar wörtlich aus dieser übernommen. Insbesondere die semantische Verknüpfung von wissenschaftlichem Fortschritt und wirtschaftlicher Prosperität betonte er immerzu.

Nach seinem historischen Abriss wandte sich Wüst dem metallurgischen und wirtschaftlichen Vergleich von basischem Martinofen und Thomasbirne zu.⁴⁵ Er konstatierte

„eine folgenschwere Überlegenheit des Martinstahles, welche in verhältnismäßig kurzer Zeit dahin führen wird, dass der Thomasprozeß mehr und mehr an Boden verliert und durch das Martinverfahren verdrängt wird.“⁴⁶

Aus diesem Grund forderte er am Ende seiner Rede die „führenden Männer der deutschen Eisenindustrie“⁴⁷ auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die deutsche Stahlproduktion auf den Siemens-Martinprozess umzustellen. Dies sei umso dringlicher, als die glorreiche Zukunft des Deutschen Kaiserreiches maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der Stahlindustrie abhinge:

„Eine leistungsfähige, auf wissenschaftlicher Erkenntnis beruhende Eisenindustrie ist ein unumgängliches Erfordernis eines jeden Volkes, welches seine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit behaupten und seine Interessen mit Nachdruck wahrnehmen will. Nur wenn diese Bedingungen in ausreichendem Maße gegeben sind, liegt die Möglichkeit vor, die Verteidigung zu Lande und zu

⁴³ Wüst (1909a), S. 266.

⁴⁴ Wüst (1909a), S. 268 f.

⁴⁵ Wüsts Rede baute teilweise auf einer Forschungsarbeit zur experimentellen Untersuchung des Thomasverfahrens auf, die einer seiner Doktoranden, Leo Laval, zwischen 1905 und 1907 durchgeführt hatte. Vgl. Laval (1906).

⁴⁶ Wüst (1909a), S. 281.

⁴⁷ Wüst (1909a), S. 295.

Wasser mit den vollkommensten Hilfsmitteln derart auszurüsten, dass wir der Zukunft mit Ruhe und Gelassenheit entgegensehen können.“⁴⁸

Mit seiner Prognose gerierte sich Wüst als eisenhüttenkundliche Cassandra: Kraft seiner wissenschaftlichen Erkenntnisse und seiner akademischen Autorität warnte er vor einem Niedergang des deutschen Eisenhüttenwesens und wies der deutschen Stahlindustrie den richtigen Weg in die Zukunft. Zugleich bewies Wüst mit seinem Warnruf die Leistungsfähigkeit seiner Disziplin, die mit ihren neuen Untersuchungsmethoden eine rechtzeitige und objektive Bewertung der verschiedenen Stahlherstellungsverfahren ermögliche.

Im Mai 1909 veröffentlichte Wüst seine Rede in der von ihm mitherausgegebenen Zeitschrift *Metallurgie*. Anfang Juni berieten Friedrich Springorum, Emil Schrödter und Otto Petersen⁴⁹ darüber, ob Wüsts Kaiserrede auch in der Vereinszeitschrift *Stahl und Eisen* erscheinen solle. Springorum legte in einem Schreiben dar, dass Wüst seiner Meinung nach von nicht ganz zweifelsfreien Prämissen ausgehe.⁵⁰ Unabhängig davon könnten Wüsts Äußerungen „schwere wirtschaftliche Schäden zur Folge haben“,⁵¹ denn die westdeutsche Eisenindustrie sei in absehbarer Zeit nicht in der Lage, das Talbot- oder Bertrand-Thiel-Verfahren⁵² einzusetzen, da sie unter den hier gegebenen Rahmenbedingungen wirtschaftlich nicht mit dem Thomasprozess konkurrieren könnten. Springorum erscheine es sehr heikel,

„die Qualitätsfrage von Thomas- und Martinstahl aufzurollen in einer Zeit, wo ohnehin die große Gefahr besteht, dass nach dem Vorbild der Engländer auch

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Otto Petersen (* 13.1.1874, † 27.12.1953), Sohn von Karl Petersen, studierte von 1893 bis 1898 an der TH Aachen bei Wüst, ging dann zur praktischen Ausbildung zwei Jahre in die Vereinigten Staaten und arbeitete anschließend bei den Stahl- und Walzwerken Rendsburg. 1906 promovierte er in Aachen und wurde im folgenden Jahr stellvertretender Geschäftsführer des VDEh. Petersen sollte u. a. als Puffer den Konflikt Wüst/Schrödter entschärfen helfen. 1910 übernahm Petersen nach Schrödters durch Wüst erzwungenen Rücktritt die Redaktion von *Stahl und Eisen* und 1916 zudem die Geschäftsführung des VDEh. Petersen war u. a. an der Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung und der Freundes- und Fördergesellschaft der TH Aachen (Faho) beteiligt. Ab 1933 unterstützte er aktiv den Nationalsozialismus und war bis Kriegsende als Mitglied der eisenindustriellen Funktionselite an der wirtschaftlichen Durchführung des NS-Vernichtungskrieges beteiligt – 1948 wurde ihm deshalb das passive Wahlrecht entzogen, im selben Jahr erhielt er die Ehrendoktorwürde der TH Aachen verliehen. HAAc, 108, Vorsteher der Abt. IV Schwemann an Rektor v. 24.2.1907; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1002-36405; DBE (2001), Bd. 7, S. 619 f.

⁵⁰ Wüst war von folgenden Prämissen ausgegangen: Erstens sei es unmöglich, einen Thomasstahl mit weniger als 0,06 % Phosphor herzustellen; zweitens müsse Thomasstahl rückgekühlt werden, was unnötige Kosten verursache; drittens sei der Abbrand mit 12 % zu hoch; viertens sei keine deutliche Senkung der Selbstkosten mehr zu erwarten. Damit bleibe der Thomasstahl qualitativ hinter Siemens-Martin-Stahl zurück und der Kostenvorteil werde sich zukünftig zugunsten des letzteren Verfahrens verschieben.

⁵¹ HoeschA, B1a34, F. Springorum an E. Schrödter v. 5.6.1909.

⁵² Beide Verfahren waren Varianten des klassischen Siemens-Martinverfahrens. Vgl. etwa: Johanssen (1924), S. 203 f.; ausführlicher, auch zum Hoeschverfahren: Osann (1926), S. 480-490.

unsere Eisenbahn- und Baubehörden versuchen, für Schienen und Konstruktionszwecke ein Material von besserer Qualität als seither üblich zu verlangen.“⁵³

Wenn in der Zukunft diese Qualität erforderlich und technisch herstellbar sei, dürfe man sich natürlich nicht verschließen; einstweilen sollte die Gesamtwirtschaft in den Vordergrund gestellt und hinsichtlich der Qualität darauf verwiesen werden, dass die bisher erzeugte ausreichend ist: „Das kann man aber nicht in einem gegen die Wüst'sche Arbeit gerichteten Angriff sagen.“⁵⁴ Springorum befürchtete, dass eine solche Entgegnung als von ausschließlich eigennütigen Interessen geleitet angesehen würde und letztlich Wüsts auf wissenschaftlichen Untersuchungen fußende Arbeit – trotz falscher Prämissen – den Sieg davon tragen könne. Die Frage, die von Springorum im Grunde aufgeworfen wurde, war, ob nur wissenschaftlich wahr sei, was auch wirtschaftlich nutze. Seine eigene Antwort fiel ambivalent aus: Auf der einen Seite vertrat er den Standpunkt, dass auch die Wissenschaft sich den gesamtwirtschaftlichen Interessen unterzuordnen habe, auf der anderen Seite war ihm klar, dass der scheinbar objektiven und wirtschaftlich interessenlosen wissenschaftlichen Erkenntnis in einer öffentlichen Auseinandersetzung der Vorzug gegeben würde. Dies befürchtete er sogar für den Fall, dass die Erkenntnisse auf falschen Voraussetzungen aufbauten.

Schrödter unterrichtete Springorum am 9. Juni darüber, dass Petersen die Veröffentlichung von Wüsts Rede in Auszügen vorgeschlagen habe – namentlich den Vergleich zwischen Thomas- und Martinverfahren. Schrödter sei aber mit Springorum einer Meinung, dass *Stahl und Eisen* nicht zur Verbreitung von Wüsts Thesen beitragen sollte:

„Ich halte mit Ihnen dafür, dass durch sie unser wirtschaftliches Gesamtinteresse ganz entschieden geschädigt ist, dass aber vielleicht die Schädigung noch größer würde, wenn ihre Verbreitung durch St.u.E. erfolgte u. eine offene Polemik eröffnet würde.“⁵⁵

Am besten wäre es wohl, in einzelnen Artikeln Stellung zu beziehen, „ohne auf die Wüst'sche Rede Bezug zu nehmen“.⁵⁶ Schrödter sei bereits im Thomasstahlwerk in Aachen Rothe Erde gewesen, aber dort kenne niemand von den maßgebenden Persönlichkeiten den Wüst'schen Artikel.

Dies änderte sich zwei Tage später mit einem Brief von Wüst an Adolf Kirdorf, der bis 1907 den Vorstandsvorsitz des Aachener Hütten-Aktien-Vereins Rothe Erde inne gehabt hatte.⁵⁷ Wüst übersandte Kirdorf einen Sonderdruck seiner Rede und verstieg sich dazu, ihm Ratschläge zur Unternehmensführung zu erteilen:

„Wie mir aus den Tagesblättern bekannt, stehen Sie im Begriff, ein Stahlwerk in Luxemburg zu bauen. Falls Sie das Thomasverfahren wählen, so werden Sie

⁵³ HoeschA, B1a34, F. Springorum an E. Schrödter v. 5.6.1909.

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ HoeschA, B1a34, E. Schrödter an F. Springorum v. 9.6.1909.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Rothe Erde war noch zu Beginn der 1890er Jahren das größte deutsche Thomasstahlwerk gewesen. Das Aachener Unternehmen fusionierte 1907 mit der von Adolf Kirdorfs Bruder Emil geleiteten Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft und verlor dadurch seine Eigenständigkeit. Vgl. Becker (1907).

heute schon darauf verzichten müssen, Schienen in das Ausland abzusetzen, aber auch in Deutschland dürfte in absehbarer Zeit die Thomasschiene keine Verwendung mehr finden. Als Qualitätsmaterial wird das Thomasmetall künftig nicht mehr in Betracht kommen und deshalb wird es sich für Ihr Werk empfehlen, die Frage ob Luftfrisch- oder Erzfrisch-Verfahren zu prüfen.⁵⁸

Wie Kirdorf Wilhelm Borchers im Beisein des Aachener Regierungspräsidenten und Kurators der Hochschule, Maximilian von Sandt⁵⁹ und Carl Delius mitteilte, sah er in der Kaisergeburtstagsrede einen Affront und befürchtete eine kaum absehbare Schädigung der deutschen Eisenindustrie. Zur Charakterisierung von Wüsts infamem Urteil über den Thomasstahl verglich Kirdorf ihn mit dem Maschinenbauprofessor Franz Reuleaux, der seit seinen abschätzigen Bemerkungen über die deutschen Produkte auf der Weltausstellung 1876 in Teilen der Industrie als Paria galt.⁶⁰ Wüst reagierte auf diesen öffentlichen Tadel mit einem Schreiben, in dem er auf seiner Position beharrte und Kirdorf anbot, seine Behauptungen durch wissenschaftliche Untersuchungen an Proben des Aachener Thomasstahls zu verifizieren. Eine Kopie des Briefes verschickte er sogleich an den Kultusminister, den Regierungspräsidenten und den Aachener Handelskammerpräsidenten – der Adressatenkreis macht deutlich, dass Wüst sein wissenschaftliches Ansehen durch Kirdorfs Äußerungen massiv bedroht sah.⁶¹

In seinem Antwortschreiben vom 23. Juni versuchte Kirdorf, die von Wüst gegen die Qualität des Thomasstahls angeführten Behauptungen durch Erfahrungen aus dem Aachener Hüttenwerk zu widerlegen – der dort erzeugte Thomasstahl werde allen praktischen Anforderungen gerecht. Er schloss mit der Hoffnung, dass Wüst „nicht durch weitere Veröffentlichungen die Aufmerksamkeit de[r] ausländischen Wettbewerbe[r]“⁶² erregen möge. Aus einem Rundschreiben des Stahlwerksverbands⁶³ geht hervor, dass dies die größte Sorge der Thomasstahlwerke war. Der Verband unterrichtete die ihm angeschlossenen Werke über Wüsts Rede, „worin [dieser] dem Thomasstahl die Absatzmöglichkeiten für die Zukunft abspr[e]ch[e].“⁶⁴ Weiter hieß es:

„Es ist nicht dieser Vortrag allein, der im Interesse der Thomaswerke außerordentlich bedenklich ist, sondern auch der Umstand, dass Herr Professor Wüst durch seine Lehrtätigkeit in noch viel intensiverer Weise den Thomasstahl zu be-

⁵⁸ HoeschA, B1a34, F. Wüst an A. Kirdorf v. 11.6.1909.

⁵⁹ Maximilian von Sandt (* 23.12.1861, † 29.1.1918) war von 1907-1914 Aachener Regierungspräsident.

⁶⁰ Reuleaux hatte über die deutschen Produkte auf der Weltausstellung in Philadelphia 1876 geurteilt, dass diese „bad and cheap“ seien – damit löste er eine öffentliche Kontroverse in Deutschland aus. Vgl. Braun (1990).

⁶¹ RWWA, Abt. 130, 30019390/32, F. Wüst an A. Kirdorf v. 19.6.1909.

⁶² Ebenda, A. Kirdorf an F. Wüst v. 23.6.1909.

⁶³ Der Stahlwerksverband wurde 1904 in Form einer Aktiengesellschaft unter Vorsitz von Adolf Kirdorf gegründet. Er beherrschte zusammen mit dem oberschlesischen Stahlwerksverband die gesamte deutsche Stahlindustrie. 1905 gehörten ihm 31 Werke an, von denen 17 Kohle und 25 Eisenerz förderten sowie 27 Roheisen herstellten. Für Produkte der Klasse A wie beispielsweise Eisenbahnobermaterial bildete der Verband ein Syndikat, d. h. sie wurden nur noch durch eine gemeinsame Verkaufsorganisation vertrieben. Produkte der Klasse B, z. B. Walzdraht, Bleche und Röhren, wurden dagegen nur kartelliert. Reckendrees (2000), S. 70-75; Feldman (1977), S. 30-37.

⁶⁴ HoeschA, B1a34, Stahlwerks-Verband an die Thomasstahlwerke des Stahlwerks-Verbandes v. 17.6.1909.

kämpfen in der Lage ist. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, dass die Thomas-Werke diesen Angriffen begegnen, um einer Entwertung der enormen Mittel, die in den Thomas-Werken angelegt sind, vorzubeugen.“⁶⁵

Der mächtige Stahlwerksverband fürchtete demnach Wüsts mit Hilfe der Industriellen aufgebaute wissenschaftliche Autorität und ging davon aus, dass Wüst einflussreich genug sei, der deutschen Stahlindustrie nachhaltig zu schaden. Die schlimmste Befürchtung war, dass sich die großen Stahlkäufer, allen voran die Eisenbahnverwaltungen, Wüsts Urteil anschließen und daraufhin den Thomasstahl boykottieren könnten. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten gab es, unter anderem ausgelöst durch eine Reihe von Zugunglücken aufgrund defekter Schienen, Bestrebungen, für den Eisenbahnbedarf nur noch Schienen aus Siemens-Martinstahl zuzulassen.⁶⁶ Dem Stahlwerksverband ging es demnach in erster Linie nicht um eine sachliche Auseinandersetzung, sondern um Investitionsschutz für die deutschen Thomasstahlwerke, die immerhin fast 70 % der deutschen Stahlproduktion lieferten⁶⁷ – wissenschaftlich richtig wäre demnach nur, was der deutschen Wirtschaft nütze. Der Technikhistoriker Ulrich Wengenroth hat gezeigt, dass sich die deutsche Stahlindustrie der Qualitätsprobleme des Thomasstahls sehr wohl bewusst war, musste sie doch beispielsweise 1885 hinnehmen, dass Schiffsblechen aus Thomasstahl vom britischen Lloyd offiziell die Anerkennung verweigert wurde und auch die deutschen Werften Thomasstahlbleche mieden.⁶⁸ Außerdem war es durchaus üblich, dass in hüttenmännischen Aufsätzen, gerade auch in *Stahl und Eisen*, Prognosen zum Ausgang des Systemstreits Herdfrisch- oder Konverterverfahren aufzustellen.⁶⁹

Auf der Sitzung des Stahlwerksverbands am 24. Juni verlas Emil Kirdorf⁷⁰, Vorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks AG, die Korrespondenz zwischen seinem Bruder und Wüst.⁷¹ Der Verband sandte daraufhin Kopien des Briefwechsels an seine Mitglieder und machte sich in einem Rundschreiben die Argumentation von Adolf Kirdorf zu eigen: Der deutsche Thomasstahl werde allen Qualitätsanforderungen gerecht. Letzt-

⁶⁵ HoeschA, B1a34, Stahlwerks-Verband an die Thomasstahlwerke des Stahlwerks-Verbandes v. 17.6.1909. Einen Tag später verschickte der Verband Kopien von Wüsts Redetext. Ebenda, v. 18.6.1909.

⁶⁶ Vgl. zur amerikanischen Diskussion: Aldrich (1999), S. 263-291.

⁶⁷ 1908/09 beruhten zwischen 65 und 70 % der deutschen Massenstahlproduktion auf dem Thomasverfahren. RWVA Abt. 130, 30019390/32, Gutachten P. Lueg v. 7.7.1909. In den Vereinigten Staaten von Amerika erreichten die Bessemer- und Martinstahlerzeugung 1907 Gleichstand mit 11,8 bzw. 11,7 Millionen Tonnen, wobei das Bessemerverfahren einen Rückgang von 5 % zum Vorjahr verzeichnete und die Martinproduktion um 5 % gestiegen war. Die Gesamterzeugung belief sich auf 23,7 Millionen Tonnen. N. N. (1908b), S. 411 f.; N. N. (1908c), S. 564 f.

⁶⁸ Wengenroth (1987).

⁶⁹ Thiel (1901), S. 1305-1313. Für spätere Prognosen vgl. Thiel (1916), S. 1101-1135.

⁷⁰ Emil Kirdorf (* 8.4.1847, † 13.7.1938) lernte wie sein Bruder Adolf zunächst das Textilhandwerk. 1871 erhielt er die Gelegenheit, in den Kohlenbergbau einzusteigen und wechselte 1873 auf den kaufmännischen Direktorposten der soeben gegründeten Gelsenkirchener Bergwerks AG (GBAG). Während seiner 53-jährigen Leitungstätigkeit stieg die GBAG zum größten Kohlenbergbauunternehmen Europas auf. NDB (1953-), Bd. 11, S. 666-668.

⁷¹ RWVA Abt. 130, 30019390/32, Zinessen an P. Reusch v. 25.6.1909.

lich sei ohnehin nicht die chemische Analyse, sondern allein die Bewährung und das Verhalten im Betriebe ausschlaggebend:

„Die Werke sprechen aus diesen Gründen ihr Bedauern über die in der Öffentlichkeit erfolgte Herabsetzung des Thomasmaterials aus, dem die deutsche Eisenindustrie ihre große Bedeutung verdankt, und auf das sie nach ihrer Ansicht auch in der Zukunft nicht verzichten kann. Ohne in die Lehrfreiheit irgendwie eingreifen zu wollen, sprechen sie die bestimmte Erwartung aus, dass Veröffentlichungen über das Ergebnis von Forschungen von so einschneidender Wirkung auf bestehende Industrien nicht erfolgen, bevor solche Industrien darüber unterrichtet und Mittel und Wege gefunden worden sind, schädlichen Wirkungen für dieselbe vorzubeugen.“⁷²

Der Stahlwerksverband setzte eine Kommission ein, die geeignete Gegenmaßnahmen beraten sollte. In einer ersten Besprechung wurde unter anderem ein vollständiger Boykott der Aachener Eisenhüttenkunde erwogen und von einzelnen Werken ad hoc angenommen. Aachener Studierende sollten weder als Praktikanten noch bei Exkursionen zugelassen werden. Wie Springorum Delius vertraulich mitteilte,

„wurde [außerdem] erklärt, man werde, so lange man nicht die Gewähr habe, dass den Studierenden ähnliche Weisheiten nicht mehr gepredigt würden, wie es Herr Prof. Wüst tue, keinen aus der Aachener Hochschule hervorgegangenen Ingenieur mehr einstellen.“⁷³

Springorum ging davon aus, dass dies keine leere Drohung war:

„Leider muss ich befürchten, dass es sich hier nicht um in der Erregung gesprochene Worte handelt, sondern dass die betreffenden Werke tatsächlich so vorgehen werden, denn der Unwille gegenüber dem Verhalten der Aachener Herren ist so allgemein und tiefgehend, wie ich Ihnen auch schon vor längerer Zeit berichtet habe, dass derartige Maßnahmen schon wiederholt erwogen worden sind und es nur dieses Anlasses bedurfte, um sie zur Ausführung zu bringen.“⁷⁴

Eine weitere öffentliche Erörterung der Angelegenheit durch Wüst werde wohl mit wenigen Ausnahmen die gesamte Hüttenindustrie des Rheinlands und Westfalens veranlassen, sich dieser Position anzuschließen. Der daraus entstehende Schaden für die Aachener Hochschule müsse wohl nicht eigens betont werden. Trotz der von Springorum geschilderten Erregung scheute sich der Stahlwerksverband seinerseits vor einer öffentlichen Erklärung – was Wüsts symbolische Macht erkennen lässt.⁷⁵

⁷² RWWA Abt. 130, 30019390/32, Rundschreiben an die Thomasstahl-Werke des Stahlwerks-Verbandes v. 25.6.1909 u. 26.6.1909.

⁷³ HoeschA, B1a34, F. Springorum an C. Delius v. 25.6.1909. Wilhelm Beumer betonte in der Besprechung der Thomaswerke, dass er gegenüber den Schülern des Volkswirts und Soziologen Werner Sombarts wegen dessen politischen Einstellungen einen solchen Boykott bereits praktiziere! Ebenda.

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Springorum sprach bei einem Treffen davon, dass durch eine öffentliche Erklärung „ein Kampf entfesselt würde“, woraufhin Wüst entgegnete, dass er sich sogar in die Öffentlichkeit flüchten müsse,

...

In den folgenden Tagen setzte eine hektische Verhandlungstätigkeit zwischen Wüst und dem Verband ein.⁷⁶ Als Vermittler bemühten sich Wüsts enger Freund Paul Reusch,⁷⁷ Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, und Friedrich Springorum, der, um Schaden von der Aachener Hochschule abzuwenden, eigens den Vorsitz der eingesetzten Kommission übernommen hatte.⁷⁸ Reusch überlegte, den Vorsitzenden des Stahlwerksverbandes vor Wüsts Einfluss zu warnen, könnten doch die Schienenabnehmer empfindlich auf weitere Äußerungen der Aachener Eisenhüttenkunde reagieren⁷⁹ – sah vom Versand seines Briefes dann jedoch ab.⁸⁰ Zugleich schloss sich aber die Gutehoffnungshütte offiziell der gegen Wüst gerichteten Erklärung des Verbandes an. Ferner gab Reusch zahlreiche Gutachten in Auftrag, um von seinen technischen Mitarbeitern Aufschluss über die Haltbarkeit von Wüsts Behauptungen zu erhalten – die Antworten fielen allerdings nicht eindeutig für oder gegen Wüsts Thesen aus.⁸¹ Seinem Freund Wüst gegenüber vertrat Reusch vehement die Standpunkte des Verbandes und warnte ihn, dass er die Freunde und Gönner seines Instituts verlieren werde.⁸²

Trotz der harschen Kritik aus dem Stahlwerksverband und dem VDEh lenkte Wüst zunächst nicht ein. Er befürchtete einen Verlust seines wissenschaftlichen Prestiges und seiner Ehre, er schien eher gewillt, wie es Reusch befürchtete, sein soziales und

wenn der Stahlwerksverband seine zunächst nur erwogenen Maßnahmen durchführe. RWWA, Abt. 130, 30019390/32, F. Wüst an P. Reusch v. 23.7.1909.

⁷⁶ Wüst und Reusch tauschten an manchen Tagen gleich mehrere Briefe miteinander aus; Briefe, Depeschen, Telegramme und persönliche Treffen reihten sich in den sechs Wochen des Streits aneinander, insgesamt sind 59 zum Teil mehrseitige Schriftstücke überliefert. Hier kann nur ein kleiner Ausschnitt der Verhandlungen geschildert werden.

⁷⁷ Paul Hermann Reusch (* 9.2.1868, † 21.12.1956) arbeitete nach seinem Studium 1886-1889 an der TH Stuttgart bei verschiedenen Hüttenwerken, u. a. 1901-1905 als Direktor der Friedrich-Wilhelms-Hütte. 1905 wechselte er in den Vorstand der Gutehoffnungshütte (GHH) in Oberhausen, wo er 1909 den Vorstandsvorsitz übernahm. Er baute das Montanunternehmen GHH zu einem horizontal strukturierten Mischkonzern um. Sein Aufstieg zu einem der mächtigsten Industriellen der Weimarer Zeit führte über seine vielfältigen Verbandsaktivitäten: Er leitete u. a. die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen. Er war Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und initiierte 1927 die Ruhrlade als informelle Lobbyorganisation der Schwerindustrie. NDB (1953-), Bd. 21, S. 455-457.

⁷⁸ HoeschA, B1a34, F. Springorum an C. Delius v. 25.6.1909.

⁷⁹ Wie empfindlich die Stahlhersteller selber auf Meldungen reagierten, die geeignet schienen, ihren Eisenbahnmaterial-Absatz zu gefährden, zeigt eine Replik auf einen Bericht des Berliner Tagesblattes (Nr. 476, 1907), das negativ über eiserne Schwellen berichtet hatte. N. N. (1907), S. 1638 f.

⁸⁰ RWWA, Abt. 130, 30019390/32, P. Reusch an L. Röchling v. 6.7.1909 (nicht abgegangen).

⁸¹ Ebenda, Gutachten P. Lueg [Betriebsdirektor in Oberhausen] zu Wüsts Rede v. 7.7.1909; ebd., Gutachten Merker zu Wüsts Rede v. 10.7.1909; ebd., Gutachten Ziegler [Oberingenieur des Walzwerks Neu-Oberhausen] zu Wüsts Rede v. 26.7.1909. Emil Holz, Generaldirektor des Wittkowitz Eisenwerks, sprach sich wie Wüst für das Herdfrischverfahren aus. RWWA, Abt. 130, 30019390/36, P. Reusch an F. Wüst v. 27.7.1909.

⁸² RWWA, Abt. 130, 30019390/32, P. Reusch an F. Wüst v. 6.7.1909.

ökonomisches Kapital aufs Spiel zu setzen.⁸³ In der Folge versuchte Wüst seinen Freund davon zu überzeugen, dass er von einem rein wissenschaftlichen Standpunkt aus Recht habe und die Herren falsch reagiert hätten.⁸⁴ Zudem drohte er damit, den Verlust seiner Beziehungen zu den Stahlindustriellen dadurch wettzumachen, dass er sich in die Öffentlichkeit flüchte.⁸⁵ Das heißt, er wollte durch weitere Veröffentlichungen neue Verbündete gewinnen, beispielsweise bei den Abnehmern der Stahlwerke oder den für die Eisenbahnen zuständigen politischen Entscheidungsträgern.

Erst nachdem Reusch und Springorum ihm in persönlichen Gesprächen zugesetzt hatten und es zu einer ersten Verstimmung zwischen Reusch und Wüst gekommen war,⁸⁶ lenkte Wüst langsam ein. Er schilderte Reusch die unglücklichen Umstände seines Schreibens an Kirdorf; es hätte sich bloß um einen ersten Entwurf gehandelt, den sein Sekretär in seiner Abwesenheit verschickt habe.⁸⁷ Obwohl Springorum eigentlich jede weitere öffentliche Erklärung ablehnte,⁸⁸ einigten sich die drei darauf, dass Wüst den Streit durch eine kurze Erklärung in der *Metallurgie* beenden solle. In dieser nahm Wüst seine Behauptungen zwar nicht zurück, stellte aber klar, dass er die Qualität des deutschen Thomasstahls nicht hatte in Abrede stellen wollen.⁸⁹ Wüst beharrte bis zum Schluss darauf, die aus seiner Sicht objektiven wissenschaftlichen Positionen seiner Rede nicht revidieren zu müssen. Unmittelbar vor der Veröffentlichung seiner Erklärung schrieb Wüst an Springorum:

„Ich war in meinen Ausführungen aufrichtig bestrebt, einen objektiven Vergleich zwischen dem Thomasprozess und dem Martinprozess zu ziehen, und habe sowohl die Vor- und Nachteile des Martinmaterials als auch des Thomasmaterials nach bestem Wissen unparteiisch abgewogen. [...] Ausdrücklich möchte ich betonen, dass ich diese Erklärung aus freiem Antriebe Herrn Reusch angeboten habe, weil ich einsah, dass es zur Vermeidung von Missverständnissen besser gewesen wäre, wenn ich hervorgehoben hätte, dass das Thomasmaterial bisher den Anforderungen entsprochen hat. Die Erklärung hat nicht den Zweck, auf die Herren, welche geglaubt haben, mir ihr Bedauern auszudrücken, beruhigend einzuwirken.“⁹⁰

Der Wortlaut der Erklärung war nach Paul Reuschs Ansicht geeignet, beiden Seiten – ohne Gesichtsverlust – zu genügen. Er resümierte:

⁸³ Reusch versuchte Wüst u. a. davon zu überzeugen, dass es nicht unehrenhaft sei, einen Fehler einzugehen – was Wüst aber kategorisch ablehnte. RWWA, Abt. 130, 30019390/32, P. Reusch an F. Springorum v. 24.7.1909.

⁸⁴ RWWA, Abt. 130, 30019394/1, F. Wüst an P. Reusch v. 8.7.1909.

⁸⁵ RWWA, Abt. 130, 30019390/32, F. Wüst an P. Reusch v. 23.7.1909.

⁸⁶ RWWA, Abt. 130, 30019390/36, P. Reusch an F. Wüst v. 15.7.1909; RWWA, Abt. 130, 30019390/32, P. Reusch an F. Wüst v. 16.7.1909.

⁸⁷ Ebenda, F. Wüst an P. Reusch v. 26.7.1909. Das erste Schreiben an A. Kirdorf ist tatsächlich nicht von Wüst selbst unterzeichnet. HoeschA, B1a34, F. Wüst an A. Kirdorf v. 11.6.1909.

⁸⁸ RWWA, Abt. 130, 30019390/32, F. Springorum an P. Reusch v. 26.7.1909.

⁸⁹ Wüst (1909b), S. 473.

⁹⁰ HoeschA, B1a34, F. Wüst an F. Springorum v. 6.8.1909.

„Wer die Erklärung aufmerksam durchliest, muss auch zu der Ueberzeugung kommen, dass Wüst, ohne in der Oeffentlichkeit direkt eine Revokation auszusprechen, doch seinen Standpunkt in der Thomasstahl-Frage wesentlich modifiziert hat, und das ist doch die Hauptsache.“⁹¹

4. Fazit

Wüst und Borchers stilisierten in ihrer Rhetorik das neue hüttenmännische Institut zum Leuchtturm der Aachener Hochschule hoch, der den anderen Disziplinen als glänzendes Vorbild dienen und zugleich die Entwicklung der gesamten Hochschule voranbringen sollte. Pathetischer Höhepunkt war die in Borchers Denkschrift selbsterklärte Weltgeltung des Aachener Instituts. Gegenüber dem Kultusministerium brüsteten sich Borchers und Wüst zudem mit ihren guten Kontakten zur rheinisch-westfälischen Industrie und stellten Spenden in bislang nicht gekannten Dimensionen in Aussicht. Gab die konzertierte Aktion der technischen Verbände zugunsten der Technischen Hochschule Aachen zwar scheinbar ein beredtes Zeugnis von dem weitreichenden Einfluss der Aachener Hüttenkundler, zeigte der Streit zwischen Wüst und Kirdorf, wie prekär das Verhältnis zur Industrie tatsächlich war.

Diese Auseinandersetzung wird nur verständlich vor dem Hintergrund, dass die Eisenhüttenkunde sich anschickte ein neues Wissenschaftsverständnis zu entwickeln: Das von Wüst initiierte Studien- und Forschungsprogramm zielte darauf ab, die eisenhüttenkundliche Disziplin auf neue, eigenständige kognitive und soziale Grundlagen zu stellen. Die mit dem Aufkommen des experimentellen Laboratoriumsbetriebs verknüpfte Grundlagenforschung produzierte kein unmittelbar marktkonformes Wissen, wie es bislang von der Industrie eingefordert wurde. Damit schied die Praxis auch als Deutungsmacht um die Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse aus. Im Sinne Bourdieus kann der durch Wüsts Kaisergeburtstagsrede ausgelöste Streit über die Zukunft des Thomasverfahrens insofern als symbolischer Kampf begriffen werden:

„Beim symbolischen Kampf geht es um das Monopol auf die legitime Benennung, den herrschenden [wissenschaftlichen] Standpunkt, der dadurch, dass er als legitim anerkannt wird, in seiner Wahrheit als besonderer, nach Ort und Zeit lokalisierter, verkannt wird.“⁹²

Es ging demnach nicht um den Wahrheitsgehalt von Wüsts Prognose, sondern um die Verteidigung des der Hochschule zuerkannten Rechts auf Objektivität und Universalität.⁹³ Daneben ging es aber umgekehrt auch um die Grenzziehung zwischen dem ökonomischen und dem wissenschaftlichen Feld: Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob Wissenschaftler Unternehmern betriebswirtschaftliche Ratschläge erteilen dürfen. Die Reaktion des Stahlwerksverbandes zeigt, dass Letztere Wüsts Kassandrarufer als illegitimen Übergriff empfanden und er damit eine rote Linie übertreten hatte.

⁹¹ HoeschA, B1a34, P. Reusch an F. Springorum v. 1.8.1909.

⁹² Bourdieu (1992), S. 68.

⁹³ Bourdieu (1992), S. 11.

Im Jahre 1925 resümierte Fritz Wüst über den tiefgreifenden Wandel im Verhältnis zwischen der Eisenhüttenkunde und der industriellen Praxis, der sich in den vorangegangenen Jahrzehnten vollzogen hatte:

„Die Erfahrung musste ihre Jahrhunderte alte Herrschaft mit einer neuen Macht, der Wissenschaft, teilen, deren richtige Anwendung für das wirtschaftliche Gedeihen der Hüttenwerke von stets zunehmender Bedeutung wurde.“⁹⁴

Voraussetzung des Aufstiegs der Eisenhüttenkunde zu einer selbständigen Wissenschaft war die Brechung der beherrschenden Stellung der eisenhüttenmännischen Praxis zur Durchsetzung des eisenhüttenkundlichen Erkenntnis- und Ordnungssystems. Dieser Autonomisierungsprozess lässt sich als Kampf um das legitime Deutungsmonopol, kurz, um die spezifisch wissenschaftliche Macht der Eisenhüttenkunde beschreiben.

Die Autonomisierung war jedoch keine einseitige Setzung Wüsts, sondern bildete sich erst durch eine Reihe symbolischer Kämpfe um die Deutungsmacht der wissenschaftlichen Eisenhüttenkunde heraus: Mit seiner Kaisergeburtstagsrede stellte Wüst erstmals das Selbstverständnis und die Machtstellung der Stahlindustriellen grundsätzlich in Frage, forderte er doch von diesen, dass sie sich zukünftig selbst in wirtschaftlichen Fragen der wissenschaftlichen Erkenntnissen der Eisenhüttenkunde unterordnen sollten. Dies wurde von Adolf Kirdorf und den im Stahlwerksverband organisierten Unternehmern als illegitimer Übergriff des wissenschaftlichen Feldes auf ihre ureigene Domäne aufgefasst. Zwar musste Wüst am Ende des Konflikts einlenken und seine Position relativieren, er schaffte es aber, seine wissenschaftliche Ehre mithilfe der Unterstützung Reuschs zu wahren und seine mit den neuen wissenschaftlichen Methoden gewonnene Erkenntnisse nicht grundsätzlich widerrufen zu müssen.

Wüst wandte sich also gegen den Einfluss des VDEh auf das wissenschaftliche Feld – einen wissenschaftsexternen Einfluss, den Bourdieu als Tyrannei charakterisiert.⁹⁵ Damit lässt sich die Konsolidierung der Eisenhüttenkunde als symbolischer Kampf zwischen der Aachener Eisenhüttenkunde und den Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie begreifen, der zur weitgehenden Autonomie der wissenschaftlichen Eisenhüttenkunde führte. Der „tyrannische“ Einfluss der Industriellen auf die Erkenntnisinteressen und -ziele der Eisenhüttenkunde wurde so aufgehoben. Und erst damit war die Verwissenschaftlichung der Disziplin möglich geworden.

Die rasche Beilegung des Konflikts macht aber deutlich – trotz des sperrigen Beharrens auf der Objektivität seiner Aussage –, dass Wüst sich der existenziellen Gefahr durch die Boykottdrohung des Stahlwerksverbandes überaus bewusst war. Andererseits wird angesichts der relativen Hilflosigkeit des Stahlwerksverbandes, der beispielsweise eine öffentliche Rüge mied, die beinahe unangreifbare Stellung Wüsts als wissenschaftliche Autorität deutlich. Wüsts symbolische Macht schützte ihn also davor, dass die Industriellen seine wissenschaftliche Ehre verletzen konnten – zu sehr befürchteten diese,

⁹⁴ HA VDEh, Se 12 bis, Stenographische Niederschrift der Besprechung über Hochschulausbildung v. 31.5.1926, S. 5.

⁹⁵ Bourdieu (2001), S. 131 f.

durch eine öffentlich ausgetragene wissenschaftliche Debatte ökonomische Nachteile zu erleiden.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass fast zeitgleich mit Wüsts Erklärung in der *Metallurgie* ein Artikel in *Stahl und Eisen* erschien, der Wüsts These von der qualitativen und zunehmend wirtschaftlichen Überlegenheit der Herdfrischverfahren und der daraus resultierenden Bedrohung der Windfrischprozesse als schlicht gegeben annahm, ohne dass sich – zum Ärger Wüsts – dagegen Widerspruch von Seiten der Stahlindustrie erhob.⁹⁶

Literatur

1. Aldrich (1999): Mark Aldrich, „The Peril of the Broken Rail“. The Carriers, the Steel Companies, and Rail Technology, 1900-1945, *Technology and Culture* 40 (1999), S. 263-291.
2. Arens/Janssen (1964): Eduard Arens, Wilhelm Janssen, *Geschichte des Club Aachener Casino*, Aachen 1964.
3. Becker (1907): Hans Becker, *Aachener Hütten-Aktien-Verein Rothe Erde bei Aachen*, Aachen 1907.
4. Bertram (1953): Walter Bertram, Friedrich Springorum, in: *Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien*, hrsg. von der Historischen Kommission des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volkskunde et al., Bd. 5, Münster 1953, S. 122-146.
5. Bourdieu (1983): Pierre Bourdieu, *Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital*, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten*, Göttingen 1983, S. 183-198.
6. Bourdieu (1992): Pierre Bourdieu, *Homo academicus*, Baden-Baden 1992.
7. Bourdieu (1998): Pierre Bourdieu, *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*, Konstanz 1998.
8. Bourdieu (2001): Pierre Bourdieu, *Meditationen. Zur Kritik der scholastischen Vernunft*, Frankfurt am Main 2001.
9. Braun (1990): Hans-Joachim Braun, Franz Reuleaux, in: Wilhelm Treue, Wolfgang König (Hrsg.), *Berlinische Lebensbilder. Techniker*, Berlin 1990 (= *Berlinische Lebensbilder*, 6), S. 279-292.
10. Brisker (1909): Carl Brisker, *Ein neuer Martinofen mit doppeltem Herd*, *Stahl und Eisen* 29 (1909), S. 1139-1143.
11. DBE (2001): Walther Killy, Rudolf Vierhaus (Hrsg.), *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, 10 Bde., München 2001.
12. Feldman (1977): Gerald D. Feldman, *Iron and Steel in the German Inflation 1916-1923*, Princeton 1977.
13. Goerens/Körper/Petersen (1938): Paul Goerens, Friedrich Körper, Otto Petersen, *Nachruf Fritz Wüst*, *Stahl und Eisen* 58 (1938), S. 449 f.

⁹⁶ Brisker (1909), S. 1139; RWWA, Abt. 130, 30019390/32, F. Wüst an P. Reusch v. 11.8.1909.

14. Habetha (1995): Klaus Habetha (Hrsg.), Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Verantwortung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970-1995, Aachen 1995.
15. Johanssen (1924): Otto Johanssen, Geschichte des Eisens, Düsseldorf 1924.
16. Krebs (2007): Stefan Krebs, „Leben heißt ein Kämpfer sein“ – Zum Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit am Beispiel der modernen Eisenhüttenkunde an der Technischen Hochschule Aachen, Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 30 (2007), 3, S. 215-229.
17. Laval (1906): Leo Laval, Experimentelle Untersuchungen über den Thomasprozess, Diss., TH Aachen 1906.
18. Milkereit (1977): Gertrud Milkereit, Zum Verhältnis zwischen Forschung und Praxis im westdeutschen Eisenhüttenwesen zwischen 1870 und 1910 am Beispiel des Lehrstuhls für Allgemeine Hüttenkunde an der Technischen Hochschule Aachen und seine Beziehungen zum Verein Deutscher Eisenhüttenleute, Technikgeschichte 44 (1977), S. 293-301.
19. N. N. (1907): N. N., Eisenbahnunglück bei Strausberg, Stahl und Eisen 27 (1907), S. 1638 f.
20. N. N. (1908a): N. N., Nachruf Fritz Kintzle, Stahl und Eisen 28 (1908), S. 457 f.
21. N. N. (1908b): N. N., Bessemerstahl-Erzeugung der Vereinigten Staaten im Jahre 1907, Stahl und Eisen 28 (1908), S. 411 f.
22. N. N. (1908c): N. N., Martinstahl-Erzeugung der Vereinigten Staaten im Jahre 1907, Stahl und Eisen 28 (1908), S. 564 f.
23. N. N. (1923): N. N., Nachruf Adolf Kirdorf, Stahl und Eisen 43 (1923), S. 1061.
24. NDB (1953-): Neue deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften, 28 Bde., Berlin 1953-.
25. Osann (1926): Bernhard Osann, Lehrbuch der Eisenhüttenkunde, Bd. 2, Leipzig 1926.
26. Reckendrees (2000): Alfred Reckendrees, Das „Stahltrust“-Projekt. Die Gründung der Vereinigten Stahlwerke A. G. und ihre Unternehmensentwicklung 1926-1933/34, (= Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 5), München 2000.
27. Röntgen (1925): Paul Röntgen, Nachruf Wilhelm Borchers, Stahl und Eisen 45 (1925), S. 287 f.
28. Schlenker (1927): Max Martin Schlenker, Nachruf Wilhelm Beumer, Stahl und Eisen 47 (1927), S. 80-85.
29. Thiel (1901): Otto Thiel, Thomas- oder Bertrand-Thiel-Process, Stahl und Eisen 21 (1901), S. 1305-1313.
30. Thiel (1916): Otto Thiel, Neuerungen im Thomasverfahren, Stahl und Eisen 46 (1916), S. 1101-1135.
31. Wengenroth (1987): Ulrich Wengenroth, Deutscher Stahl – Bad and Cheap. Glanz und Elend des Thomasstahls vor dem Ersten Weltkrieg, Technikgeschichte 53 (1987), S. 197-208.
32. Wüst (1909a): Fritz Wüst, Die Entwicklung der deutschen Eisenindustrie in den letzten Jahren, Metallurgie 6 (1909) S. 265-295.
33. Wüst (1909b): Fritz Wüst, Erklärung, Metallurgie 6 (1909), S. 473.

Medizinische Wissenschaft im Dritten Reich: Das Beispiel Aachen

Ein Forschungsaufriß

Gereon Schäfer und Dominik Groß

Seit den 1990er Jahren erfolgt in Deutschland eine zunehmend flächendeckende Aufarbeitung der Rolle der Medizinischen Fakultäten bzw. Universitätskliniken und deren Vorgänger-Institutionen im Dritten Reich. Ausschlaggebend hierfür sind die dezidierte Förderung der Aufarbeitung der Medizin im Nationalsozialismus durch die organisierte Ärzteschaft, die Krankenkassen und das Bundesgesundheitsministeriums sowie eine gewachsene Bereitschaft der Fakultätsspitzen, sich mit dem Thema „NS-Medizin“ auseinanderzusetzen. Doch während die Geschichte der RWTH Aachen im Dritten Reich in einem groß angelegten, von einigen Fakultäten angestoßenen und vom Rektorat geförderten Projekt untersucht wurde,¹ wurden die Ordinarien und Lehrbeauftragten der Aachener Medizinischen Fakultät unter diesem Aspekt bisher kaum näher beleuchtet. Der Grund hierfür scheint schnell ausgemacht: Das Aachener Universitätsklinikum und die Medizinische Fakultät der RWTH wurden erst Mitte der 1960er Jahre ins Leben gerufen. Die späte Gründung des UK Aachen ist jedoch kein Einzelfall: Auch andere Universitätskliniken wurden erst in der Bundesrepublik gegründet – so z. B. in Homburg (Universitätskliniken des Saarlandes)² oder Düsseldorf;³ gleichwohl existieren in diesen Fällen Studien, die sich mit den im Dritten Reich bereits bestehenden Vorgänger-Institutionen befassen und zudem personelle Kontinuitäten zwischen Vorgänger-Einrichtung und Rechtsnachfolger in den Blick nehmen.⁴

Der vorliegende Beitrag versteht sich in erster Linie als Forschungsaufriß: Im Mittelpunkt steht hierbei die Frage, in welchem Umfang führende Aachener Klinikärzte im Dritten Reich in die NS-(Gesundheits-)Politik und die „wissenschaftlichen“ Programme wie Rassenhygiene eingebunden waren und diese aktiv unterstützten; ebenso interessiert, welche dieser Ärzte in der Gründungsphase des Universitätsklinikums Aachen eine Rolle spielten (Kapitel 3). Vorauszuschicken sind jedoch eine konzise Einführung in die nationalsozialistische Gesundheitspolitik (Kapitel 1) und die Stadien der Aufarbeitung der NS-Medizin in der Bundesrepublik Deutschland (Kapitel 2).

¹ Vgl. Kalkmann (2003).

² In Homburg nahm die Universität des Saarlandes im November 1948 den Lehrbetrieb auf. Vgl. Groß/Müller (2003).

³ Erst 1966 wurde die Medizinische Akademie durch die Universitätsgründung zur Fakultät. Vgl. HHU (2006).

⁴ Vgl. für Düsseldorf Esch et al. (1997), für das Saarland Braß (2004).

1. Ausgangssituation

Nachdem Hitlers Koalition in der Reichstagswahl vom 5. März 1933 die parlamentarische Mehrheit gewonnen hatte, setzte in der deutschen Medizin eine erstaunlich rasche Anpassung an die Werte und Ziele des Nationalsozialismus ein, deren augenfälligste Erscheinungen hier kurz rekapituliert werden sollen.

1.1 Vertreibung und Verfolgung jüdischer und politisch missliebiger Ärzte

Bereits am 22. März 1933 gelobten die Vertreter der ärztlichen Spitzenverbände in einem Ergebenheitstelegramm an Hitler „treueste[r] pflichterfüllung als diener der volksge-sundheit“.⁵ Die freiwillige Unterordnung und Selbstgleichschaltung der ärztlichen Standesorganisationen folgte auf dem Fuße – ein Prozess, in dessen Verlauf alle jüdischen Mitglieder aus den Ärzteverbänden ausgeschlossen wurden, die meisten Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer jedoch parallel zu den neuen Funktionsträgern („Beauftragten“) aus der NSDAP oder dem NSDÄB⁶ in ihren Ämtern verbleiben konnten.⁷

Wie groß auch unter Hochschullehrern die Bereitschaft war, Hitler und die NSDAP zu unterstützen, zeigt das Beispiel der Universität Bonn: So erschien am 4. März 1933, dem Tag vor der Reichstagswahl, im Bonner Generalanzeiger ein Aufruf „Für Adolf Hitler“, der von 14 Hochschul-Dozenten unterzeichnet war – die Hälfte davon, darunter auch die Initiatoren, gehörten der Medizinischen Fakultät an.⁸ Einen ähnlichen Eindruck hinterlassen Zahlen der Universität Bonn zur NSDAP-Mitgliedschaft von Angehörigen der Medizinischen Fakultät: Bereits 1933 gehörten 34 % der NSDAP an, ein Wert, der sich bis 1945 auf 68 % erhöhte.⁹ Hierbei ist zudem zu berücksichtigen, dass Beamten eine NSDAP-Mitgliedschaft bis 1932 grundsätzlich untersagt war.

Am 7. April 1933 trat das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Kraft, und kurze Zeit später, am 22. April 1933, wurde die Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen erlassen. Beide Regelwerke ermöglichten es, den Entzug der Kassenzulassung von jüdischen und politisch missliebigen Ärzten zu erreichen oder deren Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst bzw. aus dem Universitätsdienst¹⁰ zu betreiben. Die Verfahren zum Ausschluss von der kassenärztlichen Behandlung wurden dabei in die Hände der ärztlichen Standesvertreter der Kassenärztlichen Vereinigungen und des Hartmannbundes gelegt, die in vielen Fällen weitaus strenger agierten als die ihnen übergeordnete staatliche Instanz, das Reichsarbeitsministerium.¹¹

⁵ Telegramm vom 22. März 1933 des Vorsitzenden von Ärztevereinsbund und Hartmannbund, Geheimrat Dr. Alfons Stauder, an Reichskanzler Adolf Hitler (Bundesarchiv Koblenz, zitiert nach Rüter [1997], S. 144)

⁶ Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund.

⁷ Rüter (1997), S. 143-147; Kater (2000), S. 301.

⁸ Forsbach (2006), S. 63.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Nach Rüter (1997), S. 154, waren bereits im Spätsommer 1933 235 größtenteils jüdische Hochschullehrer der Fächer Medizin und Biologie entlassen worden.

¹¹ Immerhin wurden 39,9 % der bis zum 1. Mai 1934 beim Reichsarbeitsministerium eingehenden Widersprüche gegen den Zulassungsentzug stattgegeben. Vgl. Rüter (1997), S. 151 und Kater (2000).

Die sich bis 1938 zunehmend verschärfenden Restriktionen¹² führten schließlich dazu, dass im Dritten Reich insgesamt 8.000 bis 9.000, größtenteils jüdische Ärzte ihre berufliche Grundlage – sei es in der Praxis, im Schuldienst, in Krankenhäusern oder Universitäten – verloren, ins Exil gingen oder deportiert wurden. Mehrere Hundert nahmen sich aus Verzweiflung das Leben, über 2.000 starben im Holocaust.¹³

1.2 Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen

Bereits in der Kabinettsitzung vom 14. Juli 1933 wurde ein weiteres Gesetz verabschiedet, das folgenscher in das Leben und die Gesundheit hunderttausender Menschen eingreifen sollte: das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN), welches am 1. Januar 1934 in Kraft trat. Es verfügte die Zwangssterilisation – und mit der Änderung vom 26. Juni 1935 auch die Freigabe der Zwangsabtreibung – aus eugenischer Indikation. Etwa zwei Drittel der rund 400.000 Menschen, die Opfer einer Zwangssterilisation wurden, waren aufgrund der Diagnose „angeborener Schwachsinn“ unfruchtbar gemacht worden.¹⁴ Hierbei waren es insbesondere Ärzte – Psychiater wie Lange,¹⁵ Rüdin,¹⁶ Stumpfl¹⁷ oder Weygandt¹⁸ –, die zu verantworten hatten, dass gerade die besagte sozialmedizinische Diagnose zu einem beliebig einsetzbaren Instrument bei der Indikationsstellung von Zwangssterilisationen und -abtreibungen wurde. Die Zwangseingriffe forderten darüber hinaus etwa 5.000 bis 7.000 Todesopfer,¹⁹ darunter insbesondere Frauen, bei denen der operative Zugang über die Bauchhöhle erfolgte, was mit einer deutlich erhöhten Komplikationsrate verbunden war.

¹² Hierzu zählte ein vom Hartmannbund mit dem Verband der privaten Krankenversicherer geschlossenes Abkommen, das ab dem 1. September 1933 jüdische Ärzte auch von der Behandlung privat Versicherter ausschloss, vgl. hierzu Rüdter (1997), S. 152. Der Erlass vom 17. Mai 1934 dehnte den Entzug der Kasenzulassung auch auf „arische“ Ärzte mit „nichtarischen“ Ehepartnern aus und hob zuvor bestehende Ausnahmeregelungen auf, vgl. Rüdter (1997), S. 152 und Kater (2000), S. 309. Die Reichsärzteordnung vom 13. Dezember 1935 schränkte die Approbationsmöglichkeit für Juden massiv ein, Rüdter (1997), S. 152 und Kater (2000), S. 316. Zum 1. Januar 1938 wurde darüber hinaus jüdischen Ärzten die Zulassung zu den Ersatzkassen von der KVD (Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands) entzogen, Rüdter (1997), S. 152 und Kater (2000), S. 317. Zum 30. September 1938 hob die Vierte Verordnung zum Reichsbürgergesetz die Bestellung sämtlicher jüdischer Ärzte auf, Rüdter (1997), S. 152 f. und Kater (2000), S. 317.

¹³ Vgl. Rüdter (1997), S. 152 und Kater (2000), S. 358 f.

¹⁴ Schmuhl (1992), S. 156 und 159; Rüdter (1997), S. 180.

¹⁵ Johannes Lange leitete zusammen mit Emil Kraepelin die Abteilung für Experimentelle Psychologie an der von Kraepelin gegründeten Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (1924 Angliederung an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) in München – vgl. MPI (2008) – und wurde später zum Direktor der Universitätsnervenklinik Breslau berufen, vgl. Klee (2001), S. 59.

¹⁶ Ernst Rüdin leitete zunächst die Abteilung Psychiatrische Erbllichkeitsforschung später die Abteilung Genealogie und Demographie und wurde am 1. April 1931 Geschäftsführender Direktor der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, MPI (2008).

¹⁷ Friedrich Stumpfl war zunächst Mitarbeiter von Ernst Rüdin, wurde 1939 zum Professor für Psychiatrie, Kriminologie und Erbcharakterkunde nach Innsbruck berufen und leitete dort ab 1940 das Institut für Erblehre und Rassenkunde. Vgl. Klee (2001), S. 60 f.

¹⁸ Wilhelm Weygandt war Ordinarius für Psychiatrie an der Universität Hamburg, vgl. Schmuhl (1992), S. 154 f. und Anmerkung 24 hierzu auf S. 424.

¹⁹ Siehe Fußnote 13.

1.3 Euthanasie-Programme

Im Jahr 1939 wurde das erste von verschiedenen „Euthanasie“-Programmen eingeleitet. Ausschlaggebend war der so genannte Fall Knauer. Hierbei handelte es sich um ein geistig und körperlich schwer behindertes Kind, dessen Eltern nach Beratung mit dem behandelnden Arzt – Professor Werner Catel – bei Hitler ein Gesuch auf Erteilung des „Gnadentods“ einreichten. Hitler erkannte das propagandistische Potential dieses Gesuchs und beauftragte u. a. seinen Begleitarzt Dr. Karl Brandt mit der Prüfung der Anfrage – mit dem Ergebnis, dass das Kind nach Untersuchung und Besprechung mit Catel getötet wurde.²⁰

Zielgruppe der 1939 begonnenen „Kindereuthanasie“ waren behinderte Säuglinge und Kleinkinder, die im Elternhaus lebten. Die Meldungen der in Frage kommenden Kinder durch Hebammen, Geburtshelfer und Leiter von Entbindungsstationen an die örtlichen Gesundheitsämter wurden an den Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden weitergeleitet. Nach Begutachtung der Akten ließ dieser die Kinder zur „Behandlung“ in die zur Tötung berechtigten „Kinderfachabteilungen“ einweisen. Die Zahl der Kinder, die dem „Kindereuthanasie“-Programm zum Opfer fielen, wird auf mindestens 5.000 geschätzt.²¹

Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ sollte jedoch nicht auf Kinder beschränkt bleiben. Im Oktober 1939 beauftragte Hitler in einem am 1. September rückdatierten Schreiben Dr. Brandt und Reichsleiter Bouhler,

„unter Verantwortung [...], die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischer Beurteilung der Gnadentod gewährt werden kann.“²²

In dem unter der Tarnbezeichnung „Aktion T4“ organisierten „Euthanasie“-Programm sollten von 1940 an mindestens 70.000 Insassen von psychiatrischen Heil- und Pflegeanstalten den Tod durch Vergasung mit Kohlenmonoxid finden. Neben den 14 Ärzten, welche die Tötungsvorgänge in den Anstalten unmittelbar beaufsichtigten und für die Ausstellung der gefälschten Totenscheine die jeweils plausibelste Todesursache ermittelten, hatten sich bis 1943 mindestens 42 Ärzte – zum großen Teil Ordinarien und Professoren – als Gutachter zur Verfügung gestellt.²³

Nach dem offiziellen Ende der „Aktion T4“ im Jahr 1941 wurden deren Kapazitäten teilweise genutzt, um kranke, nicht arbeitsfähige KZ-Insassen zu selektieren und zu ermorden. Bei dieser als „Sonderbehandlung 14f13“ bezeichneten Aktion fanden mehr als 20.000 KZ-Häftlinge den Tod.²⁴

Weitere 150.000 Todesopfer forderten seit 1943 dezentralisierte Krankenmorde, die nicht nur an Psychiatriepatienten begangen wurden, sondern auch an bettlägerigen

²⁰ Vgl. u. a. Lifton (1988), S. 53 f.; Schmuhl (1992), S. 182.

²¹ Ausführlich u. a. in Lifton (1988), S. 54-70; Schmuhl (1992), S. 183-189.

²² Bundesarchiv Koblenz, R 22/4209, zitiert nach Seipolt (1995), S. 77 f.

²³ Vgl. z. B. Winau (1993), S. 168-171. Eingehend dargestellt u. a. in Lifton (1988), S. 70-90; Schmuhl (1992), S. 190-216.

²⁴ Vgl. hierzu auch Schmuhl (1992), S. 217-219; Burleigh (2002), S.256-269; Winau (1993), S. 172.

alten oder pflegebedürftigen Menschen, an Homosexuellen, erschöpften Zwangsarbeitern, Kriminellen oder an so genannten Asozialen. Die Tötung erfolgte nicht wie bei „T4“ oder „14f13“ in zentralen Tötungsanstalten, sondern in regulären Kranken-, Alten- oder Pflegeheimen durch Mangelernährung oder medikamentös.²⁵

1.4 Medizinische Menschenversuche

An Tausenden, vor allem Internierte in Konzentrationslagern, wurden grausame medizinische Menschenversuche durchgeführt, wobei deren Tod entweder im Voraus geplant²⁶ oder zumindest bedenkenlos in Kauf genommen²⁷ wurde. An dieser Stelle können nur exemplarisch die Unterdruckversuche von Sigismund Rascher in Dachau,²⁸ die Kälteversuche von Ernst Holzlöhner, ebenfalls in Dachau²⁹ sowie die Sulfonamid-, Knochenregenerations- und -transplantationsversuche von Karl Gebhardt in Ravensbrück³⁰ genannt werden – die Rechtfertigung dieser Experimente geschah unter Verweis auf ihre vermeintliche Kriegswichtigkeit. Dagegen wurden die Sterilisationsversuche von Carl Clauberg und Horst Schumann in Auschwitz (später dann in Ravensbrück)³¹ sowie, gleichfalls in Auschwitz, die Zwillingsversuche von Josef Mengele³² mit rassenhygienischen Aspekten begründet.

1.5 Völkermord unter ärztlicher Aufsicht

Auch an der Ermordung von über fünf Millionen Menschen im Holocaust waren Ärzte beteiligt: bei der Selektion, bei der Beaufsichtigung der Tötung in den Gaskammern.³³

2. Die Aufarbeitung der Medizin im Nationalsozialismus

Bereits bei den Entnazifizierungsverfahren machten die Ärztekammern, die sich in den Westzonen als Vertreter der Ärzteschaft zügig reorganisiert hatten, ihren Einfluss geltend, um bei den Militärregierungen den Eindruck zu vermitteln, der hohe Anteil der deutschen Ärzte in nationalsozialistischen Organisationen sei im Wesentlichen durch die äußeren Bedingungen erklärbar und könne nicht allgemein auf eine starke Affinität der Ärzteschaft zum Nationalsozialismus schließen lassen.³⁴ Da die Militärregierungen zudem an einem schnellen Aufbau einer effektiven Gesundheitsversorgung interessiert

²⁵ Ausführlich insb. Schmuhl (1992), S. 220-239 und Burleigh (2002), S. 270-302.

²⁶ Dies gilt insbesondere für die Versuche von Mengele und Schumann, bei denen die Versuchspersonen gezielt getötet wurden, um eine abschließende Autopsie durchführen zu können – vgl. Lifton (1988), S. 324-327 und S. 410 f.

²⁷ Wie Rascher 1941 in einem Brief an Heinrich Himmler explizit formulierte: „[...] bei denen selbstverständlich Versuchspersonen sterben können.“ Zitiert nach Baader (1993), S. 184.

²⁸ Baader (1993), S. 184-185.

²⁹ Baader (1993), S. 186.

³⁰ Ebenda.

³¹ Lifton (1988), S. 307-327.

³² Zur Rolle Mengeles siehe ausführlich Lifton (1988), S. 395-449.

³³ Zur Rolle der Ärzte in den Konzentrationslagern siehe ausführlich Lifton (1988), S. 193-306.

³⁴ Vgl. Gerst (1997), S. 198 f.

waren, wurden die Verfahren im Allgemeinen mit großer Zurückhaltung durchgeführt. Schwerwiegende Sanktionen und Berufsverbote wurden nur in Ausnahmefällen verhängt, so dass diesen Verfahren kein wesentlicher Anteil am Aufarbeitungsprozess der Ärzteschaft mit ihrer NS-Vergangenheit zukommt.³⁵

2.1 Die Vergangenheitsbewältigung durch die organisierte Ärzteschaft

Im Vorfeld des Nürnberger Ärzteprozesses, der am 9. Dezember 1946 begann, hatten die Vorsitzenden der Ärztekammern in den Westzonen eine Ärztekommision mit Alexander Mitscherlich als Vorsitzendem offiziell beauftragt, den Prozess in Nürnberg zu beobachten. Im Protokoll der entsprechenden Sitzung vom November 1946 findet sich der Beschluss,

„alles zu tun, um den Begriff der Kollektivschuld von der Ärzteschaft in der Presse und der Öffentlichkeit abzuwenden.“³⁶

Insbesondere befürchtete man eine tief greifende Beeinträchtigung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient, ein Argument das bis weit in die 1980er Jahre von führenden Vertretern der organisierten Ärzteschaft angeführt wurde.³⁷ Da sich der Nürnberger Ärzteprozess auf den verbrecherischen Missbrauch der medizinischen Forschung konzentrierte, wurde hierdurch die Auffassung der Ärztekammern gestützt,

„daß gegenüber etwa 90.000 in Deutschland tätigen Ärzten die Anzahl der an Medizinverbrechen unmittelbar Beteiligten verschwindend gering ist – etwa 300 bis 400 Ärzte, wenn man hoch schätzt.“³⁸

Während so die Hauptschuld bei einigen wenigen Wissenschaftlern verblieb, konnten sich die ärztlichen Körperschaften als unbeteiligt und unbelastet erklären. So ist es nicht verwunderlich, dass Funktionäre wie Karl Haedenkamp und Ludwig Sievers, die während des Dritten Reiches leitende Positionen in ärztlichen Organisationen innehatten, auch maßgeblich am Wiederaufbau der berufsständischen Ärztevertretungen im westlichen Nachkriegsdeutschland Einfluss nehmen konnten.³⁹

³⁵ Vgl. Gerst (1997), S. 199 f.

³⁶ Zitiert nach Jachertz (1997), S. 275 f.

³⁷ Z. B. lautete der Titel eines Interviews des damaligen Präsidenten der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, welches im Deutschen Ärzteblatt vom 30. April 1987 veröffentlicht wurde: „Die Vergangenheitsbewältigung darf nicht kollektiv die Ärzte diffamieren“, zitiert nach Bleker/Jachertz (1993), S. 9 (Vorwort). Für Details zur Entwicklung des ärztlichen Berufsstandes in der Bundesrepublik vgl. auch Schäfer/Groß (2008).

³⁸ Fred Mielke, Mitarbeiter Alexander Mitscherlichs, in einem Resümee der Prozessbeobachtung auf dem 51. Deutschen Ärztetag in Stuttgart 1948. Zitiert nach Jachertz (1997), S. 278.

³⁹ Karl Haedenkamp war von 1923-1939 Schriftleiter der Ärztlichen Mitteilungen/des Deutschen Ärzteblatts. Er spielte ab 1933 eine aktive Rolle bei der Gleichschaltung der Ärzteverbände und trug als Beauftragter des Reichsärztführers Gerhard Wagner die Verantwortung für die Vertreibung und Verfolgung jüdischer und politisch missliebiger Kollegen. 1946 wurde er Geschäftsführer des Nordwestdeutschen Ärztekammerausschusses und war u. a. von 1947-1955 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Westdeutschen Ärztekammern, der späteren Bundesärztekammer; Wolff (1997), S. 113.

...

Bis in die 1980er Jahre erfolgte keine ernsthafte Auseinandersetzung der Ärzteschaft mit der Medizin im Dritten Reich. Jachertz spricht in diesem Zusammenhang von Jahren „der beiläufigen Beschäftigung“.⁴⁰ Erstmals auf dem 90. Deutschen Ärztetag in Karlsruhe 1987 rückte Karsten Vilmar, der damalige Präsident der Bundesärztekammer, vom Postulat der Schuld einiger weniger ab. 1988 folgte im Deutschen Ärzteblatt eine umfassende Artikelserie zur Medizin im Dritten Reich, die unter der Herausgeberschaft von Johanna Bleker und Norbert Jachertz ein Jahr später auch in Buchform erschien.⁴¹

In der Folgezeit stellte sich der 99. Ärztetag in Köln 1996 der Medizin im Nationalsozialismus ein weiteres Mal unter Tagesordnungspunkt II „Das Wertebild der Ärzteschaft 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozess“. Im Beschlussprotokoll heißt der Schlusssatz zu diesem Thema

„Die Ärzte im Dritten Reich haben uns eine schwere Last hinterlassen für jetzt und in alle Zukunft. Erinnern wir uns dieser Last. Lernen wir sie kennen, wirklich kennen.“

2.2 Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch die Medizinischen Fakultäten

Auch für den Bereich der Wissenschaft lässt sich festhalten, dass über die Entnazifizierung hinaus im Wesentlichen zunächst keine weitere Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit erfolgte. Obwohl die Entnazifizierungsverfahren an den Universitäten meist deutlich strenger waren und diese sich über einen längeren Zeitraum erstreckten als bei den niedergelassenen Ärzten, gelang es vielen entlassenen oder suspendierten Professoren oftmals über den Rechtsweg, ihre Stellung zurückzuerhalten. Nicht selten wurden strenge Regelungen wie die Unvereinbarkeit von früherer SS-Mitgliedschaft und Lehramt in den frühen 1950er Jahren wieder gelockert oder gar widerrufen.⁴² In der Folge fand sich in den Medizinischen Fakultäten der jungen Bundesrepublik eine Reihe von Professoren und Ordinarien wieder, die eine aktive Rolle in der NS-Medizin gespielt hatten.

Eine zunehmend flächendeckende Aufarbeitung der Rolle der Medizinischen Fakultäten bzw. ihrer Rechtsvorgänger im Dritten Reich lässt sich erst seit den 1980er Jahren erkennen.⁴³ Ausschlaggebend hierfür ist zum einen die dezidierte Förderung der

Ludwig Sievers war von 1920-1943 Syndikus des Ärzteverbandes Niedersachsen e. V. und der Ärztekammer für die Provinz Hannover. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches führte er als Präsident von 1945-1958 die Ärztekammer Niedersachsen und u. a. von 1948-1957 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Landesstellen der Kassenärztlichen Vereinigungen, der späteren Kassenärztlichen Bundesvereinigung; Gerst (1997), S. 211.

⁴⁰ Jachertz (1997), S. 280.

⁴¹ Bleker/Jachertz (1989).

⁴² Siehe hierzu z. B. Forsbach (2006), S. 605-653 sowie S. 698 für die Medizinische Fakultät Bonn.

⁴³ Hier sind insbesondere zu nennen: Jakobi/Chroust/Hamann (1982) für Gießen, Bussche (1989) für Hamburg, Aumüller et al. (2001) für Marburg, Grün/Hofer/Leven (2002) für Freiburg, Eckart/Sellin/Wolgast (2006) für Heidelberg sowie Forsbach (2006) für Bonn. Über die Vergangenheitsbewältigung an medizinischen Fakultäten nach 1945 siehe auch Oehler-Klein/Roelcke (2007). Über Vorgängerinstitutionen von erst nach 1945 gegründeten Medizinischen Fakultäten vgl. Braß (2004) für die Universität des Saarlandes und Esch et al. (1997) für die Medizinische Fakultät der Universität Düsseldorf.

geschichtlichen Aufarbeitung der Medizin im Nationalsozialismus durch die ärztlichen Berufsorganisationen (Bundesärztekammer [BÄK], Kassenärztliche Bundesvereinigung [KBV]), die Krankenkassen und das Bundesministerium für Gesundheit und Soziales (BMGS).⁴⁴ Derzeit laufen bereits einige „Pilotprojekte“, wobei flächendeckende Studien angestrebt werden.⁴⁵ Auch die Politik fordert Ärzteschaft und medizinische Fakultäten mittlerweile auf, die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit voranzutreiben.⁴⁶ Im Dezember 2006 wurde erstmals der vom BMGS gemeinsam mit der BÄK und der KBV gestiftete „Forschungspreis zur Rolle der Ärzteschaft in der Zeit des Nationalsozialismus“⁴⁷ vergeben.

Zum anderen lässt sich eine gewachsene Bereitschaft der Fakultätsspitzen erkennen, die Auseinandersetzung mit dem Thema „NS-Medizin“ zu suchen. Dies hat nicht zuletzt mit einer Veränderung der biografischen Rahmenbedingungen zu tun: Heutige Fakultätsmitglieder gehören nicht mehr der „Tätergeneration“ an und begegnen daher der Vergangenheit des eigenen Berufsstandes mit neuer Offenheit. Besondere Beachtung fand in jüngster Zeit die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch die Medizinischen Fakultäten in Düsseldorf,⁴⁸ Marburg,⁴⁹ Freiburg,⁵⁰ Homburg,⁵¹ Heidelberg⁵² und Bonn,⁵³ wobei, wie eingangs erwähnt, teilweise deren Vorgängereinstitutionen im Blickpunkt stehen. Die genannten Studien analysieren die Funktion führender Ärzte bei der Verbreitung der Rassenhygiene und die besondere Verantwortung der Vertreter der Psychiatrie für die Euthanasieaktionen sowie (durch deren Beteiligung an „Erbgesundheitsgerichten“ [EGG]) für die Zwangssterilisationen.⁵⁴ Ein weiteres Forschungsziel ist die Analyse der Planung und Realisierung von Menschenversuchen durch Ärzte in den

⁴⁴ Vgl. Presse (2004).

⁴⁵ Ein 2005 angelaufenes Forschungsprojekt der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin trägt den Titel „Anpassung und Ausschaltung – Die Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus“ und ist am Institut für Geschichte und Ethik der Medizin der Universität Hamburg angesiedelt. Das auf drei Jahre angelegte Forschungsvorhaben hat ein Finanzierungsvolumen von rund 200.000 €, welches von den ärztlichen Spitzenverbänden (BÄK und KBV), der KV Berlin, ärztlichen Stiftungen (Ludwig-Sievers- und Hans-Neuffer-Stiftung) dem Deutschen Ärzteverband, der Deutschen Apotheker- und Ärztekammer, der ÄK Berlin und Einzelspendern getragen wird. Einzelheiten zum Forschungsprojekt der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin siehe KVB (2006) und MedGeschHH (2006a). Ein weiteres Beispiel ist das von Heinz-Peter Schmiedeback (Hamburg) geleitete DFG-Projekt „Psychiatriekritik und Öffentlichkeit“, das sich mit der psychiatriekritischen Bewegung im Vorfeld des Dritten Reiches beschäftigt. Projektbeschreibung siehe MedGeschHH (2006b).

⁴⁶ Vgl. Schmidt (2006).

⁴⁷ Vgl. KBV (2006); einer der Hauptpreisträger war Ralf Forsbach, der die Bonner Medizinische Fakultät untersuchte, siehe Forsbach (2006).

⁴⁸ Esch et al. (1997).

⁴⁹ Aumüller et al. (2001).

⁵⁰ Grün/Hofer/Leven (2002).

⁵¹ Braß (2004).

⁵² Eckart/Sellin/Wolgast (2006).

⁵³ Forsbach (2006).

⁵⁴ Vgl. hierzu grundsätzlich Bock (1986), S. 192-195 oder Schmuhl (1992), S. 261-290; für einzelne Fakultäten beispielsweise Funke (2002), S. 76-91 oder Forsbach (2006), S. 481-487.

Konzentrationslagern⁵⁵ und das Verhalten gegenüber jüdischen bzw. als „regimefeindlich“ eingestuften Kollegen. Zugleich wird in diesen Studien geklärt, inwieweit sich führende Ärzte gegen die gesundheitspolitischen Ziele der Nationalsozialisten auflehnten oder diese unterwanderten.

3. Die Situation in Aachen

3.1 Die Besonderheit der Medizinischen Fakultät Aachen

Während die Geschichte der (RW)TH Aachen im Dritten Reich unlängst von Ulrich Kalkmann⁵⁶ beleuchtet wurde, stand die Medizinische Fakultät bzw. das Universitätsklinikum, wie erwähnt, bislang nicht im Fokus der Untersuchungen. Dabei kann nicht darüber hinweggesehen werden, dass die Universitätsklinik Aachen als Zentrum der medizinischen Versorgung in der Tradition der Krankenhäuser in Aachen steht. Anzusprechen sind in diesem Zusammenhang die Städtischen Krankenanstalten, deren *Rechtsnachfolge* das Klinikum angetreten hat und die sieben der 18 Gründungsordinarien und einige Lehrbeauftragte stellten,⁵⁷ das Luisenhospital und das Marienhospital, die beide heute Akademische Lehrkrankenhäuser sind, die Alexianer Heil- und Pflegeanstalt,⁵⁸ das Franziskus Krankenhaus⁵⁹ und das 1976 geschlossene Krankenhaus Forst.⁶⁰

3.2 Forschungslage

Mit Blick auf das Verhältnis von Medizin und Nationalsozialismus lässt sich im Raum Aachen eine Forschungslücke feststellen: Die verfügbaren Veröffentlichungen über die Zeit des Nationalsozialismus in Aachen und Umgebung klammern die verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens weitgehend aus.⁶¹ Dissertationen über und Chroniken von Kranken- und Pflegeanstalten enden entweder um 1933 oder beschränken sich auf eine kurze Darstellung schwieriger Kriegszeiten.⁶² Eine Ausnahme stellt das Werk von Harry Seipolt (1995) dar, welches anhand von Einzelschicksalen die Auswirkungen der „NS-Medizin“ im Raum Aachen beschreibt und als Ausgangspunkt für das hier skizzierte Projektvorhaben dient.⁶³

⁵⁵ Vgl. beispielsweise für die Fakultät Gießen: Oehler-Klein/Neumann (2004), S. 112-127.

⁵⁶ Vgl. Kalkmann (2003).

⁵⁷ Vgl. Frik (1991) S. 40 f.

⁵⁸ Klages (1991).

⁵⁹ Ehemals Krankenhaus „Emmichstraße“.

⁶⁰ Zum Borromäuskrankenhaus (später Forster Krankenhaus) vgl. Plaßmann-Lenzen (1979), S. 89-94.

⁶¹ Gasten (1993), Haupts (1993), Jaud (1996).

⁶² Chroniken von Kranken-/Pflegeanstalten: Koppen (1967), Marienhospital (1978), Kauffman (1978), Simons (1992), Brans (1995); Dissertationen: Erbstöber (1969), Kullig (1974), Bolzenius (1988), Schlömer (1989), Bösenacker (1990).

⁶³ Durch Seipolt (1995) und die Quellenlage (HStAD, Regierung Aachen, Nr. 16486) ist die Ermächtigung zur Zwangssterilisierung folgender Aachener Kliniken Anfang März 1935 und nochmals namentlich deren Ärzte durch ein Schreiben des Gesundheitsamtes der Stadt Aachen vom 12.10.1943 belegt: (1) Luisenhospital: Chefarzt Prof. Dr. Eduard Borchers (Chirurgie), Chefarzt Prof. Dr. Erich Zurhelle (Gynäkologie), Oberarzt Dr. Funken (Gynäkologie), (2) Städtische Krankenanstalten: Städt. Obermedi-

3.3 Hinweise auf die Beteiligung leitender Aachener Kliniker und Professoren

Die unbefriedigende Forschungslage kontrastiert mit der Tatsache, dass es durchaus konkrete Anhaltspunkte für Verstrickungen von führenden Aachener Klinikärzten in das NS-Regime gibt. Obwohl eine systematische Recherche bisher fehlt, existieren mehrere Hinweise. Drei aktuelle Beispiele mögen an dieser Stelle genügen, um den Forschungsbedarf zu begründen:

1. Prof. Dr. Martin Staemmler war von 1950-1960 Leiter des Pathologischen Instituts der Städtischen Krankenanstalten; er wurde 1972 zum Ehrenmitglied der Medizinischen Gesellschaft Aachen ernannt. Die Neuausrichtung der Aachener Pathologie unter seiner Ägide wurde in der Festschrift zum 25-jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät vom damaligen Direktor des Pathologischen Instituts der Fakultät, Prof. Christian Mittermayer, besonders gewürdigt: „Von Staemmler [wurde] nunmehr eine Pathologie entwickelt, die sich primär auf wissenschaftliche Methodik und das akademische Argument stützte. [...] Staemmler war eine überragende Persönlichkeit.“⁶⁴ Während des Dritten Reiches hatte Staemmler – von 1935-1945 Ordinarius für Pathologie an der Universität Breslau und von 1938-1943 Rektor derselben – stark politisch geprägte, diskriminierende Schriften zur „Rassenpflege“ verfasst.⁶⁵ Nach Bekanntwerden seines Engagements für die NS-Rassenhygiene wurden Mitgliedschaft und Ehrenmitgliedschaft Staemmlers in der Medizinischen Gesellschaft Aachen 2006 auf Initiative des damaligen Vorsitzenden und Fakultätsmitglieds Frank Schneider annulliert.⁶⁶
2. Dokumente aus dem Bundesarchiv⁶⁷ ergaben, dass Prof. Dr. Alfred Jäger, bis 1973 Ordinarius für Ophthalmologie an der Medizinischen Fakultät der RWTH, schon vor 1935 in nationalistischen Verbänden engagiert war, so im NSDLB (Reichsenschaft Hochschullehrer seit 1934),⁶⁸ im Reichsluftschutzbund, im NSV⁶⁹ und in der NSDAP.⁷⁰ Darüber hinaus sind persönliche Kontakte zu Hitlers Begleitärzten

zinalrat Chefarzt Dr. Max Krabbel (Chirurgie), (3) Röntgen- und Lichtheilinstitut des Krankenkassenverbandes für den Regierungsbezirk Aachen: Chefarzt Dr. Irle, (4) Röntgeninstitut Dr. Theo Kreuzwald (dem Luisenhospital angegliedert): Derselbe, (5) Krankenhaus Forst: Chefarzt Prof. Dr. Sulger, Dr. Tutschek, (6) Krankenhaus Emmichstraße: Dr. Meller, Dr. Weigand sowie (7) die Röntgenklinik des städtischen Krankenhauses: Chefarzt Dr. Möhlmann.

⁶⁴ Mittermayer (1991), S. 105.

⁶⁵ Vgl. hierzu: Masch (1987), S. 85-89 sowie die zwei Hauptwerke Staemmlers: Staemmler (1933), Staemmler/Kühn/Burgdorfer (1937).

⁶⁶ Vgl. MGA (2007).

⁶⁷ Vgl. Personalakte im Bundesarchiv, Abt. R (vormals Berlin Document Center, BDC), ein weiteres, 52-seitiges Dossier muss noch gesichtet werden.

⁶⁸ NSDLB – Nationalsozialistischer Deutscher Lehrerbund, der 1935 im NSD-Dozentenbund aufging, welcher der „ideologischen Beeinflussung [...] und politischen Kontrolle [...] der Hochschullehrerschaft“ diente, Benz/Graml/Weiß (1997), S. 608.

⁶⁹ NSV – Nationalsozialistische Volkswohlfahrt.

⁷⁰ Vgl. Personalakte im Bundesarchiv, Abt. R (vormals BDC).

Karl Brandt und Hanskarl von Hasselbach nachweisbar.⁷¹ Schließlich gibt es im Hochschularchiv der RWTH Hinweise auf von ihm durchgeführte „Netzhaut-Unterdruckversuche“, denen bis dato noch nicht nachgegangen wurde.

3. Dr. Max Krabbel war im Untersuchungszeitraum als Chefarzt der Chirurgie an den städtischen Krankenanstalten (1932-1944) tätig. Er engagierte sich über seine Mitgliedschaft in der NSDAP und im NSDÄB⁷² (seit 1937) hinaus als förderndes Mitglied der SS.⁷³ Im Entnazifizierungsbericht findet sich der Hinweis, dass er Zwangssterilisationen durchführte.⁷⁴

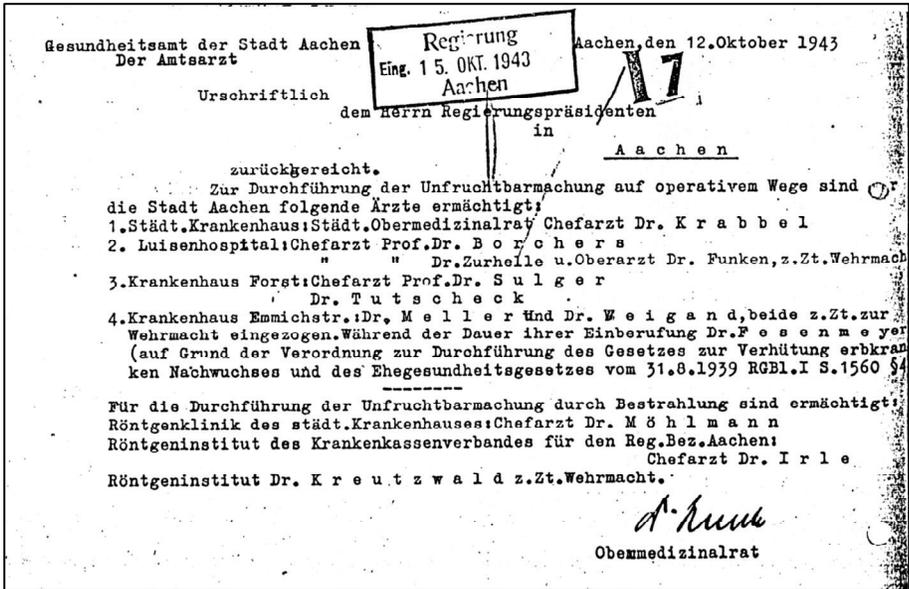


Abbildung 1: Schreiben des Gesundheitsamtes der Stadt Aachen vom 12. Oktober 1943⁷⁵

Weiterhin ist belegt, dass sowohl Prof. Dr. Eduard Borchers,⁷⁶ bis 1955 Chefarzt der Chirurgie am Luisenhospital, als auch Dr. Wilhelm Koester,⁷⁷ Facharzt für Psychiatrie

⁷¹ Brandt war zudem „Euthanasie“-Bevollmächtigter Hitlers und wurde im Nürnberger Ärzteprozess zum Tode verurteilt, Klee (2003), S. 70 f. u. S. 231.

⁷² Nationalsozialistischer Deutscher Ärztebund.

⁷³ Vgl. Personalakte im Bundesarchiv, Abt. R (vormals BDC).

⁷⁴ Vgl. HStAD, NW 1079/9190 Entnazifizierungsakte Dr. Max Krabbel; Seipolt (1995), S. 120.

⁷⁵ Aus Seipolt (1995), S. 49, Quelle: HStA Düsseldorf, Regierung Aachen, Nr. 16486.

⁷⁶ Borchers war seit 1934 NSDAP-Mitglied, als Mitglied im NSDLB (Reichsenschaft Hochschullehrer) und NSDÄB, Mitglied der SA-Reserve und besaß die Zulassung im „Amt für Volksgesundheit“. Borchers wurde im Entnazifizierungsverfahren als „schuldlos Entlasteter“ (Kategorie V) eingestuft und konnte nach Abschluss des Verfahrens im Juni 1948 seine Chefarztstelle im Luisenhospital wieder einnehmen. 1952 wurde Borchers zum Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie gewählt und

und Neurologie und Chefarzt der Alexianer Heil- und Pflegeanstalt in Aachen, Zwangssterilisationen verantworteten.⁷⁸

4. Forschungsziele und -methoden

4.1 Ziele und Fragestellungen

Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den erwähnten Ärzten nicht um Einzelfälle handelte.⁷⁹ Hinweise hierauf gibt etwa der Grad der NSDAP-Mitgliedschaft von Ärzten: Keine andere akademische Berufsgruppe wies einen ähnlich hohen Mitgliederanteil in der NSDAP auf: Letzterer betrug im Reichsdurchschnitt 44,8 % (1936-1945).⁸⁰ Im Raum Aachen waren sogar 62,1 % aller Ärzte Parteimitglied (Stand 1/1944).⁸¹ Erwähnung verdient auch die Schlussfolgerung Kalkmanns, wonach „die TH Aachen zwischen 1933 und 1945 eine regimetreue Hochschule [war], die sich vom Humboldtschen Ideal der akademischen Freiheit weit entfernte.“⁸² Besondere Aufmerksamkeit erfuhr hierbei die Enttarnung des früheren RWTH-Rektors Hans Schwerte als „SS-Hauptsturmführer Hans Ernst Schneider“.⁸³

Angesichts dieser Ausgangslage stellten sich eine Reihe von Fragen, die nachfolgend – gegliedert in drei Komplexe – aufgeführt werden sollen:

1. Zunächst ist zu fragen, in welchem Umfang führende Aachener Klinikärzte und Professoren in den oben genannten Einrichtungen in die NS-Gesundheitspolitik eingebunden waren bzw. hierbei aktive Rollen spielten. Von Interesse sind dabei im Detail:
 - Das Engagement für die Ziele der NS-Medizin: Inwieweit engagierten sich Ärzte der Aachener Kliniken für die Ziele der Rassenhygiene? Inwieweit lassen sich dementsprechende Vortrags- und/oder Lehrtätigkeiten, „Aufklärungskampagnen“, Forschungen, Publikationen und/oder gutachterliche Stellungnahmen nachweisen?

mit der Organisation und Leitung des 70. Chirurgen-Kongresses 1953 in München betraut: vgl. HStAD, NW 1079/13815, Entnazifizierungsakte Prof. Dr. Eduard Borchers; Koppen (1967), S. 99.

⁷⁷ Koester galt als engagierter Vertreter der „Rassenhygiene“ und war spätestens seit 1935 ärztlich approbierter Beisitzer im Aachener Erbgesundheitsgericht. Vgl. Bericht des „Westdeutschen Beobachters“ (19.05.1934) über die Vorträge von Dr. Wilhelm Koester zur Zwangssterilisation; HStAD, Zweigstelle Schloss Kalkum, Generalakten Abt. 9 des AG, Erbgesundheitssachen 1934 – 12/1935, XVI Nr. 1, Rep 216/305, Bl. 228.

⁷⁸ Zur Beschleunigung der Zwangssterilisationsverfahren tagte das EGG Aachen in psychiatrischen Anstalten: Seipolt (1995), S. 36 f.

⁷⁹ Weitere vier Gründungsordinarien waren Mitglied in der NSDAP, davon einer auch in der SA (Bundesarchiv, Abt. R, vormals BDC).

⁸⁰ Kater (2000), S. 394, Tabelle 2.4.

⁸¹ Nach Rüter (2001), S. A3265. Dagegen werden von Gasten (1993), S. 194, für die Berufsgruppen Lehrer/Beamte und Selbständige in der Stadt Aachen Quoten von 36 % resp. 25 % NS-Parteimitgliedschaft angegeben (Stand 1939).

⁸² Kalkmann (2003), S. 549.

⁸³ Kalkmann (2003), S. 34.

- Die Einbindung von Ärzten und Psychiatern in die Zwangsterilisations- und Euthanasieaktionen in Form von Anträgen und Gutachten oder durch die Übernahme entsprechender Ämter (z. B. EGG) oder Funktionen.
 - Die Durchführung von Sterilisationen durch Chirurgen (Urologen, Gynäkologen): Wo wurden Zwangssterilisationen vorgenommen? Lassen sich die in der Stadt Aachen durchgeführten Eingriffe anhand der Quellenlage zahlenmäßig bestimmen? Sind Komplikationen dokumentiert? Inwieweit haben sich die ermächtigten Anstalten und Ärzte an solchen Zwangsverfahren tatsächlich beteiligt? Gab es Widerstände? Wie groß waren de facto die Handlungsspielräume von Anstalten und Ärzten?
 - Die (in-)direkte Beteiligung an „Menschenversuchen“ in den KZs.
 - Das Verhalten gegenüber jüdischen bzw. als „regimefeindlich“ eingestuftem Ärzten: Wurden jüdische und missliebige (z. B. kommunistische oder sozialdemokratische) Ärzte denunziert? Wurde ihnen die Unterstützung versagt bzw. ihre Entlassung betrieben?
 - Die Rolle der Klinikverwaltungen: Wurden Klinikerweiterungen im Rahmen des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (GzVeN) angestrebt, um auch wirtschaftlich von dessen Auswirkungen zu profitieren? Nach welchen Kriterien wurden Chefarztstellen besetzt? Wurden personelle Veränderungen im Bereich der Krankenhausleitungen, etwa unter dem Einfluss der NSDAP, durchgesetzt?
2. In gleicher Weise interessiert die komplementäre Fragestellung:
- Inwieweit finden sich Hinweise, dass sich führende Ärzte bzw. Verwaltungsleitungen gegen die gesundheitspolitischen Ziele der Nationalsozialisten auflehnten bzw. diese unterwanderten? Wurden Proteste gegen medizinische Zwangsmaßnahmen oder gegen die Entlassung von Kollegen oder Mitarbeitern verfasst? Wurde die Durchführung der Zwangsmaßnahmen hintertrieben? Mit welchen Mitteln geschah dies? Gab es Kontakte zu Widerstandskreisen (kirchliche oder politische)? Wurde die eigene Entlassung in Kauf genommen? Wenn ja, war anschließend eine alternative Berufsausübung, z. B. in Form einer niedergelassenen Tätigkeit möglich? Wurden in Bedrängnis geratene Kollegen oder Mitarbeiter unterstützt?
3. Schließlich gilt das Interesse der weiteren beruflichen und gesellschaftlichen Laufbahn der so untersuchten Aachener Ärzte im Nachkriegsdeutschland:
- Inwiefern lassen sich Kontinuitäten oder Diskontinuitäten (Brüche) personeller und fachlicher Art über das Jahr 1945 hinaus nachweisen?
 - Inwieweit erfolgte eine Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit?



Abbildung 2: Neubau der chirurgischen Abteilung der Städtischen Krankenanstalten und Detail (Portal)⁸⁴



Abbildung 3: Das „Karin-Göring-Stift“⁸⁵

⁸⁴ Quelle: Fotosammlung „Altes Klinikum“, Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin, Institutsbibliothek, Signatur PM 2.6 -Ges-.

⁸⁵ Quelle: Ebenda; Datierung „vor dem Zweiten Weltkrieg“.

4.2 Material und Methodik

Literatur- und Archivrecherchen, Quellenanalyse

Neben der systematischen Recherche, Sichtung und Auswertung der bisher erschienenen Fachliteratur zur medizinischen Wissenschaft im Dritten Reich sollen insbesondere folgende Quellen recherchiert und analysiert werden:

- lokale und regionale Zeitungen⁸⁶
- digitalisiertes Reichsarztregister (RAR, KV Berlin)⁸⁷
- Personalakten (Hochschularchiv RWTH, Aachener Stadtarchiv, Archiv der Aachener Stadtverwaltung)⁸⁸
- Personal- und Krankenakten (Archive der Aachener Krankenhäuser)⁸⁹
- Akten der Regierung Aachen, Erbgesundheitssachen,⁹⁰ Entnazifizierungsdokumente (Hauptstaatsarchiv Düsseldorf)⁹¹
- NSDAP-Mitgliederdatei (Bundesarchiv Abt. R)⁹²
- ggf. ergänzend Quellen weiterer Archive (Universitäten, Ärztekammern, Krankenkassen, Staatsarchive)

⁸⁶ Insbesondere: „Westdeutscher Beobachter/Westdeutsches Grenzblatt“ – hierbei handelt es sich um das Parteiblatt der Nationalsozialisten für den Gau Köln-Aachen, dessen Aachener Ausgabe bis 12/1933 unter dem Titel „Westdeutsches Grenzblatt“ erschien. Bestand im Stadtarchiv Aachen: Westdeutsches Grenzblatt (Signatur ZTG1, 1930-33), Westdeutscher Beobachter/Bezirksausgabe Aachen bzw. Ausgabe Aachen-Stadt (Signatur ZTG1, 1934-42); Bestand in der Öffentlichen Bibliothek der Stadt Aachen (Signatur Zz 48a, 1941 und 1943); Bestand im Stadtarchiv Siegburg: Westdeutscher Beobachter (ohne Signatur, 1929-45, verfilmt); Aachener Anzeiger/Politisches Tageblatt: Bestand im Stadtarchiv Aachen (Signatur ZTG3, 1940-44); Bestand in der Öffentlichen Bibliothek der Stadt Aachen (Signatur Mikrofilm, 1878-9.1939, 1940-1943); Der Volksfreund Aachen: Bestand in der Öffentlichen Bibliothek der Stadt Aachen (Signatur Zz 47, 1933-41); Echo der Gegenwart, Zeitung der Zentrumspartei, Bestand im Stadtarchiv Aachen (ohne Signatur, ab 1872); Bestand in der Öffentlichen Bibliothek der Stadt Aachen (Signatur Mikrofilm, 1848-1935); Aachener Nachrichten: Bestand im Stadtarchiv Aachen (ohne Signatur, ab 1945); Aachener Volkszeitung/Aachener Zeitung: Bestand im Stadtarchiv Aachen: (ohne Signatur, ab 1946).

⁸⁷ Das RAR besteht aus fast 100.000 Karteikarten und wurde 2004 mit Hilfe der Ludwig-Sievers-Stiftung und der Hans-Neuffer-Stiftung auf DVD digitalisiert, siehe MedGeschHH (2006a).

⁸⁸ Einzelne Hinweise zu Chefarzten der Städtischen Krankenanstalten liefert das RWTH-Hochschularchiv unter den Signaturen 160a, 160b, N 0302, N0355, 13294, 24002 und 24023.

⁸⁹ Angefragt.

⁹⁰ Nach Artikel 8 der 3. Verordnung zur Ausführung des GzVeN vom 25.02.1935 hatte der ausführende Arzt dem EGG und dem beamteten Arzt einen schriftlichen Bericht über die Unfruchtbarmachung und das dabei angewandte Verfahren spätestens zwei Wochen nach Vornahme des Eingriffes einzureichen. Dies wurde in einem Rundbrief des Vorsitzenden des EGG Aachen vom 11.06.1935 den leitenden Ärzten auch der oben genannten ermächtigten Aachener Krankenhäuser in Erinnerung gebracht.

⁹¹ Erste Hinweise liefert das Hauptstaatsarchiv unter folgenden Signaturen: Regierung Aachen, Nr. 16486 – Ermächtigungen zur Zwangsterilisation; NW 1000 und 1079 – Entnazifizierungsakten; Zweigstelle Schloss Kalkum, Generalakten der Abt. 9 des Amtsgerichts Aachen, Erbgesundheitssachen 1934 - Dezember 1935, XVI Nr. 1, Rep 216/305. Eine weitergehende Anfrage wurde gestellt.

⁹² Enthält Unterlagen aus den zivilen Zentralbehörden aus der Zeit des Nationalsozialismus und der NSDAP-Mitgliederkartei aus dem ehemaligen Berlin Document Center (BDC).

Anlage von Datenbanken und systematische Datenbankanalyse

Die Ergebnisse der Literatur- und Quellenrecherchen werden in verschiedene Datenbanken übertragen, um in einer systematischen Datenbankanalyse weitere Querverbindungen zwischen einzelnen Personen, Orten oder Geschehnissen herstellen zu können. Vorgesehen sind folgende Datenbanken:

- Literaturdatenbank (mit der recherchierten Fachliteratur)
- „Patienten“-Datenbank (insb. Opfer von Zwangssterilisationen, Deportationen, „Euthanasie“-Aktionen, aber auch Opfer von Verfolgungen, Menschenversuchen usw.)
- Mediziner-Datenbank (insb. Professoren, Dozenten, Chefärzte, Oberärzte, Lehrstuhlinhaber)

5. Ausblick

Das skizzierte Forschungsprojekt soll als Kristallisationskern für weitere, interdisziplinäre Anschlussprojekte dienen, in denen der Untersuchungsraum, ggf. mit Kooperationspartnern aus den benachbarten Universitäten Köln, Bonn oder Düsseldorf, ausgedehnt, die Fragestellung über Wissenschaft und Klinik hinaus auf die allgemeinen Krankenversorgung, das öffentlichen Gesundheitswesen und das Betriebsarztwesens erweitert und somit z. B. auch niedergelassene Ärzte, ärztliche Berufsorganisationen, Gesundheitsämter, Betriebsärzte in den Forschungsansatz mit einbezogen werden.

Literatur

1. Aumüller et al. (2001): Gerhard Aumüller et al. (Hrsg.), Die Marburger Medizinische Fakultät im „Dritten Reich“, München 2001 (= Academia Marburgensis, 8).
2. Baader (1993): Gerhard Baader, Menschenversuche in Konzentrationslagern, in: Bleker/Jachertz (1993), S. 183-190.
3. Benz/Graml/Weiß (1997): Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997.
4. Bleker/Jachertz (1989): Johanna Bleker, Norbert Jachertz (Hrsg.), Medizin im „Dritten Reich“, Köln 1989.
5. Bleker/Jachertz (1993): Johanna Bleker, Norbert Jachertz (Hrsg.), Medizin im „Dritten Reich“, 2. erweiterte Auflage, Köln 1993.
6. Bock (1986): Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986 (= Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 48).
7. Böseneker (1990): Arnd Böseneker, Zur Geschichte der Taubstummenschule in Aachen bis zu ihrer Zerstörung im Jahre 1944, Herzogenrath 1990 (= Studien zur Medizin-, Kunst- und Literaturgeschichte, 23).
8. Bolzenius (1988): Klemens Bolzenius, Tuberkulose und Tuberkulosebekämpfung in Aachen von der Entdeckung des Erregers bis zum Beginn der Chemotherapie, Herzogenrath 1988 (= Studien zur Medizin-, Kunst- und Literaturgeschichte, 19).
9. Bolzenius (1994): Rupert Bolzenius, Beispielhafte Entwicklungsgeschichte jüdischer Krankenhäuser in Deutschland. Das Hekdesch der jüdischen Gemeinde in

- Frankfurt am Main und seine Nachfolgeeinrichtungen. Das Israelitische Asyl für Kranke und Altersschwache in Köln. Das Jüdische Krankenhaus in Gailingen. Das Israelitische Altenheim in Aachen, Diss. med. Aachen 1994.
10. Brans (1995): Hans Otto Brans, Hospitäler, Siechen- und Krankenhäuser im früheren Regierungsbezirk Aachen von den Anfängen bis 1971, Herzogenrath 1995.
 11. Braß (2004): Christoph Braß, Zwangssterilisation und „Euthanasie“ im Saarland 1935-1945, Paderborn 2004.
 12. Burleigh (2002): Michael Burleigh, Tod und Erlösung. Euthanasie in Deutschland 1900-1945, Zürich 2002.
 13. Bussche (1989): Hendrik van den Bussche (Hrsg.), Medizinische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Kontinuität, Anpassung und Opposition an der Hamburger Medizinischen Fakultät, Berlin, Hamburg 1989 (= Hamburger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte, 5).
 14. Eckart/Sellin/Wolgast (2006): Wolfgang U. Eckart, Volker Sellin, Eike Wolgast (Hrsg.), Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus, Heidelberg, Berlin 2006.
 15. Erbstößer (1969): Helmut A. G. Erbstößer, Die Geschichte der Augenheilkunde in Aachen, Diss. med. Aachen 1969.
 16. Esch et al. (1997): Michael G. Esch et al. (Hrsg.), Die Medizinische Akademie Düsseldorf im Nationalsozialismus, Essen 1997 (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 47).
 17. Frei (2002): Norbert Frei (Hrsg.), Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2002.
 18. Freimüller (2002): Tobias Freimüller, Mediziner: Operation Volkskörper, in: Frei (2002), S. 13-71.
 19. Forsbach (2006): Ralf Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn im „Dritten Reich“, München 2006.
 20. Frik (1991): Wolfgang Frik, Die Geschichte der Medizinischen Fakultät, in: Murken (1991), S. 21-41.
 21. Funke (2002): Andreas Funke, Der Psychiater Alfred Erich Hoche und „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“, in: Grün/Hofer/Leven (2002), S. 76-91.
 22. Gasten (1993): Elmar Gasten, Aachen in der Zeit der Nationalsozialistischen Herrschaft 1933-1944, Frankfurt am Main 1993.
 23. Gerst (1997): Thomas Gerst, Neuaufbau und Konsolidierung: Ärztliche Selbstverwaltung und Interessenvertretung in den drei Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland 1945-1995, in: Jütte (1997), S. 195-242.
 24. Groß/Müller (2003): Dominik Groß, Wolfgang Müller, Die Diskussion um die Errichtung eines Ordinariats im Fach Geschichte der Medizin an der Universität des Saarlandes (1948-1978), Würzburger medizinhistorische Mitteilungen 22 (2003), S. 248-262.
 25. Groß/Winkelmann (2008): Dominik Groß, Hans Joachim Winkelmann (Hrsg.), Medizin im 20. Jahrhundert. Fortschritte und Grenzen der Heilkunde seit 1900, München 2008.
 26. Grün/Hofer/Leven (2002): Bernd Grün, Hans-Georg Hofer, Karl-Heinz Leven (Hrsg.), Medizin und Nationalsozialismus. Die Freiburger Medizinische Fakultät

- und das Klinikum in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, Frankfurt am Main 2002 (= Medizingeschichte im Kontext, 10).
27. Haupts (1993): Leo Haupts, Nationalsozialismus in Aachen, Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 98/99 (1993), S. 609-634.
 28. HHU (2006): Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, Chronik der Universität, www.uni-duesseldorf.de/home/Ueber_uns/Chronik [05.03.2008].
 29. Jachertz (1997): Norbert Jachertz, Phasen der „Vergangenheitsbewältigung“ in der deutschen Ärzteschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Robert Jütte (1997), S. 275-288.
 30. Jakobi/Chroust/Hamann (1982): Helga Jakobi, Peter Chroust, Matthias Hamann, Äskulap & Hakenkreuz. Zur Geschichte der Medizinischen Fakultät in Gießen zwischen 1933 und 1945, Frankfurt am Main 1982.
 31. Jaud (1996): Ralph J. Jaud, Der Landkreis Aachen in der NS-Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einem kath. Grenzgebiet 1929-1944, Frankfurt am Main 1996.
 32. Jütte (1997): Robert Jütte (Hrsg.), Geschichte der deutschen Ärzteschaft, Köln 1997.
 33. Kalkmann (2003): Ulrich Kalkmann, Die Technische Hochschule Aachen im Dritten Reich (1933-1945), Aachen 2003 (= Aachener Studien zu Technik und Gesellschaft, 4).
 34. Kater (2000): Michael H. Kater, Ärzte als Hitlers Helfer, Hamburg 2000.
 35. Kauffman (1978): Christopher J. Kauffman, Dienst am Kranken. Die Geschichte der Alexianer-Brüder von 1789 bis zur Gegenwart, New York 1978.
 36. KBV (2006): Pressebericht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung vom 27.12.2006, www.kbv.de/9967.html [04.03.2008].
 37. KVB (2006): Pressebericht der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin vom 30.12.2006, www.kvberlin.de/40presse/30kvblatt/2006/12/30_titelthema/kvb0612p.html [05.03.2008].
 38. Klages (1991): Wolfgang Klages, Die Geschichte der Psychiatrischen Klinik, in: Axel Hinrich Murken (Hrsg.), Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Zülpich 1991, S. 220-223.
 39. Klee (2001): Ernst Klee, Deutsche Medizin im Dritten Reich. Karrieren vor und nach 1945, Frankfurt am Main 2001.
 40. Klee (2003): Ernst Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2003.
 41. Koppen (1967): Bodo von Koppen, 100 Jahre Evangelischer Krankenhausverein zu Aachen. Luisenhospital, Aachen 1967.
 42. Kullig (1974): Elfriede Kullig, Die Prosektur der Aachener Krankenanstalten (1909-1966). Geschichte – Struktur – Leistung, Diss. med. Aachen 1974.
 43. Lifton (1988): Robert Jay Lifton, Ärzte im Dritten Reich, Stuttgart 1988.
 44. Masch (1987): Petra Masch, Rassenkunde im Dritten Reich und ihre Bedeutung für die damalige Medizin, Diss. med. Düsseldorf 1987.
 45. Marienhospital (1978): Kuratorium des Marienhospitals Aachen-Burtscheid (Hrsg.), 125 Jahre Marienhospital Aachen-Burtscheid, o. O. 1978.
 46. MedGeschHH (2006a): Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, Projekt „Anpassung und Ausschaltung – Die

- Berliner Kassenärztliche Vereinigung im Nationalsozialismus“, www.uke.uni-hamburg.de/institute/geschichte-medizin/index_33893.php [05.03.2008].
47. MedGeschHH (2006b): Institut für Geschichte und Ethik der Medizin, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, DFG-Drittmittelprojekt „Psychiatriekritik und Öffentlichkeit zwischen ca. 1885 und 1925“, www.uke.uni-hamburg.de/institute/geschichte-medizin/index_11527.php [05.03.2008].
 48. MGA (2007): Medizinische Gesellschaft Aachen, Geschichte, www.ukaachen.de/sites/mg-aachen/geschichte.html [05.03.2008].
 49. Mittermayer (1991): Christian Mittermayer, Die Geschichte des Institutes für Pathologie, in: Murken (1991), S. 103-109.
 50. MPI (2008): Max-Planck-Institut für Psychiatrie, Geschichte des Institutes, www.mpipsykl.mpg.de/institute/history/index.html [04.03.2008]
 51. Murken (1991): Axel Hinrich Murken (Hrsg.), Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Medizinischen Fakultät der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, Zülpich 1991.
 52. Oehler-Klein/Neumann (2004): Sigrid Oehler-Klein, Alexander Neumann, Die Militarisierung der Medizin an der Universität Gießen und ihre Beziehungen zu den Sanitätsinspektionen von Heer und Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg, Mitteilungen des Oberhessischen Geschichtsvereins Gießen 89 (2004), S. 95-188.
 53. Oehler-Klein/Roelcke (2007): Sigrid Oehler-Klein, Volker Roelcke (Hrsg.), Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2007.
 54. Plaßmann-Lenzen (1979): Gertrud Plaßmann-Lenzen, Aachener Spitäler und Krankeneinrichtungen bis zum 1. Weltkrieg, Diss. med. Aachen 1979.
 55. Presse (2004): Gemeinsame Presseerklärung vom 05.11.2004 der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Berlin, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), der Bundesärztekammer, des Zentralrates der Juden in Deutschland, der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, des Bundesverband jüdischer Ärzte und Psychologen in Deutschland i. Gr. und des Institutes für Geschichte der Medizin Hamburg/Berlin, www.kbv.de/presse/1680.html [05.03.2008].
 56. Rüther (1997): Martin Rüther, Ärztliches Standeswesen im Nationalsozialismus 1933-1945, in: Jütte (1997), S. 143-193.
 57. Rüther (2001): Martin Rüther, Ärzte im Nationalsozialismus. Neue Forschungen und Erkenntnisse zur Mitgliedschaft in der NSDAP, Deutsches Ärzteblatt 98 (2001) 49, S. A3264 f.
 58. Schäfer/Groß (2008): Gereon Schäfer, Dominik Groß, Von Bildungsbürgern zu Professionals. Die Entwicklung der ärztlichen Berufsgruppe, in: Groß/Winkelmann(2008), S. 259-279.
 59. Schlömer (1989): Jürgen Schlömer, 125 Jahre Knappschafts-Krankenhaus Bardenberg. Wandel von der Pflegestätte zum modernen Krankenhaus 1856-1981, Diss. med. Aachen 1989.
 60. Schmidt (2006): Gedenkansprache von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt vom 05.11.2006 auf der Gedenkveranstaltung für die vertriebenen und ermordeten

- jüdischen Ärzte Berlins, www.die-gesundheitsreform.de/presse/irb/reden/pdf/2006/061105_gedenkrede_ulla_schmidt.pdf.
61. Schmuhl (1992): Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie, Göttingen ²1992 (= Kritische Studien zu Geschichtswissenschaft, 75)
 62. Seipolt (1995): Harry Seipolt, ...kann der Gnadentod gewährt werden. Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“ in der Region Aachen, Aachen 1995.
 63. Simons (1992): Konrad Simons, 125 Jahre Evangelischer Krankenhausverein zu Aachen. Luisenhospital. 1867-1992, Aachen 1992.
 64. Staemmler (1933): Martin Staemmler, Rassenpflege im völkischen Staat, München 1933.
 65. Staemmler/Kühn/Burgdorfer (1937): Martin Staemmler, Alfred Kühn, Friedrich Burgdorfer, Rassenpflege und Bevölkerungspolitik, Leipzig 1937.
 66. Winau (1993): Rolf Winau, Die Freigabe der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, in: Bleker/Jachertz (1993), S. 162-174.
 67. Wolff (1997): Eberhard Wolff, Mehr als nur materielle Interessen: Die organisierte Ärzteschaft im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik 1914-1933, in: Jütte (1997), S. 97-142.

Die Konstruktion von Nordrhein-Westfalen

Eine Projektskizze

Dominik Groß, Armin Heinen, Walter Kaiser und Paul Thomes

1. Einleitung

Während des sechzigjährigen Jubiläums von Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 wurde in den offiziellen Stellungnahmen und Feierlichkeiten immer wieder auf ein gemeinsames, verbindendes Selbstverständnis dieses in seiner Zusammensetzung ahistorischen politischen Raumes rekurriert.¹ Weitgehend offen blieb dabei die Frage, worauf sich eine solche Identität gründet bzw. auf welcher Basis sich eine Gemeinsinn stiftende Orientierung der verschiedenen regionalen Zugehörigkeiten in diesem bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland herstellen lässt.²

Anhand von konkreten Untersuchungsfeldern (politische Diskursstrategien, WissenschaftlerInnen und regionale Identität, RWTH/Forschungszentrum Jülich, Großkliniken und Medizintechnik) soll in der hier vorgestellten Forschungsskizze der Frage nach der landesspezifischen Selbstfindung und ihren Bedingungsfaktoren nachgegangen werden. Dabei gehen wir von der (die verschiedenen Untersuchungsebenen verbindenden) These aus, dass seit der Gründung von NRW der Technik bzw. der Spitzentechnologie³ und der Technologiepolitik⁴ eine wesentliche Rolle in dem Prozess der

¹ Hierzu exemplarisch die Homepage der Landesregierung zum 60jährigen Bestehen von NRW sowie insbesondere das Grußwort des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers: www.nrw60.de [28.02.2007].

² Nicht nur in den gesellschaftlich-politischen Diskursen blieb diese Identitätskonstruktion dabei vage, auch in der wissenschaftlichen Forschung wurde dieser Untersuchungsgegenstand bisher kaum beachtet. Die einschlägigen Arbeiten von Ulrich von Alemann – beispielsweise von Alemann/Brandenburg (2000) – beleuchten dabei zwar historisch-politische Entwicklungslinien und betonen die „Identitätskampagnen“ der verschiedenen Landesregierungen, lassen aber die Frage nach dem konkreten „Unterbau“ dieses Prozesses offen.

Im Prozess der Identitätskonstruktion ist auch auf den in den letzten Jahrzehnten insbesondere in NRW stattfindenden Strukturwandel zu verweisen, bei welchem sowohl die ökonomische Basis als auch die Identität dieses Bundeslandes erneuten tief greifenden Verschiebungen unterlagen. Auch hierbei – so ist zu vermuten – kommt der Technologie und ihrer Implementierung im Sinne eines kompensierenden Identifikationsangebotes eine herausgehobene Bedeutung zu.

³ Unter „Technik“ wird dabei im Folgenden verstanden: „1) die Menge der nutzorientierten, künstlichen, materiellen Gebilde (Artefakte oder technische Sachsysteme); die Menge menschlicher Handlungen und Einrichtungen, in denen Sachsysteme entstehen; 3) die Menge menschlicher Handlungen, in denen Sachsysteme verwendet werden. Technik bezeichnet also nicht nur die vom Menschen gefertigten Gegenstände, sondern auch deren Entstehungs- und Verwendungszusammenhänge und die dafür erforderlichen besonderen Fertigkeiten. Technik ist in diesem Sinne kein isolierter, selbstständiger Bereich, sondern eng mit Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur verflochten.“ Brockhaus (1993), S. 672.

⁴ Der Terminus „Technologiepolitik“ meint „die Gesamtheit aller staatlichen Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die Umsetzung von technischen Erfindungen in wirtschaftlichen Anwendungen (techni-

...

Identitätskonstruktion zukommen. Nicht zuletzt hierdurch wurde Nordrhein-Westfalen von einem undefinierten zu einem definierten Raum. Dementsprechend dokumentiert auch die aktuelle, bundespolitisch implementierte „Exzellenz-Initiative“, in welcher sich die RWTH Aachen insbesondere aufgrund ihrer technologisch ausgerichteten Forschung behaupten konnte, die Bedeutung von Forschung und Innovation vor allem auch für das Selbstverständnis der Region.

2. Gliederung des Vorhabens

Das Vorhaben gliedert sich in vier Teilprojekte, welche durch die gemeinsame Ausgangsthese verbunden werden und zwischen denen eine enge Kooperation geplant ist. Während sich die Untersuchungsfelder *RWTH/Forschungszentrum Jülich*⁵ sowie *Großkliniken und Medizintechnik in NRW* mit konkreten Bereichen technischer Innovation und forschungspolitischer Implementationen beschäftigen werden, soll das Teilprojekt *WissenschaftlerInnen und regionale Identität* die landesbezogene Prägekraft, den Einfluss personeller Strukturen in wissenschaftlichen Institutionen für Entwicklungs- und Identitätsprozesse sowie den personellen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik analysieren. Schließlich nimmt die Untersuchung der *politischen Diskursstrategien* die Meta-Ebene in den Blick.

Die gegenseitige Vernetzung der vier beschriebenen Analysefelder bietet dabei eine wichtige Voraussetzung, um sich den eingangs skizzierten Fragestellungen und Thesen zu nähern. Eine losgelöste Beschäftigung mit der politischen Diskursebene würde Antworten nach deren praktischer Umsetzung und deren realhistorischem Gehalt schuldig bleiben. Die konkreten Forschungsfelder benötigen vielmehr den Bezug zu ihren politischen Implementationen und „Verkaufsstrategien“, um der Frage nach der „Identitätskonstruktion“ gerecht zu werden. Der Bereich des wissenschaftlichen Elitentransfers wiederum offenbart praktischen Erklärungsgehalt für Fragen nach den Zusammenhängen zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen Theorie und Praxis.

Zu dem skizzierten Forschungsvorhaben haben sich vier Professoren der RWTH Aachen zusammengefunden, die jeweils für ein Teilprojekt verantwortlich zeichnen sollen. Dabei wird das Projekt insgesamt unter dem Dach des 2006 gegründeten Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte (AKWG) angesiedelt sein, das sich die weitere Profilierung der interdisziplinären Zusammenarbeit, der wissenschaftsgeschichtlichen Kompetenz sowie der Nachwuchsförderung in diesen Bereichen an der RWTH Aachen zum Ziel gesetzt hat.⁶

schen Innovationen) sowie die Verbreitung dieser Produkt- und Prozessinnovationen (Diffusion) zu unterstützen.“ Brockhaus (1993), S. 681.

⁵ Die Auswahl der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) erscheint dabei sowohl im Bezug auf ihr Selbstverständnis (vgl. Namensgebung) und ihre Entwicklungsgeschichte nach 1945 (vgl. auch den aktuellen Erfolg in der „Exzellenzinitiative“) als auch im Hinblick auf die Verortung der am Projekt beteiligten Wissenschaftler als sinnvoll.

⁶ Zum AKWG vgl. den Beitrag in diesem Buchband sowie die entsprechende Homepage: www.akwg.rwth-aachen.de [19.06.2008].

2.1 Teilbereich 1: Technik im Fokus regionaler Identitätspolitik. Das Ringen um den Technikstandort Nordrhein-Westfalen. Eine Diskursanalyse (verantwortlich: Armin Heinen⁷)

Die Geschichte nordrhein-westfälischer Technikpolitik spiegelt die Debatte um den „Technologiestandort Deutschland“. Ende der 1940er Jahre sollte die „angewandte Forschung“ das Land voranbringen, damit Patente den Wiederaufbau möglich machten und die Kriegsverluste am „immateriellen Kapital“ ausglich. In den 1950er Jahren setzte die „vorausschauende Strukturpolitik“ auf eine Förderung der Grundlagenforschung. Dahinter stand ein lineares Transfermodell von Wissen in die Wirtschaft und eine politisch fundierte Kritik an der Verzahnung von Wissenschaft und Politik in totalitären Systemen. Beginnend mit der Kohlenkrise Ende der 1950er Jahre, spätestens aber in den 1970er Jahren, als die Strukturkrise der Wirtschaft offensichtlich wurde, setzte ein neues Nachdenken über angemessene Formen des Wissenstransfers und der Modernisierung der Wirtschaft ein. Das führte zunächst zu massiven staatlichen Interventionen, später zu einer Politik der Diversifikation und Unterstützung lokaler Initiativen.

Diese Geschichte ist vielfach erzählt worden, auch für Nordrhein-Westfalen, wobei der Fokus auf den Erfolgen der Politik für den Strukturwandel liegt.⁸ Sie bleibt indes unvollständig, wenn sie die identitätspolitische Dimension der Technikpolitik ausklammert, da jede Strukturentscheidung zugleich Identitätszuschreibungen einschließt.⁹ Technik war sowohl Mittel, den inneren Zusammenhalt des Landes und seinen Führungsanspruch nach außen zu bekunden, wie Gegenstand von Zukunftshoffnungen oder Befürchtungen hinsichtlich struktureller Veränderungen. Die für den Teilbereich „Diskursanalyse“ vorgeschlagenen Studien sollen den Zusammenhang von technischer Entwicklung, Landespolitik und individuellen und kollektiven Identitätsangeboten bzw. -zumutungen thematisieren. Im Ringen um den Technikstandort Nordrhein-Westfalen ging es immer auch um Fragen der Identität des Landes und seiner Bewohner.

Methodisch ist das Vorhaben als „historische Diskursanalyse“ angelegt. Es interessiert die „Macht der Diskurse“ ebenso wie die „diskursive Macht der Politik“. Insofern geht es um die Dialektik von Sprache und Sprachbesetzung. Diskursstränge sollen her-

⁷ Themenbezügliche bzw. themenverwandte Veröffentlichungen von *Armin Heinen*: Jac van den Boogard, Luise Clemens, Armin Heinen, Johanna Jantsch, Herbert Ruland, Anika Schleinzer (Hrsg.), *Grenz-Controle / Grens-Kontrolle*. Maastricht – Eupen – Aachen. Oral Histories, Remscheid 2008; Armin Heinen, *Technikkulturen der europäischen Moderne: Zeitmessung und soziale Zeit*, in: Lotte Kéry (Hrsg.), *Eloquentia copiosus*. Festschrift für Max Kerner zum 65. Geburtstag, Aachen 2006, S. 335-350; Armin Heinen, *Die Saarfrage und das Europa der Vaterländer*. Diskurslogiken, gesellschaftliche Veränderungen und die Pariser Außenministerkonferenz, in: Hélène Miard-Delacroix, Rainer Hudemann, (Hrsg.): *Wandel und Integration*. Deutsch-französische Annäherungen der fünfziger Jahre, München 2005, S. 125-137; Armin Heinen, *Saarjahre*. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955, Stuttgart 1996; Armin Heinen, *Probleme regionaler Gegenwartsgeschichte am Beispiel des Saarlandes nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Alfred Wahl (Hrsg.), *L'histoire moderne et contemporaine en Sarre-Lorraine-Luxembourg*, Metz 1990, S. 185-205.

⁸ Goch (2002); Goch (2004); Heinze/Voelzkow/Hilbert (1992); Heinze/Voelzkow (1997); Ziegler (2003). Zur Einordnung s. Briesen (1995), S. 202-268; Brunn/Reulecke (1996).

⁹ Die neueren Darstellungen zur NRW-Identität haben diesen Aspekt bislang kaum eruiert: vgl. Cornelissen (2003); Hitzte (2005); Canaris/Rüsen (2001).

ausgearbeitet, Diskurslogiken analysiert und Diskursstrategien beschrieben werden. Im Ergebnis soll eine umfassende Analyse der „identitätspolitischen Dimension“ regionaler Technologie- und Strukturpolitik vorliegen. Drei Thesen strukturieren das Arbeitsvorhaben:

1. Technologiepolitik diene der Identitätsfindung eines „kulturlosen“ Bundeslandes (Wolfgang Clement), so dass „technische Symbole“ (Industrien, Großforschungseinrichtungen, Hochschulen usw.) Geschichte und Zukunft des „zusammengewürfelten Politikraumes“ repräsentieren sollen. – Im Mittelpunkt dieses Teilbereiches des Forschungsantrages geht es um die Analyse der Programme und Entscheidungen nordrhein-westfälischer Landesregierungen in Hinblick auf Technik als politisches Symbol für das Land NRW.
2. Technikpolitik steht aber auch im Widerstreit konkurrierender Identitäts- und Zukunftsvorstellungen. – Diese sollen im zweiten Arbeitsbereich für Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände untersucht werden.
3. Strukturwandel setzt Identitätswandel auf individueller Ebene voraus. Technologiepolitik und „Identitätspolitik“ gehören unauflöslich zusammen. – Untersucht werden soll deshalb die nordrhein-westfälische „Identitätspolitik“ der Landesregierungen (NRW als Land der Facharbeiter, NRW als Land von Ingenieuren etc.) mit ihren Implikationen für die Strukturänderung.

2.2 Teilbereich 2: RWTH/Jülich Elektrotechnik und Ingenieurwissenschaften (verantwortlich: Walter Kaiser¹⁰)

Den Rahmen des Untersuchungsfeldes bildet die ungemein dynamische Forschungs- und Industriepolitik in NRW in den ersten drei Jahrzehnten. Das neu geschaffene Land NRW verstand sich regelrecht als industrielle Lokomotive der jungen Bundesrepublik, das gleichzeitig seine Identität über eine solche druckvolle Forschungspolitik definieren konnte.

Herausragender Akteur einer landeseigenen Technologie- und Standortpolitik, die sich sowohl gegenüber dem Bund als auch gegenüber den konkurrierenden Ländern zu profilieren suchte, war Leo Brandt, langjähriger Staatssekretär und Leiter des Landes-

¹⁰ Themenbezügliche bzw. themenverwandte Veröffentlichungen von *Walter Kaiser*: Walter Kaiser, Ingenieure in der Bundesrepublik Deutschland, in: ebd., Wolfgang König (Hrsg.), *Geschichte des Ingenieurs. Ein Beruf in sechs Jahrtausenden*, München, Wien 2006, S. 233-267; Walter Kaiser, Bosch und das Kraftfahrzeug. Rückblick 1950-2003. Mit einem Vorwort von Hermann Scholl, Stuttgart und Leipzig 2004; Walter Kaiser, The Growth of Ford's R & D in postwar Europe, in: Hubert Bonin, Yannick Lung & Steven Tolliday (Eds.), *Ford, 1903-2003: The European History*, Vol.1-2, Paris 2003, hier: Vol. 1, S. 369-392; Walter Kaiser, Die Bedeutung der Technikgeschichte für die politische Geschichte. Dargestellt am Beispiel der britischen Radartechnik und der Appeasement-Politik, in: *Blätter für Technikgeschichte* (1995/96), Heft 57/58, S. 145-160; Walter Kaiser, Grundlagenwissen und technische Anwendung – eine kritische historische Betrachtung, in: *Handbuch für Technologiemanagement*, hrsg. von Erich Zahn, Stuttgart 1995, S. 33-56; Walter Kaiser, Die Fakultät für Elektrotechnik, in: Klaus Habetha (Hrsg.), *Wissenschaft zwischen technischer und gesellschaftlicher Herausforderung. Die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1970 bis 1995 (Festschrift zum 125jährigen Bestehen der RWTH Aachen)*, Aachen 1995, S. 468-493.

amtes für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen. Seine zahlreichen wissenschafts-politischen Initiativen sind als „Brandt-Stiftungen“ legendär geworden. Vor allem das Konzept der Großforschung in NRW erhielt entscheidende Impulse durch das Wirken von Leo Brandt, so beim Aufbau des Forschungszentrums Jülich¹¹ oder im Vorfeld der Gründung der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD) in St. Augustin bei Bonn.¹² Leo Brandt war außerdem treibende Kraft bei der Ansiedlung von Instituten der ehemaligen „Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt“ (DVL).¹³ Hierher gehören aber auch besonders wirkungsvolle Einzelaktivitäten, wie die Einladung an den herausragenden Mathematiker und Computerpionier John von Neumann in die „Arbeitsgemeinschaft für Forschung“ in Düsseldorf.

Im Fokus soll die Entwicklung des Hochleistungsrechnens an der RWTH Aachen und in Jülich stehen. Während die Hochschule mit frühen deutschen Großrechnern einen fulminanten Start absolvierte, musste das hochschuleigene Rechenzentrum später dem Strukturwandel, also der Dezentralisierung des Rechnens in der Hochschule, Tribut zollen und den Dienstleistungscharakter in den Vordergrund rücken. Umgekehrt entwickelte sich das Forschungszentrum Jülich zum eigentlichen NRW-Standort für Höchstleistungsrechnen und zugleich zu einem nationalen Champion.

Als zweiter Schwerpunkt soll die ab den 1950er Jahren enorm gewachsene Fakultät für Elektrotechnik (und Informationstechnik) der RWTH in den Blick genommen werden. Abgesehen vom numerischen Wachstum, das natürlich nur politisch und wirtschaftlich abgesichert werden konnte, fällt die Innovationsfähigkeit der Hochschule auf. Die feste Verankerung der Disziplin „Elektrizitätswirtschaft“, die frühe Förderung der Halbleitertechnik, der Werkstoffe der Elektrotechnik und die Entwicklung der „Technischen Informatik“ samt deren Anwendung in der Medizintechnik, demonstrieren die schnelle Reaktion von Land und Hochschule auf neue und zukunftssträchtige Entwicklungen in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft. Dem entsprach das typische Profil der Hochschullehrer, nämlich eine Qualifizierung in hochrangigen national und international agierenden Unternehmen. Umgekehrt waren die wissenschaftliche Ausstrahlung von Hochschule und Forschungszentrum und die entsprechenden Transferbeziehungen in die Industrie ebenfalls auf einen nationalen und internationalen Bezugsrahmen gerichtet. Bereits in der Anfangsphase und dann erneut bei der Bewältigung des Strukturwandels, drängt sich jedoch die Frage auf, ob die RWTH und das Forschungszentrum Jülich jeweils ausreichende wissenschaftliche und wissenschaftsorganisatorische Autonomie besaßen oder ob sie aufgrund der starken politischen Prägung durch die Forschungspolitik von NRW – im Sinne einer Pfadabhängigkeit – zunehmend zum Objekt der regionalen Strukturpolitik zu werden drohten.

¹¹ Rusinek (1994, S. 121-162.

¹² Wiegand (1994), S. 26-74.

¹³ Budraß/Protz (1996), S. 303-340.

2.3 Teilbereich 3: *Großkliniken und Medizintechnik in NRW* (verantwortlich: Dominik Groß¹⁴)

Das vorgenannte Teilprojekt beleuchtet die konkrete Ausgestaltung eines Bereichs, der einerseits in großem Maße (medizin)technisch geprägt ist und andererseits deutliche landespolitische Einflussmöglichkeiten bietet:

Nach dem Zweiten Weltkrieg expandierte in Nordrhein-Westfalen die Hochschulmedizin in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß. Zu den drei bereits bestehenden medizinischen Einrichtungen an Hochschulen kamen in den folgenden Jahrzehnten vier weitere hinzu; im Bereich der Medizinerbildung stieg die Zahl von vier auf sieben Standorte. Derzeit wird etwa ein Viertel der deutschlandweiten human- und zahnmedizinischen Ausbildung in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Das Land beteiligt sich dabei erheblich an der Finanzierung der hochschulmedizinischen Einrichtungen, im Bereich der Investitionen ebenso wie an den betrieblichen Kosten von Forschung und Lehre. So investiert Nordrhein-Westfalen gegenwärtig etwa ein Sechstel seiner Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in die Medizin.¹⁵ Auch zukünftig stellen die hochschulmedizinischen Großkliniken einen wichtigen Faktor landespolitischer Politik dar; eine Privatisierung der Universitätskliniken wurde erst 2007 von der Landesregierung dezidiert abgelehnt.¹⁶

Im Einzelnen sollen in dem Teilprojekt zunächst die beiden Universitätskliniken Münster und Aachen untersucht werden. Mit Blick auf das Universitätsklinikum Münster ist – neben zahlreichen Neubauten und Neugründungen von Instituten – insbesondere der 1983 fertig gestellte, national und international viel beachtete Bau des Zentralklinikums, dessen Zentrum zwei jeweils 62 m hohe Türme bilden, hervorzuheben. Die 1966 gegründete medizinische Fakultät in Aachen bezog 1985 ihren zentralen Neubau für die klinischen Einrichtungen. Der Gebäudekomplex, das größte Klinikgebäude Europas, gilt dabei als architektonischer Ausdruck einer, nicht zuletzt durch die Anbindung der medizinischen Fakultät an eine Technische Hochschule forcierten, Ver-

¹⁴ Themenbezügliche bzw. themenverwandte Veröffentlichungen von *Dominik Groß*: Dominik Groß, Gertrude Cepl-Kaufmann und Gereon Schäfer (Hrsg.): *Die Konstruktion von Wissenschaft. Beiträge zur Medizin-, Literatur- und Wissenschaftsgeschichte* (= Studien des AKWG, 3), Kassel 2008; Dominik Groß und Stefanie Westermann (Hrsg.): *Vom Bild zur Erkenntnis? Visualisierungskonzepte in den Wissenschaften* (= Studien des AKWG, 1), Kassel 2007; Dominik Groß und Eva-Maria Jakobs (Hrsg.), *E-Health und Telemedizin: Technische Herausforderungen im Gesundheitswesen*, Münster 2007; Dominik Groß und Florian Steger (Hrsg.), *Das Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte. Proceedings-Band zu den Kick-off-Workshops am 12.10., 26.10. und 20.11.2006*, Aachen 2007; Dominik Groß (Hrsg.), *Ethik in der Medizin in Lehre, Klinik und Forschung*, Würzburg 2002; Dominik Groß, 14 Kurzbeiträge in *50 Jahre Pharma-Forschung, Ärztliche Praxis Sonderheft, Jubiläumsausgabe* vom 16. Juni 1999.

¹⁵ Stand 2001: vgl. *Hochschulmedizin* (2001). Zudem investierte Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern überproportional in seine hochschulmedizinischen Einrichtungen. Wengleich in dortigen Hochschulkliniken im Jahr 1998 etwa 17 % der bundesweit in hochschulmedizinischen Einrichtungen aufgestellten Betten standen und ein ebenso großer Prozentsatz der bundesweiten hochschulmedizinischen stationären Versorgungsleistung von NRW übernommen wurde, so investierte das Land etwa 22 % der bundesweit von den Landesregierungen gezahlten finanziellen Mittel: ebenda.

¹⁶ *Deutsches Ärzteblatt* 104 (2007), 12, S. 636.

bindung von Medizin und Technik, welche in den vergangenen Jahren Besucher weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus anzog. Nicht zuletzt symbolisiert das Klinikum durch die aktuell diskutierten Pläne, die Universitätsklinik Aachen und Maastricht zusammenzuführen, auch die zukünftigen Herausforderungen einer zunehmenden politischen wie wissenschaftlichen europäischen Verflechtung. In diesem Zusammenhang wäre zugleich die Frage zu stellen, inwieweit sich (nordrhein-westfälische) regionale Identitäten vor dem Hintergrund einer nachlassenden Wirksamkeit nationaler Bezüge verändern, ob sie an Bedeutung zunehmen oder verlieren.

Neben den beiden Großkliniken soll als weiterer Untersuchungsgegenstand die Entwicklung der Medizintechnik in Nordrhein-Westfalen analysiert werden. Wenngleich das Land in diesem Bereich, insbesondere im Vergleich mit Baden-Württemberg, Nachholbedarf zeigt, so lassen sich gerade in den letzten Jahrzehnten mehrere erhebliche, nicht zuletzt von der Landespolitik unterstützte Dynamisierungen feststellen. So hat sich das Bundesland zu einem wichtigen Standort der „Life-Science“-Branche entwickelt, der Anteil Nordrhein-Westfalens am deutschen Gesundheitsmarkt liegt derzeit bereits bei etwa 20 Prozent.¹⁷ Hier arbeiten inzwischen über eine Million Menschen in der Gesundheitswirtschaft, in den kommenden 10 Jahren wird mit bis zu 200.000 weiteren Arbeitsplätzen gerechnet.¹⁸ Auch auf der landespolitischen Ebene spielen der Gesundheitssektor und die Medizintechnik eine zunehmende Rolle. So betonte zuletzt der amtierende Ministerpräsident Jürgen Rüttgers mit dem Hinweis auf die deutlich gestiegenen Beschäftigtenzahlen im Gesundheitssektor die Bedeutung der Branche für den Strukturwandel des Ruhrgebietes.¹⁹ Zugleich sind in den letzten Jahren zahlreiche Bemühungen um einen Aufbau von Netzwerkstrukturen im Bereich der Medizintechnik festzustellen. Hierbei ist insbesondere das Aachener Kompetenzzentrum Medizintechnik (AKM) hervorzuheben, welches im Jahr 2000 als einer von mehreren Siegern aus einem Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hervorging und mit welchem im Rahmen des hier vorzustellenden Forschungsprojektes eine enge Zusammenarbeit geplant ist.²⁰ Zudem widmet sich ein geplanter Förderungsschwerpunkt der Landesregierung der Vernetzung der nordrhein-westfälischen Medizintechnik.²¹ Besondere Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang der im November 2007 veröffentlichte Förderwettbewerb „Med in.NRW“, in dessen Rahmen die besten Ideen für eine „Innovative Gesundheitswirtschaft NRW“ gesucht werden, insbesondere in den Themenbereichen anwendungsorientierte Medizintechnologien, Telematik im Gesundheitswesen einschließlich Telemedizin und Innovationen für Krankenhäuser.²² Schließ-

¹⁷ Innovationsbericht NRW (2006).

¹⁸ www.ziel2-nrw.de/docs/website/2007/news/2007/2007_11_07_Wettbewerb_Med_in.html [20.06.2008].

¹⁹ Deutsches Ärzteblatt 104 (2007), 14, S. 779.

²⁰ Mit Prof. Dr. Dipl.-Ing. Thomas Schmitz-Rode, Lehrstuhl für Angewandte Medizintechnik (RWTH Aachen), Direktor des Instituts für Biomedizinische Technik, Sprecher und Vorstandsvorsitzender des Aachener Kompetenzzentrums Medizintechnik (AKM), wurde bereits im Rahmen anderer Forschungsprojekte zusammengearbeitet.

²¹ Deutsches Ärzteblatt 104 (2007), 14, S. 779.

²² www.ziel2-nrw.de/docs/website/2007/news/2007/2007_11_07_Wettbewerb_Med_in.html [20.06.2008].

lich findet die weltweit größte Messe für Medizinprodukte und Medizintechnik, die „Medica“, in der Landeshauptstadt Düsseldorf statt. Zu überprüfen ist in diesem Teilprojekt demnach die Ausgangsthese, dass die politischen Entscheidungsträger auf die skizzierten gesundheitsökonomischen Entwicklungen erheblichen Einfluss nahmen bzw. als deren Impulsgeber auftraten und die entsprechenden Entwicklungen – beispielsweise der Bau des Klinikums Aachen – in die Selbstdarstellung und damit letztendlich in die Identitätskonstruktion von Nordrhein-Westfalen eingebunden wurden.

2.4 Teilbereich 4: WissenschaftlerInnen und regionale Identität (verantwortlich: Paul Thomes²³)

Identitäten existieren als soziales Konstrukt in den Köpfen der Menschen. Wissenschaftliche Organisationen bestehen aus Menschen, die Ressourcen im Rahmen eines institutionellen Regelwerkes zur Produktion wissenschaftlicher Erkenntnis einsetzen. Daher steht der Mensch als bewusster und/oder unbewusster Konstrukteur seiner Identität und Akteur der Wissenschaft im Mittelpunkt. Unter Rückgriff auf die Ansätze zur Untersuchung der personellen Strukturen von Institutionen, die am Lehr- und Forschungsgebiet Wirtschafts- und Sozialgeschichte entwickelt worden sind und vertreten werden, verstehen sich die im Rahmen dieses Teilprojekts aufgeworfenen Fragestellungen als eine Verklammerung der vier Säulen des Gesamtprojekts. Das Projekt *WissenschaftlerInnen und regionale Identität* wird sich der Fragestellung „Die Konstruktion von NRW“ auf drei Ebenen annähern:

²³ Themenbezügliche bzw. themenverwandte Veröffentlichungen von *Paul Thomes* und Mitarbeitern: Paul Thomes, 1804-2004. 200 Jahre mitten in Europa: Die Geschichte der Industrie- und Handelskammer Aachen, Aachen 2004; Paul Thomes, Grenze als Herausforderung. Gedanken zur Charakterisierung des Industrialisierungsprozesses der heutigen Euregio Maas-Rhein, in: Jürgen Schneider (Hrsg.), Natürliche und politische Grenzen als soziale und wirtschaftliche Herausforderung, Stuttgart 2003, S. 253-267; Paul Thomes, Searching for Identity. Ford Motor Company in the German Market, in: Hubert Bonin et al. (Hrsg.), Ford, 1903-2003. The European History, Bd. 2, Paris 2003, S. 151-195; Paul Thomes, Kontinuität im Wandel. 100 Jahre Handwerkskammer Aachen, Aachen 2000; Paul Thomes, Ein Industrieviertel im Umbruch. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen im Bereich der IHK zu Aachen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Klara van Eyll, Otto Eschweiler (Hrsg.), Wirtschaftsgeschichte der Region Aachen vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gegenwart, Köln 2000, S.11-56; Paul Thomes, Aspekte der Unternehmensfinanzierung zwischen Rekonstruktion und Globalisierung – eine historisch-kritische Analyse der deutschen Nachkriegszeit, in: Dieter Krimphove et al. (Hrsg.), Praktiker Handbuch Unternehmensfinanzierung: Kapitalbeschaffung und Rating für mittelständische Unternehmen, Stuttgart 2000, S. 15-46; Christoph Rass, Biographie und Sozialprofil – Neue Wege zu einer Sozialgeschichte der Wehrmacht, in: Michael Epkenhans, Stig Förster und Karen Hagemann (Hrsg.), Militärische Erinnerungskultur: Soldaten im Spiegel von Biographien, Memoiren und Selbstzeugnissen, Paderborn 2006, S. 188-211; Christoph Rass, Gibt es den Gefreiten Jedermann? Perspektiven der Analyse personenbezogener Akten zum Personal militärischer Institutionen, in: Christian Hartmann (Hrsg.), Von Feldhern und Gefreiten. Zur biographischen Dimension des Zweiten Weltkriegs, München 2008; Christoph Rass, Das Sozialprofil von Kampfverbänden des deutschen Heeres 1939 bis 1945, in: Jörg Echternkamp (Hrsg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. Erster Halbband: Politisierung, Vernichtung, Überleben, München 2004 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, 9/1), S. 641-741; Christoph Rass, Wie funktioniert Wissenschaft? in: Dominik Groß und Florian Steeger (Hrsg.), Das Aachener Kompetenzzentrum für Wissenschaftsgeschichte, Aachen 2006, S. 129-132.

Erstens wird mit Hilfe von an der Professur entwickelten strukturbiografischen Verfahren untersucht, inwiefern Nordrhein-Westfalen als Wissenschafts- und Technologiestandort im Werdegang wissenschaftlicher Eliten eine Rolle gespielt hat. Dabei sollen zum einen Trends in der karrierebedingten geografischen Verteilung des wissenschaftlichen Nachwuchses, der im Land ausgebildet wird, erstmals systematisch analysiert werden. Zum anderen untersucht das Projekt die Bedeutung biografischer Abschnitte im Leben bzw. der Karriere von WissenschaftlerInnen, d. h. ihre Aufenthaltsdauer und ihre Tätigkeit im Wissenschaftsbetrieb des Landes. Es interessiert in diesem Zusammenhang insbesondere, inwieweit Ausbildung und Arbeit in NRW – auch wenn sie nur eine zeitliche Episode darstellen – zum Profil des Standortes und zur Identitätsbildung der Akteure und damit zusammenhängenden Effekten der Außenwirkung beigetragen haben. Gleichzeitig können Fragen der Elitenbildung bzw. der Rekrutierung und Selbstrekrutierung wissenschaftlicher Eliten angeschnitten werden.

Diese bilden ein Bindeglied zur zweiten Teilfragestellung. Hier soll eine Analyse der horizontalen und vertikalen personellen Strukturen der im Projekt untersuchten wissenschaftlichen Institutionen in einer möglichst weit ausgedehnten Langzeitbeobachtung exemplarisch sichtbar machen, wie sich die Zusammensetzung der wissenschaftlichen Elite des Forschungs- und Technologiestandortes NRW über die Zeit verändert hat. So soll einerseits erforscht werden, welche allgemeinen oder speziellen Faktoren auf derartige Wandlungsprozesse – lang- und kurzfristig – eingewirkt haben und welche Konsequenzen dies für das Selbstbild, die Außenwahrnehmung und den wissenschaftlichen Output der untersuchten Institutionen hatte. In diesem Kontext spielt die soziale Zusammensetzung der Untersuchungsgruppe eine ebenso große Rolle wie ihre funktionalen Strukturen.

Drittens kann die Analyse der Fluktuation von Personen zwischen den Institutionen und Ebenen des Wissenschaftsbetriebes und der Politik interessante Aufschlüsse über die Wissenschafts- und Identitätspolitik erbringen. In diesem Teil des Projektes stehen die personellen Verschränkungen zwischen der politischen Ebene und den Führungsebenen wissenschaftlicher Institutionen im Vordergrund.

Der Ansatz stützt sich weder ausschließlich auf den traditionellen einzelbiografischen Zugriff noch auf eine rein statistische Analyse von Personaltabellen, sondern nutzt die an der Professur entwickelten massenbiografischen Verfahren, um die Querschnitts- und Clusteranalysen biografischer Verläufe und die sich daraus in funktionalen oder sozialen Zusammenhängen ergebenden Strukturen und Trends auf einer repräsentativen Grundlage sichtbar zu machen.

Literatur

1. Alemann/Brandenburg (2000): Ulrich von Alemann, Patrick Brandenburg, Nordrhein-Westfalen. Ein Land entdeckt sich neu, Köln, Stuttgart, Berlin 2000 (= Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalen, 13).
2. Briesen (1995): Detlef Briesen, Vom Durchbruch der Wohlstandsgesellschaft und vom Ende des Wachstums, 1955-1995, in: Detlef Briesen, Gerhard Brunn, Rainer

- S. Elkar, Jürgen Reulecke, *Gesellschafts- und Wirtschaftsgeschichte Rheinlands und Westfalens*, Köln 1995, S. 202-268.
3. Brockhaus (1993): *Brockhaus Enzyklopädie*, 21. Band, Mannheim ¹⁹1993
 4. Brunn/Reulecke (1996): *Gerhard Brunn, Jürgen Reulecke, Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen, 1946-1996*, Köln 1996
 5. Budraß/Prott (1996): *Lutz Budraß, Stefan Prott, Demontage und Konversion. Zur Einbindung rüstungsindustrieller Kapazitäten in technologiepolitische Strategien im Deutschland der Nachkriegszeit*, in: Johannes Bähr, Dietmar Petzina (Hrsg.), *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945-1999*, Berlin 1996, S. 303-340.
 6. Canaris/Rüsen (2001): *Ute Canaris, Jörn Rüsen (Hrsg.), Kultur in Nordrhein-Westfalen. Zwischen Kirchturm, Förderturm & Fernsehturm*, Stuttgart 2001.
 7. Cornelißen (2003): *Christoph Cornelißen, Der lange Weg zur historischen Identität. Geschichtspolitik in Nordrhein-Westfalen seit 1946*, in: Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hrsg.), *Bayern im Bund, Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973*, München 2003, S. 411-484.
 8. Goch (2002): *Stefan Goch, Eine Region im Kampf mit dem Strukturwandel. Bewältigung von Strukturwandel und Strukturpolitik im Ruhrgebiet*, Essen 2002.
 9. Goch (2004): *Stefan Goch (Hrsg.), Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen*, Münster 2004.
 10. Heinze/Voelzkow/Hilbert (1992): *Rolf G. Heinze, Helmut Voelzkow, Josef Hilbert, Strukturwandel und Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Entwicklungstrends und Forschungsperspektiven*, Opladen 1992.
 11. Heinze/Voelzkow (1997): *Rolf G. Heinze, Helmut Voelzkow (Hrsg.), Regionalisierung der Strukturpolitik in NRW*, Opladen 1997.
 12. Hitze (2005): *Guido Hitze, Geburtsstunde einer politischen Identifikationskampagne. ‚Wir in Nordrhein-Westfalen‘ und der Landtagswahlkampf 1985*, *Geschichte im Westen* (2005), S. 89-123.
 13. *Hochschulmedizin* (2001): *Hochschulmedizin in Nordrhein-Westfalen, Bericht der Strukturkommission Hochschulmedizin* 2001.
 14. *Innovationsbericht NRW* (2006): *Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.). Zur Leistungsfähigkeit des Landes Nordrhein-Westfalen in Wissenschaft, Forschung und Technologie. Forschungsprojekt für das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen*, Oktober 2006.
 15. Rusinek (1994): *Bernd-A. Rusinek, Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980*, Frankfurt am Main, New York 1996, S. 121-162.
 16. Wiegand (1994): *Josef Wiegand, Informatik und Großforschung. Geschichte der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung*, Frankfurt am Main, New York 1994, S. 26-74.
 17. Ziegler (2003): *Astrid Ziegler, Die Technologie- und Innovationspolitik in Nordrhein-Westfalen*, in: *Astrid Ziegler, Technologiepolitik und Mitbestimmung. Eine exemplarische Untersuchung in den Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen und Sachsen*, Marburg 2003, S. 74-134.

Kurzbiografien der AutorInnen und HerausgeberInnen

Univ.-Prof. Dr. phil. Gertrude Cepl-Kaufmann, geboren in Grevenbroich, Studium der Neueren Germanistik und Literaturgeschichte in Bonn und Düsseldorf (1972 Promotion in Bonn), 1977 Habilitation in Düsseldorf; Professorin für Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Leiterin des dort ansässigen An-Instituts „Moderne im Rheinland“; *Forschungsschwerpunkte*: Literatur vom Naturalismus bis zur Gegenwart, Probleme der Literatursoziologie, vor allem der literarischen Gruppenbildung und Aspekte einer regionalhistorischen, interdisziplinären und komparatistischen Kulturwissenschaft.

Univ.-Prof. Dr. med., med. dent. et phil. Dominik Groß, geboren in St. Wendel; Studium der Geschichte, Philosophie und Klassischen Archäologie (1990 Magisterprüfung, 1993 Promotion in Saarbrücken), der Zahnheilkunde (1989 Zahnärztliche Prüfung, 1991 Promotion in Homburg) und der Humanmedizin (2000 Ärztliche Prüfung, 2001 Promotion in Ulm), 1998 Habilitation in Würzburg; seit 2005 Lehrstuhlinhaber und geschäftsführender Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der RWTH Aachen, seit 2006 Sprecher des Aachener Kompetenzzentrums für Wissenschaftsgeschichte; *Forschungsschwerpunkte*: neuzeitliche und frühneuzeitliche Medizingeschichte (insb. Professionalisierungsforschung), angewandte Medizinethik, Medizin und Erkenntnistheorie.

Univ.-Prof. Dr. phil. Leo Haupts, geboren in Aachen; Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie an der Universität zu Köln (1953 Staatsexamen höheres Lehramt, 1959 Promotion); 1953-1968 Gymnasialschuldienst in Aachen, 1968-1976 Oberstudienrat/Studienprofessor am Historischen Seminar der Universität zu Köln, 1976 Habilitation im Fach Neuere Geschichte, Privatdozent, 1979 apl. Professor, 1982 Universitätsprofessor, 1992 Emeritierung, SS 1992 Lehrstuhlvertretung an der Universität Potsdam; *Forschungsschwerpunkte*: Deutsches Kaiserreich, Friedensverhandlungen und -verträge am Ende des Ersten Weltkrieges, politische Bewegungen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, der 17. Juni 1953 in der DDR, Rheinische Geschichte.

Univ.-Prof. Dr. phil. Armin Heinen, geboren in St. Tönis; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Mathematik an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main (1984 Promotion in Trier); 1995 Habilitation an der Universität des Saarlandes; seit 1998 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der RWTH Aachen; 1999 Leiter des Zusatzstudienganges Europastudien; 2002-2005 Prorektor der RWTH Aachen für Lehre und Evaluierung; seit 2007 Prodekan für Forschung an der Philosophischen Fakultät; seit 2007 Sprecher des Forums Technik und Gesellschaft der RWTH Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: Neuere und Neueste Geschichte, Europastudien, Geschichte Rumäniens, Geschichte der Technikkulturen.

PD Dr. rer. pol. Susanne Hilger, geboren in Gummersbach; Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Neueren Germanistik und Kunstgeschichte (1992 Magisterprüfung in Bonn), seit 1992 Wissenschaftliche Assistentin an der Universität Nürnberg (1996 Promotion, 2002 Habilitation). Seit 2004 Hochschuldozentin für Wirtschaftsgeschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; *Forschungsschwerpunkte*: Unternehmensgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Amerikanisierung und Europäisierung, Geschichte der Unternehmensethik.

Prof. Dr. phil. Norbert Jers, geboren in Aachen; musikpraktische Ausbildung in Klavierspiel und Chorleitung, Studium der Musikwissenschaft an der Universität zu Köln (Nebenfächer Pädagogik und Archäologie, 1976 Promotion); 1977-1980 Arno Volk Verlag Hans Gerig KG Köln, 1980-1983 Dozent an der Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen; seit 1983 Professor für Musikpädagogik an der Kath. Fachhochschule NW, Abt. Aachen (1989-1993 Dekan), 2000-2007 Lehrauftrag für Musikwissenschaft an der Kath. Hochschule für Kirchenmusik St. Gregorius Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: Musik und Musikleben im 20. Jahrhundert (insbes. Igor Strawinsky; Kirchenmusik), Musikalische Regionalforschung im Rheinland (Geschichte der Musikwissenschaft), Musik in der Sozialen Arbeit (Schnittfeld von Pädagogik und Therapie).

Dr. phil. Stephanie Jordans, M.A., geboren in Aachen; Studium der Neueren Deutschen Literaturgeschichte (Nebenfächer: Philosophie und Geschichte) an der RWTH Aachen (2002 Magisterprüfung, 2008 Promotion), seit 2006 Wissenschaftliche Angestellte der Ernst-Meister-Arbeitsstelle am Institut für Germanistische und Allgemeine Literaturwissenschaft an der RWTH Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: Lyrik des 20. Jahrhunderts, Textgenese, Editionsphilologie, Metapherntheorie.

Univ.-Prof. Dr. phil. Walter Kaiser, geboren in Esslingen am Neckar; Studium der Physik und Chemie, dann auch der Geschichte der Naturwissenschaft und Technik sowie Philosophie an der Universität Stuttgart (1975 Promotion), 1976-1982 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Mathematik der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, 1984 Habilitation für das Fach „Geschichte der Naturwissenschaften“ in Mainz, 1985/86 Forschungsaufenthalt am „Office for History of Science and Technology“ an der University of California, Berkeley, 1986/87 Oberkonservator am Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim; seit April 1987 Professor für „Geschichte der Technik“ an der RWTH Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: neuere Physikgeschichte, Zeitgeschichte der Technik, insbesondere Geschichte der Ingenieurwissenschaften, Unternehmensgeschichte.

Dr. phil. Stefan Krebs, M.A., geboren in Dortmund; Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Philosophie an der RWTH Aachen und an der Université de Provence, Aix en Provence (2000 Magisterprüfung, 2008 Promotion in Aachen); seit 2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Geschichte der Technik an der RWTH Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: Geschichte und Soziologie der Eisenhütten-

kunde, Technikgeschichte der Eisen- und Stahlindustrie, (Technik-)Wissenschaftsgeschichte, NS-Geschichte und Erinnerungskultur akademischer Institutionen, Kultur- und Technikgeschichte der Robotik, Mediale Inszenierung des Ersten Weltkrieges.

Marcel Lepper, M.A., Studium der Germanistik, Geschichte und Philosophie in Münster, Paris und Berlin, wissenschafts- und rhetorikgeschichtliche Dissertation zur Affektdarstellung in der Frühen Neuzeit; seit 2005 Leiter der Arbeitsstelle für die Erforschung der Geschichte der Germanistik und Referent für das Wissenschaftliche Programm im Deutschen Literaturarchiv Marbach, im Wintersemester 2008 Max Kade Visiting Assistant Professor, University of Wisconsin, Madison; *Forschungsschwerpunkte*: Wissenschaftsgeschichte, Literaturtheorie.

Georg Mölich, M.A., geboren in Winningen/Mosel; Studium der Geschichte, Germanistik und Philosophie an der Universität zu Köln; seit 1994 Leiter der Fachstelle für Regional- und Heimatgeschichte des Landschaftsverbandes Rheinland in Köln, Mit-herausgeber der Zeitschriften „Geschichte in Köln“ und „Geschichte im Westen“, Herausgeber der Publikationsreihe „Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur“; *Forschungsschwerpunkte*: Rheinische Landes- und Regionalgeschichte, Kölner Stadtgeschichte.

Dr. phil. Thomas Müller, M.A., geboren in Eschweiler; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Germanistik in Aachen (1999 Magisterabschluss), anschließend Doktorand am Historischen Institut der RWTH Aachen (2008 Promotion); 2004-2008 Geschäftsführer des Interdisziplinären Forums Technik und Gesellschaft der RWTH; seit 2008 Projektkoordinator der „Route Charlemagne“ der Stadt Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: Raumkonzepte und Raumdiskurse im Kontext der Nationalismusgeschichte; Geschichte der völkischen Wissenschaften; Technikkonzepte und Technikkulturen.

Cristina Rita Parau, M.A., geboren in Satu Mare (Rumänien); Studium der Germanistik und Medienwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (2004 Magisterprüfung, Zusatzqualifikation „Deutsch als Fremd- und Zweitsprache“); 2004 DAAD-Preis für beste ausländische Studierende an der HHU Düsseldorf; seit 2005 Promotionsstudium der Neueren Deutschen Philologie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Thema „Josef Ponten - zwischen Affirmation und Widerstand. Zum Paradigma des historischen Grenzgangs in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts“) und Stipendiatin der Deutschen Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der Dorothee-Wilms-Stiftung; *Forschungsschwerpunkte*: Strukturelle und feldtheoretische Analyse der Literatur seit der Epoche des Wilhelminischen Reiches, Repräsentationstheorie, kulturelle Integration der osteuropäischen Literatur (vor allem der rumänischen und ungarischen), Didaktik und Methodik der Sprachförderung für Migrantenkinder im Kindergarten- und Grundschulalter.

Dr. med. dent. Gereon Schäfer, geboren in Frankfurt am Main; Studium der Zahnmedizin (1989 Zahnärztliche Prüfung, 1995 Promotion in Homburg/Saar) sowie der Romanistik, Klassischen Archäologie und Geschichte an der Universität des Saarlandes;

seit 2007 Wissenschaftlicher Angestellter und Fachkoordinator für Medizingeschichte am Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der RWTH Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: Zahnärztliche Professionalisierung nach 1919 (aktuelles historisches Promotionsprojekt), Medizin und Zahnmedizin im Nationalsozialismus, Körpermodifikationen in medizinethischer Sicht, Ethik und Gesundheitswesen.

Univ.-Prof. Dr. phil. Paul Thomes, geboren in Wittlich; Studium der Anglistik bzw. Amerikanistik, Geschichte und Volkswirtschaftslehre an der Universität des Saarlandes und in Edinburgh (1984 Promotion in Saarbrücken); 1992 Habilitation ebenda; 1993/94 Lehrstuhlvertretung an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main; 1995/96 Lehrstuhlvertretung an der RWTH Aachen; seit 1996 Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der RWTH Aachen; *Forschungsschwerpunkte*: Struktureller sozialökonomischer Wandel unter besonderer Berücksichtigung regionaler, transnationaler Aspekte, Migrationsgeschichte, Geschichte der Kreditwirtschaft, Unternehmensgeschichte.